

Sicherheit 2012

**Aussen-, Sicherheits- und
Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend**

Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger, Silvia Würmli,
Julie Craviolini, Esther Vogler-Bisig

Hrsg.: Tibor Szvircsev Tresch und Andreas Wenger

Center for Security Studies, ETH Zürich
und Militärakademie an der ETH Zürich



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Schweizer Armee



Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

Die Reihe «Sicherheit» sowie die anderen Publikationen des Center for Security Studies und der Militärakademie sind im Internet im Volltext verfügbar:
www.css.ethz.ch / www.milak.ch.

Die der Studie zugrunde liegenden Datensätze sind archiviert bei der Swiss Foundation of Research in Social Science (FORS): www2.unil.ch/fors

Hrsg.: Tibor Szvircsev Tresch und Andreas Wenger
Center for Security Studies, ETH Zürich
und Militärakademie an der ETH Zürich

© 2012 ETH Zürich
Center for Security Studies
Haldeneggsteig 4, IFW
8092 Zürich
E-Mail: css@sipo.gess.ethz.ch

Militärakademie an der ETH Zürich
Kaserne, 8903 Birmensdorf
E-Mail: tibor.szvircsev@vtg.admin.ch

Umschlaggestaltung: Susana Perrottet Rios
Layout und Satz: Miriam Dahinden
Grafiken: Frank Haydon

Schriftarten: «Adobe Garamond pro» und «Neue Helvetica»

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und fotomechanische oder elektronische Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der beiden Institutionen.

Die in der Reihe «Sicherheit» wiedergegebenen Auffassungen stellen ausschliesslich die Ansichten der betreffenden Autoren dar.

ISBN 978-3-905696-37-0
ISSN 1424-5698

Sicherheit 2012

**Aussen-, Sicherheits- und
Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend**

Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger, Silvia Würmli,
Julie Craviolini, Esther Vogler-Bisig

Hrsg.: Tibor Szvircsev Tresch und Andreas Wenger

Center for Security Studies, ETH Zürich
und Militärakademie an der ETH Zürich

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Kurzzusammenfassung	9
Condensé	13
Sintesi	17
Executive Summary	21
Zusammenfassung der Studie «Sicherheit 2012»	25
Résumé de l'étude «Sécurité 2012»	37
Riassunto del sondaggio «Sicurezza 2012»	49
Summary of the survey «Security 2012»	61
1 Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse 2011	73
1.1 Globale Machtverschiebungen – Arabische Transformation – Tod Osama Bin Ladens – Katastrophe von Fukushima	73
1.2 Aussenpolitik: Steuer- und Bankenstreit – Zukunft des EU-Bilateralismus – Sanktionspolitik	75
1.3 Verteidigungs- und Armeepolitik: Grösse und Kosten der Armee – Typenentscheid: Gripen – Rückgang der Zivildienstgesuche	79
1.4 Innere Sicherheit: Sicherheitsverbund – Ausschaffungsinitiative – Armeeeinsätze	81
2 Untersuchungsdesign	85
3 Datenbasis	87
4 Sicherheitsempfinden, Wahrnehmung der Schweiz und der Welt	91
4.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden	91
4.2 Zukunftserwartung für die Schweiz	94
4.3 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage	96

5	Vertrauen in ausgewählte Institutionen und in die Politik ganz allgemein	99
5.1	Institutionen-Vertrauensindex	99
5.2	Verhältnis zwischen Vertrauen und Sicherheit	103
6	Innere Sicherheit	107
6.1	Massnahmen zur Wahrung der Innere Sicherheit	107
6.2	Massnahmen zur Bekämpfung des Extremismus bzw. des Terrorismus	112
7	Öffnung versus Autonomie – die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen	115
7.1	Eine skalenartige Fragenbatterie als Grundlage	115
7.2	Die 17 Indikatoren der Öffnungswilligkeit bzw. der Autonomiebetonung im Trend	116
7.3	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bindung oder Annäherung an die Europäische Union	116
7.4	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung	118
7.5	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Erhöhtes Engagement in der Uno	119
7.6	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bereitschaft zu sicherheitspolitischen Allianzen	120
7.7	Betonung nationaler Autonomie	121
7.8	Soziodemographische Wahrnehmungsmuster von Öffnung versus Autonomie	123
7.9	Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend 1993–2012	126

8 Die Neutralität	131
8.1 Allgemeine Zustimmung zur Neutralität	131
8.2 Neutralitätsfunktionen	133
8.3 Neutralität und internationale Verflechtung, Neutralität als finaler Wert	138
8.4 Neutralitätsauffassungen – eine Typologie	140
9 Strategische Kultur	147
9.1 Die Strategische Kultur der Schweiz	148
9.2 Überzeugungen der Strategischen Kultur nach soziodemographischen Merkmalen	150
10 Die Schweizer Armee und ihr Stellenwert in der heutigen Gesellschaft	153
10.1 Notwendigkeit der Armee	153
10.2 Ausrüstung und Ausbildung	156
10.3 Verteidigungsausgaben	157
10.4 Gesellschaftliche Rolle der Armee	159
10.5 Zufriedenheit mit den Leistungen der Schweizer Armee	161
10.6 Aufgabendiversifizierung	162
10.7 Gesamtbild nach soziodemographischen Variablen	163
11 Wehrpflicht	169
11.1 Akzeptanz der Wehrstruktur: Miliz versus Berufsarmee	169
11.2 Strukturelle Milizfähigkeit: Militärdienst und Arbeitsleben	172
11.3 Schweizer mit Migrationshintergrund und deren Militärdienstleistung	179

Literaturhinweise	183
Verwendete Literatur	183
Quellenhinweise zu den Daten der Erhebungsreihe «Sicherheit»	184
Anhang I	187
I Die Qualität der Variablen	187
II Korrelationen und Koeffizienten	187
III Das Testen von Zusammenhangshypothesen mittels χ^2 -Test	189
IV Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels t-Test	189
V Die Clusteranalyse	189
VII Einfache und multivariate Regressionsanalyse	190
Anhang II	193
I Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung	193
Anhang III	199
Fragebogen	199
Tabellen mit prozentualen Häufigkeiten	215

Vorwort

Die vorliegende Studie «Sicherheit 2012» ist die 14. Ausgabe der seit 1999 unter dem Titel «Sicherheit» erscheinenden Studienreihe. Die Studien beruhen auf einem Kern von Fragestellungen und Daten, die bis 1993 und zum Teil noch weiter zurückreichen. Mit jedem Jahresband werden die Zeitreihen länger. Damit wird dem Studienkonzept, Tendenzen und längerfristige Trends in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Schweizer Bevölkerung mittels Repräsentativerhebungen sichtbar zu machen, noch besser Rechnung getragen. Die Herausgeberinnen, die *Militärakademie an der ETH Zürich* und das *Center for Security Studies, ETH Zürich*, hoffen, damit den langfristigen Interessen der Politik, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit zu dienen.

In bewährter Weise beginnt der Band mit den Zusammenfassungen der wichtigsten Ergebnisse in verschiedenen Sprachen und einer «Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse», bevor die im Januar und Februar 2012 erfolgte Erhebung analysiert und die Daten im Einzelnen ausgewiesen werden. Neben langjährigen Standardfragen werden jährlich ergänzende Themen aufgegriffen: Im vorliegenden Band wird der *Einstellung zu möglichen Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit*, der *Unterstützung der Strategischen Kultur der Schweiz*, der *Wahrnehmung zur Vereinbarkeit von Arbeitsleben und Militärdienst* sowie der *Einstellung zum Wehrdienst eingebürgerter Schweizer* besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Die AutorInnen und Herausgeber danken Miriam Dahinden für die Erstellung des Layouts und Frank Haydon für die Anfertigung der Abbildungen. Sie bedanken sich bei Elisabeth Matousek für die französische, bei Marc Märki für die englische und beim Zentralen Sprachdienst Italienisch des VBS für die italienische Übersetzung. Für das Gegenlesen des Manuskripts geht der Dank an Markus Kratochwill und an die Assistentinnen und Assistenten der Militärakademie. Sascha Langenbach wird für die Zusammenstellung und Aufbereitung der Daten der Chronologie gedankt.

Dr. Tibor Szvircsev Tresch
Militärakademie
an der ETH Zürich

Prof. Dr. Andreas Wenger
Center for Security Studies,
ETH Zürich

Kurzzusammenfassung

Allgemeines Sicherheitsempfinden: 2012 zeigen sich die SchweizerInnen bezüglich der Entwicklung der Schweiz optimistisch, hinsichtlich der internationalen Entwicklung pessimistisch. Im Vergleich zum Vorjahr wird die weltpolitische Lage gleich düster wahrgenommen, die Zukunft der Schweiz hingegen signifikant weniger optimistisch eingeschätzt. Dennoch: Im langjährigen Vergleich seit 1993 sind der aktuelle Zukunftsoptimismus und das Sicherheitsempfinden der SchweizerInnen weiterhin ausgesprochen hoch. Neun von zehn BürgerInnen fühlen sich sicher.

Vertrauen in Institutionen: Die Schweizer Behörden und Institutionen geniessen dieses Jahr besonders hohes Vertrauen. Bis auf die Schweizer Wirtschaft wird im Januar 2012 allen erfragten Institutionen signifikant mehr Vertrauen geschenkt als 2011. Besonders gestiegen ist das Vertrauen in den Bundesrat, in das eidgenössische Parlament und in die Polizei. Die Rangierung nach Vertrauen bleibt in den oberen und unteren Positionen unverändert: hohes Vertrauen in die Polizei und in die Gerichte, geringes Vertrauen in die politischen Parteien und die Medien.

Innere Sicherheit: Im Allgemeinen lässt sich 2012 im Vergleich zur letztmaligen Erhebung im Jahr 2009 eine Zunahme der Befürwortung von Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit feststellen. Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit wie die Bekämpfung und Bestrafung von Hooliganismus, eine erhöhte Polizeipräsenz, die Sammlung von Daten verdächtiger Personen, Rayonverbote und der Einsatz der Armee zur Sicherung von Ruhe und Ordnung finden in der Schweizer Bevölkerung eine hohe mehrheitliche Unterstützung. Ebenfalls heissen drei von vier SchweizerInnen die Kontrolle des Ausländeranteils als auch die Videoüberwachung wichtiger öffentlicher Plätze gut. Nur eine knappe Mehrheit der Schweizer Bevölkerung billigt die gewaltsame Auflösung von Demonstrationen, Eingangskontrollen an öffentlichen Gebäuden sowie die vorsorgliche Verhaftung von Verdächtigen. Auf Ablehnung stossen Massnahmen wie die Überwachung der Telefonate und der privaten Computer durch die Polizei sowie eine Ausgangssperre für Jugendliche nach 24 Uhr.

Autonomismus und Öffnungsbereitschaft: Die Schweizer Bevölkerung möchte weiterhin politisch, wirtschaftlich und militärisch möglichst autonom bleiben. Sie unterstützt aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU, die Anliegen der

Uno und ein humanitäres Engagement der Schweiz. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich vor allem die Einstellung zur Uno geändert. Mit einem um 11% höheren Zuspruch wird die Forderung eines aktiven Einsatzes für die Anliegen der Uno deutlicher unterstützt. Ein Ausbau der Entwicklungshilfe wird ebenfalls stärker befürwortet. Die markante EU-Skepsis, wie sie 2011 beobachtet werden konnte, bleibt unverändert. Im Januar 2012 wurden wiederum sehr tiefe Zustimmungswerte für eine Annäherung an die und für einen Beitritt zur EU gemessen. Eine absolute Autonomie wird dennoch abgelehnt.

Neutralität: Eine Abschaffung der Schweizer Neutralität bleibt undenkbar: Die Neutralität wird von 95% der SchweizerInnen befürwortet. Somit bleibt der seit Januar 2002 beobachtete Trend einer wachsenden Zustimmung der Schweizer Bevölkerung zum Neutralitätsprinzip bestehen. Weiterhin sehr hohe Befürwortung erfahren die Solidaritäts- und Identitätsfunktion der Neutralität. Die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität wird ebenfalls mehrheitlich bejaht, jedoch auf einem tieferen Niveau. Kritisch hinterfragt wird insbesondere die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität.

Strategische Kultur: Die Prinzipien der Neutralität und der direkten Demokratie sind wesentliche Bestandteile der Strategischen Kultur der Schweiz. Im Gegensatz zu einer differenziellen Neutralitätsauffassung findet ein umfassenderes, integrales Neutralitätsverständnis, wie es die Schweiz während des Zweiten Weltkrieges und bis zu Beginn des ersten Golfkrieges 1991 praktizierte, hingegen keine Mehrheit in der Schweizer Bevölkerung. Die SchweizerInnen sind mehrheitlich der Überzeugung, dass die Wahrung des inneren Friedens für die nationale Verteidigung notwendig sei. Dass die Schweiz als Kleinstaat ihre Interessen besonders vehement gegen grosse Staaten durchsetzen soll, findet ebenfalls eine Mehrheit der Befragten. Des Weiteren sind die SchweizerInnen mehrheitlich der Auffassung, dass die Verteidigung des Landes eine Bürgerpflicht sei, was als Ausdruck der Zustimmung zum Milizsystem gedeutet werden kann. Zudem steht eine Mehrheit der Stimmbewölkerung hinter einer sicherheitspolitischen Autonomie. Eine knappe Mehrheit ist der Ansicht, dass die Armee dem Zusammenhalt der vielsprachigen Schweiz diene. Keine Mehrheit in der Schweizer Bevölkerung finden Überzeugungen wie eine unilaterale sicherheitspolitische Handlungsmaxime, die symbolische Bedeutung der Armee als Ausdruck von Freiheit und Unabhängigkeit, die Rekrutenschule als Institution der «Mannswerdung», die Abschreckungsfunktion der Armee sowie die Wahrscheinlichkeit einer Kriegsbedrohung durch einen anderen Staat in den nächsten zehn Jahren.

Armee: Drei Viertel der Schweizer Stimmbevölkerung erachten die Armee als notwendig. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Akzeptanz der Armee leicht gesunken. Das Vertrauen in die Armee ist hingegen signifikant gestiegen. Damit liegt dieses wieder im langjährigen Schnitt. Konstant geblieben ist die Zufriedenheit mit der Leistung der Armee. Während in den beiden Vorjahren der Spardruck auf das Verteidigungsbudget abnahm, geben im Januar 2012 wieder mehr Befragte an, das Budget sei gerade richtig bemessen. Hierbei muss aber berücksichtigt werden, dass der Armee in den nächsten Jahren nominell auch mehr Finanzen zugesprochen werden sollen. Bezüglich Wehrstruktur bleibt die Bevölkerung gespalten. Ebenso uneinig ist sie in der Frage, ob die Armee ein notwendiges Übel oder eine zentrale Institution der Gesellschaft sei. Im Vergleich zum Vorjahr erachten leicht mehr SchweizerInnen die Armee als abschaffungswürdig, dies aber auf tiefem Niveau. Die Milizarmee erfährt gegenüber einer Berufsarmee wieder leicht mehr Zustimmung.

Vereinbarkeit von Militärdienst und Arbeitsleben: Die Mehrheit der SchweizerInnen findet, dass der Militärdienst von den Arbeitgebenden unterstützt wird. Sie sind auch tendenziell der Ansicht, dass Militärdienst und Arbeitsleben vereinbar seien, ohne dass sich der Militärdienst negativ auf das Arbeitsleben auswirken würde. Die Auffassung, wonach eine Milizkarriere mit gesellschaftlichem Ansehen und beruflichen Vorteilen verbunden sei, wird nicht geteilt.

Condensé

Sentiment général de sécurité: En 2012, les citoyennes et citoyens suisses se montrent optimistes quant à l'évolution de la Suisse, mais pessimistes concernant l'évolution de la situation internationale. Les Suisses ont une perception de la situation internationale aussi sombre que l'année précédente. Ils sont significativement moins optimistes quant à l'avenir de la Suisse. Toutefois, une comparaison à long terme, établie depuis 1993, révèle que cette année aussi les Suissesses et Suisses sont particulièrement optimistes quant à l'avenir. Les relevés montrent également une tendance positive en ce qui concerne le sentiment général de sécurité, car neuf citoyennes et citoyens suisses sur dix se sentent en sécurité.

Confiance dans les institutions: Cette année, la confiance accordée aux autorités suisses et aux institutions est particulièrement élevée. Toutes les institutions évaluées en janvier 2012 jouissent d'une confiance significativement supérieure à 2011, à l'exception de l'économie suisse. La confiance dans le Conseil fédéral, le Parlement fédéral et la police a particulièrement augmenté. Le classement des institutions en fonction de la confiance accordée reste inchangé. La tête du classement est occupée par la police et les tribunaux, alors que les partis politiques et les médias se retrouvent en queue du classement.

Sécurité intérieure: Comparé à 2009, une augmentation de l'approbation des mesures visant au maintien de la sécurité intérieure est constatée en 2012. En effet, une large majorité de la population suisse approuve les mesures assurant la sécurité intérieure, telles que la lutte et les sanctions contre le hooliganisme, une augmentation de la présence policière, la collecte de données concernant des personnes suspectes, l'interdiction à certaines personnes d'accéder à un rayon ainsi que l'engagement de l'armée pour assurer l'ordre public. Trois Suisses sur quatre se montrent également en faveur d'un contrôle du nombre d'étrangers et de la surveillance vidéo sur les places publiques importantes. Seule une faible majorité approuve la dissolution de manifestations non-autorisées, les contrôles d'accès dans les bâtiments publics ainsi que l'arrestation de suspects à titre préventif. Sont rejetées des mesures, telles que la surveillance par la police des appels téléphoniques et des ordinateurs privés ainsi que l'interdiction aux jeunes de sortir après minuit.

Autonomisme et volonté d'ouverture: Aussi en 2012, la population suisse souhaite rester politiquement, économiquement et militairement aussi autonome que possible, mais elle se montre favorable à une coopération économique avec l'UE, à un engagement pour les affaires de l'ONU ainsi qu'à un engagement humanitaire. 11 pour cent de plus qu'en 2011 soutiennent actuellement un engagement actif pour les affaires de l'ONU. L'approbation de l'aide au développement a également augmenté. L'euroscpticisme marqué tel qu'il avait été enregistré en 2011 demeure inchangé. En janvier 2012, les relevés montrent de nouveau une approbation très basse du rapprochement et de l'adhésion à l'UE. Toutefois, l'autonomie absolue est rejetée.

Neutralité: L'abolition de la neutralité reste impensable. Les relevés montrent que 95 % des citoyennes et citoyens suisses sont en faveur du maintien de la neutralité. Ainsi, la tendance observée depuis janvier 2002 se confirme, soit l'approbation croissante du principe de la neutralité par la population suisse. De plus, les aspects de la neutralité se référant à la solidarité et à l'identité continuent de jouir d'une approbation très élevée. La fonction de la neutralité en matière de politique de sécurité est également approuvée majoritairement, cependant moins fortement. L'application de la neutralité armée est particulièrement remise en question.

Culture stratégique: Les principes de la neutralité et de la démocratie directe sont des éléments essentiels de la culture stratégique de la Suisse. Contrairement à la conception de la neutralité différenciée, la conception intégrale de la neutralité, telle que pratiquée durant la Deuxième Guerre mondiale et au début de la première guerre du Golfe en 1991, ne recueille pas de majorité au sein de la population suisse. Les Suissesses et Suisses sont majoritairement convaincus que le maintien de la paix intérieure est nécessaire pour la défense nationale. Une majorité des personnes interrogées est également d'avis que la Suisse, en tant que petit pays, doit défendre ses intérêts très fortement face aux grands pays. De plus, les citoyennes et citoyens suisses estiment majoritairement que la défense du pays est un devoir civique, ce qui peut être interprété comme une approbation du système de milice. Une majorité de la population suisse soutient l'autonomie en matière de politique de sécurité. Une faible majorité estime que l'armée sert à la cohésion de la Suisse plurilingue. Au sein de la population suisse, diverses affirmations ne recueillent pas de majorité; soit une maxime unilatérale en matière de politique de sécurité, l'armée comme symbole de liberté et d'indépendance, l'école de recrues en tant qu'institution «du rite de passage sociétal des jeunes à l'âge adulte», la fonction de dissuasion de l'armée ainsi que la probabilité d'une menace de guerre entre la Suisse et un autre Etat dans les dix prochaines années.

Armée: Trois quarts des Suisses considèrent que l'armée est nécessaire. Par rapport à l'année précédente, cette acceptation a légèrement baissé. Par contre, la confiance dans l'armée a significativement augmenté. Cette valeur atteint de nouveau la moyenne enregistrée ces années précédentes. La satisfaction de prestations de l'armée est restée constante. Alors que ces deux années passées la pression exercée sur les mesures d'économie budgétaire pour la défense a diminué, en 2012 davantage de personnes interrogées pensent que le budget est raisonnable. Il faut toutefois prendre en considération qu'un montant plus élevé a été attribué à l'armée pour les prochaines années. La population suisse est divisée en ce qui concerne la structure de l'armée, la question si l'armée est un mal nécessaire ou si elle est une institution centrale de la société. Par rapport à l'année précédente, un peu plus de citoyennes et citoyens suisses pensent que l'armée pourrait être supprimée. Le niveau de ce relevé est toutefois bas. Le taux d'approbation en faveur de l'armée de milice est de nouveau légèrement supérieur à celui de l'armée professionnelle.

Conciliation entre les obligations militaires et la vie professionnelle: La majorité des Suisses estiment que le service militaire recueille le soutien des employeurs. Ils sont plutôt d'avis que le service militaire est conciliable avec la vie professionnelle et n'influence pas négativement la vie professionnelle. Toutefois, les personnes interrogées ne pensent pas qu'une carrière militaire soit liée au prestige sociétal et à des avantages professionnels.

Sintesi

Sensazione generale di sicurezza: nel 2012 i cittadini si sono detti ottimisti nei confronti della situazione in Svizzera e pessimisti riguardo allo scenario internazionale. Rispetto all'anno precedente, il quadro politico mondiale è considerato analogamente cupo, mentre il futuro della nazione viene guardato con meno ottimismo. Ciò nonostante, in confronto agli anni a partire dal 1993 l'attuale ottimismo riguardo al futuro e la sensazione di sicurezza della popolazione svizzera permangono a livelli decisamente elevati. Nove cittadini su dieci, infatti, dicono di sentirsi sicuri.

Fiducia nelle istituzioni: quest'anno le autorità e le istituzioni svizzere godono di particolare fiducia. Ad eccezione dell'economia svizzera, nel mese di gennaio del 2012 tutte le istituzioni prese in esame hanno riscosso molta più fiducia rispetto al 2011. Ciò dicasi, in particolare, per il Consiglio federale, il Parlamento svizzero e la polizia. Le posizioni in vetta e in coda alla graduatoria della fiducia accordata dalla popolazione alle istituzioni rimangono invariate: guidano la classifica polizia e tribunali, mentre chiudono agli ultimi posti i partiti politici e i media.

Sicurezza interna: rispetto all'ultimo rilevamento del 2009, nel 2012 si riscontra un generale incremento dei consensi nei confronti delle misure per la salvaguardia della sicurezza interna. Tra di esse, la lotta e la condanna dell'hoooliganismo, la presenza intensificata delle forze di polizia, la raccolta di dati relativi a persone sospette, i divieti di accesso a determinate aree e il ricorso all'esercito per garantire l'ordine pubblico trovano il sostegno di gran parte della popolazione svizzera. Tre cittadini su quattro si sono dichiarati favorevoli anche al controllo della percentuale di stranieri e alla videosorveglianza dei luoghi pubblici di rilievo. Lo scioglimento violento di manifestazioni di protesta, i controlli all'ingresso degli edifici pubblici e l'arresto preventivo, invece, trovano il consenso soltanto di un'esigua maggioranza della popolazione. Vengono respinte misure come le intercettazioni telefoniche e la sorveglianza dei computer privati da parte della polizia e il divieto di uscita per i giovani dopo la mezzanotte.

Autonomia e volontà d'apertura: la popolazione svizzera desidera conservare la massima autonomia possibile sul piano politico, economico e militare, ma appoggia la cooperazione economica con l'UE, le attività dell'ONU e un impegno della Svizzera sul fronte umanitario. Rispetto all'anno precedente, è cambiato soprattutto

l'atteggiamento nei confronti delle Nazioni Unite: con un tasso di approvazione dell'11% superiore rispetto al passato, si alza a gran voce l'appello a un impegno attivo della Svizzera a favore delle iniziative dell'ONU. Riscuote maggiori consensi anche un incremento degli aiuti allo sviluppo. Il marcato scetticismo osservato nel 2011 nei confronti dell'Unione Europea è rimasto invariato. Nel mese di gennaio del 2012, infatti, le percentuali di consenso nei confronti di un avvicinamento o un'adesione all'UE sono state nuovamente bassissime. Si respinge, comunque, l'idea di un'autonomia assoluta.

Neutralità: abolire la neutralità svizzera rimane impensabile, essendo quest'ultima sostenuta dal 95% della popolazione svizzera. La percentuale di consensi registrata nei confronti del principio di neutralità conferma pertanto il trend in ascesa osservato dal mese di gennaio del 2002. Continuano a riscuotere grande approvazione gli aspetti della neutralità riferiti alla solidarietà e all'identità nazionale. Anche la funzione a livello di politica di sicurezza continua a raccogliere consensi dalla maggioranza della popolazione, seppure a un livello inferiore. Viene messa in discussione, in particolare, la credibilità della neutralità armata.

Cultura strategica: i principi della neutralità e della democrazia diretta sono elementi cardine della cultura strategica della Svizzera. Rispetto a un concetto di neutralità differenziata, l'idea di una neutralità integrale di più ampio respiro – come fu praticata dalla Svizzera dal secondo conflitto mondiale all'inizio della prima guerra del Golfo nel 1991 – non riscuote consensi tra la maggioranza della popolazione. Gran parte dei cittadini è convinta che il mantenimento della pace interna sia necessario ai fini della difesa nazionale. Anche il fatto che la Svizzera, essendo una nazione piccola, debba far valere i propri interessi con particolare veemenza nei confronti delle grandi potenze mondiali viene approvato dalla maggioranza degli intervistati. Oltre la metà dei cittadini, inoltre, ritiene che la difesa del Paese sia un dovere civico, il che può essere interpretato come un'espressione di consenso nei confronti del sistema di milizia. La maggioranza della popolazione svizzera appoggia altresì un'autonomia a livello di politica di sicurezza. Pressoché la metà degli intervistati ritiene che l'esercito sia funzionale alla coesione di un Paese multilingue come la Svizzera. Non incontrano il favore della maggioranza della popolazione, invece, idee quali un modus operandi unilaterale in materia di politica di sicurezza, il significato simbolico dell'esercito quale espressione di libertà e indipendenza, la scuola reclute quale forma di iniziazione all'età adulta, la funzione intimidatoria dell'esercito e la probabilità di una minaccia di guerra da parte di un altro Stato nell'arco dei prossimi 10 anni.

Esercito: tre quarti della popolazione svizzera ritiene che l'esercito sia necessario. Rispetto all'anno passato, il grado di accettazione dell'esercito ha subito un leggero calo, mentre è aumentata in maniera significativa la fiducia nei suoi confronti – riportandosi in linea con la media di lungo periodo. Rimane costante il grado di soddisfazione rispetto all'operato dell'esercito. Mentre nei due anni precedenti si era osservato un calo della pressione al risparmio sul budget della difesa, nel mese di gennaio del 2012 sale nuovamente il numero di intervistati che ritengono il budget adeguato. A tale proposito, tuttavia, va considerato che nei prossimi anni è previsto teoricamente anche un incremento delle finanze destinate all'esercito. Per quanto concerne la struttura del servizio militare, si evidenzia anche quest'anno un atteggiamento discorde tra la popolazione. Altrettanto combattuta è la questione relativa a se l'esercito sia un male necessario o un'istituzione fondamentale per la società. In confronto all'anno precedente, sale leggermente – pur rimanendo a livelli molto bassi – la percentuale di coloro che ritengono l'esercito da abolire. A livello di consensi, l'esercito di milizia si riconferma leggermente in vantaggio rispetto a un esercito di professionisti.

Conciliabilità tra servizio militare e vita professionale: la maggioranza della popolazione svizzera ritiene che il servizio militare debba essere sostenuto dai datori di lavoro. Vi è anche la tendenza a pensare che servizio militare e vita professionale siano conciliabili tra loro, senza che il primo si ripercuota negativamente sulla carriera lavorativa. Non si condivide, tuttavia, l'idea che una carriera nella milizia sia legata a prestigio sociale e vantaggi di natura professionale.

Executive Summary

General feeling of security: In 2012 the Swiss are quite optimistic concerning Switzerland's development and pessimistic regarding the international development. Compared to the previous year, the global political situation is perceived equally bleak, Switzerland's future, however, is assessed as significantly less optimistic. Yet, compared to the long-term average since 1993, the Swiss' current future optimism and the feeling of security are still distinctly high. Nine out of ten citizens feel secure.

Trust in institutions: This year, Swiss authorities and institutions enjoy a particularly high degree of trust. Except for the Swiss economy, in January 2012, all enquired institutions are trusted significantly more than in 2011. In particular trust in the Federal Council, the Federal Parliament, and the police forces has risen. The ranking of the level of trust remains unaltered in the higher and lower positions: high trust in the police forces and the courts, low trust in the political parties and media.

Homeland security: Overall, in 2012, compared to the last survey in 2009, an increase in the support for measures to maintain homeland security can be stated. Measures to maintain homeland security, as the controlling and penalization of hooliganism, an increased police presence, the collection of suspicious people's data, exclusion orders, and the engagement of the armed forces to ensure peace and order find predominantly high support in the Swiss population. Likewise, three out of four Swiss approve of controlling of the proportion of foreigners as well as video surveillance of important public places. Only a bare majority of the Swiss population approves of violent breakups of demonstrations, entry inspections at public buildings, as well as precautionary arrestment of suspects. Measures as surveillance of phone calls and private computers by the police as well as curfew for adolescents after midnight meet with disapproval.

Autonomy and willingness to open up: The Swiss population would like to remain politically, economically, and militarily autonomous. However, it supports the economic cooperation with the EU, the concerns of the UN and a humanitarian commitment of Switzerland. Compared to the previous year, mainly the attitude toward the UN has changed. With an increase in approval by 11%, the demand for an active engagement for the concerns of the UN is supported more clearly. An

expansion of the development aid is also supported more strongly. The marked EU skepticism, as it could be observed in 2011, remains unaltered. In January 2012, very low approval rates for an approach toward and an accession to the EU were measured again. Yet, an absolute autonomy is declined.

Neutrality: Abolishing Swiss neutrality remains unthinkable: neutrality is supported by 95% of the Swiss. Thus, the observed trend since January 2002 of an increasing approval of the neutrality principle by the Swiss population remains. The solidarity and identity functions of neutrality still experience very high support. The security function of neutrality is also approved by a majority, albeit at a lower level. Especially the credibility of armed neutrality is called into question critically.

Strategic culture: The principles of neutrality and direct democracy are substantial components of the strategic culture of Switzerland. In contrast to a differential understanding of neutrality, a more comprehensive, integral understanding of neutrality, the way Switzerland practiced it during WWII and until the beginning of the first Gulf War in 1991, finds again no majority in the Swiss population. Swiss are predominantly convinced that ensuring internal peace is essential for the national defense. Also, a majority of the respondents thinks that Switzerland as a small state should enforce its interests against big nations with particular vehemence. Furthermore, Swiss predominantly hold that the country's defense is a civic duty, which can be read as an expression of the approval for the militia system. In addition, a majority of the electorate back a military autonomy. A slight majority takes the view that the armed forces serve the cohesion of multilingual Switzerland. No majority in the Swiss population holds convictions like a unilateral security political guiding principle, the symbolic meaning of the armed forces as expression of freedom and independence, the recruit school as an institution of "becoming a man", the armed forces' deterrent function, as well as the probability of the threat of war by another nation during the next ten years.

Armed forces: Three quarters of the Swiss population consider the armed forces necessary. Compared to the previous year, the approval of the armed forces has slightly decreased. By contrast, trust in the armed forces has increased significantly. Thus, it is in the long-term average again. Satisfaction with the armed forces' performance has remained constant. While the pressure on the budget of defense to cut costs decreased during both of the two previous years, in January 2012, more respondents state again that the budget is exactly right the way it is. At that, it has to be taken into account that nominally the armed forces are supposed to be attributed

greater financial resources in the next years. Regarding the organizational structure of the Swiss armed forces, the population remains divided. In relation to the question as to whether the armed forces are a necessary evil or a central institution of society, they are equally disjointed. Compared to the previous year, slightly more Swiss regard the armed forces as worthy to abolish, yet on a low level. The militia experiences slightly more approval again compared to a professional armed forces.

Compatibility of military service and professional life: The majority of Swiss think that military service is supported by employers. They also rather take the view that military service and professional life are compatible, without a negative influence of military service on professional life. The view, according to which a militia career may be linked to social prestige and occupational advantages, is not shared.

Zusammenfassung der Studie «Sicherheit 2012»

Ziele und Datenbasis

Die Jahresstudien «Sicherheit» der *Militärakademie an der ETH Zürich* in Zusammenarbeit mit dem *Center for Security Studies* der *ETH Zürich* dienen der Trendermittlung in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen der Schweizer Stimmbevölkerung.

Neben einem Kern von stets oder in unregelmässigen Abständen verwendeten Fragen werden jährlich auch solche zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen gestellt. Besondere Aufmerksamkeit wurde 2012 den Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit, der Strategischen Kultur, der Vereinbarkeit von Militärdienst und Arbeitsleben sowie der Einstellung zum Wehrdienst eingebürgerter Schweizer geschenkt.

Die Datenerhebung fand vom 12. Januar bis 6. Februar 2012 telefonisch bei 1200 Personen in allen Sprachregionen statt und wurde durch das Befragungsinstitut ISOPUBLIC durchgeführt. Die hier erhobenen Einstellungen können durch aktuelle sicherheitspolitische Ereignisse beeinflusst werden. Am 5. Januar 2012 reichte die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) die Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» ein. Vom 16. bis 30. Januar fand ein Einsatz der Schweizer Armee im Rahmen des *World Economic Forum* (WEF) in Davos statt. Beide Ereignisse warfen jedoch keine medienwirksamen Wellen. Die Diskussion um den geplanten Kauf der Kampfflugzeuge des Typs Saab Gripen intensivierte sich erst nach der Feldphase.

Die \pm -Prozentzahlen in Klammern geben die Differenz zur Januarerhebung 2011 an. In der Befragung 2012 liegt der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% im ungünstigsten Fall bei $\pm 3\%$. Das heisst, ein von uns gemessener Wert von 50% für x gehört mit einer 95%igen Wahrscheinlichkeit zur Grundgesamtheit, bei der die Häufigkeit von x zwischen 47% und 53% liegt. Die Grundgesamtheit ist in diesem Fall die Schweizer Stimmbevölkerung.

Trends und Tendenzen

1. Allgemeines Sicherheitsempfinden und Vertrauen in Institutionen

Allgemeines Sicherheitsempfinden: Im Januar 2012 fühlt sich die grosse Mehrheit der SchweizerInnen sicher (90%, $\pm 0\%$). Dabei geben 32% (-2%) der Befragten an, sich «sehr» und 58% ($+2\%$) sich «eher» sicher zu fühlen. Im langjährigen Vergleich fällt die subjektive Wahrnehmung der Sicherheit aktuell sehr positiv aus. Nur in den Jahren 2001/2002, 2008/2009 sowie 2011 fühlten sich ebenso viele SchweizerInnen so sicher wie im Januar 2012.

Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz: Die grosse Mehrheit (78%, -6%) der Schweizer Stimmbevölkerung beurteilt im Januar 2012 die Zukunft des Landes insgesamt überaus positiv. Allerdings überwiegt die Sichtweise einer «eher» optimistischen Zukunftserwartung (72%). Nur 6% geben an, «sehr» optimistisch zu sein. Im Vergleich zum sehr verbreiteten Optimismus im Vorjahr hat sich dieser im Jahr 2012 leicht, aber signifikant abgeschwächt. Nichtsdestotrotz können die SchweizerInnen im Vergleich zum langjährigen Schnitt seit 1993 aktuell als überdurchschnittlich optimistisch bezeichnet werden.

Einschätzung der weltpolitischen Lage: Die im langjährigen Vergleich düstere Wahrnehmung der weltpolitischen Lage, wie sie 2011 gemessen wurde, setzt sich auch im Jahr 2012 in der Stimmbevölkerung fort. Mehr als jede/jeder Zweite (53%, -1%) denkt, dass sich die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren düsterer und gespannter präsentieren wird. Nur 8% ($+1\%$) der SchweizerInnen glauben an eine Entspannung des weltpolitischen Geschehens. 38% ($+1\%$) der Befragten erwarten keine Veränderungen.

Vertrauen in Behörden und Institutionen: Die sieben regelmässig erfassten Behörden und Institutionen der Schweiz geniessen aktuell besonders hohes Vertrauen. Im Jahr 2012 liegt das allgemeine mittlere Vertrauen statistisch signifikant über dem langjährigen Durchschnitt (\emptyset : 6.2, 2012: 6.5). Besonders stark wird fortgesetzt der Polizei vertraut, gefolgt von den Gerichten. Dieses Jahr genießt der Bundesrat das dritt- und die Schweizer Wirtschaft das vierthöchste Vertrauen. Der Armee und dem Parlament wird gleichermassen vertraut. Bei den politischen Parteien und den Medien, die am kritischsten beurteilt werden, halten sich Vertrauen und Misstrauen die Waage. Mit Ausnahme der Schweizer Wirtschaft haben alle erfragten Institutionen und Behörden im Vergleich zum Vorjahr an Vertrauen gewonnen.

Das Vertrauen in die Schweizer Wirtschaft liegt aber, da es in den beiden Vorjahren jeweils signifikant gestiegen ist, auch 2012 über dem langjährigen Mittel. Vor allem dem Bundesrat, dem eidgenössischen Parlament und der Polizei wird im Vergleich zum Vorjahr deutlich stärker vertraut. Das Vertrauen in die Schweizer Armee liegt nun wieder im langjährigen Schnitt.

Massnahmen zur Bekämpfung des Extremismus bzw. des Terrorismus: Vier von fünf der Befragten halten es für unsere Sicherheit für wichtig, den Rechtsextremismus stärker als bisher zu bekämpfen (81%). Ein stärkeres Vorgehen gegen den Linksextremismus wird mit 67% deutlich weniger gefordert. Sowohl die Befürwortung einer stärkeren Bekämpfung des Rechts- (+6%) als auch des Linksextremismus (+4%) haben im Jahresverlauf leicht zugenommen. Die Bereitschaft der Schweizer Bevölkerung, für die Bekämpfung des Terrorismus Freiheitseinschränkungen in Kauf zu nehmen, ist nach einem Anstieg im Januar 2011 im Jahresverlauf wieder leicht gesunken und liegt nun bei 68% (-3%). Die Billigung von Freiheitseinschränkungen im Kontext der Terrorismusbekämpfung liegt damit stets über dem Niveau von 2003, der erstmaligen Erhebung dieser Einstellung nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001.

Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit: Eine hohe Zustimmungsrates finden in der Schweizer Bevölkerung die Bekämpfung und Bestrafung von Hooliganismus (89%) sowie eine erhöhte Polizeipräsenz (83%, +2%). Ebenfalls wird die Sammlung von Daten verdächtiger Personen (80%) sowie das Rayonverbot (80%) von den Befragten mehrheitlich und in leicht zunehmendem Masse begrüsst ($\pm 0\%$ bzw. +7%). Im Vergleich zu 2009 ist die Zustimmung zum Rayonverbot statistisch signifikant gestiegen. Die Kontrolle des Ausländeranteils (77%, +11%) und die Videoüberwachung wichtiger öffentlicher Plätze (76%, +4%) werden ebenfalls stärker befürwortet als 2009, wobei die Zunahme in Bezug auf die Kontrolle des Ausländeranteils statistisch signifikant ist. Vier von fünf der Befragten heissen im Falle einer Überforderung der Polizei einen Einsatz der Armee zur Sicherung von Ruhe und Ordnung gut (79%, keine Vergleichszahlen vorhanden). Lediglich eine knappe Mehrheit der Schweizer Bevölkerung billigt jedoch die gewaltsame Auflösung von Demonstrationen durch die Polizei (56%). Hinsichtlich der Frage nach verstärkten Eingangskontrollen zu öffentlichen Gebäuden zeigt sich eine ambivalente Haltung der SchweizerInnen. Die Befürwortung dieser Massnahme wurde im Januar 2012 statistisch signifikant bestätigt (55%, +9%), nachdem sie im Januar 2009 mehrheitlich abgelehnt wurde. Die vorsorgliche Verhaftung von Verdächtigen wird 2012 leicht stärker gebilligt als 2009 (54%, +3%). Mehrheitlich abgelehnt wird

eine intensivierete Überwachung von Telefonaten (55% Ablehnung) und privaten Computer (56% Ablehnung) durch die Polizei. Ebenfalls stösst eine Ausgangssperre für Jugendliche nach 24 Uhr auf die Missbilligung einer Mehrheit der Schweizer Bevölkerung (66% Ablehnung).

2. Aussen- und Sicherheitspolitik

Beziehung zur EU: 2011 hatte sich die Einstellung der SchweizerInnen zu europapolitischen Fragen innert Jahresfrist deutlich akzentuiert. Die diesjährige Erhebung zeigt, dass sich an der EU-skeptischen Haltung nichts geändert hat. Auch 2012 ist eine politische Annäherung an die EU nur noch für 37% ($\pm 0\%$) der Befragten denkbar. Einen Beitritt zur EU wünschen sich lediglich 17% (-2%). Die pragmatische Sichtweise einer ausschliesslich wirtschaftlichen Annäherung an die EU geniesst hingegen weiterhin grossmehrheitlich Akzeptanz. 81% der SchweizerInnen stimmen der Forderung zu, «die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärken».

Internationale Kooperation ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindungen: Ein aktiveres humanitäres internationales Engagement der Schweiz wird mehrheitlich unterstützt. 76% der Befragten wünschen sich, dass die Schweiz eine aktive Rolle bei internationalen Konferenzen spiele. 71% fordern eine intensivierete Vermittlungshilfe der Schweiz bei Konflikten und 62% eine Erhöhung der Entwicklungshilfe. Die Befürwortung eines Ausbaus der Entwicklungshilfe hat im Durchschnitt innert Jahresfrist leicht, jedoch signifikant zugenommen (+5%). Die Akzeptanz eines humanitären internationalen Engagements der Schweiz liegt nach dem letztjährigen Einbruch wieder auf dem Niveau der Zustimmung seit der Jahrtausendwende.

Beteiligung in der Uno: Seit dem Uno-Beitritt ist die Schweizer Stimmbevölkerung der Uno gegenüber positiv eingestellt. Sowohl der Forderung nach einem aktiven Einsatz für Uno-Anliegen (68%) wie dem Anspruch eines schweizerischen Sitzes im Sicherheitsrat der Uno (65%) wird mehrheitlich zugestimmt. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Befürwortung eines aktiven Einsatzes für Uno-Anliegen markant um 11% gestiegen und erreicht damit einen neuen Höchstwert. Die Zustimmung zum Anspruch eines Sitzes im Uno-Sicherheitsrat ist konstant geblieben (+3%).

Öffnungsbereitschaft für sicherheitspolitische Allianzen und Friedenstruppen: Von den erfragten möglichen Formen internationaler Zusammenarbeit erfährt die

sicherheitspolitische Kooperation jeweils am wenigsten Unterstützung. Sie wird tendenziell eher abgelehnt. Das militärische Engagement im Rahmen der Uno – in Form der Entsendung von Schweizer Friedenstruppen – erfährt dabei jeweils die höchste Zustimmung. Nachdem im Jahr 2011 die Befürwortung dieser Einsätze signifikant gesunken war, liegt sie 2012 mit 53% (+3%) wieder knapp über der 50%-Marke. Die Nato als sicherheitspolitische Allianz wird konstant skeptisch beurteilt. Eine Annäherung an die Nato begrüßen 37% (+1%) der SchweizerInnen. Nur ein Fünftel der Befragten möchte, dass die Schweiz der Nato beitrifft (19%, -2%).

Allgemeine und sicherheitspolitische nationale Autonomie: 80% (+3%) der Befragten teilen 2012 die Meinung, die Schweiz solle wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben. Der Wunsch nach einer möglichst autonomen Schweiz, der im Jahr 2011 erstmals nach vier Jahren signifikant gestiegen ist, bleibt auch 2012 auf dem Höchstwert in der Erhebungsreihe. Mit 49% (-1%) der Befragten halten es genauso viele Personen wie im Vorjahr für richtig, sich nur auf die eigene Landesverteidigung zu verlassen. Eine absolute Autonomie wird nur von einer Minderheit gewünscht: 34% (+2% im Vergleich zur letztmaligen Erhebung dieser Frage im Jahr 2010) der Befragten finden, die Schweiz solle «sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.»

Wahrnehmung der Globalisierung: In der Schweizer Stimmbevölkerung überwiegt die Meinung, dass die Zukunft unseres Landes hauptsächlich durch die Schweizer Bevölkerung und die Schweizer Politik beeinflusst werde (80%). Nur eine Minderheit von 36% glaubt, dass wir auf die Zukunft unseres Landes keinen Einfluss haben, da diese von der Entwicklung anderer Länder abhängt. Die Wahrnehmung der Schweiz in einer globalisierten Welt ist ambivalent. Jene, die die Zukunft der Schweiz vorwiegend von anderen Ländern beeinflusst wahrnehmen, glauben zugleich mehrheitlich, dass die Entwicklung der Schweiz hauptsächlich durch die Entwicklung der nationalen Gemeinschaft bedingt werde.

Neutralität: Die seit mehreren Jahren beobachtbare hohe Zustimmungsrates zum Prinzip der Neutralität ist im Jahresverlauf um ein weiteres Prozent gestiegen. 95% der Schweizer Bevölkerung befürworten die Beibehaltung der Neutralität, wobei 70% (±0%) dem Prinzip der Neutralität «sehr» und 25% (+1%) «eher» zustimmen. Der steigende Trend in der Befürwortung des Neutralitätsprinzips durch die Schweizer Bevölkerung kann somit auch im Jahre 2012 bestätigt werden und erreicht seit Beginn der Erhebungsserie «Sicherheit» im Jahre 1989 mit 95% das Höchstmass. Konstant zwei von drei Befragten heissen die differenzielle Neutralität

gut, wonach die Schweiz aussenpolitisch Stellung beziehen, sich aber bei militärischen Interventionen heraushalten solle. Die de-facto-Aufgabe der Neutralität, nämlich die Forderung, nicht nur bei politischen, sondern auch bei militärischen Konflikten klar Stellung zu beziehen, wird konstant nur von einem Viertel der Schweizer Bevölkerung unterstützt (25%, $\pm 0\%$).

Neutralitätsfunktionen: Ein sehr hoher Anteil der Befragten sieht die Schweiz infolge ihrer Neutralität für die Schlichtung von Konflikten und als internationale Vermittlerin prädestiniert (93%). Im Mittel ist die Befürwortung dieser Solidaritätsfunktion der Neutralität im Jahresverlauf erneut leicht, aber statistisch signifikant gestiegen (+4%). Ebenso wird die Schweizer Neutralität seit der Jahrtausendwende zunehmend und grossmehrheitlich als «untrennbar mit dem Staatsgedanken verbunden» wahrgenommen (83%, +4%). Darin manifestiert sich die symbolisch hohe Bedeutung der Neutralität für die nationale Identität der Schweiz. Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung glaubt an die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität. Sie tut dies jedoch weniger stark als sie der Solidaritäts- und Identitätsfunktion der Neutralität zustimmt. 66% (+5%) der Befragten sind der Meinung, dank der Neutralität werde die Schweiz nicht in internationale Konflikte involviert, wobei die Zustimmungsrate im Jahresverlauf signifikant gestiegen ist. 52% (-3%) sehen in der bewaffneten Neutralität einen Beitrag zur Stabilisierung Europas. Nur eine Minderheit von 23% (-5%) glaubt, dass eine «Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis uns mehr Sicherheit bringen würde als die Beibehaltung der Neutralität», wobei diese Zustimmung im Jahresverlauf statistisch signifikant gesunken ist.

Kritische Beurteilung der Neutralität: Die Neutralität erfährt auch im Rahmen einer kritischen Betrachtung ein positives Urteil. So sieht die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung die internationale Handlungsfähigkeit der Schweiz durch das Neutralitätsprinzip nicht tangiert. 32% (-3%) sehen in der Neutralität der Schweiz ein Hindernis zur wirtschaftlichen Kooperation mit anderen europäischen Staaten. Ebenfalls nur eine Minderheit glaubt, dass infolge der engen politischen und wirtschaftlichen Verflechtung der Schweiz mit anderen europäischen Staaten die Neutralität verunmöglicht werde (32%, +3%). Lediglich 18% (-1%) der Befragten finden, dass die Neutralität aufzugeben sei, wenn sie keine Vorteile mehr brächte. Diese geringe Zustimmung weist darauf hin, dass die Neutralität von einer grossen Mehrheit der Schweizer Bevölkerung als ein Wert an sich und nicht zwingend als ein Zweckinstrument wahrgenommen wird. Hinsichtlich der Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität haben 2011 noch ebenso viele Befragte diese angezweifelt

wie bejaht. Im Januar 2012 halten jedoch mehr SchweizerInnen die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität für gegeben, als dass sie diese verneinen (49% Zustimmung, 45% Ablehnung, +4% positive Beurteilung).

Strategische Kultur: Erstmals in dieser Studienreihe wurde erhoben, für wie wichtig verschiedene Überzeugungen der Strategischen Kultur der Schweiz erachtet werden. Erhebungen im Rahmen der Trendstudie «Sicherheit» haben gezeigt, dass die Schweizer Neutralität mehr als eine sicherheitspolitische Strategie oder eine mögliche Handlungsoption ist. Sie repräsentiert auch einen normativen Wert, der von einem grossen Teil der Gesellschaft getragen wird. Eine integrale Auffassung von Neutralität findet indes keine Mehrheit in der Schweizer Bevölkerung. Lediglich 47% sind der Meinung, es sei wichtig, «...dass wir auf das Geschehen in der Weltpolitik keinen Einfluss nehmen». Stattdessen befürwortet eine Mehrheit von 64% das Prinzip der differenziellen Neutralität, welches aussenpolitische Stellungnahmen, nicht aber die Beteiligung an militärischen Interventionen vorsieht. Neben der Neutralität sind direktdemokratische Prinzipien in der Schweizer Gesellschaft stark verankert. So heissen 78% der Befragten gut, «...dass das Schweizer Volk auch bei Militärfragen das letzte Wort hat». Hinsichtlich der Verteidigung nationaler Interessen gegenüber anderen Staaten halten vier von fünf Personen die Wahrung des inneren Friedens für relevant (77%). Ebenso ist die Meinung, als Kleinstaat seine Interessen gegenüber grossen Ländern besonders vehement vertreten zu müssen, in der Schweizer Bevölkerung mehrheitlich vorhanden (67%). 62% der SchweizerInnen sehen die Verteidigung des Landes als eine Bürgerpflicht an und stützen somit das Milizprinzip als Organisationsform der Schweizer Gesellschaft. Sicherheitspolitische Autonomie im Sinne, dass die Schweizer Armee fähig sein muss, sich alleine und ohne Hilfe von aussen verteidigen zu können, wird von einer knappen Mehrheit der Schweizer Bevölkerung vertreten (55%). Es lässt sich jedoch keine Mehrheit finden, welche eine unilaterale Handlungsmaxime vertritt, wonach sich die Schweiz zum Schutz nur auf sich selbst verlassen solle (47%). Hinsichtlich der Funktionen der Armee sind 62% der Befragten der Meinung, der Militärdienst fördere das Verantwortungsbewusstsein und jede/jeder Zweite ist der Ansicht, dass die Armee dem Zusammenhalt der vielsprachigen Schweiz diene (52%). Knapp keine Mehrheit findet die Aussage, dass die Armee ein Symbol der Freiheit und der Unabhängigkeit der Schweiz sei (45%) und nur 36% sehen in der Rekrutenschule ein gesellschaftliches Übergangsritual der Jungen zu Männern. Jede/Jeder Vierte der Befragten glaubt an die Abschreckungsfunktion der Armee gegenüber anderen Staaten (26%), und 8% halten einen Krieg zwischen der Schweiz und einem anderen Staat in den nächsten zehn Jahren für möglich.

3. Verteidigungspolitik

Notwendigkeit der Armee: Die Schweizer Bevölkerung erachtet die Armee mehrheitlich als notwendig (75%). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zustimmung signifikant abgeschwächt (-4%). Die prozentuale Zustimmung zur Notwendigkeit liegt im Jahr 2012 aber immer noch über dem langjährigen Mittel seit 1991 (70%). Aktuell fällt auf, dass die Kategorie «sehr» notwendig unterdurchschnittlich häufig gewählt wird. Im Jahr 2012 erachteten nur 20% die Armee als «sehr» notwendig (Schnitt seit 1991: 28%). Politisch links Eingestellte (49%; ±0%) und die 20–29-Jährigen (63%; -6%) nehmen die Armee deutlich seltener als notwendig wahr. Die Fallzahl der Befragten in dieser Altersgruppe (N=117) ist zu gering, um den Zustimmungsrückgang von 6% als statistisch signifikanten Rückgang ausweisen zu können.

Umfang der Armee: Unverändert häufig wird die Forderung unterstützt, wonach die Schweiz eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee bereitstellen solle (69%, +1%). Damit verharrt die Befürwortung einer gut ausgerüsteten Armee seit 2009 auf einem im langjährigen Vergleich tiefen Niveau. Die Einstellung zur Aufhebung der Wehrpflicht dient unter anderem ebenfalls als Indikator für den gewünschten Umfang der Armee. Innert Jahresfrist hat sich diese markant verändert. Im Jahr 2012 stimmen 48% der Befragten der Aufhebung der Wehrpflicht zu. Dies sind 10% mehr als im Vorjahr. Damit liegt die Zustimmung hierzu im langjährigen Vergleich auf hohem Niveau. Gleichzeitig hat sich die in den Vorjahren beobachtete Polarisierung abgeschwächt. Die Zahl der ausgesprochenen BefürworterInnen und GegnerInnen der Aufhebung nimmt ab. Die mittleren Kategorien einer abgeschwächten «eher» Zustimmung bzw. Ablehnung werden wieder häufiger gewählt.

Gesellschaftliche Rolle der Armee: Vor die Wahl gestellt, die gesellschaftliche Rolle des Militärs als zentral, als notwendiges Übel oder als abschaffungswürdige Institution zu bezeichnen, entscheiden sich 45% (+1%) der BürgerInnen für eine Umschreibung der Armee als notwendiges Übel. Leicht seltener wird angegeben, dass das Militär eine zentrale Rolle in der Schweiz spiele und dies positiv zu werten sei (39%, -3%). 16% (+4%) der Befragten sprechen sich für die Abschaffung der Armee aus. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Einstellung zur gesellschaftlichen Rolle der Armee geringfügig, aber statistisch signifikant verändert.

Zufriedenheit mit der Armee: Dieses Jahr wurde zum zweiten Mal die Zufriedenheit mit der Leistung der Armee erhoben. Auf einer Skala von 1 bis 10, wobei 1 «überhaupt nicht zufrieden» und 10 «sehr zufrieden» bedeutet, erreichte die Schwei-

zer Armee im Schnitt die Bewertung 6.17. Die Zufriedenheit mit der Leistung der Armee ist im Vergleich zum Jahr 2011 konstant geblieben.

Milizarmee versus Berufsarmee: Die Schweizer Bevölkerung ist seit mehr als zehn Jahren in der Frage der Wehrstruktur gespalten. Aktuell wird eine Milizarmee (52%, +4%) einer Berufsarmee (43%, ±0%) leicht häufiger vorgezogen. Im Januar 2011 sprachen sich signifikant weniger SchweizerInnen für eine Milizarmee aus. Im Vergleich zu den Vorjahren fällt auf, dass 2012 mehr Befragte als üblich eine eindeutige Antwort auf diese Frage geben konnten. Die 18–29-Jährigen, das heisst die Kohorte der Wehrpflichtigen, befürworteten im langjährigen Trend die Berufsarmee jeweils stärker als der Rest der Bevölkerung. Dieses Jahr konnte eine diesbezügliche Angleichung zwischen den 18–29-Jährigen und den 30–59-Jährigen beobachtet werden. Die ab 60-Jährigen bevorzugten im Vergleich zu den anderen Alterskategorien häufiger eine Milizarmee.

Verteidigungsausgaben: 2012 beurteilen 46% (+8%) der StimmbürgerInnen die Verteidigungsausgaben als angemessen. Eine Verringerung der Ausgaben wird von 44% (+5%) gefordert. 7% (–9%) wünschen sich eine Aufstockung des Budgets. Die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben hat sich in den letzten drei Jahren drastisch verändert. Nach 2009 nahm der öffentliche Druck auf die Sparmassnahmen im Verteidigungsbereich markant ab. Im Jahr 2012 kann nun wiederum eine kritischere Haltung zu den Verteidigungsausgaben beobachtet werden. Stark gestiegen ist der Anteil an Befragten, die die Ausgaben für «gerade richtig» halten. Ebenso stark gesunken ist der Anteil an Befragten, welche die Ausgaben für zu gering halten. Da aber der Armee 2011 für die Zukunft nominell ein höherer Betrag zugesprochen wurde, ist der Vergleich mit den Vorjahren nur bedingt möglich.

Aufgabendiversifizierung der Schweizer Armee: Die Aufgabendiversifizierung der Schweizer Armee wird mehrheitlich akzeptiert. 75% stimmen der Forderung zu, «unsere Armee sollte heute mehr können, als nur das Land zu verteidigen». Weiter sind 63% der Auffassung, dass aufgrund einer Zunahme von Gewaltkonflikten die Armee auch im Landesinneren eingesetzt werden sollte. Deutlich seltener wird die Einsatzbeschränkung der Schweizer Armee nur auf die Landesverteidigung im Kriegsfall befürwortet (43%). Diese Indikatoren wurden letztmals 2006 respektive 2007 erhoben. Die Aufgabendiversifizierung wird 2012 ähnlich stark wie 2006 und stärker als im Jahr 2007 gutgeheissen.

Vereinbarkeit von Militärdienst und Arbeitsleben: Erstmals wurde die Einstellung zur Vereinbarkeit von Militärdienst und Arbeitsleben erfasst. Zur Beantwortung der erhobenen Auffassungen konnten die Befragten zwischen den Kategorien stimme «sehr», «eher», «teils zu, teils nicht» sowie stimme «eher nicht» und «überhaupt nicht» zu wählen. Die Vereinbarkeit von Militärdienst und Arbeitsleben ist in der Wahrnehmung der Stimmbevölkerung bewältigbar, aber auch mit Schwierigkeiten verbunden. 58% der Befragten stimmen der Aussage zu, wonach Militärdienstleistende auf die Unterstützung der Arbeitgebenden zählen können. Ebenso finden 54%, dass die Mehrfachbelastung durch den Militärdienst bewältigt werden könne, ohne dass die Berufskarriere dadurch Schaden nimmt. Weitere negative Auswirkungen werden weder mehrheitlich dementiert noch bejaht. Der Auffassung, wonach die Abwesenheit am Arbeitsplatz der Hauptgrund sei, weshalb der Militärdienst der Berufskarriere hinderlich sei, stimmen 39% zu und 43% nicht zu. 32% glauben, dass ArbeitnehmerInnen nicht mit dem Verständnis der Arbeitgebenden rechnen können, wenn sie infolge des Militärdienstes ihre Leistung nicht erbringen könnten. 42% nehmen dies nicht so wahr. Der Einschätzung, wonach die zeitlichen Absenzen von den Arbeitgebenden nicht mehr akzeptiert werden, stimmen 30% zu und 43% nicht zu.

Vereinbarkeit von Milizkarriere und Arbeitsleben: In der Wahrnehmung der Bevölkerung bleibt eine militärische Milizkarriere unterstützungswürdig und mit dem Arbeitsleben vereinbar. Damit die Attraktivität einer milizmilitärischen Karriere erhalten bleibt, braucht es jedoch Rahmenbedingungen. Eine Attraktivitätssteigerung von militärischen Milizkarrieren orten 66% der Bevölkerung im Zusammenspannen von Armee und Wirtschaft. 63% der Befragten finden denn auch, dass ArbeitnehmerInnen, die eine Milizkarriere anstreben, vom Unternehmen unterstützt und bestärkt werden sollten. Die Auffassung, wonach das Weitermachen die beruflichen Chancen erhöhe, wird nur von einer Minderheit von 37% geteilt. 30% glauben, dass das Milizkader auch heute noch hohes gesellschaftliches Ansehen genießt. 44% denken, dass die Ungewissheit über den zivilen Nutzen einer militärischen Milizkarriere die Attraktivität des Weitermachens mindere. Eine Minderheit von 24% stimmt der Aussage zu, wonach bei einer Milizkarriere mit Nachteilen im Arbeitsleben zu rechnen sei. Eine Minderung der beruflichen Karrierechancen durch die Mehrfachbelastung bei einer Milizkarriere wird von 23% wahrgenommen. 18% sind der Überzeugung, dass eine Milizkarriere zu geringeren Leistungen am Arbeitsplatz führe.

Schweizer mit Migrationshintergrund und Militärdienst: Gemäss der Bundesverfassung gilt für männliche Bürger in der Schweiz die allgemeine Wehrpflicht. Solange diese gilt, sollten nach Auffassung von 85% der befragten SchweizerInnen auch eingebürgerte junge Männer Wehrdienst leisten. 66% glauben, dass diese durch den Militärdienst besser in die Schweizer Gesellschaft integriert werden. Zweifel, wonach eingebürgerte Wehrdienstleistende weniger bereit seien, die Schweiz zu verteidigen, bestehen bei 29%. Eine Minderheit von 13% meint, dass es für unsere Sicherheit besser sei, eingebürgerte junge Männer nicht Wehrdienst leisten zu lassen.

Fazit

Wie bereits 2011 zeigen sich bei den Befragten grosse Differenzen in der Wahrnehmung der nationalen und internationalen Entwicklung: Die Schweizer StimmbürgerInnen fühlen sich im langjährigen Vergleich ausgesprochen sicher und zeigen sich betreffend der näheren Zukunft der Schweiz sehr zuversichtlich, beurteilen aber gleichzeitig die internationale Entwicklung skeptisch. Die in diesem Jahr gemessenen Vertrauensgewinne beinahe aller hier erhobenen Schweizer Institutionen stehen wahrscheinlich in Zusammenhang mit dieser Wahrnehmung einer sicheren Schweiz in einer unsicheren Welt.

Auch die Einstellung zur Aussenpolitik dürfte in Beziehung zur nationalen Zuversicht bei gleichzeitiger Skepsis gegenüber der internationalen Entwicklung stehen. Der Wunsch nach wirtschaftlicher, politischer und militärischer Unabhängigkeit und die EU-Skepsis bleiben auf dem Rekordhoch des letzten Jahres. Dieses Bestreben nach nationaler Unabhängigkeit wird durch die weitverbreitete Überzeugung genährt, dass die Zukunft unseres Landes hauptsächlich in unseren Händen liege und kaum durch internationale Entwicklungsprozesse tangiert werde. Diese Zustimmung zur Unabhängigkeit der Schweiz darf jedoch nicht als Wunsch nach absoluter Autonomie oder einer internationalen politischen Enthaltung missverstanden werden. Insbesondere im wirtschaftlichen Bereich werden Kooperationen mit der EU befürwortet. Ebenso wird ein Engagement im Rahmen der Uno, bei der internationalen Konfliktvermittlung und in der Entwicklungshilfe wieder stärker gefordert. Einzig in der Frage zur sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft (militärischer Multi-versus Unilateralismus) bleibt die Bevölkerung gespalten.

Die weiterhin praktisch einstimmige Befürwortung des Neutralitätsprinzips und der Akzeptanzgewinn der drei Neutralitätsfunktionen reihen sich ebenfalls in diesen Trend einer zunehmend auf die eigene Nation gerichteten Orientierung ein. Es ist insbesondere die Überzeugung, die Neutralität trage zu unserer Sicherheit und zu unserem Schutz bei, die wieder häufiger geteilt wird. Nichtsdestotrotz scheint die Unterstützung der Neutralität vorwiegend affektiv bedingt zu sein. Die Neutralität hat sich in den Augen der Schweizer Bevölkerung zu einem bewahrenden Wert an sich entwickelt.

Die Schweizer Stimmbevölkerung steht prinzipiell hinter der Schweizer Armee. Die Akzeptanz und das Vertrauen in sie liegen im langjährigen Mittel. Seit gut einem Jahrzehnt zeigt sich die Schweizer Stimmbevölkerung bezüglich der Wehrpflicht, der gesellschaftlichen Rolle der Armee und der Höhe des Verteidigungsbudgets gespalten. Daran hat sich auch 2012 kaum etwas verändert.

Résumé de l'étude «Sécurité 2012»

Buts et base de données

Les études annuelles «Sécurité» menées par l'*Académie militaire à l'ETH de Zurich* en collaboration avec le *Center for Security Studies, ETH Zürich* permettent d'établir les tendances de l'opinion suisse en matière de politique extérieure, de politique de sécurité et de politique de défense. Elles se basent sur des sondages annuels, représentatifs de la population suisse ayant le droit de vote.

Outre les questions posées régulièrement ou utilisées à intervalles irréguliers, le sondage comprend chaque année des questions portant sur les thèmes actuels de la politique de sécurité. En 2012, une attention particulière a été apportée aux mesures visant au maintien de la sécurité intérieure, à la culture stratégique, à la compatibilité entre le service militaire et la vie professionnelle ainsi qu'à l'opinion concernant l'accomplissement des obligations militaires par les Suisses naturalisés.

Le sondage s'est déroulé du 12 janvier au 6 février 2012. L'institut ISOPUBLIC a interrogé par téléphone 1200 personnes dans toutes les régions linguistiques. Les opinions relevées lors de ce sondage peuvent être influencées par des événements actuels touchant à la politique de sécurité. Le 5 janvier 2012, le Groupe pour une Suisse sans armée (GSsA) a déposé l'initiative «Oui à l'abrogation du service militaire obligatoire». Du 16 au 30 janvier, l'armée suisse a été engagée dans le cadre du *World Economic Forum* (WEF) à Davos. Toutefois, ces deux événements n'ont pas provoqué de retentissement médiatique important. La discussion concernant l'achat planifié des avions de combat du type Saab Gripen ne s'est intensifiée qu'après la phase de terrain.

Les pourcentages \pm qui figurent entre parenthèses indiquent la différence par rapport au relevé effectué en janvier 2011. Dans le sondage 2012, l'erreur d'échantillonnage potentielle pour un intervalle de confiance de 95% est de $\pm 3\%$ dans le cas le moins favorable. Cela signifie qu'une valeur mesurée de 50% pour x appartient, avec une probabilité de 95%, à une population-cible, pour laquelle la fréquence x se situe entre 47% et 53%. Dans ce sondage, la population-cible représente la population suisse ayant le droit de vote.

Courants et tendances

1. Sentiment général de sécurité et confiance dans les institutions

Perception de la sécurité: En janvier 2012, la grande majorité des citoyennes et citoyens suisses ont déclaré qu'ils se sentaient en sécurité (90%, $\pm 0\%$). Le pourcentage des interrogés qui se sentent «très en sécurité» atteint 32% (-2%), et celui des interrogés qui se sentent «plutôt en sécurité» s'élève à 58% ($+2\%$). Par rapport aux années précédentes, la perception subjective de la sécurité est actuellement très positive. Seulement dans les années 2001/2002, 2008/2009 et 2011 autant de citoyennes et citoyens suisses se sont sentis aussi en sécurité qu'en janvier 2012.

Attentes concernant l'avenir de la Suisse: En janvier 2012, la grande majorité (78%, -6%) de la population suisse ayant le droit de vote évalue l'avenir du pays très positivement. Toutefois, le taux des personnes se montrant «plutôt» optimistes quant à l'avenir de la Suisse prévaut (72%). Seuls 6% se déclarent «très» optimistes. Le très large optimisme enregistré l'année précédente s'est légèrement mais significativement affaibli en 2012. Néanmoins, l'optimisme des Suisses est actuellement supérieur à la moyenne relevée depuis 1993.

Situation politique mondiale: Comparé à 2011 et aux années précédentes, la perception sombre de la situation politique mondiale se poursuit également en 2012 au sein de la population suisse. Plus d'une personne sur deux (53%, -1%) est d'avis que la situation politique mondiale sera plus sombre et plus tendue ces cinq prochaines années. Seuls 8% ($+1\%$) des Suissesses et Suisses pensent que la situation politique mondiale se détendra. 38% ($+1\%$) des sondés ne s'attendent à aucun changement.

Confiance dans les autorités et les institutions: Actuellement, la confiance accordée aux sept autorités et institutions suisses régulièrement évaluées est particulièrement élevée. En 2012, la confiance générale moyenne est significativement supérieure à la moyenne enregistrée depuis des années (\emptyset : 6.2, 2012: 6.5). La police, suivie des tribunaux, continue à jouir d'une confiance particulièrement forte. Cette année, le Conseil fédéral occupe la troisième place et l'économie suisse la quatrième place du classement. L'Armée et le Parlement jouissent de la même confiance. En ce qui concerne les partis politiques et les médias, la confiance et le scepticisme s'équilibrent. A l'exception de l'économie suisse, toutes les institutions et autorités évaluées enregistrent un gain de confiance par rapport à l'année précédente. Comme

la confiance à l'égard de l'économie suisse avait significativement augmenté ces deux dernières années, elle est aussi en 2012 supérieure à la moyenne des années précédentes. Comparé à l'année passée, le Conseil fédéral et le Parlement fédéral jouissent d'une confiance nettement plus élevée. La confiance accordée à l'armée se situe de nouveau dans la moyenne des années précédentes.

Mesures visant à combattre l'extrémisme et le terrorisme: Quatre personnes interrogées sur cinq sont d'avis qu'il est important pour notre sécurité de combattre l'extrémisme de droite plus fortement que jusqu'à présent (81%). L'exigence de combattre plus fortement l'extrémisme de gauche est nettement moins prononcée (67%). L'approbation d'un renforcement de la lutte contre l'extrémisme de droite (+6%) et de gauche (+4%) a légèrement augmenté cette année. Pour lutter contre le terrorisme, la population suisse est prête à accepter des restrictions de liberté. Toutefois cette disponibilité a légèrement diminué par rapport à l'augmentation relevée en janvier 2011. Elle atteint 68% (-3%) cette année. L'approbation de restrictions de liberté pour lutter contre le terrorisme est encore supérieure au niveau de 2003, date de la première évaluation de cette dimension après les actes terroristes du 11 septembre 2001.

Mesures visant au maintien de la sûreté intérieure: La population suisse estime qu'il est important de combattre et de punir le hooliganisme (89%) ainsi que de renforcer la présence de la police (83%, +2%). Une majorité approuve la collecte de données concernant des personnes suspectes (80%, ±0%) ainsi que l'interdiction d'accès à un rayon (80%, +7%). L'approbation de cette dernière a légèrement augmenté par rapport à 2009 mais significativement. Le contrôle du nombre des étrangers (77%, +11%) et la surveillance vidéo dans les endroits publics (76%, +4%) sont également plus fortement approuvés qu'en 2009. L'augmentation relative au contrôle du nombre des étrangers est statistiquement significative. Quatre personnes interrogées sur cinq se montrent en faveur d'un engagement de l'armée pour assurer l'ordre public (79%, pas de chiffres comparatifs) si la police est dépassée par les événements. Seule une faible majorité de la population suisse approuve le fait que la police soit autorisée à dissoudre avec force des manifestations non-autorisées (56%). En ce qui concerne le renforcement des contrôles d'accès dans les bâtiments publics, les Suissesses et Suisses ont une attitude ambivalente. L'approbation de cette mesure se confirme en janvier 2012 significativement (55%, +9%), après avoir été majoritairement rejetée en janvier 2009. En 2012, l'arrestation de personnes suspectes à titre préventif est approuvée avec un taux légèrement plus élevé qu'en 2009 (54%, +3%). Une majorité s'oppose à la mesure consistant à augmenter l'écoute des appels

téléphoniques (55% contre) et la surveillance des ordinateurs privés (56% contre) par la police. L'interdiction aux jeunes de sortir après minuit est également rejetée par une majorité de la population suisse (66% contre).

2. Politique extérieure et politique de sécurité

Relation avec l'UE: L'attitude des citoyennes et citoyens suisses à l'égard de la politique européenne était nettement plus marquée en 2011. Les relevés de cette année montrent que l'attitude sceptique envers l'UE est inchangée. En 2012, un rapprochement politique avec l'UE n'est envisageable que par 37% ($\pm 0\%$) des personnes interrogées. Seuls 17% (-2%) désirent que la Suisse adhère à l'UE. Par contre, l'idée pragmatique d'un rapprochement exclusivement économique avec l'UE continue de jouir d'une acceptation fortement majoritaire. 81% des citoyennes et citoyens suisses sont d'avis que «la Suisse ne devrait pas adhérer à l'UE, mais qu'elle devrait renforcer sa collaboration économique avec l'UE».

Coopération internationale sans lien institutionnel susceptible de restreindre la souveraineté: Une majorité des personnes interrogées soutient un engagement humanitaire international plus actif de la Suisse. 76% des sondés désirent que la Suisse joue un rôle actif dans les conférences internationales. 71% souhaitent que la Suisse s'implique davantage dans la médiation lors de conflits et 62% sont favorables à une augmentation de l'aide au développement. L'approbation de l'aide au développement a légèrement augmenté en moyenne cette année, toutefois de manière significative (+5%). Après avoir baissé l'année passée, l'acceptation de l'engagement humanitaire international de la Suisse atteint de nouveau le niveau d'approbation enregistré au tournant du siècle.

Participation au sein de l'ONU: Depuis l'adhésion de la Suisse à l'ONU, l'attitude des Suisses envers l'ONU est positive. Les demandes relatives à un engagement actif pour les affaires de l'ONU (68%) et à l'obtention d'un siège au Conseil de sécurité de l'ONU (65%) sont approuvées par une majorité. Comparé à l'année précédente, l'approbation d'un engagement actif pour les affaires de l'ONU a augmenté de 11%, soit une nouvelle valeur maximale. L'approbation relative à l'obtention d'un siège au conseil de sécurité est resté inchangée (+3%).

Volonté d'ouverture face à des alliances et des troupes de maintien de la paix: Parmi les formes possibles de coopération internationale proposées dans le sondage, la coopération en matière de politique de sécurité est la moins soutenue. Une

tendance montre qu'elle est plutôt refusée. Par contre, l'engagement militaire dans le cadre de l'ONU, avec l'envoi de troupes suisses pour le maintien de la paix, recueille l'approbation maximale. Après que l'approbation de ces engagements a significativement diminué en 2011, elle atteint en 2012 un taux de 53% (+3%), soit juste supérieure à 50%. L'OTAN en tant qu'alliance de la politique de sécurité est évaluée avec un constant scepticisme. 37% (+1%) des Suissesses et Suisses saluent un rapprochement avec l'OTAN. Seul un cinquième des sondés désire que la Suisse adhère à l'OTAN (19%, -2%).

Autonomie nationale en général et en matière de politique de sécurité: En 2012, 80% (+3%) des personnes interrogées sont d'avis que la Suisse devrait rester autant que possible indépendante sur le plan économique et politique. Le désir que la Suisse soit le plus autonome possible avait significativement augmenté en 2011, soit pour la première fois après quatre ans, et atteint aussi en 2012 la valeur maximale enregistrée depuis le début des relevés. Comme l'an dernier, 49% (-1%) des personnes interrogées estiment qu'il est important que la Suisse ne compte que sur sa propre défense nationale. Seule une minorité souhaite une autonomie absolue: 34% (+2% comparé au dernier relevé de cette question en 2010) sont d'avis que la Suisse «ne devrait conclure aucun accord ou alliance avec d'autres Etats».

Perception de la globalisation: Au sein de la population suisse, l'opinion prévaut que l'avenir de notre pays est principalement influencé par la population suisse et la politique suisse (80%). Seule une minorité de 36% croit que nous n'avons pas d'influence sur l'avenir de notre pays car celui-ci dépend du développement des autres pays. La perception de la Suisse dans un monde globalisé est ambivalente. La majorité des personnes interrogées qui sont d'avis que l'avenir de la Suisse est avant tout influencé par d'autres pays, pensent aussi que le développement de la Suisse est déterminé par le développement d'une communauté nationale.

Neutralité: L'approbation du principe de la neutralité déjà très élevée ces dernières années a encore augmenté d'un pour cent cette année. 95% de la population plébiscite le maintien de la neutralité, soit 70% ($\pm 0\%$) qui se montrent «très» et 25% (+1%) «plutôt» d'accord avec le maintien de la neutralité. Ainsi, la tendance croissante en faveur du principe de la neutralité se confirme également en 2012. Le taux d'approbation de 95% en 2012 représente la valeur maximale enregistrée depuis le début de la série de relevés «Sécurité» en 1989. Deux tiers des personnes interrogées, soit un taux constant, sont favorables à la neutralité différenciée, ce qui signifie que la Suisse doit prendre position en matière de politique extérieure,

mais s'abstenir de participer à des interventions militaires. L'abandon «de facto» de la neutralité, qui consiste à prendre clairement position dans les conflits politiques et militaires est approuvé, de manière constante, seulement par un quart de la population suisse (25%, $\pm 0\%$).

Fonctions de la neutralité: Un très grand nombre de sondés pensent que la neutralité prédestine la Suisse à servir de médiatrice dans les conflits et à offrir ses bons offices sur le plan international (93%). En moyenne, l'approbation de cette fonction de la neutralité a de nouveau légèrement augmenté cette année, ce qui est statistiquement significatif (+4%). De même, depuis le tournant du siècle, la neutralité suisse est considérée par une majorité grandissante comme étant «indissociablement liée à notre conception de l'Etat» (83%, +4%). Cet aspect met en évidence l'importante valeur symbolique de la neutralité pour l'identité nationale. La majorité de la population suisse croit à la fonction de la neutralité en matière de politique de sécurité. Toutefois, cette fonction est moins fortement approuvée que la fonction de la neutralité se référant à la solidarité et celle relative à l'identité. 66% (+5%) des personnes interrogées sont d'avis que, grâce à la neutralité, la Suisse ne sera pas entraînée dans des conflits internationaux, soit un taux d'approbation qui a significativement augmenté cette année. 52% (-3%) estiment que la «neutralité armée» contribue à la stabilisation en Europe. Seule une minorité de 23% (-5%) pense qu'«une affiliation à une alliance européenne nous apporterait davantage de sécurité que le maintien de la neutralité», ce qui se traduit par une baisse d'approbation statistiquement significative cette année.

Evaluation critique de la neutralité: Les relevés concernant l'évaluation critique de la neutralité sont également positifs. Ainsi, la majorité de la population suisse estime que le principe de la neutralité n'empêche pas la Suisse d'agir sur le plan international. 32% (-3%) considèrent que la neutralité est un obstacle à une coopération économique avec d'autres Etats européens. Seule une minorité pense que les liens politiques et économiques étroits entretenus avec d'autres Etats européens empêchent la Suisse d'être neutre (32%, +3%). Seulement 18% (-1%) des personnes interrogées sont d'avis qu'il faudrait renoncer à la neutralité si elle n'apporte plus d'avantages à la Suisse. Cette faible approbation signifie qu'une large majorité des Suisses perçoit la neutralité en tant que valeur et pas nécessairement en tant qu'instrument pour atteindre des objectifs. En 2011, un nombre égal de sondés remet en question ou approuve la crédibilité de la neutralité armée, alors qu'en janvier 2012 le nombre des Suissesses et Suisses qui approuvent la crédibilité de la

neutralité armée comme étant un acquis est supérieur à celui qui la rejette (49% approbation, 45% désapprobation, +4% d'évaluation positive).

Culture stratégique: Pour la première fois dans cette série d'études, des relevés ont été effectués sur l'importance accordée à diverses convictions portant sur la culture stratégique de la Suisse. Dans le cadre de l'étude des courants «Sécurité», les relevés ont montré que la neutralité suisse est davantage qu'une stratégie de politique de sécurité ou une option. Elle est aussi une valeur normative qui bénéficie du soutien d'une grande partie de la société. Une conception intégrale de la neutralité ne recueille pas de majorité au sein de la population suisse. Seuls 47% des personnes interrogées sont d'avis qu'il est important «...que nous ne prenions pas influence sur les événements de la politique mondiale». Mais, une majorité de 64% approuve le principe de la neutralité différenciée, soit que la Suisse doit prendre position en politique extérieure mais ne pas participer à des interventions militaires. En plus de la neutralité, des principes liés à la démocratie directe sont fortement ancrés dans la société suisse. Ainsi, 78% des interrogés approuvent «...que le peuple suisse ait le dernier mot en ce qui concerne les questions militaires». Quatre sondés sur cinq sont d'avis que le maintien de la paix intérieure est important pour sauvegarder les intérêts nationaux (77%). De même, une majorité de la population suisse pense qu'en tant que petit pays nous devons défendre nos intérêts très fortement face aux grands pays (67%). Pour 62% des Suisses la défense du pays est un devoir civique. Ainsi, les citoyennes et citoyens suisses soutiennent le principe de la milice en tant que forme organisationnelle de la société suisse. L'autonomie en matière de politique de sécurité, ce qui signifie que l'Armée suisse doit être capable de se défendre seule et sans l'aide de l'extérieur, n'est approuvée que par une faible majorité de la population suisse (55%). Mais, la maxime unilatérale selon laquelle la Suisse doit compter seulement sur elle en ce qui concerne la protection du pays n'est pas majoritaire (47%). En ce qui concerne les fonctions de l'armée, 62% des sondés sont d'avis que le service militaire favorise le sens des responsabilités et une personne interrogée sur deux pense que l'armée sert à la cohésion de la Suisse plurilingue (51%). Une faible majorité pense que l'armée est un symbole de liberté et d'indépendance (45%). Seuls 36% affirment que l'école de recrues est un rite de passage sociétal des jeunes à l'âge adulte. Un Suisse sur quatre croit à la fonction de dissuasion de l'armée (26%), 8% considèrent qu'une guerre entre la Suisse et un autre Etat est possible dans les dix prochaines années.

3. Politique de défense

Nécessité de l'armée: Une majorité de la population suisse considère que l'armée est nécessaire (75%). Par rapport à l'année précédente, cette approbation a significativement baissé (-4%). Cependant, en 2012 le taux d'approbation en faveur de la nécessité de l'armée est encore supérieur à la moyenne enregistrée depuis 1991 (70%). Actuellement, un nombre de sondés inférieur à la moyenne a choisi la catégorie «très» nécessaire. En 2012, seuls 20% sont d'avis que l'armée est «très» nécessaire (moyenne depuis 1991: 28%). Les personnes se situant politiquement à gauche (49%; ±0%) et les personnes âgées de 20 à 29 ans (63%; -6%) perçoivent nettement moins souvent l'armée comme étant nécessaire. Le nombre de cas analysés dans cette cohorte d'âge (N=117) est trop petit pour prouver que la baisse d'approbation de 6% enregistrée représente un recul statistiquement significatif.

Taille de l'armée: Le souhait d'avoir une armée bien équipée et bien instruite recueille une approbation inchangée (69%, +1%). Ainsi, une comparaison à long terme, révèle que depuis 2009 l'approbation d'une armée bien instruite stagne à un niveau bas. L'attitude face à l'abolition du service militaire obligatoire sert, entre autres, d'indicateur pour la taille souhaitée de l'armée. Cette année, cette attitude a significativement changé. 48% des personnes interrogées en 2012 se montrent en faveur de la suppression du service militaire obligatoire, ce qui représente 10% de plus que l'année précédente, un niveau élevé selon une comparaison à long terme. Simultanément, la polarisation observée ces années passées s'est affaiblie. Le nombre des partisans et opposants convaincus diminue. Le choix des personnes interrogées se porte davantage sur les catégories permettant d'approuver ou de refuser «plutôt» une proposition.

Rôle sociétal de l'armée: Lorsque les personnes interrogées doivent choisir si l'armée joue un rôle central dans la société, si elle est un mal nécessaire ou si elle pourrait être supprimée, 45% (+1%) des citoyennes et citoyens suisses estiment que l'armée est un mal nécessaire. Un peu moins de sondés estiment que l'armée joue un rôle central en Suisse, ce qu'ils trouvent bien (39%, -3%). Pour 16% (+4%) des personnes interrogées l'armée pourrait être supprimée. En comparaison avec l'année précédente l'attitude face au rôle sociétal de l'armée a légèrement changé, ce qui est statistiquement significatif.

Satisfaction des prestations de l'armée: Pour la deuxième fois cette année, la satisfaction des prestations fournies par l'armée a été évaluée. Sur une échelle allant

de 1 à 10, où 1 signifiant «pas du tout satisfait» et 10 «très satisfait», l'Armée suisse atteint en moyenne la valeur 6.17. Ainsi, la satisfaction des prestations fournies par l'armée est restée constante par rapport à 2011.

Armée de milice versus armée professionnelle: Depuis plus de dix ans la population suisse est divisée en ce qui concerne la structure de l'armée. Actuellement, l'armée de milice (52%, +4%) est un peu plus souvent préférée à l'armée professionnelle (43%, ±0%). En janvier 2011, significativement moins de Suisses s'étaient prononcés en faveur de l'armée de milice. En comparaison avec les années précédentes, davantage de personnes ont pu en 2012 répondre à cette question. Une tendance à long terme montre que les personnes âgées de 18 à 29 ans, soit la cohorte des astreints aux obligations militaires, sont plus favorables à une armée professionnelle que le reste de la population. Cette année, les avis s'équilibrent entre les personnes âgées de 18 à 29 ans et les personnes âgées de 30 à 59 ans. Les personnes interrogées de plus de 60 ans préfèrent plus souvent l'armée de milice par rapport aux autres cohortes d'âge.

Dépenses de l'armée: En 2012, 46% (+8%) des citoyennes et citoyens suisses estiment que les dépenses de l'armée sont raisonnables. 44% (+5%) souhaitent une diminution des dépenses. 7% (-9%) désirent une augmentation du budget. Ces trois dernières années l'attitude face aux dépenses de l'armée a considérablement changé. Après 2009, la pression publique exercée sur les mesures d'économie pour la défense s'est fortement affaiblie. En 2012, une attitude plus critique concernant les dépenses pour la défense se manifeste. Le pourcentage des interrogés qui estiment que les dépenses sont «raisonnables» a fortement augmenté. De même, le nombre des sondés qui considèrent que la Suisse dépense trop peu pour la défense a fortement diminué. Mais, comme un montant plus élevé a été attribué nominativement à l'armée en 2011, la comparaison avec les années précédentes ne peut être établie que sous réserve.

Diversification des tâches de l'Armée suisse: Une majorité accepte la diversification des tâches de l'Armée suisse. 75% sont d'avis que «notre armée devrait aujourd'hui pouvoir faire davantage que seulement défendre notre pays». De plus, 63% estiment qu'en raison de l'augmentation des conflits avec violence, l'armée devrait aussi être engagée pour la protection à l'intérieur du pays. Nettement moins d'interrogés pensent qu'il faut limiter l'engagement de l'Armée suisse seulement à la défense nationale et en cas de guerre (43%). Ces indicateurs ont été relevés pour

la dernière fois en 2006 et 2007. En 2012, la diversification des tâches est approuvée aussi fortement qu'en 2006 et plus fortement qu'en 2007.

Conciliation entre les obligations militaires et la vie professionnelle: Pour la première fois, l'attitude face à la conciliation entre les obligations militaires et la vie professionnelle a été évaluée. Pour répondre aux questions posées, les personnes interrogées pouvaient choisir entre les catégories «j'approuve entièrement», «plutôt», «en partie oui, en partie non», «je n'approuve plutôt pas» ou «pas du tout». Les citoyennes et citoyens suisses perçoivent la conciliation entre les obligations militaires et la vie professionnelle comme étant gérable, mais aussi comme présentant des difficultés. 58% des sondés approuvent l'affirmation selon laquelle une personne qui fait du service militaire peut compter sur le soutien des employeurs. De même, 54% estiment que les charges de travail multiples dues au service militaire peuvent être gérées sans que la carrière professionnelle en souffre. Les autres effets négatifs ne sont ni démentis ni approuvés majoritairement, mais, sont plus fréquemment considérés comme étant faux que vrais. 39% des interrogés estiment que l'absence sur le lieu de travail est la raison principale pour laquelle le service militaire est un obstacle à la carrière professionnelle alors que 43% sont de l'avis contraire. 32% croient que les employés ne peuvent pas compter sur la compréhension de l'employeur s'ils ne peuvent pas fournir les performances attendues en raison du service militaire. 42% ne partagent pas cette opinion. 30% pensent que les absences temporelles dues au service militaire ne sont plus acceptées par les employeurs et 43% pensent que ce n'est pas le cas.

Conciliation entre la carrière militaire dans la milice et la vie professionnelle: Selon la perception de la population, l'avancement militaire dans la milice doit être soutenu et conciliable avec la vie professionnelle. Cependant, afin de maintenir l'attractivité de la carrière militaire dans la milice, des conditions-cadres sont nécessaires. Pour 66% des personnes interrogées les carrières militaires dans la milice ne redeviendront attrayantes que si l'armée et l'économie collaborent. De même, 63% estiment que les employés aspirant à accomplir un avancement militaire devraient être soutenus et encouragés par les entreprises. Seule une minorité de 37% est d'avis que l'avancement militaire augmente les chances professionnelles. 30% estiment que les cadres de milice jouissent encore aujourd'hui d'un prestige élevé dans la société. 44% pensent que l'incertitude quant aux avantages civils de la carrière militaire dans la milice, diminue l'attractivité du service d'avancement. Une minorité de 24% approuve l'affirmation selon laquelle celui qui accomplit un service d'avancement doit s'attendre à être désavantagé dans la vie professionnelle. 23% des interrogés

estiment que les chances de faire carrière diminuent en raison des charges de travail multiples dues au service d'avancement et 18% sont persuadés qu'en faisant carrière dans la milice les performances sur le lieu travail sont moins élevées.

Les Suisses issus de l'immigration et le service militaire: En Suisse tout citoyen est astreint aux obligations militaires. Aussi longtemps que le service militaire est obligatoire 85% des citoyennes et citoyens suisses sont d'avis que les jeunes hommes naturalisés doivent aussi remplir les obligations militaires. 66% estiment qu'en faisant du service militaire ils sont mieux intégrés dans la société suisse. 29% doutent que les Suisses naturalisés faisant du service militaire soient moins disposés à défendre la Suisse. Une minorité de 13% pense que ce serait mieux pour notre sécurité que les jeunes hommes naturalisés ne fassent pas de service militaire.

Bilan

En 2012, comme ce fut déjà le cas en 2011, les relevés montrent que les opinions divergent fortement en ce qui concerne la perception de l'évolution de la situation nationale et internationale. Depuis des années les citoyennes et citoyens suisses se sentent très en sécurité et se montrent très confiants quant au proche avenir de la Suisse, mais ils considèrent l'évolution de la situation internationale avec scepticisme. Il est permis de supposer que les gains de confiance enregistrés cette année par les institutions suisses évaluées sont en corrélation avec la perception d'une Suisse où les citoyennes et citoyens se sentent en sécurité dans un monde incertain.

L'attitude à l'égard de la politique extérieure serait également liée à la confiance dans la nation et au scepticisme relatif à l'évolution de la situation internationale. L'eurosepticisme et le souhait de rester économiquement, politiquement et militairement indépendant atteignent la valeur record enregistrée l'année passée. Cette aspiration à l'indépendance nationale est nourrie par la conviction largement répandue selon laquelle l'avenir de notre pays est entre nos mains et n'est guère influencé par l'évolution de la situation internationale. Toutefois, cette approbation pour l'indépendance de la Suisse ne doit pas être interprétée comme un désir d'autonomie absolue ou de non-participation aux affaires internationales. En particulier dans le domaine économique, les citoyennes et citoyens suisses se montrent en faveur d'une coopération avec l'UE. De plus, ils souhaitent un renforcement de l'engagement pour les affaires de l'ONU, de la médiation lors de conflits et de l'aide au développement. Au sein de la population suisse les opinions divergent seulement en ce qui concerne la volonté de coopération en matière de politique de sécurité (multilatéralisme versus unilatéralisme).

L'approbation pratiquement unanime du principe de la neutralité et la hausse du degré d'acceptation des trois fonctions de la neutralité confirment également la tendance que les Suisses se focalisent toujours davantage sur leur propre nation. En particulier, la conviction que la neutralité contribue à notre sécurité et à notre protection est de nouveau plus souvent approuvée. Néanmoins, le soutien apporté à la neutralité semble être surtout d'ordre affectif. Aux yeux de la population suisse, la neutralité est devenue une valeur à protéger.

En principe, la population suisse se montre en faveur de l'armée. Le taux d'acceptation et de confiance qui lui est accordé se situe dans la moyenne des années précédentes. Depuis des décennies, les avis des citoyennes et citoyens divergent en ce qui concerne les obligations militaires, le rôle sociétal de l'armée et le budget pour la défense. Ces relevés n'ont guère changé en 2012.

Riassunto del sondaggio «Sicurezza 2012»

Obiettivi e dati

Lo studio «Sicurezza», condotto ogni anno dall'*Accademia militare presso il Politecnico federale di Zurigo* in collaborazione con il *Center for Security Studies, ETH Zürich*, rileva le tendenze dell'opinione pubblica nell'ambito della politica estera, della politica di sicurezza e della difesa in Svizzera. Lo studio si fonda su sondaggi annuali rappresentativi della popolazione svizzera avente diritto di voto.

In aggiunta ad un ventaglio di domande generali riferite a temi ricorrenti, il sondaggio integra ogni anno degli argomenti specifici e attuali in materia di politica di sicurezza. Nel 2012 è stata dedicata particolare attenzione alle misure per la salvaguardia della sicurezza interna, alla cultura strategica, alla conciliabilità tra servizio militare e vita professionale e all'atteggiamento nei confronti del servizio militare da parte degli svizzeri naturalizzati.

La raccolta dei dati è stata eseguita dall'istituto di ricerche di mercato ISOPUBLIC tra il 12 gennaio e 6 febbraio 2012 e ha coinvolto 1200 persone contattate telefonicamente in tutte le regioni linguistiche della Svizzera. Le opinioni rilevate nel corso del presente sondaggio possono essere influenzate da eventuali sviluppi recenti attinenti alla politica di sicurezza. Il 5 gennaio 2012, il Gruppo per una Svizzera senza esercito (GSsE) ha presentato un'iniziativa popolare per l'abolizione dell'obbligo militare. Dal 16 al 30 gennaio, l'Esercito svizzero è stato impegnato nell'ambito del *World Economic Forum* (WEF) di Davos. Entrambi gli eventi, tuttavia, non hanno riscosso particolare eco mediatica. Il dibattito relativo all'acquisto previsto di velivoli da combattimento del tipo Saab Gripen si è animato soltanto al termine della fase di field.

Le percentuali \pm , riportate tra parentesi, indicano la differenza rispetto al rilevamento effettuato nel gennaio 2011. Nel sondaggio 2012, l'errore di campionamento potenziale per un intervallo di fiducia del 95% ammonta a $\pm 3\%$ nel caso meno favorevole. Ciò significa che un valore x misurato del 50% rientra, con una probabilità del 95%, in una popolazione-obiettivo la cui frequenza di x si situa tra il 47% e il 53%. In questo sondaggio, la popolazione-obiettivo rappresenta i cittadini svizzeri aventi diritto di voto.

Tendenze

1. Sensazione generale di sicurezza e fiducia nelle istituzioni

Sensazione generale di sicurezza: nel 2012 la grande maggioranza dei cittadini svizzeri ha dichiarato di avere un sentimento generale di sicurezza (90%, $\pm 0\%$). Nello specifico, il 32% (-2%) delle persone intervistate dichiara di sentirsi «molto» sicura e il 58% ($+2\%$) «piuttosto» sicura. Rispetto al passato la percezione soggettiva della sicurezza ha attualmente raggiunto livelli assai elevati. Soltanto negli anni 2001/2002, 2008/2009 e 2011, infatti, si erano registrati tanti cittadini svizzeri soddisfatti quanti nel 2012.

Opinione circa il prossimo futuro della Svizzera: nel mese di gennaio del 2012, la grande maggioranza (78%, -6%) della popolazione svizzera avente diritto di voto giudica il futuro del Paese, nel suo complesso, in maniera oltremodo positiva, benché prevalga la visione più moderata di coloro che si ritengono «abbastanza» ottimisti (72%). Soltanto il 6%, invece, dice di essere «molto» ottimista. Rispetto all'ottimismo ampiamente diffuso dell'anno precedente, nel 2012 si è assistito a un suo leggero, ma significativo indebolimento. Ciò nonostante, attualmente il livello di ottimismo dei cittadini svizzeri può essere definito superiore alla media di lungo periodo registrata dal 1993.

Analisi della situazione politica mondiale: la percezione più cupa, rispetto al passato, registrata nel 2011 relativamente alla situazione politica mondiale si conferma anche nel 2012 tra la popolazione svizzera avente diritto di voto. Coloro che ritengono che la situazione politica mondiale si farà più cupa e tesa nei prossimi cinque anni hanno superato il 50% (53%, -1%). Soltanto l'8% ($+1\%$) crede che vi sarà una distensione nei rapporti politici internazionali, mentre il 38% ($+1\%$) non prevede variazioni di sorta.

Fiducia nelle autorità e nelle istituzioni: attualmente le sette autorità e istituzioni svizzere prese in esame godono di particolare fiducia. Nel 2012, infatti, il livello medio generale di quest'ultima supera in maniera statisticamente significativa la media pluriennale (\emptyset : 6.2, 2012: 6.5). Ancora una volta è la polizia a guidare la classifica, seguita dai tribunali. Quest'anno il Consiglio federale e l'economia svizzera si piazzano rispettivamente al terzo e al quarto posto della classifica, mentre l'esercito e il Parlamento si attestano a pari merito. Per quanto riguarda i partiti politici e i media – che si trovano in coda alla graduatoria – la fiducia e lo scetticismo si

equilibrano a vicenda. Ad eccezione dell'economia svizzera, tutte le istituzioni e le autorità prese in esame godono di maggiore fiducia rispetto all'anno passato. Anche nel 2012 la fiducia nell'economia svizzera si conferma al di sopra della media di lungo periodo, essendo cresciuta significativamente negli ultimi due anni. Rispetto ai precedenti dodici mesi guadagnano terreno, in particolare, il Consiglio federale, il Parlamento svizzero e la polizia. È nuovamente in linea con la media pluriennale, invece, la fiducia nei confronti dell'Esercito svizzero.

Misure per la lotta all'estremismo e al terrorismo: quattro intervistati su cinque ritengono che, per la nostra sicurezza, sia importante combattere l'estremismo di destra in maniera più incisiva rispetto al passato (81%). Meno sentita, invece, è la necessità di intensificare la lotta all'estremismo di sinistra, indicata dal 67% degli intervistati. Nel corso dell'anno, è aumentata leggermente la percentuale di persone favorevoli a un'intensificazione della lotta sia all'estremismo di destra (+6%) sia a quello di sinistra (+4%). Dopo un incremento registrato nel mese di gennaio del 2011, la disponibilità della popolazione svizzera ad accettare eventuali limitazioni alla libertà personale ai fini della lotta al terrorismo ha nuovamente subito un leggero calo, attestandosi al 68% (-3%). Da questo punto di vista, quindi, il grado di accettazione di eventuali limitazioni alla libertà personale non è mai sceso al di sotto del valore del 2003, quando per la prima volta si rilevò tale atteggiamento a seguito degli attacchi terroristici dell'11 settembre 2001.

Misure per la salvaguardia della sicurezza interna: riscuotono consensi elevati tra la popolazione svizzera la lotta e la condanna dell'hooliganismo (89%) e la presenza intensificata delle forze di polizia (83%, +2%). Anche la raccolta dei dati di persone sospette (80%, ±0%) e il divieto di accesso a determinate aree (80%, +7%) sono accolti favorevolmente dalla maggioranza degli intervistati. Per quanto riguarda il controllo della percentuale di stranieri (77%, +11%) e la videosorveglianza dei luoghi pubblici di rilievo (76%, +4%), si osserva anche in questo caso una crescita dei consensi rispetto al 2009, con un incremento statisticamente significativo per il controllo della percentuale di stranieri. Quattro intervistati su cinque acconsentono, in caso di sovraccarico delle forze di polizia, a un intervento dell'esercito al fine di garantire l'ordine pubblico (79%, non sono disponibili valori comparativi). Soltanto un'esigua maggioranza della popolazione svizzera è favorevole, tuttavia, allo scioglimento violento delle manifestazioni di protesta (56%). Per quanto concerne l'intensificazione dei controlli all'ingresso degli edifici pubblici, i cittadini evidenziano un atteggiamento ambivalente. Nel mese di gennaio del 2012, si conferma in misura statisticamente significativa il consenso nei confronti di tale misura

(55%, +9%), dopo che la medesima fu respinta a maggioranza nello stesso mese del 2009. L'arresto preventivo dei sospetti viene accolto con favore da una percentuale leggermente superiore di cittadini rispetto al 2009 (54%, +3%). Viene respinta a maggioranza, invece, un'intensificazione dei controlli di telefonate (55% di contrari) e computer privati (56% di contrari) da parte delle forze dell'ordine. Anche il divieto di uscita per i giovani dopo la mezzanotte incontra la disapprovazione di buona parte della popolazione svizzera (66% di contrari).

2. Politica estera e di sicurezza

Rapporti con l'UE: nel 2011 l'atteggiamento dei cittadini svizzeri nei confronti delle questioni di politica europea si era nettamente accentuato rispetto all'anno precedente. Dal sondaggio di quest'anno emerge che lo scetticismo verso l'Unione Europea è rimasto immutato. Nel 2012 un avvicinamento politico all'UE è ritenuto pensabile soltanto dal 37% ($\pm 0\%$) degli intervistati. Per quanto concerne l'adesione all'Unione Europea, tale percentuale scende al 17% (-2%). Continua a essere caldeggiata a grande maggioranza, invece, la visione pragmatica di un avvicinamento puramente economico all'Unione Europea. L'81% dei cittadini svizzeri, infatti, è dell'opinione che «la Svizzera non debba entrare a far parte nell'UE, ma dovrebbe aumentare la collaborazione economica con l'Unione Europea».

Cooperazione internazionale senza vincoli istituzionali che comporterebbero una diminuzione della sovranità nazionale: viene invocato a maggioranza un impegno più attivo della Svizzera nelle azioni umanitarie a livello internazionale. Il 76% degli intervistati auspica una partecipazione attiva della Svizzera alle conferenze mondiali. Il 71% ritiene che il Paese debba intensificare il proprio ruolo di mediatore nei conflitti, mentre il 62% esorta un aumento degli aiuti allo sviluppo. Quest'ultimo dato ha subito mediamente un incremento lieve, ma significativo nel corso degli ultimi dodici mesi (+5%). Dopo la flessione dell'anno scorso, l'impegno umanitario della Svizzera a livello internazionale riscuote nuovamente il grado di consenso registrato dall'inizio del nuovo millennio.

Partecipazione in seno all'ONU: dall'ingresso nelle Nazioni Unite, la popolazione svizzera avente diritto di voto manifesta un atteggiamento positivo nei confronti dell'ONU. Si conferma il favore della maggioranza dei cittadini a una partecipazione attiva del Paese alle attività delle Nazioni Unite (68%) e all'ottenimento di un seggio svizzero nel Consiglio di Sicurezza dell'ONU (65%). Rispetto all'anno passato, il sostegno nei confronti di un ruolo attivo nell'ambito delle attività dell'ONU

è aumentato di ben l'11%, raggiungendo un nuovo record, mentre il favore riguardo all'ottenimento di un seggio nel Consiglio di Sicurezza dell'ONU è rimasto costante (+3%).

Volontà di apertura nei confronti di alleanze in materia di politica di sicurezza e truppe di pace: tra le possibili forme di cooperazione internazionale, quella in materia di politica di sicurezza riceve ogni anno i punteggi più bassi, tanto da essere tendenzialmente respinta. L'impegno militare in seno all'ONU, sotto forma di invio di contingenti di pace svizzeri, raccoglie di anno in anno i maggiori consensi. Dopo un significativo calo nel 2011, nel 2012 tale percentuale è tornata leggermente al di sopra della soglia del 50%, attestandosi al 53% (+3%). La Nato, come alleanza in materia di politica di sicurezza, viene costantemente giudicata con scetticismo. Un avvicinamento alla Nato è auspicato dal 37% (+1%) dei cittadini svizzeri. Solo un quinto degli intervistati vorrebbe che la Svizzera entrasse a far parte della Nato (19%, -2%).

Autonomia nazionale in generale e rispetto alla politica di sicurezza: nel 2012 l'80% (+3%) degli intervistati ritiene che la Svizzera debba conservare il più possibile la propria indipendenza economica e politica. Il desiderio di una Svizzera possibilmente autonoma, cresciuto nel 2011 in maniera significativa per la prima volta dopo quattro anni, si attesta anche nel 2012 al livello record registrato dall'inizio dei rilevamenti. Il 49% (-1%) degli intervistati – dato invariato rispetto all'anno precedente – pensa che la Svizzera debba limitarsi soltanto alla propria difesa nazionale. L'autonomia assoluta è auspicata soltanto da una minoranza: il 34% (+2% rispetto all'ultimo rilevamento di questo parametro nel 2010) degli intervistati ritiene che la Svizzera debba «evitare alleanze di qualsiasi tipo con altri Stati».

Percezione della globalizzazione: tra la cittadinanza svizzera avente diritto di voto prevale l'idea che il futuro del Paese sarà condizionato principalmente dalla popolazione e dalla politica svizzere (80%). Soltanto una minoranza, pari al 36%, ritiene che non abbiamo alcuna influenza sul futuro del nostro Paese, essendo esso dipendente dalla dinamica di altre nazioni. La percezione della Svizzera all'interno di un mondo globalizzato è ambivalente: coloro che vedono il futuro del Paese influenzato soprattutto da altri Stati ritengono, al tempo stesso, a maggioranza che l'andamento della Svizzera dipenderà principalmente dall'evoluzione della comunità nazionale.

Neutralità: il consenso già molto elevato degli ultimi anni nei confronti del principio di neutralità ha conquistato un ulteriore punto percentuale nel corso dell'anno. Il 95% della popolazione si è dichiarata favorevole al mantenimento della neutralità, di cui il 70% ($\pm 0\%$) «molto» e il 25% (+1%) «abbastanza» favorevole. Si conferma pertanto anche nel 2012 la dinamica ascendente del favore nei confronti del principio di neutralità, che raggiunge – con il 95% dei consensi – il record dall'inizio dei sondaggi in materia di «Sicurezza» nel 1989. Due intervistati su tre continuano ad approvare il concetto di neutralità differenziata, in base alla quale la Svizzera può prendere posizione in materia di politica estera, ma dovrebbe astenersi da qualsiasi intervento militare. L'abbandono «de facto» della neutralità, che consiste nel prendere apertamente posizione non solo nei confronti dei conflitti politici, ma anche di quelli militari, è nuovamente approvato soltanto da un quarto della popolazione svizzera (25%, $\pm 0\%$).

Funzioni della neutralità: un'altissima percentuale di intervistati considera la Svizzera predestinata, in virtù della sua neutralità, a svolgere un ruolo nella mediazione dei conflitti e a offrire i suoi buoni uffici sul piano internazionale (93%). Nella media, il tasso d'approvazione nei confronti della solidarietà quale funzione della neutralità è ancora aumentato in misura lieve, ma statisticamente significativa nel corso dell'anno (+4%). Analogamente, dall'inizio del nuovo millennio la neutralità svizzera viene percepita dalla maggioranza della popolazione come un elemento sempre più «collegato indissolubilmente alla nostra idea di Stato» (83%, +4%). In questo senso, emerge la grande importanza simbolica della neutralità per l'identità nazionale. La maggioranza della popolazione svizzera crede nella funzione della neutralità a livello di politica di sicurezza, anche se con minore convinzione rispetto alla funzione di solidarietà e identità. Il 66% (+5%) degli intervistati – con una significativa ascesa dei consensi nel corso dell'anno – ritiene che, grazie alla neutralità, la Svizzera non sarà coinvolta in conflitti internazionali, mentre il 52% (–3%) vede nella neutralità armata un contributo alla stabilizzazione dell'Europa. Soltanto una minoranza del 23% (–5%), invece, pensa che «l'appartenenza a un'alleanza difensiva europea ci darebbe più sicurezza rispetto al mantenimento della neutralità», affermazione nei confronti della quale i consensi sono diminuiti in maniera statisticamente significativa nel corso dell'anno.

Valutazione critica della neutralità: anche in un'ottica critica la neutralità viene valutata positivamente. La maggioranza della popolazione svizzera, infatti, pensa che il principio di neutralità non sia un ostacolo alla libertà d'azione sul piano internazionale. Il 32% (–3%), invece, considera la neutralità della Svizzera come

un ostacolo alla cooperazione economica a livello europeo. Soltanto una minoranza, inoltre, ritiene che lo stretto coinvolgimento politico ed economico della Svizzera con altri Stati europei impedisca la neutralità (32%, +3%). Un mero 18% (-1%) degli intervistati ritiene che dovremmo rinunciare alla neutralità, se questa non dovesse più arrecare vantaggi alla Svizzera. Ciò testimonia quanto la neutralità venga percepita dalla grande maggioranza della popolazione come un valore e non necessariamente come uno strumento. Per quanto concerne la credibilità della neutralità armata, nel 2011 questo parametro ha registrato la medesima percentuale di persone che l'affermano e la mettono in discussione. Nel mese di gennaio del 2012, tuttavia, è salito il numero di cittadini che affermano la credibilità della neutralità armata rispetto a quelli che la negano (49% favorevoli, 45% contrari, +4% valutazione positiva).

Cultura strategica: è la prima volta che in questo studio viene rilevato il grado di importanza attribuito a vari aspetti della cultura strategica della Svizzera. Dalle indagini effettuate nell'ambito dell'analisi delle tendenze in materia di «Sicurezza» è emerso che la neutralità svizzera è considerata più che una semplice strategia politica o una possibile variante d'azione. Essa rappresenta anche un valore normativo, sostenuto da buona parte della società. Un'idea assoluta di neutralità, invece, viene respinta dalla maggioranza della popolazione svizzera. Soltanto il 47% ritiene che sia importante «...non influenzare quanto accade nella politica mondiale». Al contrario, una maggioranza del 64% appoggia il principio della neutralità differenziata, secondo il quale la Svizzera può prendere posizione in materia di politica estera, ma si astiene da qualsiasi intervento militare. Oltre alla neutralità, vi sono vari principi di democrazia diretta che sono profondamente radicati nella società svizzera. Il 78% degli intervistati, ad esempio, approva il fatto «...che il popolo svizzero abbia l'ultima parola anche nelle questioni militari». Per quanto concerne la difesa degli interessi nazionali rispetto ad altri Stati, quattro persone su cinque considerano la salvaguardia della pace interna come rilevante (77%). Anche l'idea secondo cui la Svizzera, quale Paese piccolo, debba far valere con particolare veemenza i propri interessi al cospetto dei grandi Paesi trova il consenso della maggioranza della popolazione (67%). Il 62% dei cittadini considera la difesa del Paese un dovere civico, per cui sostiene il principio della milizia quale forma di organizzazione della società svizzera. Poco più della metà della popolazione svizzera (55%) si è detta favorevole all'autonomia in materia di politica di sicurezza, nel senso che l'Esercito svizzero deve essere in grado di potersi difendere da sé e senza aiuti esterni. Sono una minoranza, invece, i fautori di un *modus operandi* unilaterale, secondo cui la Svizzera, per proteggersi, dovrebbe fare affidamento soltanto su se stessa (47%).

Per quanto concerne le funzioni dell'esercito, il 62% degli intervistati ritiene che il servizio militare favorisca la consapevolezza delle proprie responsabilità, mentre una persona su due pensa che l'esercito sia funzionale alla coesione di un Paese multilingue come la Svizzera (52%). Di poco inferiori alla maggioranza sono le opinioni a favore dell'affermazione secondo la quale l'esercito sia un simbolo della libertà e dell'indipendenza della Svizzera (45%), mentre soltanto il 36% considera la scuola reclute un rituale di iniziazione sociale che segna il passaggio dalla gioventù all'età adulta. Un quarto degli intervistati crede nella funzione intimidatoria dell'esercito nei confronti di altri Stati (26%), e l'8% ritiene possibile un conflitto tra la Svizzera e un'altra nazione nell'arco dei prossimi dieci anni.

3. Politica di difesa

Necessità dell'esercito: la maggioranza della popolazione svizzera considera l'esercito necessario (75%), benché i consensi si siano indeboliti in misura significativa rispetto all'anno passato (-4%). In termini percentuali, tuttavia, nel 2012 il tasso d'approvazione concernente la necessità dell'esercito è ancora superiore alla media di lungo periodo rilevata dal 1991 (70%). Attualmente si evidenzia un numero al di sotto della media di coloro che, nel 2012, considerano l'esercito «assolutamente» necessario, opzione scelta soltanto dal 20% degli intervistati (media dal 1991: 28%). L'esercito viene percepito molto più raramente come necessario da coloro che si dichiarano politicamente orientati verso sinistra (49%; ±0%) e nella fascia d'età tra i 20 e i 29 anni (63%; -6%). Il campione di intervistati in quest'ultimo gruppo demografico (N=117), tuttavia, è troppo limitato per poter ritenere il calo di consensi del 6% un fenomeno statisticamente significativo.

Entità dell'esercito: rimane invariata la percentuale di coloro che invocano il mantenimento di un Esercito svizzero ben equipaggiato e qualificato (69%, +1%). Se confrontato alla media di lungo periodo, il grado d'approvazione nei confronti di un esercito ben equipaggiato permane a livelli bassi dal 2009. Anche l'atteggiamento nei confronti dell'abolizione dell'obbligo militare è un parametro suggestivo dell'entità auspicata dell'esercito. Nel corso degli ultimi dodici mesi, si rileva un profondo cambiamento rispetto al passato. Nel 2012, infatti, il 48% degli intervistati – ossia il 10% in più dell'anno scorso – si è espresso a favore dell'abolizione dell'obbligo militare. In confronto alla media di lungo periodo, quindi, il numero di favorevoli è aumentato considerevolmente. Allo stesso tempo, si attenua la polarizzazione osservata negli anni precedenti, con una diminuzione del numero di favorevoli e

contrari all'abolizione agli estremi della scala di preferenze. Recuperano nuovamente terreno, invece, le categorie intermedie, caratterizzate da un'approvazione moderata.

Ruolo sociale dell'esercito: quando si tratta di definire se, dal punto di vista sociale, l'esercito sia centrale, un male necessario o un'istituzione da abolire, il 45% (+1%) dei cittadini opta per la definizione di «male necessario». Seguono coloro che ritengono che l'esercito rivesta un ruolo centrale in Svizzera e che lo giudicano positivamente (39%, -3%). Per il 16% (+4%) degli intervistati, invece, l'esercito potrebbe essere abolito. Rispetto all'anno scorso, l'atteggiamento nei confronti del ruolo sociale dell'esercito è mutato in misura irrisoria, ma statisticamente significativa.

Soddisfazione nei confronti dell'esercito: quest'anno è stata rilevata per la seconda volta la soddisfazione nei confronti dell'attività svolta dall'esercito. Su una scala da 1 a 10, con 1 indicante «assolutamente non soddisfatto» e 10 «molto soddisfatto», l'Esercito svizzero ha ottenuto un punteggio medio di 6.17. Rispetto al 2011, la soddisfazione nei confronti dell'operato dell'esercito è rimasta costante.

Esercito di milizia ed esercito di professionisti: la popolazione svizzera è divisa da oltre un decennio sulla questione della struttura del servizio militare. Attualmente l'esercito di milizia (52%, +4%) è leggermente in vantaggio, in fatto di consensi, rispetto all'esercito di professionisti (43%, ±0%). Nel mese di gennaio del 2011, il numero di cittadini favorevoli a un esercito di milizia era significativamente meno elevato. In confronto agli anni precedenti, nel 2012 si evidenzia un incremento rispetto alla norma della percentuale di intervistati che è riuscita a rispondere a questa domanda. Nell'arco degli anni, i giovani di età compresa tra i 18 e i 29 anni, ossia il gruppo di persone soggette a obbligo militare, tendono a sostenere maggiormente l'esercito di professionisti rispetto al resto della popolazione. Nel 2012 si è osservato un allineamento in tal senso tra la fascia d'età dei 18–29 anni e quella dei 30–59 anni. A partire dai 60 anni d'età, invece, si tende a preferire un esercito di milizia rispetto alle altre categorie demografiche.

Spese per la difesa: nel 2012, il 46% (+8%) dei cittadini aventi diritto di voto considera le spese per la difesa adeguate, mentre il 44% (+5%) ne auspica una riduzione. Il 7% (-9%), infine, è favorevole a un incremento del budget. L'atteggiamento nei confronti delle spese per la difesa è cambiato drasticamente nel corso degli ultimi tre anni. Dopo il 2009 si è assistito a un marcato indebolimento della pressione pubblica sui tagli nel settore della difesa, mentre nel 2012 si osserva nuovamente un atteggiamento più critico nei confronti delle spese per la difesa. Se da un lato

è aumentata vertiginosamente la percentuale di intervistati che ritengono le spese «adeguate», dall'altro è calata altrettanto drasticamente quella di coloro secondo i quali la Svizzera spende troppo poco per la difesa. Tuttavia, visto che nel 2011 si è teoricamente deciso di destinare maggiori finanze all'esercito per il futuro, il raffronto con gli anni precedenti è possibile soltanto relativamente.

Diversificazione dei compiti dell'Esercito svizzero: la diversificazione dei compiti in seno all'Esercito svizzero viene accettata a maggioranza. Il 75%, infatti, acconsente al fatto che «il nostro esercito, oggi, dovrebbe saper fare di più che solo difendere il Paese». Il 63% ritiene inoltre che, visto il moltiplicarsi degli scontri violenti, l'esercito debba essere impiegato anche entro i confini nazionali. Trova solo minori consensi, invece, l'idea di limitare l'intervento dell'Esercito svizzero alla difesa nazionale in caso di guerra (43%). Tali indicatori furono rilevati per l'ultima volta nel biennio 2006-2007. Nel 2012, i consensi registrati nei confronti della diversificazione delle mansioni sono pari a quelli registrati nel 2006 e superiori a quelli del 2007.

Conciliabilità tra servizio militare e vita professionale: è la prima volta che si rileva l'atteggiamento nei confronti della conciliabilità tra servizio militare e vita lavorativa. Per rispondere alle domande, gli intervistati potevano scegliere se essere «assolutamente», «abbastanza», «in parte», «non del tutto» o «per nulla» d'accordo con i concetti formulati. Secondo la popolazione avente diritto di voto, conciliare servizio militare e vita professionale è possibile, anche se con qualche difficoltà. Il 58% degli intervistati acconsente all'affermazione, secondo la quale chi presta servizio militare deve poter contare sul sostegno del proprio datore di lavoro. Analogamente, il 54% pensa che i molteplici impegni determinati dal servizio militare possano essere assolti senza pregiudicare la carriera professionale. Altre eventuali ripercussioni negative non vengono né smentite né confermate a maggioranza, anche se le si ritiene più spesso errate anziché vere. L'idea secondo la quale l'assenza sul posto di lavoro sia il motivo principale per cui il servizio militare rappresenta un ostacolo alla carriera professionale registra il 39% di favorevoli e il 43% di contrari. Il 32% ritiene che i dipendenti non possano contare sulla comprensione del datore di lavoro qualora, a causa del servizio militare, non riescano a produrre i risultati attesi. Il 42%, invece, non condivide tale opinione. Da ultimo, l'idea che le assenze non vengano più accettate dai datori di lavoro riscuote rispettivamente il 30% e il 43% di favorevoli e contrari.

Conciliabilità tra carriera nella milizia e vita professionale: secondo la popolazione, una carriera militare nella milizia dovrebbe continuare a essere sostenuta ed

è tuttora conciliabile con la vita professionale. Affinché una carriera militare nella milizia conservi la propria attrattiva, tuttavia, occorrono determinati presupposti. Secondo il 66% della popolazione, incrementare l'attrattiva delle carriere militari nella milizia è possibile nel quadro del binomio esercito-economia. Il 63% degli intervistati, infatti, ritiene anche che i dipendenti che ambiscono a una carriera nella milizia dovrebbero essere sostenuti e incentivati dall'impresa. L'idea secondo cui l'avanzamento militare aumenti le opportunità professionali è condivisa soltanto da una minoranza del 37%. Il 30% pensa che i quadri della milizia godano ancora oggi di elevato prestigio sociale. È del 44%, invece, la percentuale degli intervistati secondo i quali l'incertezza dei benefici di una carriera militare nella milizia a livello civile riduca l'attrattiva della medesima. Una minoranza del 24% acconsente al fatto che, intraprendendo una carriera nella milizia, sia necessario fare i conti con una serie di svantaggi nella vita professionale. Secondo il 23%, i molteplici impegni che comporta una carriera nella milizia riducono le opportunità di carriera a livello professionale. Il 18% è convinto che una carriera nella milizia comporti una minore operatività sul posto di lavoro.

Cittadini svizzeri con un passato migratorio e servizio militare: in Svizzera vige l'obbligo di prestare servizio militare. Finché esso rimarrà in vigore, secondo l'85% degli intervistati anche i giovani naturalizzati di sesso maschile dovrebbero prestare servizio militare. Il 66% ritiene che, grazie a esso, questi ultimi si integrerebbero meglio nella società svizzera. Il fatto che i militari naturalizzati che prestano servizio militare siano meno disposti a difendere la Svizzera è messo in dubbio dal 29% degli intervistati. Una minoranza del 13% pensa che, per la nostra sicurezza, sarebbe meglio non consentire ai giovani naturalizzati di sesso maschile di prestare servizio militare.

Conclusioni

Come già accaduto nel 2011, tra le persone interpellate sono emerse grandi differenze nella percezione degli sviluppi nazionali e internazionali: nel confronto con gli anni precedenti, i cittadini svizzeri aventi diritto di voto si sentono decisamente sicuri e si dimostrano molto fiduciosi per quanto riguarda il futuro prossimo della Svizzera, valutano però contemporaneamente con scetticismo lo sviluppo sul piano internazionale. L'aumento della fiducia registrato quest'anno in quasi tutte le istituzioni svizzere prese in esame deve probabilmente essere messo in relazione a questa percezione di una Svizzera sicura in un mondo insicuro.

Anche l'atteggiamento nei riguardi della politica estera potrebbe essere relazionato alla fiducia nazionale e al contemporaneo scetticismo riguardo allo sviluppo internazionale. Il desiderio di indipendenza finanziaria, politica e militare nonché lo scetticismo nei confronti dell'UE permangono agli alti valori record dello scorso anno. Tale aspirazione all'indipendenza nazionale viene supportata dalla convinzione diffusa che il futuro del nostro Paese sia principalmente nelle nostre mani e non è stata praticamente interessata dai processi di sviluppo internazionali. Il consenso all'indipendenza della Svizzera non può tuttavia essere erroneamente inteso come un desiderio di autonomia assoluta o un'astensione politica a livello internazionale. In particolare nel settore economico, sono auspiccate delle collaborazioni con l'UE. Anche un impegno nel quadro dell'ONU, nella mediazione internazionale in caso di conflitti e nell'aiuto allo sviluppo è nuovamente richiesto con più insistenza. La popolazione rimane divisa solamente per quanto attiene alla domanda sulla disponibilità alla collaborazione in materia di politica di sicurezza (multilateralismo opposto all'unilateralismo militare).

Il continuo consenso praticamente unanime al principio di neutralità e l'aumento del grado d'accettazione delle funzioni della neutralità si allineano a tale tendenza di un orientamento sempre più rivolto alla propria Nazione. È in particolare la convinzione che la neutralità contribuisca alla nostra sicurezza e alla nostra protezione a essere nuovamente condivisa con maggiore frequenza. Ciò nonostante, il consenso verso la neutralità sembra basarsi principalmente su sentimenti affettivi. Agli occhi della popolazione svizzera, la neutralità si è sviluppata in un valore a sé stante che deve essere tutelato.

Di principio, la popolazione votante svizzera appoggia l'Esercito svizzero. L'accettazione e la fiducia in esso si situano nella media pluriennale. Da circa un decennio, la popolazione votante svizzera si dimostra divisa per quanto riguarda l'obbligo militare, il ruolo sociale dell'esercito e l'ammontare del budget destinato alla difesa; ciò è rimasto praticamente invariato anche nel 2012.

Summary of the Survey “Security 2012”

Goals and Database

The annual “Security” survey jointly conducted by the *Military Academy at ETH Zurich (Swiss Federal Institute of Technology Zurich)* and the *Center for Security Studies of ETH Zurich* serves to determine trends in the opinion-making of foreign, security and defense policy in Switzerland. It is based on representative surveys of the Swiss electorate, carried out on an annual basis.

Apart from a core of questions always included or in irregular intervals, there are also always some questions about current issues of security policy. In 2012, special attention was paid to measures to maintain homeland security, strategic culture, compatibility of military service and professional life, as well as naturalized Swiss’ attitude toward military service.

Data collection took place telephonically between January 12 and February 6, 2012, with 1,200 people from all language regions, and it was carried out by the survey institute ISOPUBLIC. The surveyed attitudes here may be influenced by current issues of security policy. On January 5, 2012, the Group for a Switzerland without an Army (GSoA) submitted the popular initiative for abolishing military service. From January 16 to 30, a deployment of the Swiss armed forces took place as part of the World Economic Forum (WEF) in Davos. However, none of the events caught the attention of the media. Discussions around the planned purchase of the combat aircraft of the type Saab Gripen intensified only after the field phase.

The \pm -figures in brackets indicate the difference to the survey in January 2011. In the survey of 2012, the maximum sampling error is $\pm 3\%$ with a 95% degree of certainty. In other words, there is a probability of 95% that a value of x which we measured as 50% belongs to a population in which the rate of x lies between 47% and 53%. In this case, the population is the Swiss electorate.

Trends and Tendencies

1. General Sense of Security and Trust in Institutions

General sense of security: In January 2012, the large majority of Swiss felt secure (90%, $\pm 0\%$). 32% (-2%) of the respondents indicated to feel “very” and 58% (+2%) “rather” secure. In the long-term comparison, the subjective perception of security is currently very positive. Only in 2001/2002, 2008/2009, and 2011 just as many Swiss felt as secure as in January 2012.

Evaluation of Switzerland’s near future: In January 2012, the vast majority (78%, -6%) of the Swiss electorate assessed the country’s future on the whole extremely positively. However, the perception of a “rather” optimistic expectation for the future (72%) prevails. Only 6% state to be “very” optimistic. Compared to the very widespread optimism of the previous year, it has declined slightly but significantly in 2012. Nevertheless, currently the Swiss can be labeled as above-average positive compared to the long-term average since 1993.

Evaluation of the global political situation: The bleak perception of the global political situation in the long-term comparison, as it was measured in 2011, persists also in 2012 in the electorate. More than one in two (53%, -1%) think that the global political situation will present itself bleaker and tenser in the following five years. Only 8% (+1%) of the Swiss believe in a detent of global political events. 38% (+1%) of the respondents expect no changes.

Trust in authorities and institutions: Authorities and institutions in Switzerland currently enjoy a particularly high degree of trust. In 2012, the general average level of trust lies significantly above the long-term average (\emptyset : 6.2, 2012: 6.5). The trust in the police forces remains especially high, followed by the courts. This year, the Federal Council enjoys the third- and the Swiss economy the fourth-highest level of trust. The armed forces and the parliament are equally trusted. In the case of political parties and the media, which are evaluated most critically, trust and distrust are balanced. Except for the Swiss economy, all enquired institutions and authorities have gained trust compared to the previous year. However, since it increased significantly in each of the two previous years, trust in the Swiss economy lies also in 2012 above the long-term average. Above all, the Federal Council, the Federal Parliament, and the police forces are trusted considerably more compared to the previous year. Trust in the armed forces now lies in the long-term average again.

Measures to fight against extremism and terrorism: Four out of five respondents think it is important for our security to fight against right-wing extremism harder than before (81%). At 67%, stronger actions against left-wing extremism are demanded considerably less. Both the support for a harder fight against the right- (+6%) and the left-wing extremism (+4%) have slightly increased in the course of the year. After the Swiss population's willingness to accept restrictions of liberty in order to combat terrorism had increased in January 2011, it has slightly decreased again in the course of the year and lies now at 68% (-3%). The approval of restrictions of liberty in terms of combating terrorism thus has been lying constantly above the level of 2003, the first survey of this attitude after the terrorist attacks of 9/11.

Measures to ensure homeland security: Fighting against and penalizing hooliganism (89%) as well as an increased police presence (83%, +2%) meet with a high approval rate in the Swiss population. Likewise, the collection of suspicious people's data (80%, ±0%) as well as exclusion orders (80%, +7%) are predominantly appreciated by the respondents. Compared to the approval surveyed in 2009, the latter has risen slightly but statistically significantly. Controlling the proportion of foreigners (77%, +11%) and video surveillance of important public places (76%, +4%) are also supported stronger than in 2009, whereas the increase with regards to controlling the proportion of foreigners is also statistically significant. In case of an excessive demand of the police forces, four out of five respondents approve of engagements of the armed forces to ensure peace and order (79%, no comparison figures available). However, only a bare majority of the Swiss population approves of violent breakups of demonstrations by the police forces (56%). Regarding the question about entry inspections at public buildings, an ambivalent attitude of the Swiss becomes apparent. Support for this measure was confirmed statistically significantly in January 2012 (55%, +9%), after having been predominantly rejected in January 2009. The precautionary arrestment of suspects is approved of slightly stronger in 2012 than 2009 (54%, +3%). An increased surveillance of phone calls (55% rejection) as well as of private computers (56% rejection) by the police are predominantly rejected. Likewise, a curfew for adolescents after midnight meets with disapproval of a majority of the Swiss population (66% rejection).

2. Foreign and Security Policy

Relations with the EU: In 2011, the attitude of Swiss toward European political affairs intensified within a year. This year's survey shows that the skeptical attitude toward the EU has not changed. Also in 2012, a political approach toward the EU

is conceivable for 37% ($\pm 0\%$) of the respondents only. Merely 17% (-2%) wish for an accession to the EU. However, the pragmatic perception of an exclusively economical approach still enjoys large acceptance. 81% of Swiss agree to the demand “Switzerland should not join the EU but strengthen the economical cooperation”.

International cooperation without sovereignty-reducing institutional bindings: A more active humanitarian international commitment of Switzerland is predominantly supported. 76% of the respondents wish for Switzerland to play a more active role in international conferences. 71% demand an increased operator assistance from Switzerland in conflicts and 62% an enhancement of development aid. On average, the support for an expansion of the development aid has increased slightly but significantly within a year ($+5\%$). After last year's slump, the acceptance of a humanitarian international commitment of Switzerland lies on the level of approval since the turn of the millennium again.

Participation in the UN: Since the accession to the UN, the Swiss electorate is positive towards the UN. Both the demand for active involvement in the concerns of the UN (68%) and the demand for a Swiss seat on the UN Security Council (65%) are predominantly approved of. Compared to the previous year, the support for an active involvement in concerns of the UN has increased markedly by 11 % and thus reaches a new maximum. The approval of a demand for a seat on the UN Security Council remains stable ($+3\%$).

Willingness to open up for security political alliances and peacekeeping forces: Of the possible forms of international cooperation enquired, the security political cooperation always receives the least support. There is a trend to rather reject it. Military commitment within the framework of the UN – in terms of the deployment of Swiss peacekeeping forces – thereby always receives the highest approval. After the support for these operations decreased significantly in 2011, it lies slightly above the 50% mark again in 2012, at 53% ($+3\%$). The NATO as a defense alliance is constantly judged with skepticism. 37% ($+1\%$) of the Swiss appreciate an approach toward the NATO. Only one fifth of the respondents would like Switzerland to join the NATO (19%, -2%).

General and military national autonomy: In 2012, 80% ($+3\%$) of the respondents share the opinion that Switzerland should stay economically and politically independent. The desire for a Switzerland with the highest possible autonomy, which increased significantly in 2011, for the first time after four years, also remains 2012

at the maximum in the survey series. 49% (-1%) of respondents, just as many as in the previous year, deem it right to rely on the own national defense only. An absolute autonomy is wished for by a minority only: 34% (+2% compared to the last inquiry of this question in 2010) think Switzerland should "avoid alliances and unions of all kinds with other nations".

Perception of globalization: In the Swiss electorate, the opinion that our country's future will be influenced mainly by the Swiss population and the Swiss policy prevails (80%). Only a minority of 36% believes that we do not have influence on our country's future, since it might depend on other countries' development. The perception of Switzerland in a globalized world is ambivalent. Those who perceive Switzerland's future predominantly influenced by other countries simultaneously believe for the most part that Switzerland's development is mainly conditioned by the development of the national community.

Neutrality: The already very high approval for the principle of neutrality of the previous years has increased by another percent in the course of the year. 95% of the Swiss population support maintaining neutrality, whereby 70% ($\pm 0\%$) agree "very much" and 25% (+1%) "rather" to the principle of neutrality. The upward trend in the approval of the neutrality principle by the Swiss population can thus also be confirmed in 2012 and reaches its maximum at 95% since the beginning of the survey series "Security" in 1989. Constantly two out of three respondents approve of the "differential neutrality", according to which Switzerland shall take a stand in matters of foreign policy but refrain from military interventions. Abandoning neutrality "de facto", i.e. the demand to clearly take sides not only in political but also in military conflicts, is constantly supported by a quarter of the Swiss population (25%, $\pm 0\%$) only.

Functions of neutrality: Due to its neutrality, a very high share of respondents considers Switzerland predestined for conflict resolution and international mediation (93%). On average, support for this solidarity function of neutrality has again slightly but statistically significantly increased in the course of the year (+4%). Likewise, since the turn of the millennium, Swiss neutrality is increasingly and largely perceived as "inseparable from the Swiss concept of the state" (83%, +4%). This manifests itself in the symbolically great significance of neutrality for Switzerland's national identity. The majority of the Swiss population believes in the security function of neutrality. However, it does it less strongly than it agrees to the function of solidarity and identity. 66% (+5%) of the respondents are of the opinion that, due

to its neutrality, Switzerland is not involved in international conflicts, whereby the approval rate has increased significantly in the course of the year. 52% (+3%) see in the “armed neutrality” a contribution to Europe’s stabilization. Only a minority of 23% (–5%) holds the belief that “membership of a European defense alliance would bring us more security than the adherence to neutrality”, whereby this approval has decreased statistically significantly in the course of the year.

Critical assessment of neutrality: Also, within the framework of a critical assessment, neutrality experiences a positive judgment. Thus, the majority of the Swiss population does not view Switzerland’s international maneuverability affected by the neutrality principle. 32% (–3%) view in Switzerland’s neutrality an obstacle to economic cooperation with other European nations. Likewise, only a minority holds the belief that neutrality is made impossible due to Switzerland’s close political and economic interdependence with other European nations (32%, +3%). Merely 18% (–1%) of the respondents think that neutrality should be abandoned if it has no more advantage. This low approval indicates that neutrality is perceived as a value by itself and not necessarily as a means to an end by a large majority of the Swiss population. Regarding the credibility of armed neutrality, in 2011, still an equal number of respondents doubted and affirmed it. However, in January 2012, more Swiss accept the credibility of armed neutrality as given than deny it (49% approval, 45% rejection, +4% positive assessment).

Strategic culture: For the first time in this survey series, it was surveyed how important different convictions of Switzerland’s strategic culture are considered. Surveys within the framework of the trend survey “Security” have shown that Swiss neutrality is more than a security strategy or a possible course of action. It also represents a normative value, which is borne by a large part of the community. Meanwhile, an integral understanding of neutrality finds no majority in the Swiss population. Merely 47% believe that it is important “that we do not influence the events of global politics”. Instead, a majority of 64% support the principle of differential neutrality, which includes foreign-policy positioning but not the involvement in military interventions. Besides neutrality, direct democratic principles are firmly established in the Swiss community. Thus, 78% of the respondents approve of “... that Swiss people get the final word also in military issues”. Regarding the defense of international interests vis-à-vis other nations, four out of five people consider ensuring internal peace relevant (77%). There also exists the opinion by a majority in the Swiss population, as a small state, to have to vehemently defend one’s own interests vis-à-vis big nations (67%). 62% of Swiss view the nation’s defense as a

civic duty and thus support the militia principle as an organizational form of Swiss society. Security political autonomy in the sense that the Swiss armed forces have to be capable of defending themselves on their own and without external help is supported by a slight majority of the Swiss population (55%). However, no majority can be found which supports an unilateral guiding principle after which Switzerland should depend on itself only for protection (47%). Regarding the armed forces' function, 62% of the respondents hold that military service promotes the sense of responsibility and every other takes the view that the armed forces serve the cohesion of multilingual Switzerland (52%). The statement that the armed forces are a symbol of liberty and Switzerland's independence finds narrowly no majority (45%) and only 36% see in the recruit school a societal rite of passage of boys to men. One in four respondents believes in the armed forces' deterrent function for other nations (26%) and 8% consider a war between Switzerland and another nation in the following ten years possible.

3. Defense Policy

Necessity of the armed forces: The Swiss population considers the armed forces predominantly necessary (75%). Compared to the previous year, the approval has declined significantly (-4%). However, in 2012, the percental approval of the necessity lies still above the long-term average since 1991 (70%). Currently, it is striking that the category "very" necessary was selected below-average. In 2012, only 20% consider the armed forces "very" necessary (average since 1991: 28%). Political leftists (49%; ±0%) and 20–29-year-olds (63%; -6%) perceive the armed forces considerably less as necessary. The number of cases of respondents in this age group (N=117) is too low in order to be able to account for the decline in support of 6% as a statistically significant decline.

Size of the armed forces: The demand, according to which Switzerland shall provide well-equipped and skilled armed forces, is unalteredly often supported (69%, +1%). Hence, the support of well-equipped armed forces remains, in a long-term comparison, on a low level since 2009. The attitude toward abolishing conscription serves also, among other things, as indicator of the desired size of the armed forces. Within a year, this has changed markedly. In 2012, 48% of the respondents agreed to abolishing conscription. These are 10% more than in the previous year. Thereby, the approval of this lies on a high level in the long-term comparison. Simultaneously, the observed polarization of the previous years has declined. Principal supporters and opponents of abolition decrease. The middle categories of a mitigated "rather" approval or rejection are selected more frequently again.

Social relevance of the armed forces: When faced with the choice whether the armed forces play a major societal role, whether they are a necessary evil, or even an institution in need of abolishing, 45% (+1%) of the citizens opt for paraphrasing it as necessary evil. It is stated slightly less frequently that the military plays a major role in Switzerland and it is a good thing that way (39%, -3%). 16% (+4%) of the respondents argue in favor of abolishing the armed forces. Compared to the previous year, the attitude toward the social relevance of the armed forces has changed slightly but statistically significantly.

Satisfaction with the armed forces: This year, satisfaction with the performance of the armed forces was surveyed for the second time. On a scale ranging from 1 to 10, whereby 1 means “not satisfied at all” and 10 “very satisfied”, the Swiss armed forces scored an average of 6.17. Compared to 2011, satisfaction with the performance of the armed forces has remained constant.

Militia vs. professional army: For more than ten years, the Swiss population has been divided on the question of defense structure. Currently, a militia army is chosen slightly more frequently (52%, +4%) over a professional army (43%, ±0%). In January 2011, significantly less Swiss argued in favor of a militia army. Compared to previous years, it is striking that in 2012 more respondents than usual were able to give an answer to this question. The 18–29-year-olds, i.e. the cohort of conscripts, support the professional army stronger than the rest of the population in the long-term trend. Regarding this, an approximation between the 18–29-year-olds and the 30–59-year olds could be observed this year. Compared to other age categories, the over-60-year-olds prefer a militia army more frequently.

Defense expenditures: In 2012, 46% (+8%) of the electors assessed the defense expenditures as appropriate. A reduction of the expenditures is demanded by 44% (+5%). 7% (-9%) wish for an increase in the budget. The attitude toward defense expenditures has changed drastically in the last three years. After 2009, public pressure on cost-saving measures in the area of defense decreased markedly. In 2012, a more critical stance on defense expenditures can be observed once again. The proportion of respondents who consider the expenditures “exactly right” has increased substantially. The proportion of respondents who consider the expenditures too low has decreased just as substantially. However, since in 2011 the armed forces were nominally attributed a greater amount for the future, the comparison with the previous years is only conditionally possible.

Task diversification of the Swiss armed forces: The task diversification of the Swiss armed forces is predominantly accepted. 75% approve of the demand "our armed forces should nowadays be capable of more than just defending the country". Moreover, 63% hold that the armed forces should also be engaged inland due to an increase in violent conflicts. The restriction of the Swiss armed forces' engagement only to the country's defense in the event of war is supported considerably less frequently (43%). These indicators were surveyed for the last time in 2006 and 2007, respectively. In 2012, the task diversification is approved of similarly to 2006 and stronger than in 2007.

Compatibility of military service and professional life: The attitude toward compatibility of military service and professional life was assessed for the first time. To answer the surveyed views, the respondents could choose between the categories agree "very", "rather", "partly", as well as "rather not", "not at all". In the electorate's perception, the compatibility of military service and professional life can be mastered but also presents difficulties. 58% of the recipients approve of the statement according to which armed forces personnel can count on the employer's support. Likewise, 54% think that multiple burdens caused by military service can be mastered without damaging the professional career. Other negative consequences are neither predominantly denied nor do they correspond with the conviction of the majority. However, they are more frequently assumed to be false than true. 39% agree and 43% disagree with the view, according to which the absence from work is supposed to be the main reason why military service could present an obstacle to professional life. 32% believe that employees could not count on the employer's understanding if they failed to fulfill their obligations due to military service. 42% do not perceive it that way. 30% agree and 43% disagree with the finding that temporal absences are no longer accepted by the employers.

Compatibility of militia career and professional life: In people's perception, a military militia career remains worthy of support and compatible with professional life. However, in order to maintain a militia military career's attractiveness, a general framework is necessary. 66% of the population locate an increase in attractiveness through merging the armed forces and the economy. 63% of the respondents therefore think that employees who aspire to a militia career should be supported and encouraged by the company. The view, after which pursuing a military career is supposed to increase job opportunities, is only shared by a minority of 37%. 30% hold the belief that even today the militia cadre is held in high social prestige. 44% think that the uncertainty about the militia career's civil benefit reduces the attrac-

tiveness of pursuing a military career. A minority of 24% approves of the statement according to which one has to take disadvantages in professional life into account in case of a militia career. A decline in professional career opportunities caused by multiple burdens of a militia career is perceived by 23%. 18% hold that a militia career leads to lower job performances.

Swiss with migration background and military service: Switzerland has conscription. As long as this holds, according to the view of 85% of surveyed Swiss, also naturalized young men should do military service. 66% hold the belief that they are better integrated into Swiss society through military service. 29% believe that naturalized armed forces personnel are less willing to defend Switzerland. A minority of 13% thinks it might be better for our security to not have them do military service.

Conclusion

As already in 2011, big differences in the perception of the national and international development become apparent: in the long-term comparison, Swiss voters feel extremely secure and appear confident regarding Switzerland's near future but simultaneously assess the international development skeptically. The increases in trust of almost all surveyed Swiss institutions here measured this year are probably associated with this perception of a secure Switzerland in an insecure world.

Also the attitude toward foreign policy might be related to the national confidence and the simultaneous skepticism about the international development. The desire for economical, political and military independence and the EU skepticism remain at the all-time high from last year. This aim towards national independence is fueled by the widespread conviction that Switzerland's future lies mainly in Swiss hands and is hardly affected by international developmental processes. This approval for Switzerland's independence must not be misunderstood as a desire for absolute autonomy or an international political abstention. Especially in the area of economy, cooperation with the EU is supported. Likewise, a commitment within the framework of the UN, to international conflict mediation, and to development aid, is highly demanded again. The population remains divided only regarding the question about security political willingness to cooperate (military multi- vs. unilateralism).

The continuous, practically unanimous support of the neutrality principle and the gain in acceptance of the three functions of neutrality also line up with the trend of an orientation increasingly directed on the own nation. It is especially the conviction, neutrality should add to our security and to our protection, which is shared more frequently again. Nevertheless, the support of neutrality seems mainly affectively conditioned. In the eyes of the Swiss population, neutrality has evolved into a preserving value in itself.

The Swiss voters principally back the Swiss armed forces. The acceptance and the confidence in them are in the long-term average. For over a decade, Swiss voters have been divided regarding conscription, the armed forces' societal role, and the amount of the budget of defense. Also in 2012, hardly anything has changed.

1 Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse 2011

Wie sich bereits in früheren Jahren gezeigt hat, kann das Interesse der SchweizerInnen an sicherheitspolitischen Themen – das Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, die internationale Kooperationsbereitschaft sowie die Neutralitätsauffassung – kurzfristigen Schwankungen unterliegen, die von tagesaktuellen Ereignissen im In- und Ausland geprägt sind. Der Analyse wichtiger Meinungstrends auf Befragungsbasis wird deshalb eine Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse des Jahres 2011 vorangestellt. Die Auswahl der Ereignisse ist naturgemäss selektiv und auf die Wahrnehmung in der öffentlichen Debatte ausgerichtet. Die Angaben beruhen auf der Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik, welche das *Center for Security Studies* an der *ETH Zürich* als Teil der Homepage zur Schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik im Internet unterhält (<http://www.ssn.ethz.ch>).

1.1 Globale Machtverschiebungen – Arabische Transformation – Tod Osama Bin Ladens – Katastrophe von Fukushima

Im Zuge der vom Westen ausgehenden Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrisen beschleunigten sich die wirtschaftlichen und politischen Machtverschiebungen vom Westen in den Osten im Berichtszeitraum markant. Staaten wie China und Indien vermochten die finanz- und wirtschaftspolitischen Rückwirkungen der Globalisierungskrisen deutlich besser zu bewältigen als die USA und Europa.

Die wachsenden Staatsschulden, massiven Budgetdefizite und hohen Arbeitslosenzahlen zwangen die Regierung Barack Obama zu einer strategischen Selbstbeschränkung. Dies kam exemplarisch im beschleunigten Truppenrückzug aus Afghanistan sowie in der Weitergabe der militärischen Führungsrolle im Libyenkrieg zum Ausdruck. In der zweiten Jahreshälfte kündigten die USA eine strategische Schwerpunktverlagerung in den pazifischen Raum an, womit das Kräftegleichgewicht im ost- und südchinesischen Meer in den Fokus der strategischen Debatten in Washington rückte. Dies verdeutlichte, dass das internationale System fragmentierter und polyzentrischer wird, womit die Macht- und Geopolitik auf Kosten eines effektiven Multilateralismus und der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen an Einfluss gewinnen dürfte.

Die EU wiederum war in erster Linie mit sich selbst beschäftigt. Das Krisenmanagement der Mitgliedstaaten konzentrierte sich auf die Bewältigung der tiefgreifenden Schulden- und Euro-Krisen. Das europäische Integrationsprojekt ist geschwächt. Die innere Krise zeitigte vielfältige und zumeist negative Rückwirkungen auf die aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit Europas. Zahlreiche europäische Staaten kürzten die Verteidigungsausgaben teilweise massiv und in der Aussenpolitik machten sich allenthalben Renationalisierungstendenzen bemerkbar. Ein fragmentiertes Europa dürfte in der Weltpolitik weiter an Bedeutung verlieren.

Der Nahe und Mittlere Osten blieben von zentraler Bedeutung für die internationale Sicherheitspolitik. Die ersten Anzeichen der monumentalen Umbrüche in Nordafrika und in der arabischen Welt hatten sich bereits Ende 2010 bemerkbar gemacht. Die Machthaber in Tunis und in Kairo wurden Anfang 2011 von den Revolten überrumpelt und schnell gestürzt, nicht zuletzt da sich die Streitkräfte nicht gegen den Volkswillen stellten. Anderswo setzten die Herrschenden auf Repression und Gewalt, wobei Libyen zum ersten Beispiel eines Umsturzes in Folge eines Bürgerkrieges wurde. Entscheidend für den Sieg der Rebellen war allerdings die Tatsache, dass sie durch die Nato unterstützt wurden. Mit dem Fall der Hauptstadt Tripolis Ende August 2011 neigte sich der über sechs Monate dauernde Bürgerkrieg dem Ende entgegen, mit ungewissen Auswirkungen für den beschwerlichen politischen Neuanfang.

In der zweiten Jahreshälfte konzentrierte sich die internationale Aufmerksamkeit immer stärker auf Syrien, wo sich das Regime Baschar al-Assad unter Einsatz schwerer militärischer Gewalt an der Macht halten konnte. Das Beispiel Syrien machte deutlich, dass die USA in der Region an Macht verloren haben und die regionalen Machtgleichgewichte in Bewegung geraten sind. Die künftige Rolle Irans in der Region blieb eng verbunden mit den Entwicklungen in Syrien. Die Türkei wiederum gewann insgesamt an regionalem Einfluss. Während sich die Republiken im Maghreb und in der Levante in Richtung repräsentativeren politischen Strukturen zu bewegen begannen, verharrten die Herrschaftssysteme in den ölreichen Monarchien am Persischen Golf in den herkömmlichen autoritären Strukturen.

Obwohl sich die Sicherheitslage in Afghanistan im Kontext der zunehmenden politischen Bedeutung der Taliban weiter verschlechterte, hielten die Nato-Staaten an einem schnellen Abzug ihrer Truppen aus Afghanistan bis 2014 fest – vornehmlich aus innenpolitischen Gründen. Damit rückte die Frage in den Vordergrund, ob die regionalen Akteure eine wichtigere Rolle bei der Stabilisierung Afghanistans übernehmen können.

Die bestenfalls selektive Rolle Pakistans im Kampf gegen den Terrorismus wurde offenkundig, als im Mai 2011 US-Spezialeinheiten Osama bin Laden töteten, der sich über Jahre hinweg nur 50 Kilometer nördlich der Hauptstadt Islamabad aufgehalten hatte. Besorgniserregend waren aus westlicher Perspektive die zunehmende Präsenz von Islamisten und der wachsende Antiamerikanismus in den pakistanischen Streitkräften sowie die schleichende Radikalisierung der pakistanischen Gesellschaft. Dies wiederum erschwerte die Bekämpfung der verbleibenden Al-Kaida-Zellen im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet, die sich zunehmend auf den Erfolg von Drohnenangriffen stützte. Der dschihadistische Terrorismus bedrohte vor allem nichtwestliche Staaten, wobei sich Europa und die USA nach wie vor mit dem Phänomen des sogenannten «*Homegrown*»-Terrorismus konfrontiert sahen.

Bereits Anfang des Jahres hatte die Katastrophe von Fukushima die Grenzen im Umgang mit technischen Unfällen in Erinnerung gerufen. Am 11. März 2011 erschütterte ein Seebeben die japanischen Inseln und entfesselte einen Tsunami, dem über 25'000 Menschen zum Opfer fielen. Die Naturgewalten lösten in elf japanischen Kernkraftwerken eine automatische Notabschaltung aus. In der Anlage Fukushima-Daiichi erfolgte in drei von sechs Reaktoren eine partielle Kernschmelze. Radioaktives Material trat aus und verstrahlte die Umwelt mit ungewissen Langzeitfolgen. Die Katastrophe führte dazu, dass weltweit die Kernkraftwerke einer Sicherheitskontrolle unterzogen wurden. In Deutschland und der Schweiz beschloss die Politik den Ausstieg aus der Kernenergie.

1.2 Aussenpolitik: Steuer- und Bankenstreit – Zukunft des EU-Bilateralismus – Sanktionspolitik

Wie schon im Jahre 2009 entwickelte sich der Steuer- und Bankenstreit auch in diesem Berichtszeitraum zum dominanten aussenpolitischen Thema. Als Folge der UBS-Ermittlungen (2009) und zwei Programmen zur freiwilligen Selbstanzeige (2009 und 2011) gelangten die USA an viele Informationen zum US-Offshore Geschäft des Schweizer Bankensystems. Im Februar 2011 erlaubte dies die Verhaftung und Anklage eines ex-UBS-Bankers wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung. Die USA verlangten von den Schweizer Finanzinstituten, ihr US-Offshore Geschäft einzustellen, Kundendaten zu übergeben und eine Strafzahlung zu leisten. Im Frühsommer schien sich eine Globallösung im Bankenstreit abzuzeichnen. Nur wenig später gerieten die Gespräche jedoch in eine Sackgasse und Ende Juni brachen die USA die Verhandlungen ab. Die USA waren nicht bereit, den Schweizer Banken und Bankern eine umfassende Straffreiheit zuzusichern, wie dies die Schweizer Unterhändler gefordert hatten.

In der Folge erhoben die USA Anklage gegen mehrere Schweizer Banker mit Verbindungen zum US-Offshore Geschäft. Im September 2011 erhöhten die USA den Druck und drohten, elf Schweizer Kreditinstitute anzuklagen. Als Reaktion auf diese Drohung lieferte die Schweiz statistische Informationen zum US-Offshore Geschäft und legte ein weiteres Angebot zu einer Globallösung vor. Die USA lehnten dieses Angebot ab, unterbreiteten dann aber wenig später den elf gelisteten Banken einen Deal: Im Gegenzug für erleichterte Rechtshilfesuche aus Washington und die Offenlegung des gesamten US-Offshore Geschäfts via Bern seien die USA bereit, auf eine Anklage gegen die Institute zu verzichten. Zusätzlich sollten die Banken eine Busse in Milliardenhöhe bezahlen. Gegen Ende des Jahres bereiteten Vertreter der elf Banken die Datenoffenlegung vor.

Ebenfalls bereits im Jahre 2009 hatte der Bundesrat als Reaktion auf den zunehmenden Druck aus den USA und aus Europa entschieden, den OECD-Standard bei Amtshilfe in Steuerfragen zu übernehmen. Allerdings stellte das Musterabkommen der OECD nicht ausdrücklich klar, ob der um Informationen ersuchende Staat zwingend den Namen des mutmasslichen Steuersünder und den Namen des Informationsinhabers nennen muss, um Auskünfte zu erhalten. Während sich das Schweizer Parlament auf den Standpunkt stellte, eine Namensnennung sei zwingend, bezeichnete die OECD diese Interpretation als zu restriktiv. Um erneuten Druck aus der OECD zu vermeiden, beschloss der Bundesrat im Februar 2011, eine Anpassung der bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen in die Wege zu leiten und im Falle der USA auch Gruppenanfragen auf der Basis von Verhaltensmustern anzuerkennen. Das Parlament stimmte den Vorschlägen des Bundesrates zu und genehmigte die Ergänzung der Abkommen mit Dänemark, Finnland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Katar, Luxemburg, Mexiko, Norwegen und Österreich.

Auch im europäischen Umfeld sah sich die Schweiz im Zusammenhang mit der Abgeltungssteuer zunehmendem Druck ausgesetzt. Die Schweiz verfolgte das Modell der Abgeltungssteuer als Alternative zu dem von Brüssel favorisierten automatischen Informationsaustausch. Mit den erfolgreichen Abschlüssen der Modellabkommen mit Deutschland (21.09.2011) und Grossbritannien (6.10.2011) schien das Kalkül der Schweiz zwischenzeitlich aufzugehen, dass der automatische Informationsaustausch vermieden werden könnte. Gegen Ende des Jahres wurde der Erfolg des Modells «Abgeltungssteuer» allerdings wieder zweifelhaft. Einwände und Kritik in der deutschen Innenpolitik stellten das Abkommen mit Deutschland in Frage. Zudem bezog die EU-Kommission eine kritische Position zu nationalen Alleingängen wie jenen Deutschlands oder Grossbritanniens. Der Steuer- und Bankenstreit dürfte die Schweizer Aussenpolitik auch im Jahr 2012 beschäftigen.

In der Europapolitik sah sich die Schweiz vermehrt vor die Grundsatzfrage gestellt, wie die Beziehungen mit Brüssel ausgestaltet werden sollen. Der EU-Ministerrat hielt fest, dass der bilaterale Weg seine Grenzen erreicht habe und sich die EU eine dynamische Anpassung der Abkommen an das künftige EU-Recht wünsche. Die Schweiz wiederum lehnte sowohl eine de-facto-Mitgliedschaft ohne Mitentscheidungsrechte als auch eine automatische Übernahme von EU-Recht ab. In diesem Kontext beschloss der Bundesrat am 26. Januar 2011, den bilateralen Weg mit der EU weiterzuführen und dabei einen ganzheitlichen und koordinierten Ansatz zu verfolgen. Anlässlich einer Klausursitzung über die zukünftige Europapolitik der Schweiz vertiefte der Bundesrat die Diskussion über institutionelle Fragen und gab zwei Mandate für externe Gutachten in Auftrag (04.05.2011). In der zweiten Jahreshälfte empfing Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey den EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy für ein Arbeitsgespräch in Zürich, wobei sich die Positionen der EU und der Schweiz nicht grundsätzlich annäherten.

Parallel zu den Grundsatzfragen beschäftigt sich die Schweiz wie in den vergangenen Jahren mit den Herausforderungen im Rahmen der Umsetzung des Schengen-Abkommens sowie der Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit. Am 1.1.2011 traten die Anpassungen im Ausländer- und Asylgesetz zur Übernahme und Umsetzung der so genannten Rückführungsrichtlinien in Kraft. Nur wenig später nahm Bundesrätin Simonetta Sommaruga an einem Treffen des Schengen-Ausschusses teil, an dem die Weiterentwicklung des Visa-Informationssystems und des Schengener Informationssystems der zweiten Generation diskutiert wurden (24.02.2011). Vor diesem Hintergrund genehmigte der Bundesrat Mitte Jahr die schweizerische Verordnung über das zentrale Visa-Informationssystem (06.07.2011). Am 11.10.2011 führte die Schweiz das neue Visa-Informationssystem ein und schloss das schweizerische System an die zentrale europäische Visumsdatenbank an. Die Systeme sollen das Verfahren zur Visumerteilung erleichtern und Mehrfachgesuche in mehreren Staaten verhindern.

Bereits im Frühjahr hatte der Bundesrat die Teilrevision der Verordnung über die schrittweise Einführung des freien Personenverkehrs zwischen der Schweiz und der EU verabschiedet (30.03.2011). Ab 1. Mai 2011 kamen die Staatsangehörigen der EU-8 erstmals in den Genuss der vollständigen Personenfreizügigkeit. Im selben Monat nahm der Bundesrat zur Kenntnis, dass die Voraussetzungen zur Anwendung der Schutzklausel nicht gegeben waren. Gemäss der Einschätzung des SECO zeitigte das Personenfreizügigkeitsabkommen positive Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung und das Bevölkerungswachstum in der Schweiz. Die negativen Auswirkungen der Zuwanderung auf die einheimischen Arbeitskräfte blieben dagegen eng begrenzt (26.05.2011).

Die monumentalen Umbrüche in Nordafrika und im Nahen und Mittleren Osten beschäftigen die Schweizer Aussenpolitik ebenfalls über das ganze Jahr hinweg. Am 1.2.2011 war das Bundesgesetz über die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen in Kraft getreten. Kurz darauf sperrte der Bundesrat die Vermögenswerte des früheren ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak und seines Umfeldes in der Schweiz, um eine Veruntreuung von staatlichem ägyptischem Einkommen zu vermeiden (11.02.2011). Bereits wenige Tage zuvor hatte die Schweiz die Gelder des früheren tunesischen Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali und seines Umfeldes blockiert (28.01.2011).

Angesichts der kriegerischen Entwicklungen in Libyen verurteilte der Bundesrat die Gewaltanwendung der libyschen Machthaber gegen die eigene Bevölkerung aufs Schärfste (24.02.2011). Gleichzeitig sperrte er die Vermögenswerte Muammar al-Ghadhafis und seines Umfeldes mit sofortiger Wirkung. Nachdem der Uno-Sicherheitsrat härtere Sanktionen gegenüber Libyen verhängt hatte, ergriff die Schweiz zusätzliche Massnahmen, um jegliche finanzielle Unterstützung des libyschen Regimes zu verhindern (04.03.2011). Wiederum nur wenige Tage später anerkannte die Schweiz die vom Uno-Sicherheitsrat verabschiedete Flugverbotszone über Libyen. Nach Ende des Krieges lockerte die Schweiz die Sanktionen und hob wie vom Uno-Sicherheitsrat entschieden die Luftverkehrsbeschränkungen für libysche Flugzeuge auf (26.10.2011).

Parallel zur Zuspitzung der Lage in Syrien verhängte die EU Sanktionen auch gegenüber diesem Land. Die Schweiz schloss sich diesen Sanktionen an und der Bundesrat erliess eine neue Verordnung über Massnahmen gegenüber Syrien (18.05.2011). Im September erweiterte die EU die Sanktionsmassnahmen auf syrische Erdölprodukte. Wiederum folgte der Bundesrat der EU und verschärfte die Schweizer Sanktionsmassnahmen gegenüber Syrien ebenfalls (23.09.2011). Auch als die EU die Sanktionsmassnahmen nur wenig später erneut ausweitete und auf Investitionen in den Erdölsektor und Finanzlieferungen an die syrische Zentralbank ausdehnte, schloss sich der Bundesrat dem verschärften Sanktionsregime der EU an (30.09.2011).

Parallel zur Verhängung von Sanktionen gegen die herrschenden Eliten verstärkte die Schweiz die humanitäre Hilfe an der ägyptischen und tunesischen Grenze zu Libyen (26.2.2011). Bern unterstützte die Internationale Organisation für Migration dabei, die aus Libyen geflohenen GastarbeiterInnen in ihre Herkunftsländer zurückzubringen (02.03.2011). Der Bundesrat beabsichtigte, die Nothilfe zu verstärken und das bestehende Engagement der Schweiz zur Unterstützung der Transition in Nordafrika im Rahmen einer Gesamtstrategie zu bündeln (12.03.2011).

1.3 Verteidigungs- und Armeepolitik: Grösse und Kosten der Armee – Typenentscheid: Gripen – Rückgang der Zivildienstgesuche

Auch in diesem Berichtszeitraum rissen die politischen Grundsatzdebatten über die zukünftige Ausrichtung der Schweizer Armee nicht ab. Die Räte zeigten sich unzufrieden mit den durch den Bundesrat festgelegten finanziellen und strukturellen Planungsparametern der Armee. Das im Armeebericht 2010 gemäss den Vorgaben des Bundesrates skizzierte Grundmodell sah eine Reduktion des Bestandes auf 80'000 Armeeangehörige und eine Begrenzung des Ausgabenplafonds auf 4.4 Milliarden vor. Aufgrund der schwierigen allgemeinen Finanzlage des Bundes hatte der Bundesrat zudem im Jahre 2010 beschlossen, die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge vorerst nach hinten zu schieben.

Der Ständerat sprach sich im Herbst 2011 als erste Kammer für eine grössere Armee von 100'000 Mann aus, legte sich bei den Kosten aber nicht fest. Gleichzeitig forderte er eine rasche Anschaffung von neuen Kampfflugzeugen, die über eine Sonderfinanzierung abgewickelt werden solle. Auch der Nationalrat machte sich für eine Armee von 100'000 Mann stark. Gleichzeitig forderte er, dass der jährliche Ausgabenplafond der Armee auf fünf Milliarden erhöht werden solle. Dies erlaube, die neuen Kampfflugzeuge über das ordentliche Rüstungsbudget zu finanzieren (14.09.2011). Das Volk sollte sich zu diesem Rüstungsgeschäft nicht äussern dürfen. Ende September folgte der Ständerat seiner Sicherheitspolitischen Kommission und schwenkte auf die Linie des Nationalrates ein.

Der Gesamtbundesrat zeigte sich jedoch nicht bereit, die Armeebeschlüsse des Parlaments hinzunehmen, ohne auf die Finanzfolgen aufmerksam zu machen. Um die Schuldenbremse einzuhalten, müssten die Mehrkosten in der Höhe von rund einer Milliarde bei anderen Aufgaben des Bundes eingespart werden. Der von den Räten in Aussicht gestellte Ausgabenplafond von fünf Milliarden sei gesetzlich zu regeln und unterstehe damit grundsätzlich auch dem Referendum. Die von möglichen Sparmassnahmen betroffenen Bundesräte machten deutlich, dass sie nicht zu Einsparungen zugunsten des Armeebudgets bereit seien. In der Folge entschied der Bundesrat, das VBS solle dem Bundesrat noch vor Ende Jahr den Antrag zum Typenentscheid für die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen vorlegen. Parallel dazu solle das EFD die Entscheidungsgrundlagen über die finanziellen Auswirkungen eines erhöhten Ausgabenplafonds der Armee erarbeiten (19.10.2011).

Am 30.11.2011 beschloss der Bundesrat, 22 Kampfflugzeuge des Typs Saab Gripen als Ersatz für die veralteten F-5 Tiger zu beschaffen. Die Beschaffung solle mit dem Rüstungsprogramm 2012 dem Parlament beantragt werden. Allerdings wurde

umgehend deutlich, dass das Rüstungsgeschäft weiter umstritten bleiben würde. Die SP und die Grünen machten klar, dass sie den Gripen wenn nötig mit einem Referendum oder einer Initiative zu bekämpfen beabsichtigten. Noch vor dem Entscheid des Bundesrates waren zudem Gripen-kritische Interna der Schweizer Luftwaffe öffentlich gemacht worden (27.11.2011). In diesem Zusammenhang wurde die Leistungsfähigkeit des Waffensystems in Zweifel gezogen.

Während sich mit Blick auf das Rüstungsprogramm 2012 politische Auseinandersetzungen ankündigten, stiess das Rüstungsprogramm 2011 auf keine nennenswerte Opposition. Noch im Winter hatte der Bundesrat die Beschaffung von Rüstungsgütern für insgesamt 433 Millionen Franken beantragt (16.02.2011). Der Kredit sollte für vier Vorhaben eingesetzt werden: die Beschaffung von ABS-Aufklärungsfahrzeugen, die Ablösung der Festen Brücke 69, die Erneuerung der Fahrzeugflotte und für den Teilersatz der Luft-Luft-Lenkwafe AMRAAM. Einige Tage zuvor hatten die Schweizer StimmbürgerInnen die Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» mit 56,3 % abgelehnt. Die Initiative wollte das bestehende Bewilligungs- und Kontrollsystem für Waffen ersetzen. Armeewaffen sollten zentral beim Bund im Zeughaus deponiert werden.

Der Beschluss des Bundesrates, das Übereinkommen über Streumunition zu ratifizieren und das Kriegsmaterialgesetz entsprechend anzupassen, führte zu heftigen Diskussionen in der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates. Mit 13 zu 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen empfahl die Kommission ihrem Rat, den Vertrag nicht zu ratifizieren. Durch ein Verbot der Streumunition werde die Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee zu stark geschwächt (21.10.2011). Im Plenum setzte sich dann allerdings die Sichtweise des Ständerates durch, welcher der Ratifizierung des Vertrages mit 27 zu 0 Stimmen zugestimmt hatte. Die Schweiz solle zusammen mit anderen Ländern mit gutem Beispiel vorangehen, damit diese Munition auf der ganzen Welt geächtet werde. Nun muss sich die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates nochmals mit dem Geschäft auseinandersetzen.

Im Jahre 2010 hatte der Bund eine Massnahmenliste erarbeitet, mit deren Umsetzung der Zunahme der Zivildienstgesuche entgegengewirkt werden sollte. In ihrem Geschäftsbericht 2010 hob die Vollzugsstelle für den Zivildienst hervor, dass die Zahl der geleisteten Dienstage markant angestiegen sei und gleichzeitig die Kosten pro Dienstag gesenkt worden seien (05.07.2011). Noch im selben Monat konnte die Vollzugsstelle feststellen, dass die Zahl der Zulassungsgesuche seit dem Inkrafttreten der revidierten Zivildienstverordnung deutlich zurückgegangen war. In den vergangenen fünf Monaten hätten im Vergleich zum Vorjahr rund 40% weniger Personen ein Zivildienstgesuch gestellt (20.07.2011).

Im Gegensatz zu früheren Jahren wurden rund um die Auslandseinsätze der Schweizer Armee keine Grundsatzdebatten geführt. Dies reflektierte nicht zuletzt das eng begrenzte Engagement der Armee in diesem Bereich. Am 16.2.2011 bewilligte der Bundesrat die Entsendung von bis zu sechs Experten in die EU-Mission in Bosnien und Herzegowina. Im Rahmen eines multinationalen Expertenteams (Schweiz, Österreich, Schweden) unter Schweizer Führung unterstützte das so genannte «*Mobile Training Team*» die lokalen Streitkräfte in der sicheren Bewirtschaftung von Munitions- und Waffenlagern ab dem 8. Juli 2011. Im März beschloss der Bundesrat eine Ausweitung des Engagements in den Uno-Missionen im Kongo und im Südsudan. Das Schweizer Kontingent wurde von bisher maximal vier auf zwölf (Kongo) respektive acht (Südsudan) Schweizer Armeeinghörige aufgestockt (11.03.2011). Im Hinblick auf die Übernahme der Kommandofunktion des sogenannten «*Joint Regional Detachments-North*» in Kosovo ermächtigte der Bundesrat das VBS, das Kontingent der *Swisscoy per 1*. Januar 2012 für die Dauer von zwölf Monaten um maximal 15 Personen zu erhöhen (31.08.2011).

1.4 Innere Sicherheit: Sicherheitsverbund – Ausschaffungsinitiative – Armeeeinsätze

Die Koordination der sicherheitspolitischen Anstrengungen zwischen Bund und Kantonen stand im Fokus des Sicherheitspolitischen Berichts 2010. Anfang des Jahres 2011 verabschiedete der Bundesrat im Einklang mit den Kantonen die Meilensteine für den in Aussicht gestellten Aufbau des Sicherheitsverbundes Schweiz. Die Vertreter des Bundes und der Kantone sollten sich vierteljährlich treffen, um eine bessere Koordination und Abstimmung der Mittel des Bundes, der Kantone und der Gemeinden bei der polizeilichen Gefahrenabwehr und bei der Bewältigung von Katastrophen und Notlagen zu erzielen. Ein von Bund und Kantonen gemeinsam gewählter Delegierter sollte mit dem Aufbau des Konsultations- und Koordinationsmechanismus des Sicherheitsverbundes Schweiz betraut werden. Der Delegierte sollte auch die Leitung des Steuerungsausschusses übernehmen (19.01.2011).

Am 30.6.2011 fand das erste Treffen der politischen Plattform des Sicherheitsverbundes statt, wobei der Bund durch Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Vorsteherin des EJPD, und Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher des VBS, vertreten war. Die Ausgestaltung der Krisenorganisation auf Stufe des Bundes hatte nicht im Fokus des Sicherheitspolitischen Berichts 2010 gestanden. Ohne viel Aufheben regelte der Bundesrat im Sommer die sicherheitspolitische Führung neu. Nachdem sich das EDA unter der Führung von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey aus dem

Sicherheitsausschuss des Bundesrates zurückgezogen hatte, legte der Bundesrat die Zusammensetzung dieses Gremiums neu fest. Der Ausschuss setzt sich nun aus den Vorstehern des VBS, EJPD und EVD zusammen, wobei der Chef VBS den Vorsitz hat. Der Ausschuss beurteilt die sicherheitsrelevante Lage und koordiniert departementsübergreifende sicherheitspolitische Geschäfte. Er wird dabei von der Kerngruppe Sicherheit unterstützt. Die bisherigen Strukturen der Lenkungsgruppe Sicherheit und der Stab des Sicherheitsausschusses des Bundesrates wurden aufgehoben (24.08.2011).

Vor dem Hintergrund der Atomkatastrophe in Japan beschloss der Bundesrat die Einsetzung einer interdepartementalen Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Notfallschutzmassnahmen bei Extremereignissen in der Schweiz. Diese Arbeitsgruppe sollte im Lichte der Erdbebenkatastrophe und des KKW-Unfalls in Japan untersuchen, inwiefern in der Schweiz gesetzliche und organisatorische Massnahmen ergriffen werden müssen, um den Notfallschutz künftig zu gewährleisten und weiterzuentwickeln (04.05.2011).

Anfang Mai 2011 veröffentlichte der neu geschaffene Nachrichtendienst des Bundes (NDB) seinen ersten Jahresbericht 2010. Der Bericht nannte Terrorismus, Gewaltextremismus, Proliferation (von Massenvernichtungswaffen) und Spionage als prioritäre Bedrohungen für die Schweiz (02.05.2011). Mitte des Jahres legte das Bundesamt für Polizei (fedpol) seinen Jahresbericht 2010 vor. Für die Polizeibehörden, so hielt der Bericht fest, stellten die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Menschenhandel und -schmuggel und der Cybercrime-Bereich die grössten Herausforderungen dar (23.06.2011). Anfang des Jahres hatte die Bundeskriminalpolizei (BKP) eine koordinierte Operation gegen mehrere Personen tamilischer Herkunft und Mitglieder der «*Liberation Tigers of Tamil Eelam*» (LTTE) durchgeführt. Der Schlag richtete sich gegen jene Exponenten der LTTE, welche für die vermutlich illegale Geldbeschaffung der Organisation in der Schweiz zuständig waren (11.01.2011). Gegen Mitte des Jahres verabschiedete der Bundesrat die Botschaft zur neuen Verordnung über das Verbot der Gruppierung al-Kaida und verwandter Organisationen, welche die bisherige Verordnung aus dem Jahre 2001 ablöste (18.05.2011).

Im November 2010 hatten Volk und Stände die Volksinitiative zur «Ausschaffung krimineller Ausländer» angenommen. Die konkrete Umsetzung der Initiative war allerdings strittig geblieben. Die von Bundesrätin Simonetta Sommaruga eingesetzte Arbeitsgruppe konnte sich auf keine gemeinsame Position einigen. Die Initiative verlangt, dass die Ausweisung straffälliger AusländerInnen unabhängig von der Strafhöhe ausgesprochen werden solle. Demgegenüber vertrat die Mehrheit der Arbeitsgruppe die Position, die Ausweisung solle vom Vorliegen einer Mindeststrafe von

sechs Monaten abhängig sein. Zudem solle nur ausgewiesen werden, wem in seiner Heimat keine Gefahr drohe. Die BefürworterInnen der Mehrheitsposition wollten mit diesen Kriterien dem zwingenden Völkerrecht Rechnung tragen (28.06.2011). An ihrer Delegiertenversammlung beschloss die SVP in der Folge einstimmig, eine zweite Ausschaffungsinitiative zu lancieren. Der originale Wortlaut der Initiative, der eine Mindeststrafe ausschloss, solle konsequent umgesetzt werden (01.10.2011).

Einmal mehr leistete die Armee im Berichtszeitraum grosse Unterstützungsbeiträge an die zivilen Behörden. Beim *World Economic Forum* (WEF) 2011 in Davos standen bis zu 4000 Angehörige der Armee in einem Assistenzdienst-Einsatz (17.01–30.01.2011). Der Einsatz verlief reibungslos und ohne gravierende Zwischenfälle. Das Forum wurde von Klaus Schwab und Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey eröffnet. Neben der Bundespräsidentin nutzten auch Bundesrätin Doris Leuthard (UVEK), Bundesrat Ueli Maurer (VBS), Bundesrat Johann Schneider-Ammann (EVD) und Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (EFD) den Anlass für zahlreiche bilaterale Treffen.

2 Untersuchungsdesign

Seit 1991 führen die Dozentur für Militärsoziologie der *Militärakademie an der ETH Zürich* und das *Center for Security Studies* der *ETH Zürich* in regelmässigen Abständen die bevölkerungsrepräsentative Befragung «Sicherheit» zur Wahrnehmung von Themen der nationalen Sicherheit im weitesten Sinne durch.

Ziel dieser Erhebung ist die Ermittlung von Trends und Tendenzen in Bezug auf:

- das allgemeine Sicherheits- und Bedrohungsempfinden,
- das Vertrauen in Institutionen und Behörden,
- den Grad an aussen- und sicherheitspolitischer Kooperationsbereitschaft,
- die Neutralität allgemein und verschiedene Auffassungen von Neutralität,
- die Einstellung zur militärischen Landesverteidigung.

Neben einem Kern von stets oder in unregelmässigen Abständen gestellten Fragen werden jährlich auch solche zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen gestellt. 2012 sind dies:

- Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit,
- die Strategische Kultur,
- die Vereinbarkeit von Militärdienst und Arbeitsleben,
- der Wehrdienst eingebürgerter Schweizer.

Nebst der Analyse einzelner Aspekte der öffentlichen Meinung zur Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik fokussiert diese Studie auch auf die Frage, inwiefern die Einstellungen zu diesen drei Themenkomplexen mit den Lebensbedingungen und der politischen Orientierung zusammenhängen. Lebensumstände variieren vor allem nach soziodemographischen Merkmalen. Zu den hier analysierten soziodemographischen Merkmalen gehören das Geschlecht, die regionale Zugehörigkeit¹, das Alter² und das Bildungsniveau³. Dieses Jahr wird zusätzlich untersucht, ob die

1 Unterschieden wird nach Wohnort in den drei Sprachregionen Deutschschweiz, Westschweiz und Südschweiz. Die Zuordnung erfolgt anhand der Postleitzahl bzw. den fünf WEMF-Regionen.

2 Es wird nach drei Alterskategorien unterschieden: 18–29-Jährige, 30–59-Jährige, ab 60-Jährige.

3 Befragte, die nur die obligatorische Schule abgeschlossen haben, werden in der Kategorie eines «tiefen» Bildungsgrades zusammengefasst, jene, die eine Berufsausbildung absolviert oder das Gymnasium besucht haben (Sekundarstufe II gemäss Klassifikation der schweizerischen Bildungsstatistik) in der mittleren Kategorie. Ein «hohes» Bildungsniveau haben Befragte mit einem höheren Bildungsabschluss (Tertiärstufe gemäss der Klassifikation der schweizerischen Bildungsstatistik).

Einstellung zur Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch mit dem Einkommen⁴ variiert und ob SchweizerInnen ohne und mit Migrationshintergrund⁵ sich in ihrem Antwortverhalten unterscheiden. Die politische Einstellung wird mit einer selbstdeklarierten Einstufung auf einer Links-rechts-Achse mithilfe einer 11er-Skala erhoben.⁶ Erstmals wurde dieses Jahr zusätzlich die politische Einstellung auf einer Fortschrittlich-konservativ-Achse ermittelt.⁷

Im Fragebogen für die Erhebung in der Deutschschweiz wurde die Schriftsprache an die schweizerdeutsche Umgangssprache angepasst (siehe Anhang III). Dies erleichtert einerseits die Durchführung der Befragung auf Schweizerdeutsch, andererseits wird dadurch verhindert, dass die BefragterInnen beim Vorlesen auf Schweizerdeutsch keine Formulierungen wählen, die nicht dem Erhebungsinstrument entsprechen.

Die Meinungen zur Strategischen Kultur und die Fragen zur Vereinbarkeit von Militärdienst und Arbeitsleben wurden erstmals erhoben. Aus diesem Grund wurden ausführliche Pretests durchgeführt. Die Vorgaben zur Strategischen Kultur wurden anhand der Rephrasing-Methode bei 100 DeutschschweizerInnen getestet. Bei dieser Methode werden die Befragten gebeten, die Fragen in eigenen Worten wiederzugeben. Bei den beiden Fragenbatterien zur Vereinbarkeit von Militärdienst und Arbeitsleben interessierte, ob die Befragten sich in der Lage fühlten, diese Fragen zu beantworten. Gleichzeitig wurden die BefragterInnen gebeten, Nachfragen der Befragten zu notieren. Nachfolgend zu diesen beiden Pretests wurden die Frageformulierungen optimiert. Letztlich wurden zur Überprüfung der Verständlichkeit aller Fragen und der Interviewführung eine Woche vor der Feldphase zehn Test-Interviews pro Sprache durchgeführt.

4 Hierzu wurden für das monatliche Netto-Haushaltseinkommen drei Einkommenskategorien gebildet: 0–6000 CHF, 6001 bis 10'000 CHF, über 10'000 CHF.

5 Befragte, die nicht von Geburt an die Schweizer Staatsbürgerschaft besitzen, werden als SchweizerInnen mit Migrationshintergrund bezeichnet.

6 Wer auf einer Skala politischer Selbsteinstufung von 0 «ganz links» bis 10 «ganz rechts» einen Wert zwischen 0 und 4 angibt, wird in dieser Studie als politisch links orientiert bezeichnet. Zur Mitte werden jene gezählt, die sich mit einem Wert von 5 einstufen, und zur politischen Rechten jene mit einem Wert zwischen 6 und 10.

7 Die Variable wurde folgendermassen recodiert: 0–3 «sehr konservativ», 4–5 «eher konservativ», 6–8 «eher fortschrittlich» und 9–10 «sehr fortschrittlich».

3 Datenbasis

Die Daten 2012 beruhen auf einer Repräsentativbefragung von 1200 Schweizer StimmbürgerInnen aus allen drei Landesteilen. Die Interviews wurden vom 12. Januar bis 6. Februar 2012 vom Befragungsinstitut ISOPUBLIC mittels CATI (*Computer Assisted Telephone Interview*) durchgeführt.

Die Stichprobenauswahl erfolgte nach der *Random-Quota*-Methode (Alter, Geschlecht, Region). Die Resultate sind ungewichtet. Die in Anlehnung an den AAPOR-Standard berechnete Ausschöpfungsquote beträgt 37%¹; ein Interview dauerte im Schnitt 30 Minuten. Tabelle 3.1 zeigt die Verteilung der Interviewten nach Geschlecht, Alter und Region. Insgesamt wurden 563 Männer befragt. Dies entspricht 47% der Stichprobe. Als Vergleich wird in der letzten Tabellenspalte auch die Bevölkerungsstatistik des Bundesamtes für Statistik ausgewiesen.² Die beiden Verteilungen stimmen aufgrund des gewählten Stichprobenverfahrens überein.

Tabelle 3.1
Quotenplan 2012 – Schweizer Stimmbevölkerung

Merkmal	Anzahl absolut	Anzahl in %	BFS Ende 2010 in %
Geschlecht			
Männer	563	47	47
Frauen	637	53	53
Alter			
18–29 Jahre	173	14	17
30–59 Jahre	625	52	51
60+ Jahre	402	34	32
Altersdurchschnitt		51.02	49.98
Region			
D-CH	858	72	73
F-CH	289	24	22
I-CH	53	4	5
Total	1200	100	100

- 1 Die Stichprobentheorie basiert auf einer absoluten Ausschöpfungsquote. Bei Studien mit einer Rücklaufquote von weniger als 100% muss mit Verzerrungen gerechnet werden, und zwar besonders dann, wenn sich die Antwortenden von den Nicht-Antwortenden systematisch unterscheiden. Eine hohe Ausschöpfungsquote minimiert zwar das Risiko von Verzerrungen, ein Zusammenhang zwischen Rücklaufquote und Ausmass von Verzerrungen ist jedoch nicht per se gegeben. Groves (2006) nimmt an, dass die Verzerrungen innerhalb einer Studie grösser sind als zwischen Studien mit unterschiedlicher Rücklaufquote. Anzunehmen ist, dass im Falle dieser Studie die Teilnahme an der Umfrage unter anderem vom generellen Interesse an Sicherheitspolitik sowie von der Einstellung gegenüber dem Auftraggeber (Bund) abhängt, und dass das Risiko von Verzerrungen bei Fragen, die direkt mit diesen Einstellungen in Zusammenhang stehen, am höchsten ist.
- 2 Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP).

Da diese Studie ferner auf die unterschiedliche Zustimmung nach soziodemographischen Merkmalen fokussiert, wird hier zusätzlich zum Alter, Geschlecht und zur regionalen Zugehörigkeit (siehe Tabelle 3.1) die Zusammensetzung der Stichprobe nach Bildung und politischer Einstellung beschrieben (siehe Tabelle 3.2).

Tabelle 3.2

Bildungsgrad und politische Einstellung der Befragten 1999 bis 2012

Jahr	Bildung			Politische Einstellung			MIWE*	SD**
	tief	mittel	hoch	links	Mitte	rechts		
1999	19%	60%	22%	27%	41%	32%	5.13	1.71
2000	17%	61%	22%	32%	36%	32%	5.02	2.04
2001	13%	61%	26%	30%	38%	32%	5.05	1.77
2002	17%	59%	25%	28%	41%	31%	5.12	1.88
2003	19%	62%	20%	24%	51%	25%	5.04	1.59
2004	9%	61%	30%	30%	36%	34%	5.19	1.73
2005	11%	58%	31%	31%	36%	33%	5.14	2.08
2006	17%	58%	25%	32%	42%	26%	4.89	1.58
2007	19%	57%	25%	26%	37%	38%	5.26	1.84
2008	14%	55%	31%	30%	39%	31%	5.10	1.76
2009	14%	52%	35%	30%	37%	33%	5.13	1.85
2010	13%	53%	34%	27%	35%	39%	5.30	1.79
2011	13%	57%	30%	22%	41%	37%	5.44	1.74
2012	8%	56%	36%	29%	37%	34%	5.20	1.64
Durchschnitt	14%	58%	28%	28%	39%	33%	5.14	1.79

* Mittelwert; ** Standardabweichung

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zusammensetzung nach Bildungsgrad signifikant geändert. Der Anteil an Befragten mit einem tiefen Bildungsgrad ist in der Stichprobe von 2012 geringer, jener von Befragten mit einem hohen Bildungsgrad grösser. 8% der Befragten im Jahr 2012 haben ein tiefes, 56% ein mittleres und 36% ein hohes Bildungsniveau. Der Anteil an politisch links Orientierten unter den Befragten ist dieses Jahr grösser als im Vorjahr, jener der politischen Mitte und der politisch rechts Eingestellten kleiner. 2012 liegt die Verteilung nach politischer Einstellung im langjährigen Schnitt seit 1999. 2012 zählen sich 37% der Befragten zur politischen Mitte. 29% geben an, sie seien politisch links und 34%, sie seien politisch rechts orientiert.

Die Häufigkeitsverteilungen der Antworten auf die gestellten Fragen sind in Anhang III aufgeführt. Der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% beträgt im ungünstigsten Fall $\pm 3\%$. Wo nichts Anderes erwähnt wird, sind sämtliche angegebenen Zusammenhangsgrössen mit einer Irrtumswahrscheinlich-

keit von höchstens 5% signifikant ($\alpha=5\%$). Zusätzliche Informationen zur Methodik und zu den verwendeten Einstellungstypologien finden sich in Anhang I bzw. in Anhang II. Die \pm -Prozentwerte geben Veränderungen im Vergleich zur letzten Erhebung von Januar 2011 an.

Tabelle 3.3 listet alle Datenerhebungen zur aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Jahre 1976 bis 2012 auf, auf die in diesem Bericht Bezug genommen wird. Ausgewiesen werden nebst dem Publikationstitel und Erscheinungsjahr die Anzahl befragter StimmbürgerInnen (N), der genaue Erhebungszeitraum (falls vorhanden) und das mit der Feldarbeit beauftragte Befragungsinstitut.

Tabelle 3.3

Wichtigste Datenerhebungen 1976 bis 2012

Jahr	Publikation	N	Erhebungszeitraum	Institut
1976	Meyer (1976): Werte und Wertordnungen in der schweizerischen Bevölkerung	1872	1976	Isopublic
1983	Haltiner & Anker (1986): Der Bürger und seine Verteidigung (NFP 11)	1786	Juni–Oktober 1983	gfs
1986	Riklin & Frei (1986): Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»	666	1986	gfs
1988	Riklin & Laggner (1988): Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»	676	1988	gfs
1989/90	Haltiner & Gut (1990): Nachbefragung zur Initiative «Schweiz ohne Armee»	1061	Dezember 1989	Isopublic
1990	Riklin & Hafen (1990): Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»	686	1990	gfs
1990/91	Buri et al. (1991): Sicherheit 1991	1005	17.11.1990–28.02.1991	Explora
1992	Haltiner & Bertossa (1993): Stand der sicherheitspolitischen Information in der Schweizer Bevölkerung	1003	16.11.–08.12.1992	Demoscope
1993	Haltiner & Spillmann (1994): Öffnung oder Isolation der Schweiz?	1003	April–Juni 1993	Isopublic
1994	Haltiner (1994): Sicherheit 1994. Unveröffentlichter Bericht	827	1994	Isopublic
1995–1	Haltiner (1995): Sicherheit 1995	795	21.02.–21.03.1995	IHA
1995–2	Haltiner et al. (1996): Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität	801	Mai–Juli 1995	Isopublic
1996	Haltiner (1996): Sicherheit 1996	821	22.02.–16.04.1996	Isopublic
1997	Haltiner et al. (1997): Sicherheit 1997	1014	24.02.–11.03.1997	Demoscope
1998	Haltiner (1998): Sicherheit 1998	1000	24.02.–15.03.1998	Isopublic
1999–1	Haltiner et al. (1999): Sicherheit 1999	1201	Januar–Februar 1999	IPSO
1999–2	Haltiner et al. (1999): Sicherheit 1999	1009	August 1999	Demoscope
2000	Haltiner et al. (2000): Sicherheit 2000	1202	Januar–Februar 2000	Demoscope
2001	Haltiner et al. (2001): Sicherheit 2001	1235	Januar–Februar 2001	Isopublic

2002	Haltiner et al. (2002): Sicherheit 2002	1201	Februar 2002	Demoscope
2003-1	Haltiner et al. (2003): Sicherheit 2003	1202	11.01.-05.02.2003	gfs, Bern
2003-2	Haltiner et al. (2003): Sicherheit 2003	1002	07.04.-14.04.2003	Demoscope
2004-1	Haltiner et al. (2004): Sicherheit 2004	1200	07.01.-09.02.2004	Isopublic
2004-2	Haltiner et al. (2004): Sicherheit 2004	803	22.03.-28.03.2004	Demoscope
2005	Haltiner et al. (2005): Sicherheit 2005	1200	17.01.-04.02.2005	Demoscope
2006-1	Haltiner et al. (2006): Sicherheit 2006	1200	16.01.-06.02.2005	LINK
2006-2	Haltiner et al. (2007): Sicherheit 2007	826	23.10.-01.11.2006	Isopublic
2007	Haltiner et al. (2007): Sicherheit 2007	1200	15.01.-10.02.2007	Isopublic
2008	Haltiner et al. (2008): Sicherheit 2008	1200	14.01.-02.02.2008	Demoscope
2009	Szvircev Tresch et al. (2009): Sicherheit 2009	1200	07.01.-28.01.2009	Isopublic
2010	Szvircev Tresch et al. (2010): Sicherheit 2010	1200	12.01.-11.02.2010	Isopublic
2011	Szvircev Tresch et al. (2011): Sicherheit 2011	1209	17.01.-04.02.2011	Demoscope
2012	Szvircev Tresch et al. (2012): Sicherheit 2012	1200	12.01.-06.02.2012	Isopublic

4 Sicherheitsempfinden, Wahrnehmung der Schweiz und der Welt

Das Sicherheitsempfinden wird in dieser Jahresstudie mittels dreier Fragestellungen erhoben. Dabei dient die Frage nach dem allgemeinen, unspezifischen, subjektiven Sicherheitsempfinden jeweils als Einstiegsfrage, gefolgt von der Einschätzung der künftigen Entwicklung der Schweiz (Zukunftserwartung) und der Welt (weltpolitische Lage).

4.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden

Als allgemeines Sicherheitsempfinden kann die unspezifische Wahrnehmung bezeichnet werden, wonach Befragte das, was ihnen in ihrer aktuellen Lebensumgebung wichtig erscheint, zurzeit als ungefährdet sehen.¹ Die Teilnehmenden der Studie können seit 1991 ihr Sicherheitsgefühl auf vier Stufen mit «sehr», «eher» sicher sowie «eher» und «ganz» unsicher angeben.

2012 fühlen sich unter den SchweizerInnen 32% (−2%; siehe Abbildung 4.1) «ganz allgemein [...] in der heutigen Zeit» «sehr» sicher. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (58%, +2%) gibt an, sich «eher» sicher zu fühlen. Insgesamt fühlen sich 90% (±0%) der Befragten sicher. Weitere 8% (−1%) stufen sich als «eher» unsicher und 1% (±0%) als «ganz» unsicher ein.

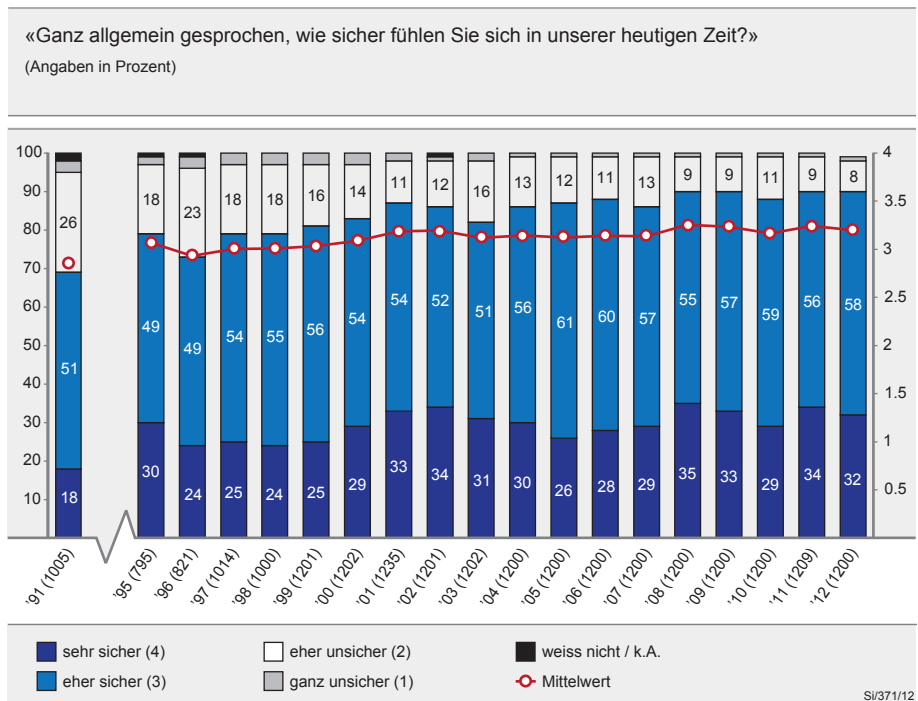
Im Vorjahr nahm das Sicherheitsempfinden innert Jahresfrist signifikant zu und zeigte sich im langjährigen Vergleich besonders ausgeprägt. Im Januar 2012 bestätigte sich der Befund, dass sich die SchweizerInnen aktuell besonders sicher fühlen. In der zwanzigjährigen Erhebungsreihe fühlten sich die Befragten im Mittel nur in den Jahren 2001/2002, 2008/2009 sowie 2011 genau so sicher wie dieses Jahr. Der Vergleich des subjektiven Sicherheitsempfindens über alle Jahre hinweg zeigt weiter, dass die SchweizerInnen sich in den neunziger Jahren im Schnitt weniger sicher fühlten als im neuen Jahrtausend (ab 2001).

In der letztjährigen Studie wurde im Anschluss an die Frage des subjektiven Sicherheitsempfindens erhoben, woran die Befragten spontan bei der Nennung des Begriffs «Sicherheit» denken. Wie erwartet assoziierten die Befragten sehr unterschiedliche Aspekte mit diesem Begriff. Die genannten Aspekte liessen sich

1 Ein Vergleich der Wichtigkeit und Gefährdung verschiedener Sicherheitsaspekte findet sich bei Haltiner et al. (2004, 71–75).

in drei übergeordnete Kategorien zusammenfassen: erstens in Sicherheit vor Bedrohungen, zweitens in Sicherheit durch Institutionen, Technologien und Strategien und drittens in Sicherheit als Gefühlszustand. Bei den Bedrohungen wurde die physische Sicherheit am häufigsten und die ökonomische Sicherheit am zweithäufigsten genannt, bei den Institutionen vor allem die Polizei. Die Antworten variierten teilweise nach soziodemographischen Merkmalen (Szvircsev Tresch et al. 2011, 81–86). Diese Resultate entsprechen der anfangs gestellten These, dass wir uns dann sicher fühlen, wenn wir die für unser Leben wichtigen Aspekte nicht als bedroht wahrnehmen.

Abbildung 4.1
Allgemeines Sicherheitsgefühl



Die Wahrnehmung der subjektiven Sicherheit hängt nicht nur von objektiven Gefahren und Bedrohungen ab. Sie variiert auch mit unterschiedlichen Lebensumständen, die unter anderem durch Bildung, Geschlecht, Alter und Einkommen bestimmt werden. Ferner ist Sicherheit, wie Bennett (2005, 228) zeigen konnte, nicht nur eine Empfindung, sondern ein Wert für sich. Diesem Wert wird je nach Wertemuster eine unterschiedliche Bedeutung beigemessen. Unterschiedliche Wertemuster spiegeln sich unter anderem in der politischen Einstellung.

Wie erwartet zeigt sich das erhobene subjektive Sicherheitsempfinden je nach Geschlecht, Alter, Bildungsgrad, regionaler Zugehörigkeit und Einkommensniveau signifikant unterschiedlich. Auch variiert es mit der politischen Selbsteinstufung auf einer Links-rechts-Achse. SchweizerInnen mit und ohne Migrationshintergrund (von Geburt an SchweizerInnen) fühlen sich gleichermaßen sicher. Frauen äussern im Durchschnitt ein etwas geringeres Sicherheitsgefühl als Männer (siehe Tabelle 4.1).² Auch die Altersgruppe der ab 60-Jährigen bekundet ein leicht tieferes Sicherheitsniveau als die 18–29- bzw. 30–59-jährigen SchweizerInnen. Unsicherer fühlen sich im Vergleich zu den sehr gut Ausgebildeten die Befragten der mittleren und tieferen Bildungsschicht. Zudem sinkt das Sicherheitsgefühl mit abnehmendem Einkommen. Diese soziodemographischen Unterschiede können über alle erhobenen Jahre hinweg beobachtet werden. Auf die für dieses Jahr konstatierten Differenzen nach Sprachregionen trifft dies nicht zu. Aktuell geben StimmbürgerInnen der Deutschschweiz signifikant häufiger an, sich sicher zu fühlen, als jene der lateinischen Schweiz. Zwischen 1991 und 1998 fühlten sich die Befragten der Westschweiz hingegen sicherer und zwischen 1999 und 2011 gleich sicher wie ihre MitbürgerInnen in der Deutschschweiz.

Tabelle 4.1

Gruppenmittelwerte und Differenzen zum Gesamtbevölkerungsmittelwert³ des Sicherheitsempfindens

Merkmal	Mittelwert	Δ vom MIWE Gesamtbevölkerung*	Merkmal	Mittelwert	Δ vom MIWE Gesamtbevölkerung*
Geschlecht			Bildungsgrad		
Männer	3.27	+ 0.07	tief	3.05	– 0.15
Frauen	3.13	– 0.07	mittler	3.15	– 0.05
			hoch	3.30	+ 0.10
Alter			Einkommen		
18–29 Jahre	3.29	+ 0.09	niedrig	3.07	– 0.13
30–59 Jahre	3.27	+ 0.07	mittler	3.27	+ 0.07
60+ Jahre	3.05	– 0.15	hoch	3.34	+ 0.14
Region			Politische Einstellung		
D-CH	3.24	+ 0.04	links	3.36	+ 0.16
F-CH	3.10	– 0.10	Mitte	3.19	– 0.01
I-CH	3.04	– 0.16	rechts	3.09	– 0.11
Gesamtbevölkerung	3.20		Gesamtbevölkerung	3.20	

* Abweichung vom Mittelwert der Gesamtbevölkerung

- Die Beschreibungen dieser und der folgenden Mittelwertunterschiede basieren auf bivariaten Analysen.
- Zur Berechnung der Mittelwerte wurden die ursprünglichen Werte im Sinne einer einfacheren Interpretation gedreht. Demnach bedeutet der Wert 1 «ganz unsicher», der Werte 4 «sehr sicher». Das bedeutet auch, dass je höher der Mittelwert ist, desto grösser ist das allgemeine Sicherheitsempfinden. Der Mittelwert, wie er der Tabelle in Anhang III zu entnehmen ist, wurde hingegen mit den Werten 1 «sehr sicher» bis 4 «ganz unsicher» berechnet.

Befragte der politischen Mitte und rechts davon fühlen sich unsicherer als die politisch links Orientierten. Dass sich die politisch rechts Orientierten im Schnitt leicht unsicherer fühlen, lässt sich – wie bereits erwähnt – wahrscheinlich mit einem stärkeren Sicherheitsbedürfnis dieser Gruppe erklären. Wie die Studie von Bennett (2005, 228) zeigte, ist Sicherheit als Wert SchweizerInnen mit einer eher politisch rechten Einstellung wichtiger als Befragten mit einer politisch eher linken Ausrichtung. Seit die politische Selbsteinstufung in dieser Erhebung erfasst wird (1996), verlaufen die Mittelwertdifferenzen zwischen politisch links und rechts Eingestellten jedoch nicht gleichläufig. Die sich politisch links Positionierenden fühlten sich von 1996 bis 1998 signifikant unsicherer. Erst seit 1999 bekundeten Befragte der politischen Rechten ein geringeres subjektives Sicherheitsempfinden.

4.2 Zukunftserwartung für die Schweiz

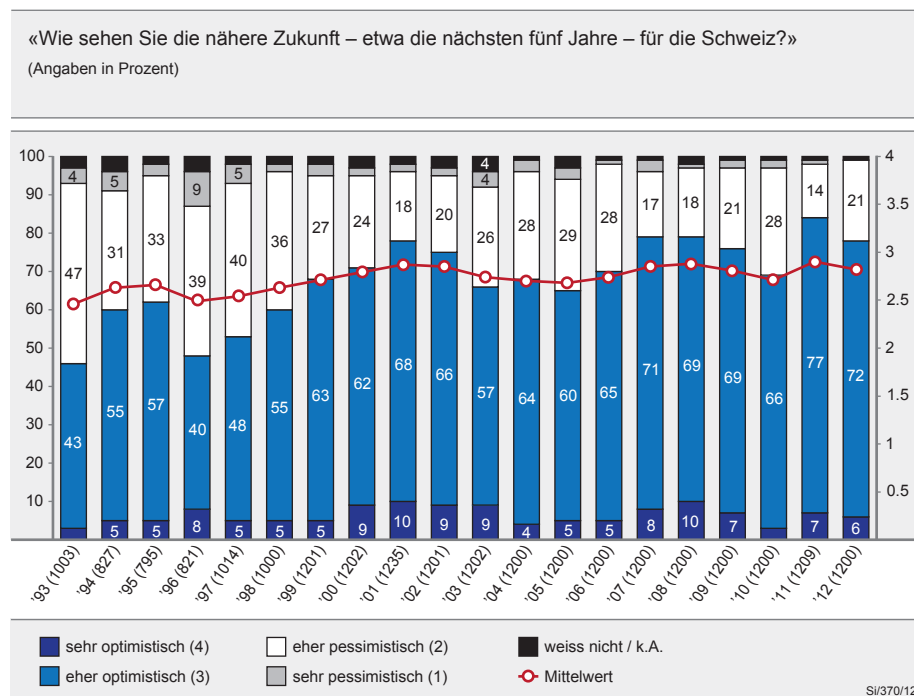
Acht von zehn SchweizerInnen beurteilen 2012 die Zukunft des Landes optimistisch (78%; siehe Abbildung 4.2). Nur ein geringer Anteil von 6% ist «sehr» optimistisch. Die meisten geben an, «eher» optimistisch zu sein (72%).

Im Januar 2011 war die Zukunftszuversicht ausgesprochen hoch. Innert Jahresfrist gaben 15% mehr Befragte an, die Zukunft der Schweiz optimistisch einzuschätzen. Anders als beim allgemeinen Sicherheitsempfinden ist im Januar 2012 der Zukunftsoptimismus wieder signifikant gesunken (–6%). Trotzdem liegt der nationale Zukunftsoptimismus immer noch über dem langjährigen Mittel seit 1993. Besonders optimistisch waren die SchweizerInnen in den Jahren 2001/2002, 2007/2008 und 2011. Ähnlich wie bereits beim subjektiven Sicherheitsempfinden lag auch der Zukunftsoptimismus in den neunziger Jahren im Allgemeinen tiefer als im neuen Jahrtausend (ab 2000). Die beiden Kurven verlaufen ebenfalls weitgehend parallel (siehe auch Abbildung 5.1, Abschnitt 5.2). Allerdings scheinen sich in der Messreihe bei der nationalen Zukunftserwartung Trendwellen schneller anzukündigen, da hierzu die Einstellung volatiler ist als beim allgemeinen Sicherheitsempfinden.

Im Januar 2012 nehmen Männer wie Frauen, gut Gebildete wie weniger gut Gebildete, Befragte der deutschen und der lateinischen Schweiz, Junge und Alte sowie politisch links und politisch rechts Orientierte die nähere Zukunft sehr ähnlich wahr. Einzig Befragte mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich in ihrer Einschätzung, wobei erstere leicht optimistischer sind als letztere. Auch die Analyse über die Jahre hinweg zeigt, dass die Meinung zur Entwicklung der Schweiz kaum mit den Lebensumständen und der politischen Einstellung zusammenhängt. Einzig nach Bildungsgrad und nach Sprachregionen variiert diese Wahrnehmung teilweise. So beurteilten WestschweizerInnen im Vergleich zu den Befragten der

Deutschschweiz die nationale Zukunft zwischen 1998 und 2007 weniger zuversichtlich. Gut gebildete SchweizerInnen sind in der Regel leicht optimistischer, wobei dieser Unterschied nur in gewissen Jahren statistisch signifikant war (1999, 2001, 2003, 2006, 2008, 2011).

Abbildung 4.2
Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz

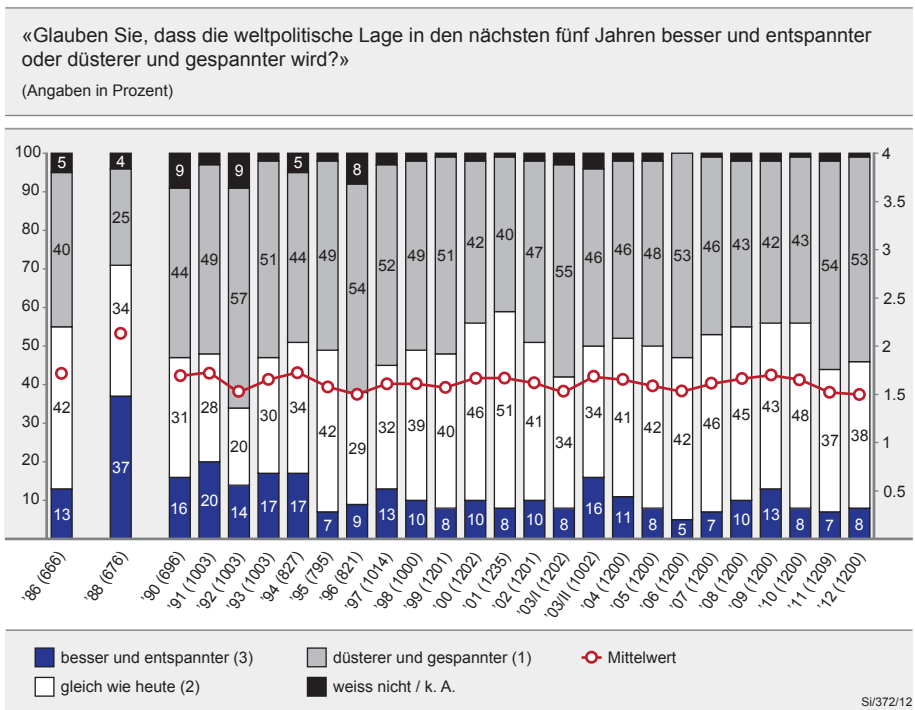


Die Zukunftserwartung und das Sicherheitsempfinden korrelieren schwach ($\rho=0.22$). Wer an eine positive Entwicklung der Schweiz glaubt, fühlt sich auch sicherer und umgekehrt. Dieses Jahr wurde auch die Einstellung zur Globalisierung erfasst (siehe Kapitel 7.7). Dabei interessierte die Frage, ob die SchweizerInnen das Gefühl haben, die künftige Entwicklung der Schweiz selbst beeinflussen zu können. Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob Befragte, die an die Einflussnahme der Schweizer Bevölkerung und der nationalen Politik auf die Zukunft der Schweiz glauben, eher optimistisch sind als Befragte, die die Zukunft der Schweiz vor allem in Abhängigkeit zur internationalen Entwicklung setzen. Entgegen der Erwartung korrelieren diese Wahrnehmungen der Möglichkeit einer autonomen Politik beziehungsweise internationaler Abhängigkeit nicht mit der Zukunftserwartung für die Schweiz.

4.3 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage

Nur eine verschwindend kleine Minderheit von 8% (+1%; siehe Abbildung 4.3) der SchweizerInnen glaubt, dass sich die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren entspannen wird. Der Rest der Bevölkerung meint entweder, dass sich die Welt in fünf Jahren «düsterer und gespannter» präsentieren wird (53%, -1%) oder erwartet keine Veränderungen (38%, +1%). Im Januar 2011 konnte im Vergleich zu 2010 eine markant kritischere Einschätzung der weltpolitischen Zukunft beobachtet werden. Dieses düstere Weltbild zeigt sich auch im Januar 2012. Ebenso pessimistisch in Bezug auf die weltpolitische Entwicklung war die Schweizer Bevölkerung in den Jahren 1992, 1996 bis 1999, 2003 und 2006. Damals prognostizierte gut jede/jeder Zweite eine düstere Entwicklung der weltpolitischen Lage.

Abbildung 4.3
Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage



Im Gegensatz zum allgemeinen Sicherheitsempfinden, welches abhängig vom soziodemographischen Hintergrund deutlich variiert, fällt die Einschätzung der geopolitischen Lage über alle soziodemographischen Merkmalsgruppen hinweg

ähnlich aus. Einzig die WestschweizerInnen geben sich dieses Jahr tendenziell besorgter, wohingegen Befragte der Südschweiz die Weltlage signifikant seltener als düster beschreiben.

Die Sicherheitswahrnehmung und der nationale Optimismus korrelieren mit der Einschätzung der weltpolitischen Lage. Wer an eine düstere Entwicklung der weltpolitischen Lage glaubt, der fühlt sich tendenziell unsicherer und nimmt die Zukunft der Schweiz weniger optimistisch wahr ($\rho=0.14$ bzw. $\rho=0.30$). Über die Zeit verlaufen die Einschätzungen zu den drei Vorgaben oftmals parallel, wie auch in diesem Jahr: Das Sicherheitsempfinden und die Einschätzung der weltpolitischen Lage bleiben konstant, nur der nationale Optimismus hat sich leicht abgeschwächt. Von dieser gleichläufigen Entwicklung fielen die Beobachtungen im Jahr 2011 besonders ab. Im Januar 2011 konnte trotz markant düsterer Wahrnehmung der weltpolitischen Lage ein deutlicher Anstieg im nationalen Optimismus und im allgemeinen Sicherheitsempfinden festgestellt werden.

Fazit: Im Jahr 2011 konnte beobachtet werden, dass in der Stimmbevölkerung zunehmend die Wahrnehmung einer sicheren Schweiz in einer unsicheren Welt überwiegt. Daran hat sich auch im Januar 2012 nichts geändert. Im langjährigen Vergleich fühlen sich aktuell ausgesprochen viele Befragte sicher. Die Entwicklung der weltpolitischen Lage wird wie im Jahr 2011 von überdurchschnittlich vielen als düster eingeschätzt. Die Zukunftserwartungen für die Schweiz fallen nach wie vor sehr optimistisch aus, auch wenn sich die SchweizerInnen im Vergleich zum Vorjahr leicht weniger zuversichtlich äussern. Die Zukunftserwartung für die Schweiz erwies sich in der langjährigen Studienreihe als guter Prädiktor für das allgemeine Sicherheitsempfinden im Folgejahr. Demnach ist zu erwarten, dass bei ähnlicher Entwicklung das allgemeine Sicherheitsempfinden auch 2013 hoch bleiben wird.

5 Vertrauen in ausgewählte Institutionen und in die Politik im Allgemeinen

Ein hohes Vertrauen in die Institutionen eines Staates deutet auf eine gut funktionierende Gesellschaft hin. Wird den staatlichen Institutionen aber nicht vertraut, kann die gesellschaftliche Stabilität gefährdet sein. Die Studie «Sicherheit» misst demzufolge regelmässig, inwiefern die Schweizer Bevölkerung Vertrauen in Institutionen hat, um indirekt Rückschlüsse auf die Stabilität der Gesellschaft zu ziehen. In diesem Kapitel wird zuerst auf das allgemeine Vertrauen der Schweizer Stimmbevölkerung in die staatlichen Institutionen eingegangen. Anschliessend wird das Verhältnis zwischen Vertrauen und Sicherheit analysiert.

5.1 Institutionen-Vertrauensindex

Seit 1995 wird das Vertrauen in ausgewählte Institutionen erhoben. Es handelt sich bei diesen um wichtige Behörden (Bundesrat, eidgenössisches Parlament, Gerichte, Polizei und Armee), um die Schweizer Wirtschaft, die Medien sowie um die politischen Parteien. Die Befragten bekunden ihr Vertrauen auf einer Skala von 1 «überhaupt kein Vertrauen» bis 10 «volles Vertrauen». Das Institutionenvertrauen drückt einerseits die gesellschaftliche Legitimation und Akzeptanz aus, andererseits die Zufriedenheit mit den Leistungen dieser Institutionen. Kurzfristige Vertrauensschwankungen werden in der Regel mit der Zufriedenheit der Leistungen in Zusammenhang gebracht, längerfristige Veränderungen mit der Legitimation. Über die Bewertungen und Trends gibt Tabelle 5.1 summarisch Auskunft.

Den erfassten Institutionen wird regelmässig mittleres bis hohes Vertrauen entgegengebracht. Fasst man das Vertrauen in die Schweizer Institutionen zu einem Gesamtvertrauensindex zusammen, fällt auf, dass die SchweizerInnen diesen 1997 und 1998 besonders wenig Vertrauen aussprachen, während 2001, 2007 und 2008 starkes Vertrauen vorhanden war. 2012 liegt das allgemeine Vertrauen ebenfalls signifikant über dem langjährigen Mittel (\bar{X} : 6.2, 2012: 6.5; siehe Tabelle 5.1).¹

Diese aktuell hohe allgemeine Konfidenz widerspiegelt sich auch im Vertrauen in die einzelnen Institutionen. Im Vergleich zum Vorjahr haben ausser der Wirtschaft alle erfragten Institutionen signifikant an Vertrauen gewonnen. Besonders hohe Vertrauensanstiege konnten der Bundesrat (+0.9), das Parlament (+0.5) und

1 Reliabilität des Vertrauensindex 2012: Cronbachs α = 0.8.

die Polizei (+0.5) verbuchen. Geringer fiel der Vertrauensgewinn bei den Gerichten (+0.4), der Schweizer Armee (+0.3), den politischen Parteien und den Medien (je +0.2) aus. Die SchweizerInnen scheinen somit im langjährigen Vergleich ausgesprochen zufrieden zu sein mit der Leistung und Funktionsweise ihrer Institutionen. Die Gründe für den besonders deutlichen Vertrauensanstieg in die nationale Regierung wurden nicht erhoben. Es ist aber zu vermuten, dass dieser unter anderem mit der Wahrnehmung einer positiven Entwicklung der Schweiz zusammenhängt (vgl. Abschnitt 5.2).

Aufgrund der unterschiedlichen Vertrauensgewinne hat sich das Vertrauens-Rating im mittleren Bereich im Vergleich zum Vorjahr leicht verändert. 2012 führt die Polizei die Vertrauensrangliste an (7.6). Ihr folgen mit dem zweithöchsten Vertrauen die Gerichte (7.0). Der Bundesrat hat im Vergleich zum Vorjahr einen Rang dazu gewonnen (6.8). Die Wirtschaft, welche letztes Jahr den dritten Rang im Rating erzielte, liegt dieses Jahr auf dem vierten Platz (6.6). Der Armee (6.3) und dem Parlament (6.2) wird im Januar 2012 gleichermassen vertraut. Am kritischsten ist man gegenüber den Parteien (5.1) und den Medien (5.1) eingestellt. Diese Rangierung entspricht trotz der Veränderungen im mittleren Bereich der langjährigen Beobachtung, wonach an der Spitze jeweils das Rechtswesen (Polizei und Justiz) liegt, das Mittelfeld durch Bundesrat, Parlament, Armee und die Schweizer Wirtschaft belegt wird und die politischen Parteien und die Medien sich die letzten Ränge teilen.

Tabelle 5.1 gibt auch Aufschluss darüber, bei welchen Institutionen das Vertrauen aktuell über oder unter ihrem eigenen langjährigen Schnitt liegt. 2012 liegt das Vertrauen in die Armee und in die politischen Parteien im langjährigen Schnitt, bei allen anderen ist es aktuell deutlich über dem Mittel. Letztlich stellt sich die Frage, ob gewisse Institutionen über mehrere Jahre hinweg eher an Vertrauen gewonnen oder eingebüsst haben, was auf einen Legitimationswandel hindeuten würde. Polizei und Gerichte scheinen im langjährigen Vergleich seit 1995 eher an Vertrauen und somit an Legitimation gewonnen zu haben. Das Vertrauen in die nationale Regierung (Bundesrat und Parlament) stieg in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, nahm aber zwischen 2001 und 2006 deutlich ab. Die Armee scheint zwischen der ersten Erhebung im Jahr 1997 bis 2006 tendenziell an Akzeptanz gewonnen zu haben, während sie zwischen 2006 und 2009 eher Einbussen hinnehmen musste. Beim Vertrauen in die Wirtschaft fallen vor allem die starken Schwankungen auf, was unter Umständen daran liegen könnte, dass deren Leistungen und die Wirtschaftszyklen gut wahrnehmbar sind.

Tabelle 5.1

Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen 1995 bis 2012

Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 10 (1 = «kein Vertrauen», 10 = «volles Vertrauen» nach Vertrauensmass sortiert)

	'95	'97	'98	'99	'00	'01	'02	'03	'04	'05	'06	'07	'08	09'	10'	11'	12'	SD**	Δ	Δ	Ø
																		11/12	VI#	95-12	
Polizei	6.9	6.5	6.5	6.7	6.8	7.0	7.1	7.1	7.2	7.1	7.2	7.3	7.2	6.9	7.2	7.1	7.6	1.71	+0.5*	1.1	7.0
Gerichte allgemein	-	-	6.3	-	6.4	6.7	6.6	6.7	6.9	6.7	6.8	7.0	7.0	6.7	6.9	6.6	7.0	1.86	+0.4*	0.5	6.8
Bundesrat	6.0	5.5	5.8	6.5	6.3	6.9	6.5	6.4	6.4	6.3	6.0	6.3	6.5	6.5	5.9	5.9	6.8	1.89	+0.9*	0.3	6.3
Schweizer Wirtschaft	-	5.6	5.7	6.3	6.1	6.8	6.1	5.7	6.0	6.0	6.1	6.7	6.7	6.2	6.4	6.6	6.6	1.73	-	0.1	6.2
Armee	6.2	6.1	6.2	6.1	6.3	6.4	6.4	6.6	6.3	6.3	6.8	6.6	6.5	5.9	6.1	6.0	6.3	2.27	+0.3*	-0.2	6.3
Eidg. Parlament	5.4	5.2	5.4	5.9	5.8	6.3	6.2	6.1	6.1	6.0	5.8	6.1	6.3	6.2	5.9	5.7	6.2	1.81	+0.5*	-0.3	5.9
Politische Parteien	4.8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5.1	5.2	4.9	5.1	4.9	5.1	1.81	+0.2*	-1.4	5.0
Medien	-	4.8	4.8	4.8	4.7	5.0	4.9	5.0	4.9	4.9	4.5	5.0	4.9	4.6	4.9	4.9	5.1	1.86	+0.2*	-1.4	4.9
Vertrauensindex#	6.1	5.6	5.8	6.0	6.0	6.4	6.2	6.2	6.3	6.2	6.2	6.5	6.4	6.2	6.2	6.1	6.5	1.30	+0.4*		6.2

* signifikanter Unterschied, t-Test, 0,5% Irrtumswahrscheinlichkeit, ** Standardabweichung, Δ Delta, Differenz, Ø Durchschnitt
 # Vertrauensindex (VI) (Mittelwert Vertrauen in alle Institutionen, ohne Vertrauen in politische Parteien)

Es ist anzunehmen, dass das Vertrauen aufgrund persönlicher Erfahrungen und der Sozialisierung variiert. Legitimiert man eine Institution aufgrund der eigenen Sozialisation stark, dann dürfte auch das Vertrauen höher ausfallen. Kommt man mit einer Institution häufig in Kontakt und macht positive Erfahrungen, dann dürfte sich dies ebenfalls im Vertrauen in diese Institution niederschlagen. Diese Erfahrungen und die den einzelnen Institutionen zugesprochene Legitimität können je nach Geschlecht, Landesregion, Alter, politischer Einstellung und Bildungsgrad variieren. Dieses Jahr wurde zusätzlich untersucht, ob das Vertrauen auch mit dem Einkommen, der Traditionsgebundenheit und dem Migrationshintergrund variiert.

Das Variationsmuster im Vertrauen in die Institutionen nach Geschlecht, Landesregion, Alter, politischer Einstellung und Bildungsgrad fällt dieses Jahr ausgeprägter aus als im langjährigen Mittel (siehe Tabelle 5.2). Am stärksten unterscheiden sich die SchweizerInnen bezüglich des Vertrauens in die Armee (siehe auch Standardabweichung, Tabelle 5.1).

Tabelle 5.2

Korrelationen zwischen Vertrauen in öffentliche Institutionen und individuellen Merkmalen 2012 und zusammengefasst für 1997 bis 2011 (politische Parteien ab 2007)

2012								
	Bundesrat	Parlament	Politische Parteien	Gerichte	Polizei	Armee	Medien	CH-Wirtschaft
Weiblich		+	+					-
Deutschschweiz			+		++			
Je älter		-	-	-		+		
Je höher gebildet	+	+		+		-		
Je politisch rechter	-			-		++		+
Je höheres Einkommen				++				+
Je fortschrittlicher	+			+				
Mit Migrationshintergrund	+	+++	++	+			++	+

1997–2011								
	Bundesrat	Parlament	Politische Parteien	Gerichte	Polizei	Armee	Medien	CH-Wirtschaft
Weiblich								-
Deutschschweiz								
Je älter				-	+	++		
Je höher gebildet	+			+		-		
Je politisch rechter					+	+++		++

+ und - schwache, positive oder negative Korrelation: $\gamma = 0.1-0.2$

++ und -- mässig schwache, positive oder negative Korrelation: $\gamma = 0.2-0.3$

+++ und --- mittlere, positive oder negative Korrelation: $\gamma = 0.3-0.4$

Frauen vertrauen dieses Jahr im Vergleich zu den Männern dem Parlament und den politischen Parteien leicht mehr, misstrauen aber der Schweizer Wirtschaft stärker, wie dies schon in den Jahren 1997 bis 2011 der Fall war. Während im Allgemeinen das Vertrauen kaum mit der regionalen Zugehörigkeit variiert, bringen 2012 die DeutschschweizerInnen der Polizei ein grösseres Vertrauen entgegen. Dies erklärt unter Umständen auch die in diesem Jahr konstatierte unterschiedliche Sicherheitswahrnehmung in den Sprachregionen (vgl. Abschnitt 4.1). Mit dem Alter nimmt aktuell das Vertrauen in die politischen Parteien ab. Dies könnte unter Umständen daran liegen, dass ältere Befragte politische Prozesse kritischer verfolgen. Wie in den Vorjahren steigt im Alter auch das Misstrauen gegenüber den Gerichten. Hingegen bringen ältere Befragte der Armee mehr Vertrauen entgegen. Diese Differenz zwischen den Generationen bezüglich Armeevertrauen hat sich jedoch im Zeitverlauf deutlich abgeschwächt. Jugendliche, die im langjährigen Mittel der Armee

gegenüber besonders kritisch eingestellt waren, hegen seit 2009 kein besonderes Misstrauen mehr. Je höher die Befragten gebildet sind, umso eher vertrauen sie den politischen Instanzen wie dem Bundesrat, dem Parlament und den Gerichten. Demgegenüber misstrauen sie aber eher der Armee. Gerade umgekehrt zeigen sich die Vertrauenswerte bei Personen, die sich politisch rechts einstufen. Diese bringen insbesondere der Armee – aber auch der Schweizer Wirtschaft – mehr Vertrauen entgegen. Konträr dazu ist ihr Vertrauen in den Bundesrat und in die Gerichte unterdurchschnittlich tief. Das Vertrauen in die Regierung nimmt dabei mit der Traditionsgebundenheit ab. So nehmen unter den politisch rechts Eingestellten die Traditionsgebundenen dem Bundesrat gegenüber eine deutlich kritischere Haltung ein als die Fortschrittlichen. Ökonomisch gut Situierte zeichnen sich durch ein höheres Vertrauen in die Gerichte und die Schweizer Wirtschaft aus. SchweizerInnen mit Migrationshintergrund scheinen mit den politischen Instanzen der Schweiz gute Erfahrungen gemacht zu haben oder akzeptieren diese in besonderem Masse. Sie bringen dem Parlament, dem Bundesrat, den Gerichten, den politischen Parteien, aber auch den Medien und der Schweizer Wirtschaft ein überdurchschnittlich hohes Vertrauen entgegen.

5.2 Verhältnis zwischen Vertrauen und Sicherheit

Vertrauen ist in hoch arbeitsteilig organisierten Gesellschaften eine wichtige, sicherheitsstiftende Verhaltensweise. In dem Masse, in dem Abläufe und das Funktionieren lebenswichtiger komplexer Systeme von den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern immer weniger oder nicht (mehr) durchschaut werden können, hilft Vertrauen, Komplexität zu reduzieren (vgl. Luhmann 1968). Vertrauen manifestiert sich im Gefühl, dass «Personen oder Instanzen die Dinge schon richtig machen». Ebenso kann angenommen werden, dass wer sich sicher fühlt und eine optimistische Zukunftserwartung aufweist, aufgrund dieser positiven Erfahrungen Institutionen eher vertraut. Wie eng sind nun das Vertrauen in Institutionen und Gefühle der Sicherheit bzw. der Zuversicht miteinander verknüpft?

In Tabelle 5.3 sind die Koeffizienten von signifikanten Zusammenhängen zwischen der allgemeinen Sicherheit bzw. dem Zukunftsoptimismus in die Schweiz und dem Vertrauen in die abgefragten Institutionen dargestellt. Ein positiver Wert bedeutet, dass sich die Befragten umso sicherer fühlen bzw. optimistischer sind, je stärker sie einer Institution vertrauen. Die Korrelationsmasse zeigen im Jahr 2012 bei allen Institutionen positive Zusammenhänge. Besonders Leute, welche dem Bundesrat, dem Parlament, den Gerichten und der Polizei vertrauen, fühlen sich eher sicher. Zwischen dem allgemeinen Sicherheitsgefühl und dem Vertrauen in

staatlich-politische Institutionen scheint demzufolge eine starke positive Wechselwirkung zu bestehen. Dieses Grundvertrauen in staatliche Institutionen steht ebenfalls in positivem Zusammenhang mit der Zukunftszuversicht der Schweiz. Neben den genannten Institutionen geben aber vor allem das Vertrauen in die Wirtschaft und in geringerem Masse auch in die politischen Parteien den Ausschlag, die Entwicklung der Schweiz optimistischer einzuschätzen.

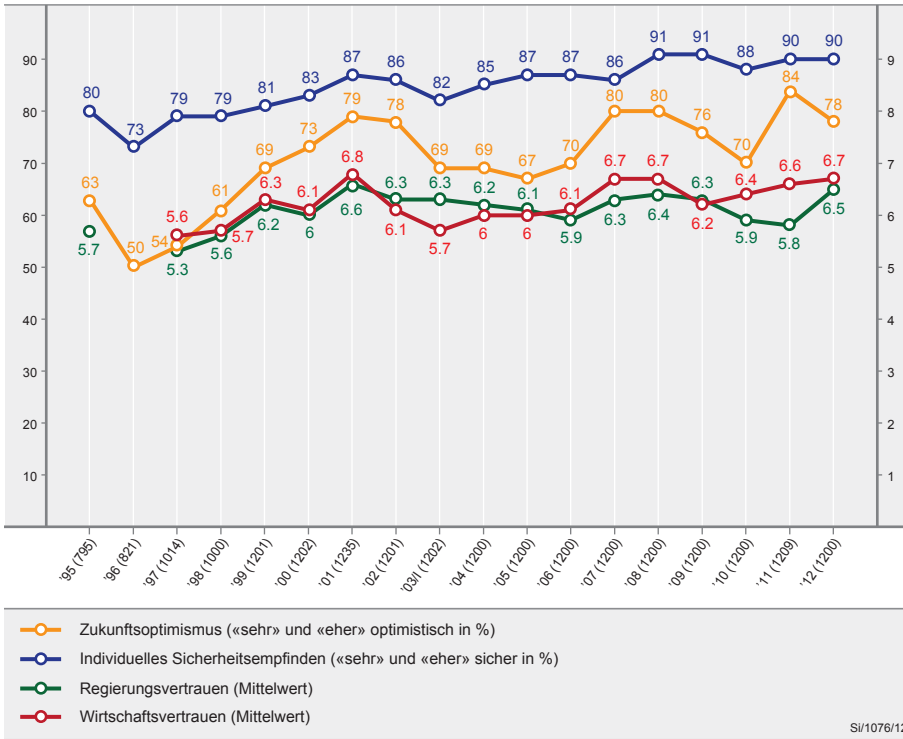
Tabelle 5.3

Signifikante Korrelationen zwischen Vertrauen in öffentliche Institutionen und Sicherheitsgefühl bzw. Optimismus, 2011 und 2012

	Allgemeines Sicherheitsgefühl ρ		Zukunftsoptimismus bezüglich Schweiz ρ	
	2011	2012	2011	2012
Polizei	0.19	0.17	0.16	0.11
Gerichte allgemein	0.24	0.25	0.21	0.19
Bundesrat	0.20	0.22	0.25	0.21
Schweizer Wirtschaft	0.14	0.14	0.29	0.22
Armee		0.06	0.14	0.14
Eidgenössisches Parlament	0.20	0.19	0.25	0.23
Medien	0.13	0.06	0.16	0.09
Politische Parteien	0.12	0.12	0.24	0.22

Wechselwirkungen auf der individuellen Ebene können nicht per se auf die aggregierte Ebene übertragen werden. Es stellt sich aber die Frage, ob in Jahren, in denen sich die Bevölkerung besonders sicher und optimistisch fühlt, auch das Vertrauen in die staatlich-politischen Instanzen und in die Wirtschaft hoch ist. Dieser Zusammenhang wurde für das Vertrauen in die Regierung (Parlament und Bundesrat zusammengefasst) und in die Wirtschaft untersucht (siehe Abbildung 5.1). Die Kurvenverläufe scheinen diese Annahme zu bestätigen. So gaben sich die SchweizerInnen in jenen Jahren, in denen sie der Wirtschaft und der Regierung besonders vertrauten, deutlich optimistischer und sicherer als sonst.

Abbildung 5.1
Regierungsvertrauen, Wirtschaftsvertrauen und Sicherheit



Korreliert man die Jahresmittelwerte des Sicherheitsempfindens und des Zukunftsoptimismus mit den Jahresmittelwerten für das Vertrauen in die Regierung (Bundesrat und Parlament) und in die Wirtschaft, so kann diese Wechselwirkung auch statistisch bestätigt werden.² Das allgemeine Sicherheitsempfinden, der Zukunftsoptimismus und das Vertrauen in die Regierung und in die Wirtschaft verlaufen tendenziell parallel.

2 Jahresmittelwerte Sicherheitsempfinden und Vertrauen in die Regierung: $r=0.641$, $p=0.006$, $N=17$.
 Jahresmittelwerte Sicherheitsempfinden und Vertrauen in die Wirtschaft: $r=0.687$, $p=0.013$, $N=16$.
 Jahresmittelwerte Zukunftsoptimismus und Vertrauen in die Regierung: $r=0.697$, $p=0.002$, $N=17$.
 Jahresmittelwerte Zukunftsoptimismus und Vertrauen in die Wirtschaft: $r=0.785$, $p=0.000$, $N=16$.

Fazit: Das ausgesprochen hohe Sicherheitsempfinden und der Optimismus bezüglich der nationalen Entwicklung zeigt sich auch im Vertrauen in die Institutionen der Schweiz. Ausser der Wirtschaft – welche 2011 einen besonders hohen Vertrauensgewinn verbuchen konnte – sprach die Bevölkerung allen anderen Institutionen innerhalb eines Jahres deutlich mehr Vertrauen aus.

6 Innere Sicherheit

Die rasante Verbreitung moderner Technologien und das Aufkeimen neuer politisch motivierter nichtstaatlicher Akteure haben die aktuelle Bedrohungs- und Gefährdungslage sowohl innerstaatlich wie auch auf internationaler Ebene in den letzten Jahren radikal verändert. Infolge dieses Umbruchs verwischen die einstmaligen deutlichen Grenzen zwischen Innerer und Äusserer Sicherheit zusehends. Dennoch spiegelt sich die Unterscheidung dieser beiden Begriffe sowohl kognitiv in der Wahrnehmung der Bevölkerung als auch strukturell in der sicherheitspolitischen Ausrichtung der Schweiz wider. Es ist deshalb sinnvoll, auch in dieser Studie diese begriffliche Unterscheidung zu verwenden und die Thematik der Inneren Sicherheit in einem eigenen Kapitel abzuhandeln. Der erste Abschnitt erfasst die Einstellungen der Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber verschiedenen Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit im Allgemeinen. Der zweite Teil dieses Kapitels beschäftigt sich spezifisch mit Massnahmen zur Bekämpfung des Extremismus bzw. des Terrorismus.

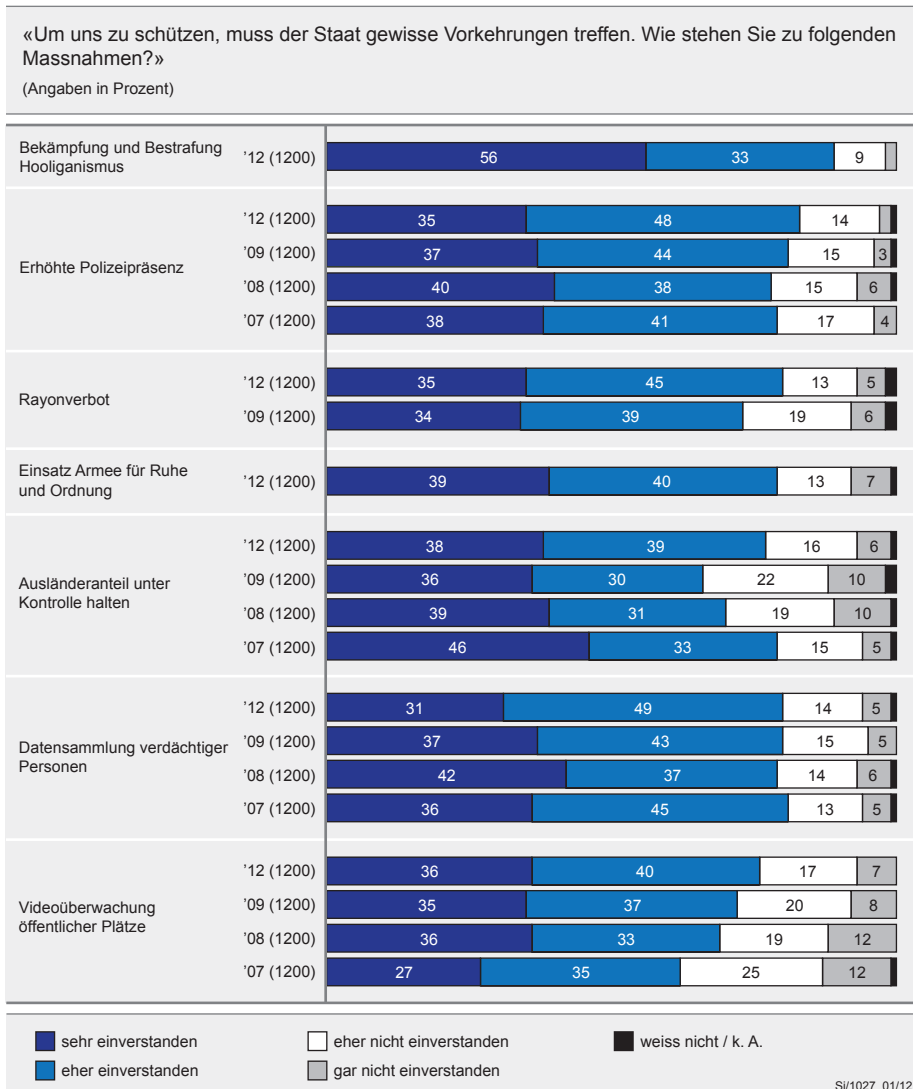
6.1 Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit

Die Schweiz als Rechtsstaat muss über eine Palette differenzierter Massnahmen verfügen, um die Durchsetzung der Gesetze, die Souveränität staatlichen Handelns sowie die Unversehrtheit ihrer Bevölkerung gewährleisten zu können. Auch wenn es die Aufgabe des Staates ist, Art und Umfang der Schutzmassnahmen festzulegen, so ist die Akzeptanz dieser Massnahmen seitens der Bevölkerung für die Legitimation und schliesslich für eine erfolgreiche Implementierung und Durchsetzung elementar. Im Folgenden soll deshalb geprüft werden, wie die Schweizer Stimmbevölkerung zu möglichen Vorkehrungen zur Wahrung der Inneren Sicherheit steht. In der Zustimmung bzw. Ablehnung lassen sich grundsätzlich drei Gruppen von Massnahmen ausmachen: solche, die mehrheitlich begrüsst werden, ambivalente Massnahmen mit einer mittleren Zustimmungsquote und nicht akzeptierte Massnahmen, das heisst solche, die keine Mehrheit in der Stimmbevölkerung finden.

Massnahmen, die einem klar erkennbaren Zweck dienen, finden im Allgemeinen eine breite Zustimmung in der Schweizer Stimmbevölkerung. So erreicht die erstmalig erhobene Einstellung der Stimmbevölkerung zur Bekämpfung und Bestrafung des Hooliganismus mit 89% eine sehr hohe Zustimmungsrate, wobei sich 56% mit der Vorlage «sehr» einverstanden erklären (siehe Abbildung 6.1).

Abbildung 6.1

Mehrheitliche Zustimmung zu Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit



83% der Schweizer Stimmbevölkerung befürworten eine erhöhte Polizeipräsenz in den Wohnquartieren (+2%). Vier von fünf Befragten sprechen sich für die Sammlung von Daten verdächtiger Personen (80%) sowie für das Rayonverbot aus (80%). Die Befürwortung des sogenannten Rayonverbots, das heisst der Möglichkeit, für Personen räumlich und zeitlich begrenzte Platzverweise auszusprechen, ist 2012 sig-

nifikant höher als 2011 (+7%), währenddessen die Zustimmungsrates zur Sammlung von Daten verdächtiger Personen im Jahresverlauf im Mittel konstant blieb (± 0).

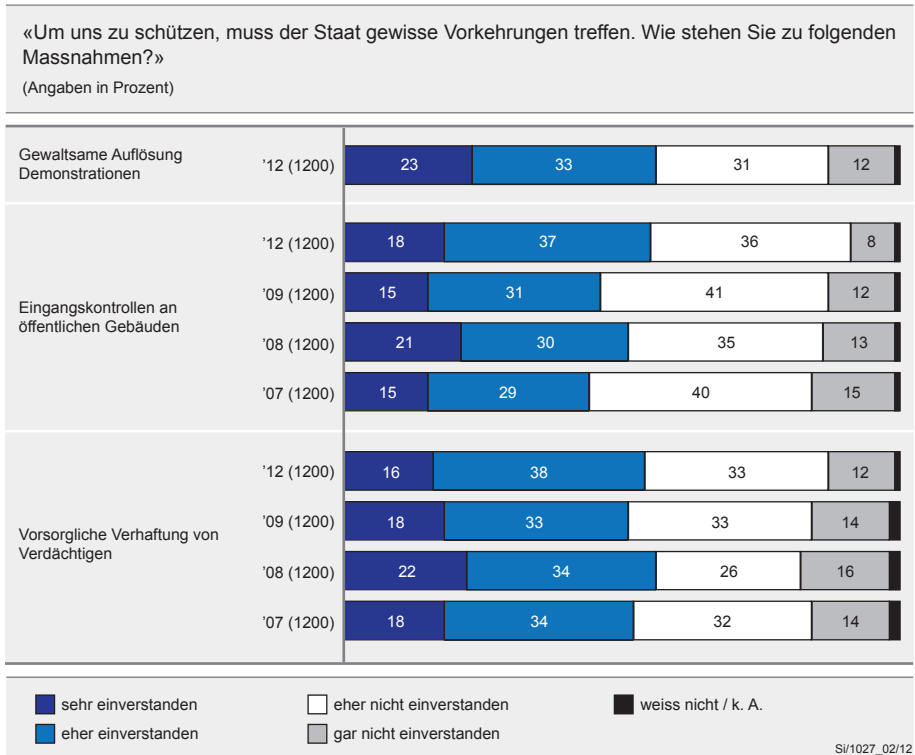
Die Kontrolle des Ausländeranteils sehen 77% – und damit im Vergleich zu 2009 signifikant mehr Befragte (+11%) – als geeignete Massnahme im Bereich der Inneren Sicherheit an. 76% der Schweizer Stimmbevölkerung befürworten die Videoüberwachung öffentlicher Plätze (+4%). Trifft der Fall ein, dass die Polizei überfordert ist, heissen vier von fünf Personen den Einsatz der Armee zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung gut (79%, keine Vergleichszahlen vorhanden). Sämtliche dieser oben genannten Massnahmen werden von Befragten jeglicher politischer Richtung, jeglichen Alters, unabhängig vom Geschlecht, über sämtliche Einkommens- oder Bildungsniveaus als auch in allen drei Sprachregionen gutgeheissen.

Massnahmen, die eine Zustimmungsrates um die 50% haben, können als «ambivalente» Massnahmen bezeichnet werden, da die Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber diesen Sicherheitsvorkehrungen zwiespältig eingestellt ist. Der Polizei die Möglichkeit zuzugestehen, nicht bewilligte Demonstrationen auch gewaltsam aufzulösen, sehen 56% als geeignete Vorkehrung zur Wahrung der Inneren Sicherheit (siehe Abbildung 6.2). Stellten Eingangskontrollen an öffentlichen Gebäuden über den Erhebungszeitraum zwischen 2007 und 2009 nur für eine Minderheit ein geeignetes Mittel zur Wahrung der Inneren Sicherheit dar, so wird diese Massnahme 2012 von einer Mehrheit der Stimmbevölkerung gutgeheissen (55%). In diesem Jahr befürworten signifikant mehr Befragte diese Massnahme als 2009 (+9%). Überdies spricht sich eine geringe Mehrheit von 54% (+3%) für die vorsorgliche Verhaftung verdächtiger Personen aus.

Eine nach politischer Einstellung differenzierte Betrachtung zeigt, dass politisch links Orientierte im Gegensatz zu Personen der politischen Mitte und rechts davon diese ambivalenten Massnahmen mehrheitlich ablehnen. So sprechen sich politisch links Eingestufte nur mit 36% für Eingangskontrollen an öffentlichen Gebäuden aus (Mitte 63%, rechts 61%). 37% (Mitte 57%, rechts 63%) befürworten die vorsorgliche Verhaftung von Verdächtigen und 30% (Mitte 60%, rechts 73%) stimmen der gewaltsamen Auflösung von Demonstrationen zu. Ebenso lehnen die 18–29-Jährigen Eingangskontrollen an öffentlichen Gebäuden (47%, 30–59-Jährige 50%, ab 60-Jährige 67%) sowie die gewaltsame Auflösung von Demonstrationen mehrheitlich ab (42%, 30–59-Jährige 50%, ab 60-Jährige 71%). Die vorsorgliche Verhaftung von Verdächtigen wird über alle Alterskategorien gleichermaßen gebilligt. Unter den Befragten mit hohem Bildungsniveau finden ebenfalls alle drei ambivalenten Massnahmen keine Mehrheitsunterstützung (Eingangskontrolle: hoch 41%,

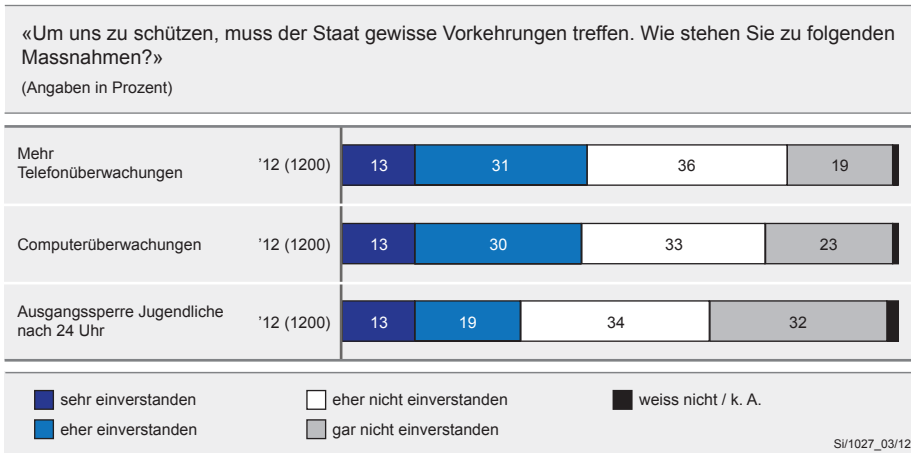
mittel 60%, tief 79%, vorsorgliche Verhaftung: hoch 46%, mittel 56%, tief 72% und gewaltsame Auflösung von Demonstrationen: hoch 48%, mittel 58%, tief 72%).

Abbildung 6.2
Ambivalenz bezüglich Massnahmen im Bereich der Inneren Sicherheit



Tendenziell nimmt die Akzeptanz einer Massnahme in dem Masse ab, wie vermutet wird, dass die eigene Privatsphäre direkt davon betroffen sein könnte. So zählen zu den mehrheitlich missbilligten Massnahmen die vermehrte Telefon- (44%, keine Vergleichszahlen vorhanden; siehe Abbildung 6.3) sowie die intensivierete Computerüberwachung (43%, keine Vergleichszahlen vorhanden). Eine Ausgangssperre für Jugendliche nach 24 Uhr (32%, keine Vergleichszahlen vorhanden) wird ebenfalls als ungeeignetes Mittel zur Wahrung der Inneren Sicherheit angesehen.

Abbildung 6.3
 Mehrheitliche Ablehnung von Massnahmen im Bereich der Inneren Sicherheit



Eine multiple logistische Regressionsanalyse (siehe dazu Anhang I, Kapitel VI) mit allen im Rahmen dieser Studie erhobenen soziodemographischen Variablen¹ zeigt, dass die politische Selbsteinstufung mit dem Zustimmungsgrad zu den einzelnen Sicherheitsmassnahmen korreliert. Politisch links Stehende befürworten die Sicherheitsvorkehrungen im Allgemeinen weniger stark als solche der politischen Mitte oder rechts davon. Am stärksten unterscheiden sie sich dabei in der Frage nach der Kontrolle des Ausländeranteils als potenzielle Massnahme zur Wahrung der Inneren Sicherheit. Ebenso wird die Zustimmungsrate zu den verschiedenen Sicherheitsvorkehrungen durch das Alter beeinflusst. Tendenziell befürworten ältere Personen die einzelnen Sicherheitsvorkehrungen häufiger. Restriktive Massnahmen wie die vorsorgliche Verhaftung von Verdächtigen und die Sammlung von Daten verdächtiger Personen werden jedoch neben der politischen Einstellung nicht durch das Alter, sondern vielmehr durch das Bildungsniveau beeinflusst. Allgemein stimmen Personen mit einem hohen Bildungsniveau Sicherheitsvorkehrungen im Bereich der Inneren Sicherheit weniger oft zu als solche mit einer Primär- oder Sekundärausbildung. Befragte aus der Südschweiz befürworten die verschiedenen Sicherheitsvorkehrungen tendenziell häufiger als jene aus der Deutsch- und Westschweiz. Ferner zeigen sich regionale Unterschiede in der Zustimmung zur Kontrolle des Ausländeranteils, zur gewaltsamen Auflösung von Demonstrationen

1 Dies sind das Alter, das Einkommens- und Bildungsniveau, die politische Selbsteinstufung auf den Spektren rechts-links und fortschrittlich-bewahrend, die Sprachregion und das Geschlecht.

und zum Rayonverbot. Diese Massnahmen werden in der Deutschschweiz stärker befürwortet als in der Westschweiz. Hingegen stimmen DeutschschweizerInnen der vorsorglichen Verhaftung von Verdächtigen tendenziell weniger zu. Sofern das Geschlecht einen Einfluss auf den Zustimmungsgrad zur einzelnen Sicherheitsvorkehrung hat,² befürworten Frauen diese Massnahmen tendenziell stärker als Männer. Dies könnte auf das geringere subjektive Sicherheitsgefühl von Frauen zurückzuführen sein (vgl. Abschnitt 4.1). Überdies gilt: Je höher das Einkommensniveau einer Person, desto geringer fällt die Zustimmung zu Sicherheitsvorkehrungen wie der Telefonüberwachung, dem Einsatz der Armee zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung, Eingangskontrollen an öffentlichen Gebäuden sowie dem Ausgangsverbot für Jugendliche nach 24 Uhr aus. Ein negativer Zusammenhang besteht zwischen dem Bildungsniveau und der Akzeptanz einer gewaltsamen Auflösung von Demonstrationen: Befragte mit mittlerem Bildungsniveau unterstützen diese Massnahmen häufiger als solche mit einem hohen Bildungsabschluss.

6.2 Massnahmen zur Bekämpfung des Extremismus bzw. des Terrorismus

Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus stehen stets im Spannungsfeld zwischen den Grundwerten Sicherheit und Freiheit. Die Diskussion über eine Intensivierung der Bekämpfung verschiedener Arten von Extremismus ist letztendlich auch eine Auseinandersetzung darüber, ob und inwieweit Einschränkungen der persönlichen Freiheit zugunsten von vermehrter Sicherheit legitimiert werden können. Das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit kann als ein Spektrum betrachtet werden, wobei die absolute Freiheit auf der einen und die totale Sicherheit auf der anderen Seite als Extrempole einer Skala zu verstehen sind. In diesem Kontext wurde sowohl die Einstellung der Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber einer stärkeren Bekämpfung des Rechts- sowie des Linksextremismus erhoben wie auch deren Haltung gegenüber Freiheitseinschränkungen im Zuge von Sicherheitsmassnahmen eruiert.

Vier von fünf Befragten heissen eine intensivere Bekämpfung des Rechtsextremismus gut (81%, siehe Tabelle 6.1). Die Zustimmung zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus hat damit im Vergleich zum Vorjahr wieder zugenommen und liegt mit 81% auf dem höchsten Niveau seit Beginn der Erhebung dieser Einstel-

2 Bei folgenden Massnahmen hat das Geschlecht einen Einfluss auf die Zustimmungsrate: Telefon- und Computerüberwachungen, verstärkte Eingangskontrollen bei öffentlichen Gebäuden, gewaltsame Auflösung von Demonstrationen, Einsatz der Armee zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung sowie Ausgangsverbot für Jugendliche nach 24 Uhr.

lung. Eine intensivere Bekämpfung des Linksextremismus findet ebenfalls eine mehrheitliche Zustimmung seitens der Schweizer Stimmbevölkerung. Zwei von drei Befragten sprechen sich für eine verstärkte Bekämpfung desselben aus (67%). Während die Zustimmung zur Eindämmung des Rechts- und des Linksextremismus im Jahresverlauf zugenommen hat (+6% und +4%), befürwortet die Schweizer Stimmbevölkerung persönliche Freiheitseinschränkungen im Kontext der Terrorismusbekämpfung 2012 weniger häufig als 2011 (68%, -3%). Die Forderung nach einer energischen Bekämpfung des Rechtsextremismus hat zudem im Jahresverlauf signifikant zugenommen. Die Stimmbevölkerung misst damit der Eindämmung extremistischer Strömungen im Jahr 2012 einen höheren Stellenwert bei als 2011. Gleichwohl zeigen sich die SchweizerInnen dieses Jahr weniger bereit, persönliche Freiheitsrechte im Lichte der Terrorbekämpfung zu opfern.

*Tabelle 6.1
Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus*

«Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass... («sehr» und «eher» einverstanden in Prozent)								
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2011	2012
wir den Rechtsextremismus stärker als bisher bekämpfen.»	73	79	-	85	-	78	75	81
wir den Linksextremismus stärker als bisher bekämpfen.»	60	54	-	64	-	62	63	67
wir den Terrorismus mit allen Mitteln bekämpfen, auch wenn dabei unsere persönliche Freiheit eingeschränkt werden muss.»	66	59	51	64	63	61	71	68

Eine multiple logistische Regressionsanalyse illustriert, dass – analog der in Abschnitt 6.1 genannten Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit – auch hier der Zustimmungsgrad zu Sicherheitsvorkehrungen am stärksten mit der politischen Selbsteinstufung korreliert. In der Einstellung gegenüber einer verstärkten Bekämpfung des Rechts- und des Linksextremismus widerspiegelt sich auch eine unterschiedliche, nach politischer Selbsteinstufung differenzierte Bedrohungswahrnehmung. So schätzen politisch links Orientierte die Gefahr des Rechtsextremismus (83%) höher ein als jene des Linksextremismus (44%). Politisch rechts Orientierte hingegen stufen beide extremistischen Strömungen als annähernd gleich gefährlich ein (Linksextremismus: 79%, Rechtsextremismus: 76%). Mit Blick auf das inhärente Spannungsverhältnis zwischen individuellen Freiheitsrechten und kollektiver Sicherheit räumen politisch rechts Stehende der Sicherheitsdimension

höhere Priorität ein (80%) als dies politisch links Orientierte (49%) tun. Neben der politischen Orientierung hat das Alter einer Person einen signifikanten Einfluss auf die Einstellung zu den drei Massnahmen. Je älter eine Person ist, desto stärker befürwortet sie sowohl eine intensivere Bekämpfung des Rechts- und des Linksextremismus als auch Freiheitseinschränkungen infolge der Terrorismusbekämpfung. Das Bildungsniveau wiederum hat keinen Effekt auf den Zustimmungsgang zur Bekämpfung des Linksextremismus. Personen der sekundären Bildungsstufe befürworten eine intensivere Bekämpfung des Rechtsextremismus häufiger als Personen mit hohem Bildungsniveau. Schliesslich befürworten SchweizerInnen aus der Deutschschweiz eine energische Bekämpfung des Rechts- und Linksextremismus häufiger als jene aus der West- und Südschweiz.

7 Öffnung versus Autonomie – die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen

Wie viel Öffnung braucht die Schweiz bzw. wie gross ist die Öffnungsbereitschaft der Schweizer Bevölkerung? – Dieses Kapitel untersucht diese weit gefasste Fragestellung und befasst sich mit der Kooperationsbereitschaft der SchweizerInnen in Bezug auf verschiedene aussen- und sicherheitspolitische Optionen. So werden die Einstellungen der SchweizerInnen zur EU, ihre Haltung gegenüber internationalen Kooperationen ohne institutionelle Bindung, das gewünschte Engagement innerhalb der Uno, ihr Verhältnis zu sicherheitspolitischen Allianzen und das allgemeine Bestreben nach nationaler Autonomie erfragt. Anschliessend werden diese verschiedenen Aspekte der Kooperationsbereitschaft nach soziodemographischen Merkmalen betrachtet. Am Ende des Kapitels wird eine Typologie zur aussenpolitischen Öffnungsbereitschaft der SchweizerInnen vorgestellt und deren Trend von 1993 bis heute nachgezeichnet.

7.1 Eine skalenartige Fragebatterie als Grundlage

Die aussenpolitische Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung lässt sich mit einer Einzelfrage nicht angemessen beurteilen. Dieser Tatsache wird im Rahmen der Befragungsreihe «Sicherheit» Rechnung getragen, indem die Kooperationsbereitschaft über einen Index, das heisst eine Zusammenstellung mehrerer Indikatoren, erfasst wird (vgl. Haltiner & Spillmann 1994). Diesem Index – bestehend aus insgesamt 17 Indikatoren – liegt die Überlegung zugrunde, dass sich eine maximale Öffnungsbereitschaft bzw. ein stark ausgeprägtes Autonomiebestreben als Extreme eines Kontinuums verstehen lassen. Innerhalb dieses Kontinuums sind demnach auch mildere Ausprägungsformen sowohl der Autonomie als auch der Öffnung denkbar. Maximal Öffnungsbereite zeichnen sich dadurch aus, dass sie Beitritte zu supra- bzw. internationalen Institutionen wie der EU und der Nato befürworten und sich eine Schweiz wünschen, die sich innerhalb der Uno stark engagiert. Eine abgemilderte Form der Öffnungsbereitschaft liesse sich dadurch charakterisieren, dass man etwa der Uno durchaus sehr wohlwollend gegenüber steht, hingegen von einer EU-, geschweige denn einer Nato-Mitgliedschaft, nichts wissen will. Als «Autonomismus» kann jene Haltung definiert werden, die jeglicher Art von

internationaler Kooperation kritisch gegenübersteht und generell danach strebt, die politische Souveränität der Schweiz zu maximieren.

7.2 Die 17 Indikatoren der Öffnungsbereitschaft bzw. der Autonomie im Trend

Die 17 Indikatoren sind gegliedert nach der

- Bereitschaft zur internationalen Kooperation durch institutionelle Annäherung an die oder Beitritt zur EU (siehe Abbildung 7.1),
- Bereitschaft zur Öffnung der Schweiz ohne institutionelle Bindungen an inter- bzw. supranationale Institutionen (siehe Abbildung 7.2),
- Bereitschaft zu einem verstärkten Engagement innerhalb der Uno (siehe Abbildung 7.3),
- Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit sicherheitspolitischen Allianzen wie der Nato (siehe Abbildung 7.4),
- Betonung verschiedener Grade nationaler Autonomie (siehe Abbildung 7.5) und
- Einstellung zur Beibehaltung verschiedener Grade der Neutralität (siehe Kapitel 8.1, Abbildung 8.1).

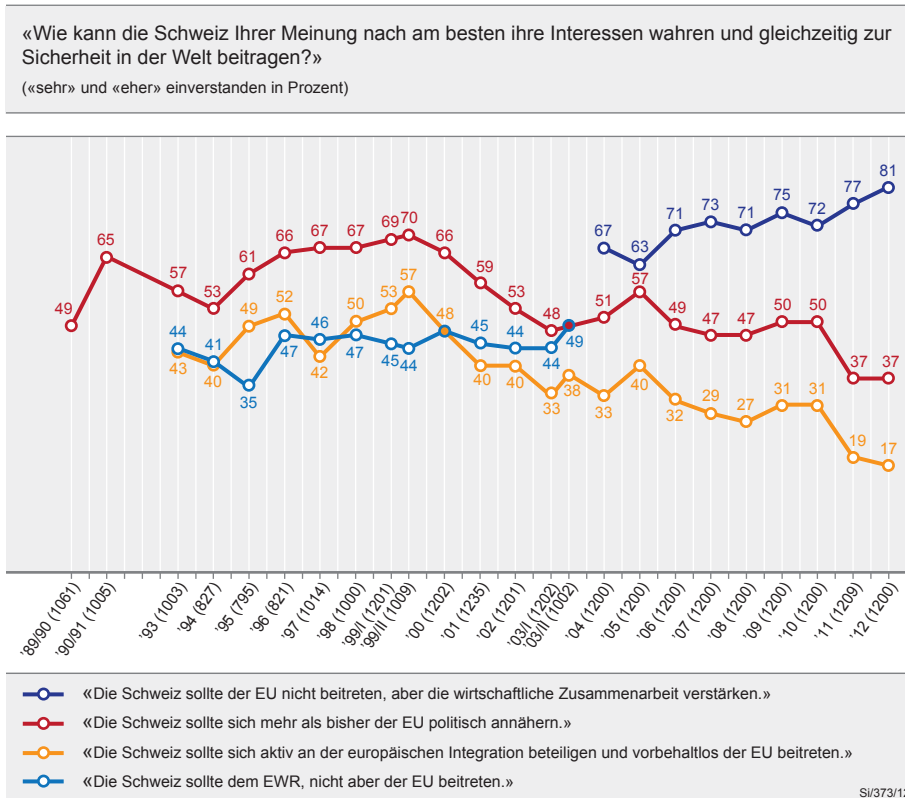
7.3 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bindung oder Annäherung an die Europäische Union

Die letztjährige kritische Sichtweise gegenüber der EU bestätigt und verschärft sich 2012. Sowohl die Werte einer politischen Annäherung an die EU (37%, $\pm 0\%$; siehe Abbildung 7.1) als auch eines Beitritts zur EU (17%, -2%) bleiben tief. Das Einverständnis der SchweizerInnen zu einer (rein) wirtschaftlichen Zusammenarbeit steigt jedoch nochmals tendenziell an und übertrifft den Höchstwert aus dem Vorjahr um weitere vier Prozentpunkte: Acht von zehn SchweizerInnen sind «sehr» oder «eher» damit einverstanden, den eingeschlagenen bilateralen Weg weiterzuverfolgen (81%, $+4\%$).

Wie in Abbildung 7.1 deutlich zu erkennen ist, akzentuiert sich die Stimmungslage, die sich in den letzten Jahren abgezeichnet hat, weiterhin in Richtung sich lohnender wirtschaftlicher Aussenbeziehungen mit der EU, ohne eine politische Anbindung an dieselbe zu fordern. Diese zunehmende Skepsis gegenüber einer politischen Zusammenarbeit mit Europa ist mit grosser Wahrscheinlichkeit als Reaktion der StimmbürgerInnen auf die anhaltenden Finanzkrisen etlicher europäischer Staa-

ten und den damit einhergehenden Spannungen zu deuten (vgl. Kapitel 1). Unter Umständen ist die Skepsis auch Ausdruck des zunehmenden europäischen Drucks auf den Finanz- und Steuerplatz Schweiz und steht ferner in Zusammenhang mit den als negativ empfundenen Implikationen der ausgedehnten Personenfreizügigkeit.

Abbildung 7.1
Europäische Integration



Das Meinungsbild zur EU sah jedoch nicht immer so kritisch aus: In den neunziger Jahren favorisierten zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung die politische Annäherung an Europa, wohingegen knapp die Hälfte für eine Intensivierung der rein wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Form eines EWR-Beitritts plädierte.

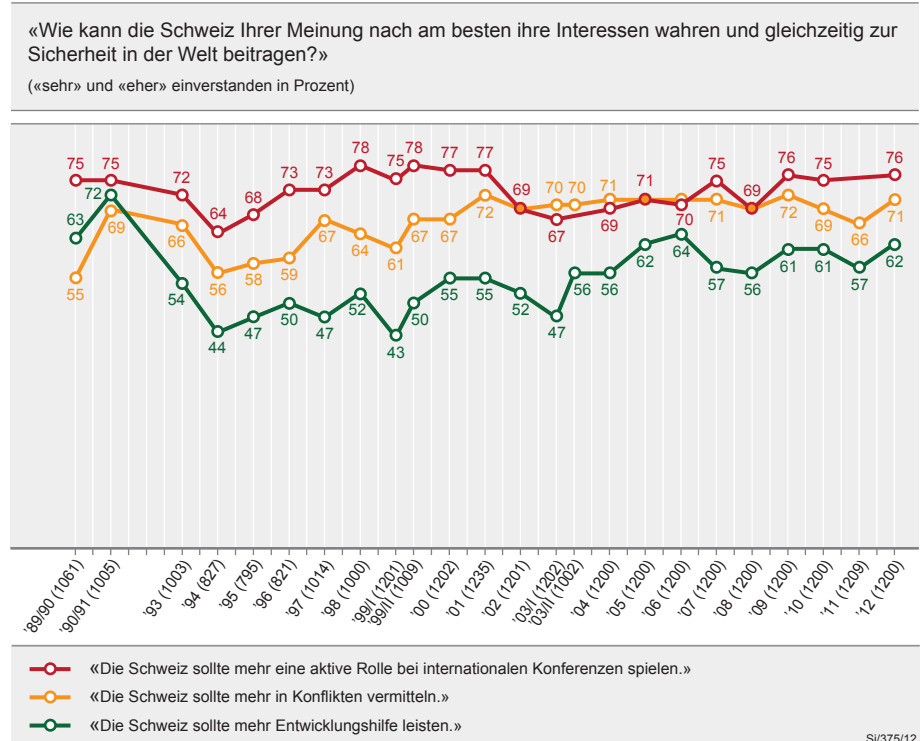
7.4 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung

Alle abgefragten Formen internationaler Kooperation ohne institutionelle Bindung und ohne Souveränitätsminderung erlangen bei der Stimmbevölkerung wie bereits in den Vorjahren auch im Jahr 2012 die Zustimmung einer deutlichen Mehrheit. Erstmals seit 2009 gewinnen sowohl die vermehrte Vermittlung in Konflikten wie auch der Ausbau der Entwicklungshilfe an Akzeptanz.

Drei Viertel der Schweizer Stimmbevölkerung wünschen sich eine aktivere Rolle der Schweiz bei internationalen Konferenzen (76%, seit 2010: +1%; siehe Abbildung 7.2). Die Vermittlungsaktivität der Schweiz in Konflikten wird von 71% (+5%) der Befragten gutgeheissen. Die öffentliche Meinung mit Blick auf den Ausbau der Entwicklungshilfe schwankt über die Jahre am stärksten, hat sich aber in den letzten zehn Jahren im Bereich zwischen 56%-64% eingependelt. Im Jahr 2012 liegt der Wert mit 62% (+5%) im Mittel der Vorjahre, jedoch deutlich über dem letztjährigen Wert.

Abbildung 7.2

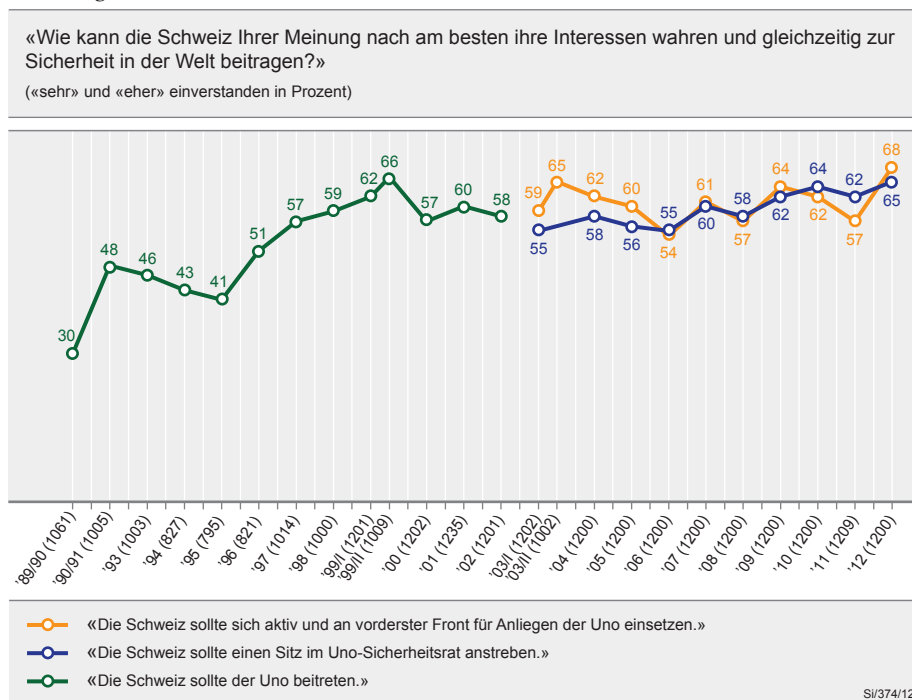
Indikatoren der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft ohne institutionelle Bindungen («weiche» Kooperation)



7.5 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Erhöhtes Engagement in der Uno

Nach einem engagierten Abstimmungskampf wurde am 3. März 2002 die Volksinitiative für den Uno-Beitritt mit 55% Ja-Stimmen angenommen. Die Einstellung gegenüber der Uno hat sich seit dem Beitritt nur unwesentlich verändert und bleibt positiv. Nachdem die Schweizer Stimmbevölkerung insbesondere 2006 der Uno gegenüber relativ kritisch eingestellt war, hat sich das Verhältnis zur internationalen Kooperation im Rahmen der Uno entspannt. Dieses Jahr liegt die Befürwortung für ein Schweizer Engagement innerhalb der Uno deutlich höher als im Vorjahr (siehe Abbildung 7.3).

Abbildung 7.3
Einstellungen zur Uno

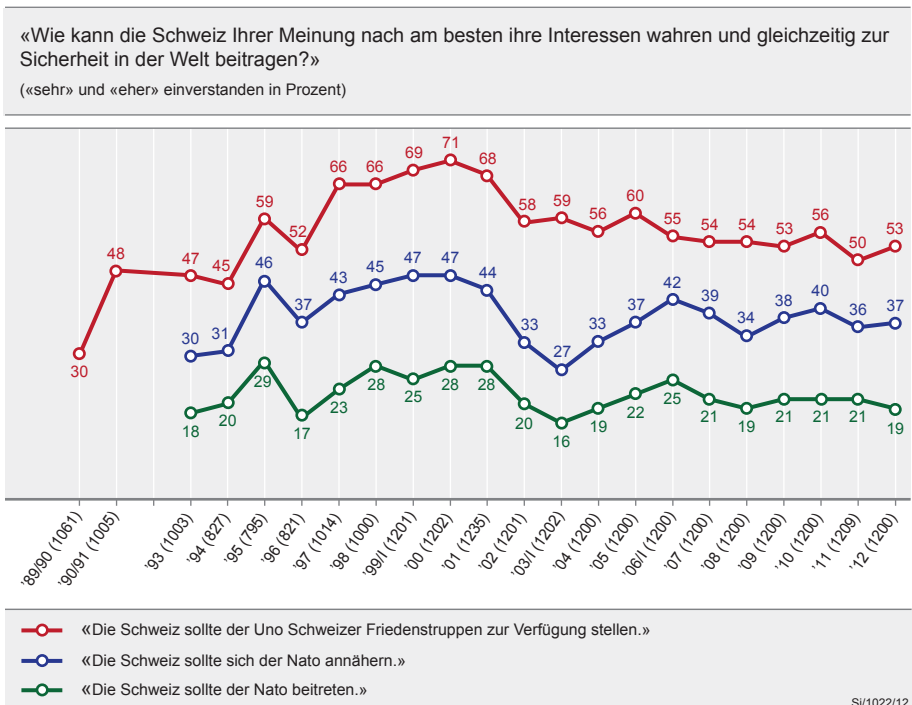


68% (+11%) sprechen sich dafür aus, dass sich die Schweiz aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der Uno einsetzen soll. Dies ist der bis anhin höchste gemessene Wert zu dieser Vorlage. Ebenso viele SchweizerInnen (65%, +3%) meinen zudem, die Schweiz solle «einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat anstreben».

7.6 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bereitschaft zu sicherheitspolitischen Allianzen

Von den drei erfragten Möglichkeiten einer sicherheitspolitischen Kooperation findet lediglich die Forderung, «die Schweiz soll der Uno Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen», eine knappe mehrheitliche Zustimmung. Nachdem die Entsendung von Friedenstruppen im Rahmen der Uno nach der Jahrtausendwende an Popularität verloren hat, ist die diesjährige Akzeptanz für solche Einsätze im Vergleich zum Vorjahr geringfügig, aber dennoch signifikant gestiegen und erreicht einen Wert von 53% (+3%; siehe Abbildung 7.4).

Abbildung 7.4
Einstellungen zu sicherheitspolitischen Allianzen



Wiederum konträr beurteilen die befragten SchweizerInnen die Vorgaben, mehr Sicherheit durch Kooperation mit der Nato zu erlangen. Einen Nato-Beitritt (19%, -2%) oder eine Annäherung an dieselbe (37%, +1%) unterstützt nur eine Minderheit. Eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der Nato ist damit keine Option für die Schweizer Stimmbevölkerung.

Die drei Kurven der Zustimmung zu sicherheitspolitischen Allianzen verlaufen über die gesamte Messreihe ziemlich ähnlich: Die Reihenfolge ihrer Akzeptanz bleibt über die Jahre gleich. Überdies zeigt Abbildung 7.4 deutlich, dass die Zustimmung der Bevölkerung mit der Intensität der Kooperation zusammenhängt: je intensiver und verpflichtender die Bindung, desto stärker die Ablehnung. So ist beispielsweise die Zustimmung zur Bereitstellung von Uno-Truppen merklich höher als zu einem Nato-Beitritt.

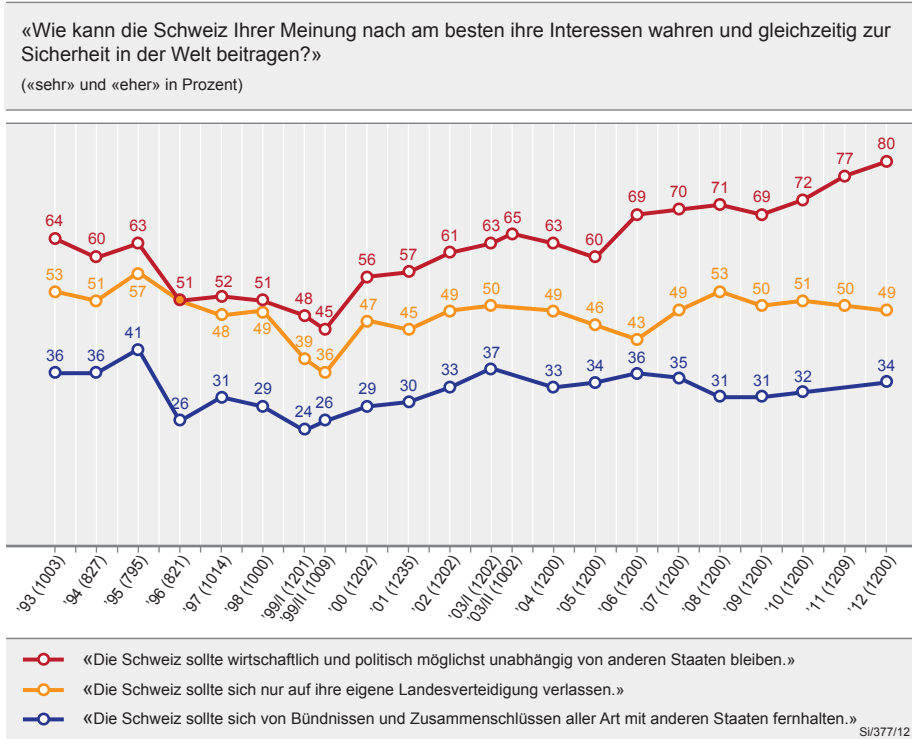
In den Zeiträumen von 1998 bis 2001 sowie von 2004 bis 2006 wurden die unterschiedlichen Kooperationsmöglichkeiten positiver beurteilt. Dies könnte daran liegen, dass zu diesen Zeitpunkten sowohl der Krieg im ehemaligen Jugoslawien als auch die gemeinsame Terrorbekämpfung der Nato-Länder deutlich machten, dass Sicherheit nur durch Kooperation zu erreichen ist.

7.7 Betonung nationaler Autonomie

Die Einstellung der Bevölkerung zur nationalen Autonomie wird anhand dreier Indikatoren gemessen: wirtschaftliche, politische und militärische Autonomie. Seit Messbeginn im Jahr 1993 erhält die Politik der wirtschaftlichen und politischen Autonomie die höchste Zustimmungsrates – mit rund 50% oder mehr – vor der militärischen Autonomie, die im Zeitverlauf knapp jede/jeder zweite Befragte gutheisst. Die geringste Zustimmung verzeichnet die Aussage, wonach sich die Schweiz von jeglichen Bündnissen und institutionellen Zusammenschlüssen fernhalten solle. Der Wunsch nach einer möglichst autonomen Schweiz, der im Jahr 2011 erstmals nach vier Jahren signifikant gestiegen ist, bleibt auch 2012 auf dem Höchstwert der Erhebungsreihe: 80% (+3%; siehe Abbildung 7.5) der Befragten teilen 2012 die Meinung, die Schweiz solle «wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben». Konstant geblieben ist die Einstellung der Schweizer Stimmbevölkerung zur Frage, ob sich die Schweiz nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen soll: Seit dem Jahr 2000 liegt die Zustimmung zu diesem Vorschlag zwischen 43% und 53%. 2012 sprechen sich 49% (-1%) der Befragten für eine militärische Autonomie aus.

Der Anteil jener Befragten, der «sehr» oder «eher» mit einem Alleingang ohne «Bündnisse und Zusammenschlüsse aller Art mit anderen Staaten» einverstanden ist, pendelt seit 1996 um die 30%-Marke und liegt im Jahr 2012 bei 34% (seit 2010: +2%).

Abbildung 7.5
Indikatoren zur Betonung nationaler Autonomie



Mit Blick auf die nationale Autonomie ist nicht nur von Interesse, inwieweit man sich Souveränität wünscht, sondern auch, ob und inwiefern man denkt, dass die Zukunft der Schweiz eigenständig bestimmt wird oder zunehmend von anderen Staaten abhängt. Die Wahrnehmung der Schweiz in einer sich globalisierenden Welt wurde 2012 erstmals mittels zweier Fragen ermittelt. Der Aussage, dass «die Zukunft unseres Landes hauptsächlich von der Schweizer Bevölkerung und der Schweizer Politik abhängt», stimmen 80% der befragten StimmbürgerInnen «eher» oder «sehr» zu. Hingegen glaubt nur rund ein Drittel der SchweizerInnen (36%), dass die Zukunft der Schweiz vor allem von der Entwicklung anderer Staaten abhängt.

7.8 Soziodemographische Wahrnehmungsmuster von Öffnung versus Autonomie

Die politische Selbsteinschätzung der SchweizerInnen auf einer Links-Mitte-rechts-Skala ist diejenige Variable, welche die Spannbreite in der Einstellung bezüglich Öffnung versus Autonomie am besten zu erklären vermag. Von links über die Mitte nach rechts spricht man sich jeweils seltener für internationale Kooperationen aus und betont die nationale Autonomie zunehmend stärker.

Hinsichtlich einer politischen Annäherung an Europa oder einem EU-Beitritt geben sich politisch rechts eingestellte Personen mehrheitlich ablehnend und befürworten deshalb auch den bilateralen Weg stärker als Leute, die sich politisch links einschätzen. Auch die Befragten, die sich zur politischen Mitte zählen, lehnen sowohl den Beitritt zur wie auch eine Annäherung an die EU ab, jedoch deutlich weniger stark als die sich politisch rechts Einstufenden. In Bezug auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Europa vertreten sie die gleiche Meinung wie politisch rechts gesinnte MitbürgerInnen. Ein EU-Beitritt ist auch bei den sich politisch links einstuftenden Personen nicht mehrheitsfähig. Gleichwohl ist das linke politische Spektrum gegenüber der EU deutlich wohlwollender gesinnt und kann sich mehrheitlich eine politische Annäherung an den Staatenverbund vorstellen. Eine rein wirtschaftliche Zusammenarbeit mit demselben findet in diesem politischen Lager hingegen weniger Zustimmung (EU-Beitritt: links 28%, Mitte 13%, rechts 9%; politische Annäherung an die EU: links 59%, Mitte 33%, rechts 23%; verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU: links 76%, Mitte 84%, rechts 84%).

Abgesehen vom finanziellen Ausbau der Entwicklungshilfe erhalten Massnahmen im Rahmen einer internationalen Kooperation ohne institutionelle Bindung vom ganzen politischen Spektrum Zustimmung. Bei sämtlichen aussenpolitischen Aktivitäten, welche die Souveränität der Schweiz nicht tangieren, zeigt sich indes von rechts über die Mitte bis links eine zunehmend grössere Unterstützung. Die politisch rechts eingestellten Befragten lehnen eine Erhöhung der Entwicklungshilfe knapp ab (aktivere Rolle bei internationalen Konferenzen: links 84%, Mitte 77%, rechts 68%; vermehrte Konfliktvermittlung: links 86%, Mitte 66%, rechts 63%; zusätzliche Entwicklungshilfe: links 83%, Mitte 59%, rechts 48%).

Sowohl der Einsatz für die Anliegen der Uno wie auch die Forderung nach einem schweizerischen Sitz im Uno-Sicherheitsrat werden über sämtliche politische Lager gutgeheissen. Gleichwohl sinkt der Grad an Zustimmung von links nach rechts deutlich (Einsatz für die Anliegen der Uno: links 86%, Mitte 65%, rechts 59%; Streben nach Sitz im Uno-Sicherheitsrat: links 75%, Mitte 66%, rechts 58%). Die verschiedenen Formen der sicherheitspolitischen Kooperation wiederum werden

über das gesamte politische Spektrum ähnlich skeptisch beurteilt. Einzig bei der Entsendung von Friedenstruppen im Rahmen der Uno unterscheidet sich die Linke von den beiden anderen Gruppen und befürwortet diese mehrheitlich (Schweizer Uno-Friedenstruppen: links 63%, Mitte 48%, rechts 49%; Annäherung an Nato: links 40%, Mitte 39%, rechts 34%; Nato-Beitritt: links 23%, Mitte 18%, rechts 17%).

Das Bestreben nach möglichst grosser Unabhängigkeit von anderen Staaten findet in allen politischen Gruppierungen eine Mehrheit, sofern zwischenstaatliche Bündnisse und institutionelle Zusammenschlüsse nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Sich politisch in der Mitte oder rechts einstufoende Befragte vertreten diese Meinung aber klar stärker als politisch links eingestellte Personen. Ein deutlicher Unterschied zeigt sich bei der Vorgabe, «dass sich die Schweiz nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen sollte». Diese Aussage lehnt die politische Linke im Gegensatz zu den beiden anderen Lagern ausdrücklich ab (wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit von anderen Staaten: links 64%, Mitte 86%, rechts 87%; militärische Autonomie: links 27%, Mitte 60%, rechts 57%; Verzicht auf Bündnisse und Zusammenschlüsse aller Art: links 19%, Mitte 41%, rechts 40%).

Von links bis rechts ist man sich einig, dass die Zukunft der Schweiz vorwiegend autonom gestaltet werde und weniger von der Entwicklung anderer Staaten abhängige. Gleichwohl variiert die Beurteilung mit der politischen Selbsteinschätzung (Zukunft des Landes von der Schweiz abhängig: links 70%, Mitte 84%, rechts 84%; Zukunft des Landes von der Entwicklung anderer Staaten abhängig: links 36%, Mitte 41%, rechts 30%).

Die Sprachregion ist das zweite Merkmal, nach welchem signifikante Unterschiede in allen Aspekten der Öffnungsbereitschaft zu erkennen sind. Ein EU-Beitritt oder eine politische Annäherung an dieselbe ist in keiner Sprachregion mehrheitsfähig. Die DeutschschweizerInnen zeigen sich aber mit beiden Vorgaben weniger einverstanden als die BewohnerInnen der lateinischen Landesteile. Der bilaterale wirtschaftliche Weg findet in der gesamten Schweiz Zustimmung, am ehesten aber in der sonst europakritischen Deutschschweiz (EU-Beitritt: D-CH 13%, F-CH 24%, I-CH 32%; politische Annäherung an die EU: D-CH 33%, F-CH 49%, I-CH 47%; verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU: D-CH 84%, F-CH 75%, I-CH 74%).

Aussenpolitische Aktivitäten ohne institutionelle Bindung werden in allen Regionen der Schweiz begrüsst, obwohl die DeutschschweizerInnen gegenüber einem erhöhten Engagement bei internationalen Konferenzen und in der Entwicklungshilfe signifikant weniger positiv eingestellt sind (aktivere Rolle bei internationalen

Konferenzen: D-CH 72%, F-CH 86%, I-CH 85%; zusätzliche Entwicklungshilfe: D-CH 55%, F-CH 81%, I-CH 75%).

Schweizer Truppen in Uno-Einsätzen werden in der lateinischen Schweiz akzeptiert. Die italienischsprachige Schweiz befürwortet solche Einsätze aber deutlich häufiger als die Romandie. In der Deutschschweiz sind die StimmbürgerInnen gegenüber eines solchen militärischen Engagement geteilter Meinung (D-CH 51%, F-CH 58%, I-CH 62%).

Die französischsprachige Schweiz lehnt einen ausschliesslichen Verlass auf die eigene Landesverteidigung ab, wo hingegen sich in der Deutschschweiz jeder/jede zweite Befragte dafür ausspricht. Eine Mehrheit der italienischsprachigen Personen befürwortet diese militärische Autonomie. Die SüdschweizerInnen sind ebenfalls entschiedener als die beiden anderen Landesteile der Meinung, dass die Zukunft der Schweiz primär autonom gestaltet werde. Ferner ist die italienische Schweiz die einzige Sprachregion, die knapp gutheisst, sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art fernzuhalten. Die WestschweizerInnen lehnen dies deutlich ab sowie auch etwas weniger ausdrücklich der deutschsprachige Landesteil (militärische Autonomie: D-CH 50%, F-CH 43%, I-CH 62%; Verzicht auf Bündnisse und Zusammenschlüsse aller Art: D-CH 37%, F-CH 23%, I-CH 55%).

Auch nach Alter lassen sich Unterschiede in der Öffnungsbereitschaft bzw. im Autonomiebestreben erkennen. Alle aussenpolitischen Optionen ohne institutionelle Bindung finden über die Altersgrenzen hinweg eine breite Zustimmung. Den Älteren ist ein Engagement der Schweiz bei internationalen Konferenzen jedoch signifikant wichtiger als jüngeren Personen (18–29-Jährige 75%, 30–59-Jährige 73%, ab 60-Jährige 80%). Das mittlere Alterssegment der 30–59-Jährigen befürwortet die Vermittlerrolle der Schweiz stärker als die jüngere und die ältere Generation (18–29-Jährige 61%, 30–59-Jährige 74%, ab 60-Jährige 70%). Die 18–29-Jährigen sprechen sich deutlicher für eine intensivierete Entwicklungshilfe aus als die älteren Befragten (18–29-Jährige 77%, 30–59-Jährige 62%, ab 60-Jährige 56%). Dasselbe Bild zeigt sich auch bei der Frage, ob die Schweiz Uno-Friedenstruppen bereitstellen soll. Hier zeigt das oberste Alterssegment der ab 60-Jährigen eine knappe Ablehnung (18–29-Jährige 60%, 30–59-Jährige 54%, ab 60-Jährige 49%). Von jung bis alt wird ein Nato-Beitritt abgelehnt. Die Jungen sind bezüglich dieser Frage jedoch signifikant weniger skeptisch eingestellt und scheinen auch aussenpolitisch amöffnungswilligsten zu sein (18–29-Jährige 29%, 30–59-Jährige 18%, ab 60-Jährige 17%).

Die in der diesjährigen Studie erstmals erhobene Frage, ob man als SchweizerInnen geboren wurde oder einen Migrationshintergrund aufweist, hilft ebenfalls, das

soziodemographische Wahrnehmungsbild in Bezug auf Öffnung versus Autonomie deutlicher zu zeichnen: So zeigen sich SchweizerInnen mit Migrationshintergrund (MH) generell öffenungsbereiter als Personen ohne Migrationshintergrund. Diese Ausprägung verdeutlicht sich insbesondere bei der Haltung zur EU (EU-Beitritt: ohne MH 15%, mit MH 30%; politische Annäherung an die EU: ohne MH 36%, mit MH 48%), der Rolle der Schweiz in internationalen Konferenzen (ohne MH 75%, mit MH 82%), der stärkeren Befürwortung von Entwicklungshilfe (ohne MH 61%, mit MH 69%), dem Anstreben eines Sitzes im Uno-Sicherheitsrat (ohne MH 65%, mit MH 70%) oder der Bereitstellung von Schweizer Soldaten für Uno-Einsätze (ohne MH 51%, mit MH 64%). Überdies sind BürgerInnen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu gebürtigen SchweizerInnen eher der Meinung, dass «die Zukunft unseres Landes vor allem von der Entwicklung anderer Länder abhängt» (ohne MH 35%, mit MH 44%).

Abhängig vom Geschlecht, vom Einkommen und von der Bildung sind zwar Unterschiede in der Meinung zu aussenpolitischen Optionen der Schweiz festzustellen; diese verschwinden aber mehrheitlich, wenn eine multiple Regression (vgl. Anhang I) mit allen soziodemographischen Variablen durchgeführt wird. Deshalb ist für diese Merkmale kein einheitliches Bild auszumachen.

7.9 Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend 1993 bis 2012

Die aussenpolitische Öffnungsbereitschaft der SchweizerInnen wird mit insgesamt 17 Fragen ermittelt. Neun besonders stark differenzierende Fragen werden seit mehreren Jahren dazu verwendet, eine Kooperationstypologie¹ zu bilden. Aus ihr lassen sich drei charakteristische Haltungen gegenüber der aussenpolitischen Öffnung der Schweiz ableiten (siehe Abbildung 7.6):

- **«Harte Öffnungswillige» (27% der Antwortenden):** Als solche können Personen bezeichnet werden, die eine aussenpolitische Öffnung der Schweiz selbst unter Inkaufnahme gewisser Souveränitätseinbussen befürworten. Sie sind nicht nur für einen EU-Beitritt der Schweiz, sondern unterstützen auch mehrheitlich eine Nato-Annäherung. Sie heissen aber auch den eingeschlagenen bilateralen Weg mit der EU gut. Die Schweizer Neutralität als sicherheitspolitisches Instrument halten sie für ein Auslaufmodell, wollen aber trotzdem an

¹ Die Typologie wurde anhand der Clustermethode gebildet (vgl. Anhang I und II). 12% der Befragten lassen sich keinem der drei Kooperationstypen zuordnen. Die Prozentangaben zu den drei Kooperations-typen beziehen sich deshalb nur auf 1055 Personen und nicht auf 1200 Personen.

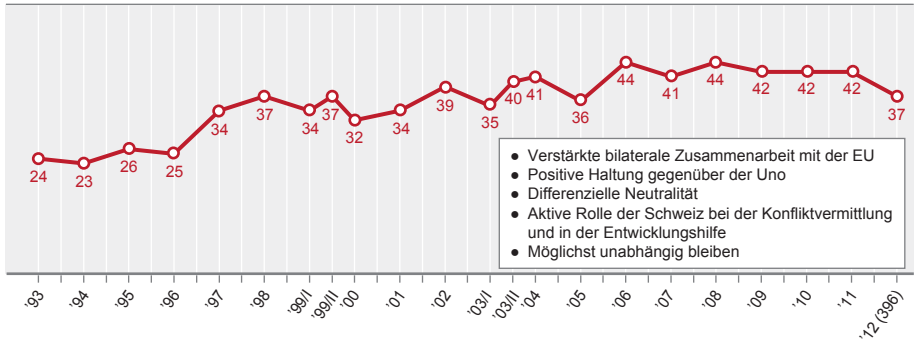
ihr festhalten. Zudem verlangen sie ein stärkeres Schweizer Engagement im Rahmen der Uno.

- **«Autonomisten» (36% der Antwortenden):** Diese nehmen eine diametral entgegengesetzte Haltung ein. Sie lehnen nicht nur den EU- und den Nato-Beitritt ab, sondern sprechen sich auch gegen ein aussenpolitisches Engagement ohne institutionelle Bindung aus. Dem bilateralen Weg mit der EU wird seit 2004 zugestimmt. Nach dem gegen ihren Willen erfolgten Beitritt zur Uno plädieren sie gegen ein stärkeres Engagement innerhalb der Weltorganisation. Neutralität bedeutet für sie nebst Selbstverständnis vor allem Schutz.
- **«Weiche Öffnungswillige» (37% der Antwortenden):** Sie sind zwischen den beiden eben geschilderten Kooperationstypen anzusiedeln. Einer aussenpolitischen Kooperation stehen sie grundsätzlich positiv gegenüber, insbesondere was die Uno betrifft. Einen EU- oder gar einen Nato-Beitritt lehnen sie allerdings ab. Ferner kann gefolgert werden, dass sich die «weichen Öffnungswilligen» eine maximale internationale Kooperation der Schweiz bei minimaler Souveränitätseinbusse wünschen. Sie bilden die Gruppe, welche die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU ohne politische Annäherung am stärksten befürwortet. Die Strategie einer vorsichtigen und behutsamen Öffnung entspricht dem bilateralen Weg der Schweiz zu Europa. Das Plädoyer für die «weiche» Öffnungsstrategie steht zugleich für eine defensive Aussenpolitik, die sich stets der Tradition der Neutralität des Landes bewusst ist. Diese soll aber im Sinne einer differenziellen Neutralität gelebt werden.

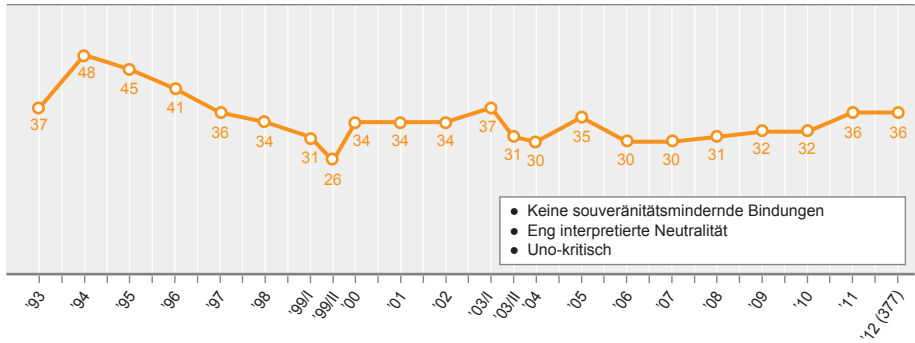
Abbildung 7.6

Die Kooperationstypen und ihre anteilmässige Veränderung 1993 bis 2012 (Angaben in Prozent)

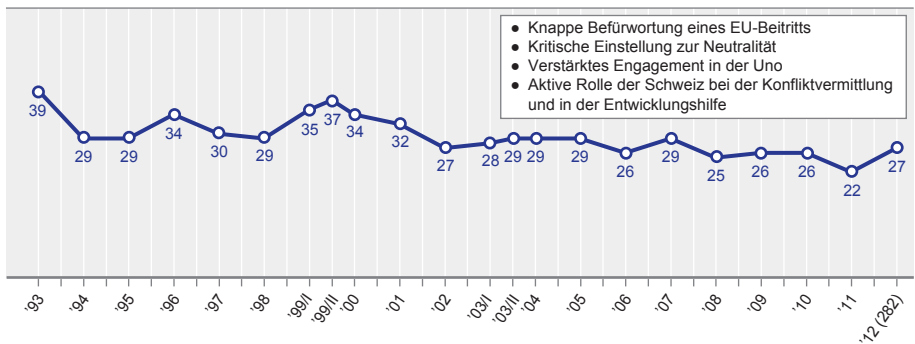
«Weiche Öffnungsbereitschaft»



«Autonomismus»



«Harte Öffnungsbereitschaft»



Bei der Zuordnung zu den unterschiedlichen Kooperationstypen zeichnen sich im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr zum Teil deutliche Veränderungen ab. Nur noch 37% (–5%; siehe Abbildung 7.6) gehören zum Typus der «weichen» Form der internationalen Kooperation, hingegen 27% (+5%) zu den «harten Öffnungswilligen». Mit 36% ($\pm 0\%$) ist der Anteil an «Autonomisten» gleich wie 2011.

Bei der Verteilung nach Typen lässt sich ein langfristiger Trend beobachten:

- Die «harten Öffnungswilligen» sind über die letzten 15 Jahre anteilmässig von einem runden Drittel auf ein knappes Viertel im Jahr 2011 geschrumpft. Dieses Jahr verzeichnet dieser Kooperationstyp jedoch einen markanten Zuwachs. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, dass das aussenpolitische Meinungsbild der «harten» und der «weichen Öffnungswilligen» 2012 ähnlicher ist als in anderen Jahren. Daher werden einige Grenzfälle nun neu dem härteren Typus zugeordnet. Die Einstellungen der beiden Gruppen von «Öffnungswilligen» haben sich nämlich in Bezug auf einen EU-Beitritt, eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU und einen aktiven Einsatz für die Anliegen der Uno einander angenähert. Detailliertere Darstellungen der unterschiedlichen Ausprägungen der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationstypen finden sich in Anhang II.
- Die «Autonomisten» erlebten ihren Höhenflug unmittelbar nach der Diskussion um den EWR-Beitritt der Schweiz in den frühen neunziger Jahren. Seit der «Trendwende» im Jahr 1999 halten sie sich stabil bei rund einem Drittel der Stimmbürgerschaft, wobei sich seit 2011 ein erneuter Aufwärtstrend abzeichnet. Erstmals seit 2005 halten sich die «Autonomisten» und die «weichen Öffnungswilligen» wieder die Waage.
- Seit Beginn der Messung im Jahr 1993 ist der Anteil der «weichen Öffnungswilligen», welcher ein Mehr an internationaler Kooperation ohne Souveränitätsminderung billigt, im Trend gestiegen. Von 2006 bis 2011 machte diese Gruppe einen Anteil von etwas mehr als 40% der Befragten aus. Dieses Jahr ist ihr Anteil nun wieder unter die 40%-Marke gesunken.

Die Zuordnung zu einem der drei Kooperationstypen variiert am stärksten mit der politischen Selbsteinschätzung ($\gamma=0.45$), der regionalen Herkunft ($CC=0.18$), dem Bildungsgrad ($\gamma=-.17$), aber auch mit einem allfälligen Migrationshintergrund ($CC=0.10$). «Autonomisten» sind überdurchschnittlich häufig bei den politisch rechts Orientierten, bei Personen mit tieferem Bildungsgrad, in der Deutschschweiz und bei Personen ohne Migrationshintergrund zu finden. «Harte Öffnungswillige» hingegen sind über dem Mittel politisch links orientierte SchweizerInnen aus

der höheren Bildungsschicht, Befragte aus der französischsprachigen Schweiz und BürgerInnen mit Migrationshintergrund. Die politische Mitte mit mittlerem Bildungsniveau stellen überdurchschnittlich viele «weiche Öffnungswillige».

Während das Alter früher eine signifikante Rolle bei der Zuordnung der Kooperationsstypen spielte, ist dieses Merkmal inzwischen nahezu bedeutungslos geworden. Auch das Einkommen und das Geschlecht haben keinen entscheidenden Einfluss.

Fazit: Wirtschaftliche, politische und militärische Unabhängigkeit ist den SchweizerInnen im Jahr 2012 sehr wichtig. Eine absolute Autonomie kann sich aber dennoch nur rund ein Drittel der StimmbürgerInnen vorstellen. Eine breite Mehrheit möchte den bisherigen bilateralen Weg mit der EU weiterverfolgen. Die Zustimmung zu einer Annäherung oder gar einem Beitritt zum europäischen Staatenverbund verharrt auf dem letztjährigen Tiefstwert – die EU-Skepsis bleibt unverändert hoch. Eine sicherheitspolitische Kooperation mit der Nato stellt nach wie vor nur für eine Minderheit eine aussenpolitische Option dar. Hingegen gewinnt die Bereitstellung von Schweizer Truppen für Uno-Friedensmissionen signifikant an Akzeptanz, bleibt aber dennoch im Vergleich zum langjährigen Mittel eher tief. Ebenfalls wünschen sich die Befragten ein intensiveres Engagement im Rahmen der Uno. Schliesslich findet auch die Befürwortung einer internationalen Kooperation ohne souveränitätsmindernde, institutionelle Bindung weiterhin eine breite Abstützung in der Stimmbevölkerung unseres Landes – insbesondere ein erhöhtes Engagement in der Entwicklungshilfe gewinnt an Zustimmung.

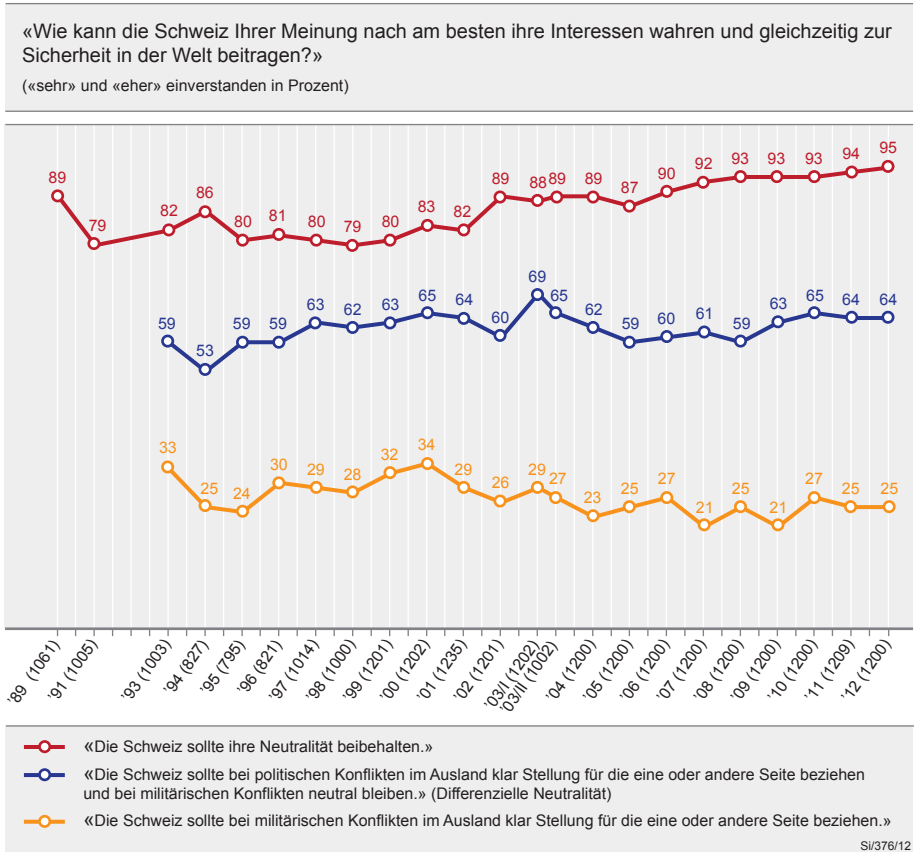
8 Neutralität

Der Neutralität als eines der Kernelemente der Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz gilt jeweils besonderes Interesse in der Studie «Sicherheit». Im ersten Teil dieses Kapitels wird deshalb die Zustimmung zum Neutralitätsprinzip und zur spezifischen Ausgestaltungsform der differenziellen Neutralität beschrieben. Der zweite Abschnitt befasst sich mit der Haltung der Schweizer Bevölkerung gegenüber den verschiedenen Funktionen der Neutralität sowohl allgemein als auch differenziert nach soziodemographischen Merkmalen. Anschliessend wird danach gefragt, inwieweit die Neutralität heute noch umgesetzt werden kann und ob sie als ein Wert an sich wahrgenommen wird. Im letzten Teil dieses Kapitels werden verschiedene Neutralitätstypen vorgestellt.

8.1 Allgemeine Zustimmung zur Neutralität

Das Prinzip der Neutralität bleibt für die SchweizerInnen unantastbar. Die Unterstützung der Neutralität durch die Schweizer Bevölkerung ist weiter gestiegen. 95% der StimmbürgerInnen heissen 2012 die Beibehaltung der Neutralität gut (+1%; siehe Abbildung 8.1). Die Beibehaltung der Neutralität wird über alle Altersgruppen, sämtlichen Bildungs- und Einkommensniveaus, in allen drei Sprachregionen sowie über das gesamte politische Spektrum und unabhängig vom Geschlecht gutgeheissen. Am stärksten variiert der Zustimmungswert mit der politischen Selbsteinstufung. Die Unterschiede scheinen sich aber im Zeitverlauf tendenziell aufzuheben. So halten im Jahr 2012 Befragte der politischen Mitte die Beibehaltung der Neutralität für ebenso wichtig wie solche, die sich politisch rechts einordnen (je 97%, Mitte +2%, rechts -1%). Bei den politisch links Eingestellten ist die Zustimmung zur Neutralität im Verlauf der Jahre gestiegen (1996 72%, 2012 89% (+3%) mit einem sprunghaften Anstieg im Jahr 2002).

Abbildung 8.1
 Verschiedene Einstellungen zur Neutralität



Ferner haben die Differenzen zwischen den Sprachregionen, den Altersgruppen und den Bildungsschichten seit 2002 stark abgenommen. Befragte aus der Deutschschweiz (96%) stimmen dem Neutralitätsprinzip häufiger zu als jene aus der Westschweiz (93%) und der Südschweiz (91%). Ebenso befürworten StimmbürgerInnen aus dem mittleren Bildungssegment (96%) und ab 60-Jährige (96%) das Neutralitätsprinzip stärker als dies jüngere Personen (92%) oder Befragte aus der oberen Bildungsschicht (93%) tun. Befragte, welche sich als fortschrittlich einstufen, lehnen die Beibehaltung der Neutralität häufiger ab (6% Ablehnung), als jene, welche sich als konservativ bezeichnen (1% Ablehnung). Werden alle genannten soziodemographischen Merkmale in einer logistischen Regressionsanalyse (vgl. Anhang I) gleichzeitig analysiert, so bleiben hinsichtlich der Frage nach der Unterstützung des Neutralitätsprinzips die Unterschiede in der Zustimmungsrate nach politischer Einstellung, Alter, Sprachregion und Bildungsniveau statistisch signifikant.

Seit der Beteiligung an UN-Wirtschaftssanktionen gegen den Irak im Jahr 1990 praktiziert die Schweiz eine differenzielle Ausgestaltung der Neutralität. Die Zustimmung zur differenziellen Neutralität wird mittels der Aussage «Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten klar Stellung beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben» erhoben. Über den gesamten Erhebungszeitraum der Trendstudie Sicherheit ist die Zustimmung zu dieser Neutralitätspraxis tiefer als zum allgemeinen Prinzip der Neutralität und liegt in diesem Jahr bei 64% ($\pm 0\%$). Eine de-facto-Aufhebung der Neutralität, die eine Stellungnahme in militärischen Konflikten für die eine oder die andere Seite nach sich ziehen würde, befürwortet einer von vier der Befragten (25%, $\pm 0\%$).

Die Breite der Zustimmung zur differenziellen Neutralität unterscheidet sich nach dem Alter und der Sprachregion der Befragten. So nimmt der Zustimmungswert mit dem Alter zu (18–29-Jährige 61%, 30–59-Jährige 62%, ab 60-Jährige 69%). Ebenso unterstützen Personen aus der italienischen Schweiz (74%) die differenzielle Neutralität häufiger als Personen aus der Deutsch- (66%) und der Westschweiz (58%). In einer logistischen Regressionsanalyse (vgl. Anhang I) zur gleichzeitigen statistischen Überprüfung der soziodemographischen Merkmale bleiben die Unterschiede zwischen den Sprachregionen und dem Alter der Befragten signifikant.

Eine de-facto-Aufgabe der Neutralität wird je nach politischer Selbsteinstufung und Einkommensklasse und in den Sprachregionen unterschiedlich stark befürwortet. Befragte, welche sich auf dem politischen Spektrum links einordnen (31%), unterstützen eine de-facto-Aufgabe etwas stärker als solche der politischen Mitte und rechts davon (23% bzw. 20%). Ebenso befürworteten StimmbürgerInnen mit hohem Einkommen (28%) eine de-facto-Aufgabe häufiger als jene mit tiefem Verdienst (23%). Diese findet ferner in der Deutschschweiz eine höhere Unterstützung (26%) als in der Westschweiz (19%, I-CH 30%).

8.2 Neutralitätsfunktionen

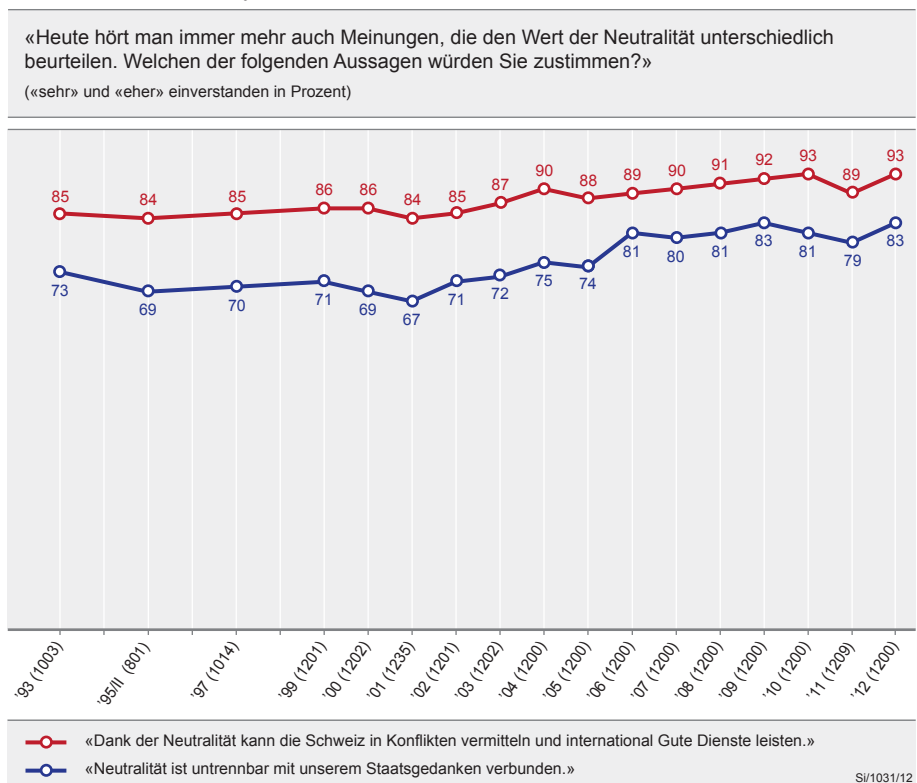
Die Schweizer Neutralität diene stets verschiedenen Zielen. StaatsrechtlerInnen sprechen daher von Neutralitätsfunktionen. Das Interesse dieser Studie gilt seit 1993 der Wahrnehmung dreier ausgewählter Funktionen der Neutralität in der Bevölkerung: der Solidaritäts-, der Identitäts- und der sicherheitspolitischen Funktion (siehe Abbildung 8.2 und 8.3).¹ Bei der Formulierung der Fragen wurde stets darauf geachtet, dass eine entsprechende Fachterminologie unter den Befragten nicht vorausgesetzt werden kann.

In der Schweizer Bevölkerung findet die Solidaritätsfunktion der Neutralität eine hohe Unterstützung. 93% (+4%) der SchweizerInnen sind der Ansicht, dass die

1 Für eine ausführliche Beschreibung der Funktionen vgl. Haltiner et al. (1993).

Schweiz dank der Neutralität «in Konflikten vermitteln und Gute Dienste leisten» könne (siehe Abbildung 8.2). Etwas weniger häufig als die Solidaritätsfunktion wird die Identitätsfunktion der Neutralität befürwortet. Vier von fünf der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die Neutralität untrennbar mit dem Staatsgedanken verbunden sei (83%, +4%). Während die Wertschätzung der Solidaritätsfunktion im Jahresverlauf erneut signifikant gestiegen ist – nachdem sie 2011 signifikant zurückging – bleibt die Zustimmung zur Identitätsfunktion 2012 konstant.

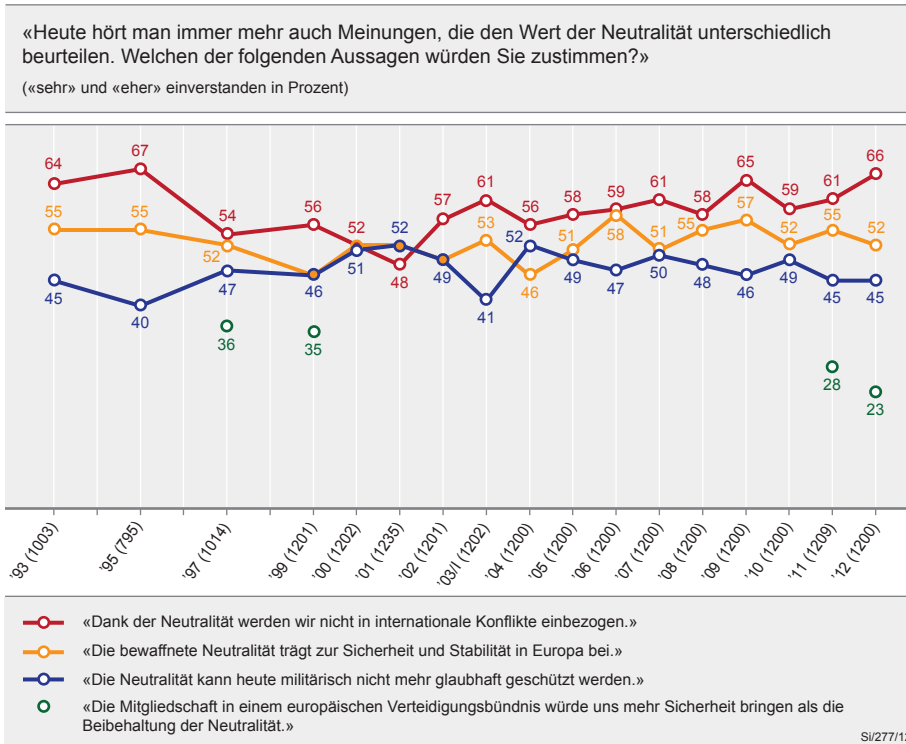
Abbildung 8.2
Solidaritäts- und Identitätsfunktion



Die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität wird ebenfalls mehrheitlich – aber deutlich schwächer als die Solidaritäts- und die Identitätsfunktion – unterstützt. 66% der Schweizer Stimmbevölkerung stimmen der Aussage zu, dass wir dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte involviert werden (siehe Abbildung 8.3). Zwei von drei der Befragten sprechen damit der Neutralität eine Schutzwirkung zu, wobei die Wertschätzung dieser Schutzwirkung im Jahresverlauf statistisch signifikant angestiegen ist (+5%). 52% (–3%) der Schweizer Stimmb-

völkerung sind zudem der Ansicht, dass der bewaffneten Neutralität eine regional stabilisierende Wirkung zukomme. So vertritt jede/jeder zweite der Befragten die Ansicht, dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitrage.

Abbildung 8.3
Sicherheitspolitische Funktion



Integraler Bestandteil des schweizerischen Neutralitätskonzepts ist die Auffassung, wonach die Schweiz im Ernstfall fähig sein muss, ihre Neutralität auch militärisch zu verteidigen. Die Schweizer Stimmbevölkerung spaltet sich an der Frage, ob die Neutralität militärisch durchsetzbar sei. 45% zweifeln die Glaubwürdigkeit an, 49% glauben an die Umsetzung der bewaffneten Neutralität (±0). Hierbei zeigt sich, dass die Einschätzung der Befragten, inwieweit die Zukunft der Schweiz von internen oder externen Faktoren abhängt, die Einstellung gegenüber der Glaubwürdigkeit der Neutralität beeinflusst. Befragte, welche glauben, dass die Zukunft der Schweiz vor allem durch die internationale Entwicklungsdynamik bestimmt werde, zweifeln die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität signifikant häufiger an (50%). Hingegen sind Befragte, welche die Zukunft der Schweiz vor allem innenpolitisch

bestimmt sehen, signifikant weniger häufig der Ansicht, dass die Neutralität heute nicht mehr militärisch glaubhaft durchgesetzt werden könne (43%).

In diesem Jahr wurde erneut erhoben, wie die Schweizer Stimmbevölkerung die Schutzwirkung einer Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis im Vergleich zur Schutzwirkung der bewaffneten Neutralität einschätzt. Die skeptische Haltung gegenüber der Schutzfunktion eines militärischen Sicherheitsbündnisses im Vergleich zu derjenigen der Neutralität hat sich im Jahresverlauf 2012 weiter verschärft (siehe Abbildung 8.3). Sprachen 1999 noch 35% der Befragten einer militärischen Sicherheitsallianz eine bessere Schutzwirkung zu als der Neutralität, ist die Zustimmung zur Schutzfunktion des militärischen Sicherheitsbündnisses zwischen Januar 2011 und Januar 2012 weiter von 28% auf 23% (−5%) statistisch signifikant gesunken.² Insgesamt wird die Neutralität als sicherheitspolitisches Instrument einem europäischen Sicherheitspakt klar vorgezogen.

8.2.1 Die Neutralitätsindikatoren im Trend 1993 bis 2012

Die Solidaritäts- und die Identitätsfunktion der Neutralität unterscheiden sich von der sicherheitspolitischen Dimension sowohl hinsichtlich der stärkeren Befürwortung als auch in Bezug auf den langfristigen Trend. Seit der erstmaligen Erhebung im Jahr 1993 verläuft der Trend in der Zustimmung zur Solidaritäts- und der Identitätsfunktion beinahe parallel zu jenem der allgemeinen Neutralität. Die Unterstützung beider Dimensionen war in den neunziger Jahren stabil, aber tendenziell weniger verbreitet als nach 2002. Im Jahr 2001 wiesen sowohl die Solidaritäts- wie auch die Identitätsfunktion die geringste Zustimmungsraten auf. Es kann vermutet werden, dass im Zusammenhang mit der veränderten internationalen Sicherheitslage nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 die Befürwortung dieser beiden Funktionen ab 2002 wieder zunahm. Die Zustimmungsraten zur Solidaritätsfunktion stieg zwischen 2001 und 2012 um neun, die der Identitätsfunktion gar um 16 Prozentpunkte an. Beide Funktionen erreichten 2012 die höchste in dieser Trendstudie gemessene Unterstützung. Ebenso hohe Zustimmungsraten erhielten die Solidaritätsfunktion nur im Jahr 2010 sowie die Identitätsfunktion im Jahr 2008.

Analog zur Entwicklung der Befürwortung der Solidaritäts- und der Identitätsdimension markierte der 11. September 2001 eine Trendwende in der Haltung der Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität. Es scheint, dass mit der veränderten Bedrohungswahrnehmung nach den Anschlägen die früheren Zweifel verfliegen und erneut dem Glauben an einen

² Dies entspricht dem Trend einer abnehmenden Skepsis gegenüber der sicherheitspolitischen Schutzwirkung der Neutralität (siehe Abschnitt 8.2.1).

«Schutz durch Neutralität» Platz machten. Bis 2008 liess sich der langjährige Trend beobachten, dass mit einer Intensivierung der Bedrohungswahrnehmung in der Regel die Befürwortung der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität steigt. Die im langjährigen Vergleich düstere Wahrnehmung der weltpolitischen Lage setzt sich auch 2012 konstant fort. Die drei Indikatoren der sicherheitspolitischen Funktion haben sich jedoch im Jahresverlauf unterschiedlich entwickelt. Während in diesem Jahr wieder mehr Befragte der Auffassung sind, dass die Neutralität die Schweiz vor zwischenstaatlichen Konflikten bewahre, hat sich die Einstellung zur Aussage, dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitrage, nicht verändert. Der Anteil der Schweizer Stimmbevölkerung, welcher der Ansicht ist, dass die Neutralität nicht mehr glaubhaft geschützt werden könne, ist über den Jahresverlauf ebenfalls konstant geblieben. Die Einschätzung der weltpolitischen Lage und die Einstellungen gegenüber den drei Indikatoren der sicherheitspolitischen Schutzfunktion der Neutralität korrelieren 2012 nicht. Damit kann auch in diesem Jahr der bis 2008 zu beobachtende Trend eines Zusammenhangs zwischen der Bedrohungswahrnehmung und der Befürwortung der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität nicht mehr bestätigt werden.

8.2.2 Differenzen im Zustimmungsggrad nach soziodemographischen Merkmalen

Eine multiple logistische Regressionsanalyse (siehe dazu Anhang I, Kapitel VI) mit allen im Rahmen dieser Studie erhobenen soziodemographischen Variablen³ zeigt, dass politisch links Stehende den Neutralitätsfunktionen gegenüber skeptischer eingestellt sind als jene der politischen Mitte oder rechts davon. Allerdings kann im Zeitverlauf eine Annäherung der politischen Lager beobachtet werden. Dennoch zeigen sich auch 2012 Differenzen zwischen den sich politisch links Einstufenden und jenen der politischen Mitte und rechts davon. So unterscheidet sich die Haltung der politisch links Eingestellten vor allem durch die unterdurchschnittliche Zustimmungsrates zur Identitätsfunktion (76%, Durchschnitt 83%), zur sicherheitspolitischen Schutzwirkung (55%, Durchschnitt 66%), zur stabilisierenden Wirkung (40%, Durchschnitt 52%) sowie zur Glaubwürdigkeit der Neutralität (43%, Durchschnitt 49%), wobei die Zustimmung der politisch links Stehenden zur Glaubwürdigkeit der Neutralität im Jahresverlauf signifikant angestiegen ist (+11%). Im Gegensatz dazu divergiert die Einschätzung der Solidaritätsfunktion seit 2003 nicht mehr nach politischer Selbsteinstufung.

3 Dies sind das Alter, das Einkommens- und Bildungsniveau, die politische Selbsteinstufung auf den Spektren rechts-links und fortschrittlich-konservativ, die Sprachregion und das Geschlecht.

Der Zustimmungsgrad zur Solidaritätsfunktion steigt mit zunehmendem Alter: Die Überzeugung, dass die Schweiz aufgrund ihrer Neutralität für die Schlichtung von Konflikten und als internationale Vermittlerin prädestiniert sei, wird von den ab 60-Jährigen (95%) häufiger geteilt als von Jüngeren (18–29-Jährige 91%, 30–59-Jährige 92%). Eine zustimmende Haltung gegenüber der Identitätsfunktion der Neutralität ist bei den 30–59-Jährigen (82%) weniger häufig verbreitet als bei der jüngsten Altersgruppe (85%) sowie bei den ab 60-Jährigen (85%). Fiel 2011 die Befürwortung dieser Neutralitätsdimension unter den 18–29-Jährigen noch geringer aus als bei den ab 30-Jährigen, kann vermutet werden, dass hier weniger das Alter als der Kohorteneffekt⁴ eine Rolle spielt. Insgesamt scheinen sich die Differenzen in der Einstellung gegenüber der Solidaritätsfunktion zwischen den verschiedenen Alterskategorien jedoch verringert zu haben. Regionale Unterschiede können kaum beobachtet werden. Einzig die Schutzfunktion der Neutralität wird von der Deutschschweiz (69%) und der italienischen Schweiz (81%) stärker gutgeheissen als von der Westschweiz (54%). Seit 2011 wird diese Funktion der Neutralität auch von den WestschweizerInnen mehrheitlich befürwortet. Neben den regionalen Differenzen wird die Schutzwirkung der Neutralität zudem je nach Bildungsgrad unterschiedlich gutgeheissen. Befragte mit einem mittleren Bildungsabschluss befürworteten die Schutzfunktion der Neutralität überdurchschnittlich stark (70%), jene aus dem tiefen Bildungssegment stimmen der Solidaritätsfunktion der Neutralität nur unterdurchschnittlich zu (87%). Das Einkommensniveau beeinflusst einzig die Einstellung gegenüber der regional stabilisierenden Wirkung der bewaffneten Neutralität. StimmbürgerInnen mit einem tiefen Einkommen (58%) glauben häufiger an die stabilisierende Wirkung der Neutralität als Befragte mit mittlerem und hohem Einkommen (50% bzw. 48%).

8.3 Neutralität und internationale Verflechtung, Neutralität als finaler Wert

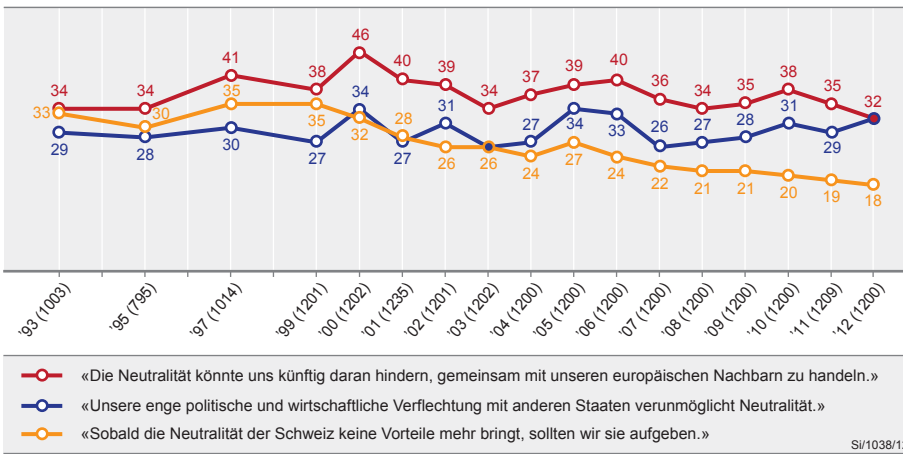
Neben der Einstellung der Schweizer Stimmbevölkerung zur Neutralität im Allgemeinen sowie zu deren spezifischen Ausgestaltungsformen wird in dieser Studienreihe erhoben, inwieweit die Neutralität als Instrument der Aussenpolitik angesichts der heutigen internationalen Verflechtung noch umgesetzt werden kann und ob ihr die Bevölkerung einen finalen Charakter, das heisst einen Wert an sich, zuschreibt.

4 Eine Kohorte ist eine Gruppe in der Bevölkerung, welche sich durch eine zeitlich gemeinsame und längerfristig prägende Erfahrung definiert.

Es stellt sich die Frage, inwieweit die zunehmende Verflechtung der Aussen- und der Wirtschaftspolitik in der heutigen Zeit zu einem Hindernis in der Umsetzung der Neutralität werden könnte.⁵ Dass «unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten» Neutralität verunmögliche, vertreten jedoch nur 32% der Befragten (+3%; siehe Abbildung 8.4). Auf der anderen Seite könnte die Neutralität jedoch auch zu einem Hindernis werden, wenn angesichts der zunehmenden Globalisierung aussen- und wirtschaftspolitische Problemlösungen internationale Kooperationen erfordern. Eine/Einer von drei Befragten glaubt, dass Neutralität uns künftig daran hindern könnte, «gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln» (32%, -3%). Trotz der zunehmenden internationalen Verflechtung der Schweiz sieht demzufolge die Mehrheit der Bevölkerung weder ein Hindernis in der Umsetzung der Neutralität noch eine Einschränkung der aussenpolitischen Handlungsfähigkeit durch die Neutralität. Beide Einstellungen zeigen keine signifikanten Differenzen gegenüber dem Vorjahr.

Abbildung 8.4
Neutralität und internationale Verflechtung, Neutralität als finaler Wert

«Heute hört man immer mehr Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»
(«sehr» und «eher» einverstanden in Prozent)



5 Der Neutralität wird auch eine wirtschaftspolitische Funktion zugesprochen. Die Neutralität erlaubt es der Schweiz, mit allen Staaten wirtschaftliche Beziehungen aufrechtzuerhalten.

Für die Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung ist die Neutralität mit der globalisierten Welt vereinbar. Dennoch sollte vermerkt werden, dass trotz der mit 95% sehr hohen allgemeinen Zustimmung zur Neutralität 32% der Schweizer Bevölkerung die Umsetzung des Neutralitätsprinzips heutzutage anzweifeln. Diese kognitive Dissonanz spiegelt sich darin wider, dass ein Teil der Bevölkerung «Ja» zum Neutralitätsprinzip sagt und gleichzeitig dessen Durchsetzung anzweifelt.

Inwieweit die Schweizer Bevölkerung der Neutralität auch eine finale Geltung zuspricht, wird mittels der Aussage «Sobald die Neutralität für die Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben» erfragt. Die Forderung, dass die Neutralität lediglich als Instrument der Aussenpolitik wahrgenommen wird, wird von einer Minderheit von 18% (–1%) der Befragten befürwortet und verbleibt damit auf dem Tiefpunkt der Datenerhebung. Die Schweizer Stimmbevölkerung interpretiert die Staatsmaxime somit auch 2012 überwiegend final. Diese Entwicklung zeigt sich ebenfalls in der hohen Befürwortung der Identitätsfunktion der Neutralität.

8.4 Neutralitätsauffassungen – eine Typologie

Wie im Falle der aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft lassen sich mit Hilfe einer Typenbildung (Clusteranalyse, vgl. Anhang I) die verschiedenen Auffassungen von Neutralität besser differenzieren und im Trendverlauf analysieren (siehe Abbildung B in Anhang II). Eine befriedigende Lösung zur Erklärung der Varianz bildet eine Vier-Cluster-Variante. Ihr lassen sich von 1200 Befragten 1045 eindeutig zuordnen.⁶

Die vier Neutralitätstypen können wie folgt charakterisiert werden:

- **«Neutralitätsdissonante» (33% der Antwortenden):** Personen dieses Typus zeichnen sich durch eine widersprüchliche Haltung gegenüber Neutralitätsfragen aus. So stimmen Personen dieses Typus einerseits allen drei Funktionen der Neutralität mehrheitlich zu. Besonders hohe Zustimmung erhalten die Solidaritätsfunktion und die Identitätsfunktion (siehe Abbildung B in Anhang II). Dass die Neutralität die Schweiz vor internationalen Konflikten verschone und eine positive Wirkung auf die europäische Sicherheit und Stabilität ausübe, wird ebenfalls von einer Mehrheit befürwortet. Andererseits beurteilen «Neutralitätsdissonante» die Umsetzbarkeit der Neutralität kritisch. Sie halten die Neutralität für militärisch nicht mehr glaubhaft durchsetzbar und sind der Ansicht, dass die Neutralität die Schweiz vom gemeinsamen Handeln mit den

6 155 Befragte lassen sich keinem Neutralitätstypus zuordnen.

europäischen Nachbarn abhalten könne und die internationale Zusammenarbeit verunmögliche. Dennoch sind Personen dieses Neutralitätstyps nicht bereit, auf die Neutralität zu verzichten, selbst wenn klar feststünde, dass diese der Schweiz keine Vorteile mehr brächte. In dieser widersprüchlichen Haltung manifestiert sich ein erhebliches Mass an Verunsicherung. Personen dieser Auffassungsrichtung sehen die möglichen zunehmenden Hindernisse für die schweizerische Neutralität, möchten aber subjektiv und emotional trotzdem an ihr festhalten. Entweder sind sie sich ihrer widersprüchlichen Haltung und ihrer kognitiven Dissonanz bewusst oder sie realisieren ihre gegensätzliche Einstellung gar nicht, sind tendenziell apolitisch und haben sich noch kaum eingehend mit Fragen der Neutralität auseinandergesetzt. Anteilsmässig macht die Gruppe der «Neutralitätsdissonanten» im Zeitraum von 1993 bis 2012 zwischen 20% und 33% aus (siehe Abbildung 8.5). Dieser Anteil liegt 2012 im Vergleich zum Vorjahr konstant bei 33% ($\pm 0\%$).

- **«Neutralitätspragmatiker» (27%):** Befragte, die sich diesem Typus zuordnen lassen, stimmen der Solidaritäts- und der Identitätsfunktion, nicht aber der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität zu (siehe Abbildung B in Anhang II). Sie sind weder der Ansicht, dass die Schweiz dank ihrer Neutralität vor Konflikten verschont bleibe, noch, dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen könne. Diese Meinung teilen sie mit den «Neutralitätskritikern». Ob die Neutralität heute militärisch noch glaubhaft geschützt werden könne, ist für sie unklar. Im Gegensatz zu den «Neutralitätskritikern» sehen «Neutralitätspragmatiker» die Neutralität jedoch nicht rein nutzenorientiert als Instrument der Aussenpolitik. So würden sie diese selbst dann nicht aufgeben, wenn sie der Schweiz keinen Nutzen mehr brächte. Zudem glauben sie weder, dass die Neutralität die Schweiz am gemeinsamen Handeln mit ihren europäischen Nachbarn hindern könne noch, dass die internationale Verflechtung der Schweiz Neutralität verunmögliche. Der Anteil an «Neutralitätspragmatikern» bewegt sich im Beobachtungszeitraum von 1993 bis 2012 zwischen 20% und 33%. 2012 können 27% (-3%) der Befragten zu ihnen gezählt werden.
- **«Neutralitätstraditionalisten» (23%):** Befragte, die eine traditionalistische Neutralitätsauffassung haben, beurteilen die Neutralität konträr zu den «Neutralitätskritikern». Sie stimmen der Solidaritäts- und Identitätsfunktion wie auch der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität überaus deutlich zu und lehnen ganz klar jegliche kritische Beurteilung der Neutralität ab (siehe Abbildung B in Anhang II). Vor allem die Solidaritäts- und die Identitätsfunktionen werden als sehr bedeutend bewertet. Der Glaube an die der Neutralität zu verdankenden

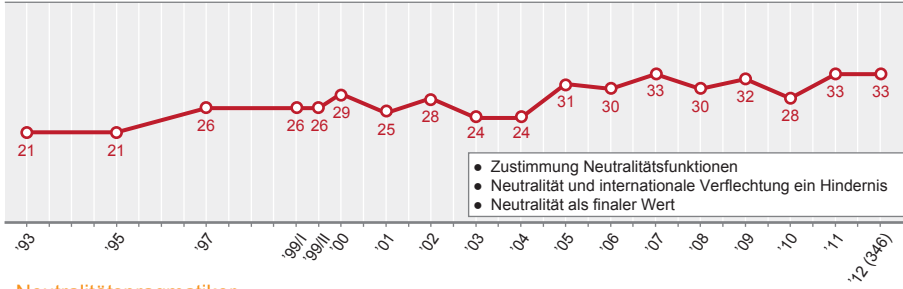
Gelegenheiten für Gute Dienste im internationalen Umfeld ist ungebrochen. «Neutralitätstraditionalisten» lehnen deutlich sowohl die Vorgabe ab, dass die Schweizer Neutralität ein Hindernis für gemeinsames Handeln mit anderen europäischen Staaten darstelle als auch, dass die zunehmende internationale Verflechtung Neutralität verunmögliche. Eine rein instrumentelle Betrachtung der Neutralität weisen sie deutlich zurück. Auch wenn die Neutralität keine Vorteile mehr bringen sollte, so würden «Neutralitätstraditionalisten» diese nicht aufgeben. Der Neutralität wird eine hohe symbolische Wirkung zugeschrieben und sie wird normativ zum Selbstzweck erhoben. Sie ist aus Sicht der «Neutralitätstraditionalisten» eng mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden. Seit 1993 ist der Anteil an «Neutralitätstraditionalisten» tendenziell von 48% zu Beginn der Erhebung auf 21% im Vorjahr gesunken. In diesem Jahr können 23% (+2%) den «Neutralitätstraditionalisten» zugeordnet werden.

- **«Neutralitätskritiker» (18%):** Personen dieses Neutralitätstypus glauben einzig an die Solidaritätsfunktion; und dies nicht sehr ausgeprägt. Die Identitätsfunktion wie auch die sicherheitspolitische Funktion lehnen sie deutlich ab (vgl. Abbildung B in Anhang II). «Neutralitätskritiker» bezweifeln die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität, die ihrer Meinung nach nicht zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen kann. Zudem glauben sie nicht, dass die Schweiz dank ihrer Neutralität vor Konflikten verschont bleibe. Eine nutzenorientierte Bewertung der Neutralität heissen sie knapp gut, das heisst, die Maxime soll dann aufgegeben werden, wenn sie keine Vorteile mehr bringt. Sie meinen – wenn auch nur knapp mehrheitlich –, dass die enge internationale Verflechtung der Schweiz Neutralität verunmögliche beziehungsweise dass die Neutralität die Schweiz am gemeinsamen Handeln mit anderen europäischen Staaten hindere. «Neutralitätskritiker» halten die schweizerische Neutralität offensichtlich für ein national-egoistisches Konzept, das die Schweiz daran hindere, ihre internationale Mitverantwortung wahrzunehmen. Es lässt sich folgern, dass aus ihrer Sicht die Neutralität den heutigen politischen Gegebenheiten, insbesondere der internationalen Verflechtung der Schweiz und den sich daraus ergebenden Forderungen nach kooperativem Handeln, nicht mehr entspricht. Der Typus «Neutralitätskritiker» bewegt sich anteilmässig im Beobachtungszeitraum 1993 bis 2012 zwischen 11% und 19%. 2012 beträgt sein Anteil an den Neutralitätstypen 18% (+2%) aller typologisierten Befragten.

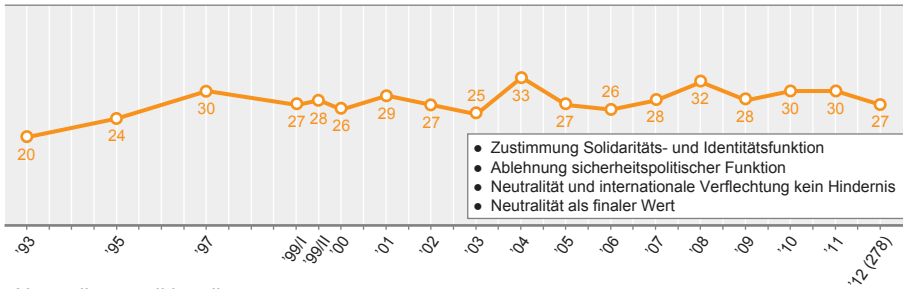
Abbildung 8.5

Die Neutralitätstypen und ihre anteilmässigen Veränderungen von 1993 bis 2012 (in Prozent)

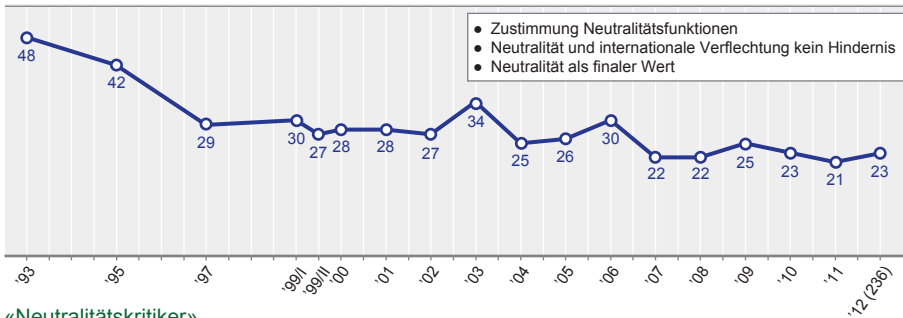
«Neutralitätsdissonante»



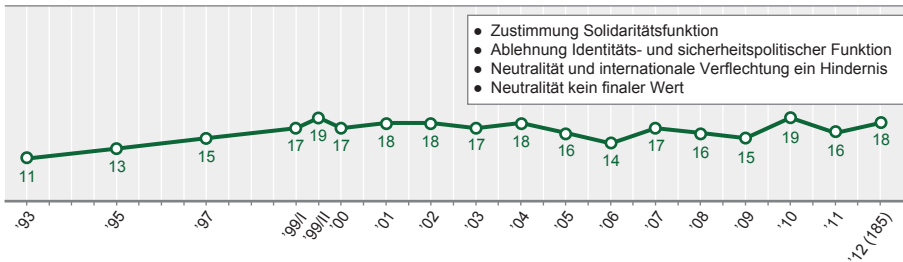
«Neutralitätspragmatiker»



«Neutralitätstraditionalisten»



«Neutralitätskritiker»



Die Verteilung der Neutralitätstypen hat sich im Jahresverlauf nicht verändert. Die «Neutralitätstraditionalisten» und die «Neutralitätsdissonanten» bilden auch 2012 die beiden grössten Gruppen. Die «Neutralitätsdissonanten», welche zu einer widersprüchlichen Neutralitätsauffassung tendieren, haben über den Zeitverlauf zugenommen. Konnte Anfang der neunziger Jahre gut jede/jeder Fünfte diesem Typus zugeordnet werden, ist seit 2005 jede/jeder Dritte gegenüber der Neutralität dissonant eingestellt. Der Anteil an «Neutralitätspragmatikern», welche die Neutralität eher nüchtern nach Kosten-Nutzen Kriterien beurteilen, folgt einem leichten Abwärtstrend. Im Gegensatz dazu unterliegt die Gruppe der «Neutralitätstraditionalisten», welche vor allem die positiven Aspekte der Neutralität betont, 2012 einem Aufwärtstrend, nachdem dieser Neutralitätstyp seit Beginn der Erhebung im Jahr 1993 quasi kontinuierlich – mit Ausnahme der Jahre 2003 und 2006 – gesunken war. Der anteilmässig kleinste Typus – und dies seit Beginn der Erhebung – wird von den «Neutralitätskritikern» gestellt.

8.4.1 Die Neutralitätsauffassungen nach soziodemographischen Merkmalen

Befragte, welche sich politisch links positionieren, finden sich häufiger als der Schnitt innerhalb des Typus der «Neutralitätskritiker» (32%) und seltener innerhalb der «Neutralitätsdissonanten» (26%), währenddessen die politisch rechts Orientierten überdurchschnittlich oft eine traditionalistische Auffassung von Neutralität vertreten (29%). Personen, die in der politischen Mitte angesiedelt sind, lassen sich keinem der vier Neutralitätstypen eindeutig zuordnen. SchweizerInnen, welche sich als sehr konservativ bezeichnen, teilen häufiger als der Schnitt eine traditionalistische Sichtweise (35%) und unterdurchschnittlich eine kritische Auffassung (7%) der Neutralität. Sich als «sehr» fortschrittlich Einstufende hingegen sind überdurchschnittlich häufig in der Gruppe der «Neutralitätsdissonanten» (39%) sowie unter dem Schnitt innerhalb der Gruppe der «Neutralitätspragmatiker» (16%) vertreten. Auch 2012 teilen Personen mit einem höheren Bildungsabschluss überdurchschnittlich häufig eine neutralitätskritische Auffassung (23%). Waren 2011 Befragte mit tieferem Bildungsabschluss nicht mehr eindeutig einem Typus zuzuordnen, finden sich in diesem Jahr Personen aus dem unteren Bildungssegment erneut häufiger in der Gruppe der «Neutralitätsdissonanten» (50%).

18–29-Jährige vertreten überdurchschnittlich häufig eine dissonante (44%) und 30–59-Jährige eine pragmatische Sichtweise (31%). Ab 60-Jährige teilen häufiger diejenige der «Neutralitätstraditionalisten» (27%). Hinsichtlich der Sprachregion unterscheidet sich die Verteilung der vier Neutralitätstypen nicht. Befragte mit

niedrigem Einkommen teilen im Schnitt häufiger eine dissonante (39%) und unterdurchschnittlich eine pragmatische Neutralitätssichtweise (23%).

Die Schweizer Neutralitätspolitik erklärt sich unter anderem durch ihr Bestreben nach Autonomie. Demzufolge dürften sich die drei Meinungstypen der internationalen Kooperation – die «Autonomisten», die «weichen» und «harten Öffnungsorientierten» – in ihrer Einstellung zur Neutralität stark unterscheiden. Auch dieses Jahr bestätigt sich die Tendenz, wonach eine grosse Öffnungsbereitschaft mit einer traditionalistischen Neutralitätsauffassung unvereinbar ist. Nur 9% der «harten Kooperationswilligen» teilen eine traditionalistische Neutralitätssicht, während 40% neutralitätskritisch eingestellt sind. Wie im Vorjahr lassen sich auch in diesem Jahr die «Autonomisten» und die «weichen Öffnungsorientierten» keinem Neutralitätstypus eindeutig zuordnen.

Fazit: Das Neutralitätsprinzip ist und bleibt in der Schweizer Bevölkerung unbestritten. Grosse Teile der Schweizer StimmbürgerInnen sehen in der Schweizer Neutralität weniger ein Instrument der Aussenpolitik als ein Wert an sich. Dies manifestiert sich auch darin, dass eine kritische Beurteilung der Chancen und Grenzen der schweizerischen Neutralitätspolitik im Kontext einer globalisierten Welt kaum stattfindet. Der solidarische Gedanke der Neutralität findet weiterhin eine überaus breite Unterstützung. Das kollektiv identitätsstiftende Element der Neutralität beeinflusst am stärksten und die sicherheitspolitische Funktion am schwächsten die Einstellung der Schweizer Bevölkerung gegenüber dem Neutralitätsprinzip. Der Anstieg des Glaubens an die drei Neutralitätsfunktionen bei einem abnehmenden Rückhalt der regional stabilisierenden Wirkung der Neutralität steht mit dem verstärkten Bestreben nach nationaler Unabhängigkeit im Einklang (vgl. Kapitel 7). Dennoch – auch wenn das Neutralitätsprinzip in der Schweizer Bevölkerung fest verankert ist – überwiegen dissonante und pragmatische Neutralitätssichtweisen gegenüber traditionalistischen.

9 Strategische Kultur

Erstmals wurde im Rahmen dieser Trendstudie erhoben, inwieweit verschiedene Aspekte der Strategischen Kultur in der Schweizer Bevölkerung verankert sind. Eine Betrachtung der verschiedenen Dimensionen der Strategischen Kultur und deren Grad der Verankerung in der Bevölkerung vermag Aufschluss über die Grenzen und Möglichkeiten sicherheitspolitischen Handels zu geben. Im ersten Teil dieses Kapitels wird allgemein der Zustimmungsgrad zu einzelnen Aspekten der Strategischen Kultur behandelt. Der zweite Teil befasst sich mit den soziodemographischen Differenzen in der Verankerung der einzelnen Dimensionen in der Schweizer Bevölkerung.

Die Strategische Kultur eines Landes ist ein in sich geschlossenes Ideengebäude, welches von den Mitgliedern einer Gesellschaft geteilt wird. Sie strukturiert und begrenzt die Handlungsoptionen, welche von der Bevölkerung als legitim angesehen werden. Die Strategische Kultur definiert, welche sicherheitspolitischen Handlungsalternativen als gesellschaftlich akzeptierte Entscheidungsmöglichkeiten angesehen werden. Sie formt damit die grundlegende sicherheitspolitische Ausrichtung eines Landes (Biehl, Fiebig, Giegerich, Jacobs & Jonas, 2011). Träger der Strategischen Kultur sind die politischen Eliten, dennoch müssen auch Präferenzen und Einstellungen der Bevölkerung berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere in demokratischen Systemen wie der Schweiz mit den durch die Wahlen und Abstimmungen regelmässig stattfindenden Rückkoppelungen der politischen Entscheidungen an die Präferenzen der BürgerInnen.

Die Strategische Kultur eines Landes setzt sich aus verschiedenen Aspekten zusammen und lässt sich somit nicht mittels einer Einzelfrage erfassen. Stattdessen wurden den Befragten Aussagen zu den unterschiedlichen Dimensionen der Strategischen Kultur vorgetragen. Um tief verankerte Überzeugungen und nicht kurzfristige Ansichten zu einem bestimmten Sachverhalt erfassen zu können, wurden die Befragten gebeten, sich eine fiktive Person vorzustellen, welche verschiedene Aussagen macht. Bei jeder Aussage wurden sie gebeten, auf einer Skala von 1 bis 10 anzugeben, ob sie dieser Person ähnlich sind oder nicht. Ziel dieser Erhebungsart ist es zu erfassen, inwieweit die Befragten ihre Überzeugung mit der fiktiven Person teilen.

9.1 Die Strategische Kultur der Schweiz

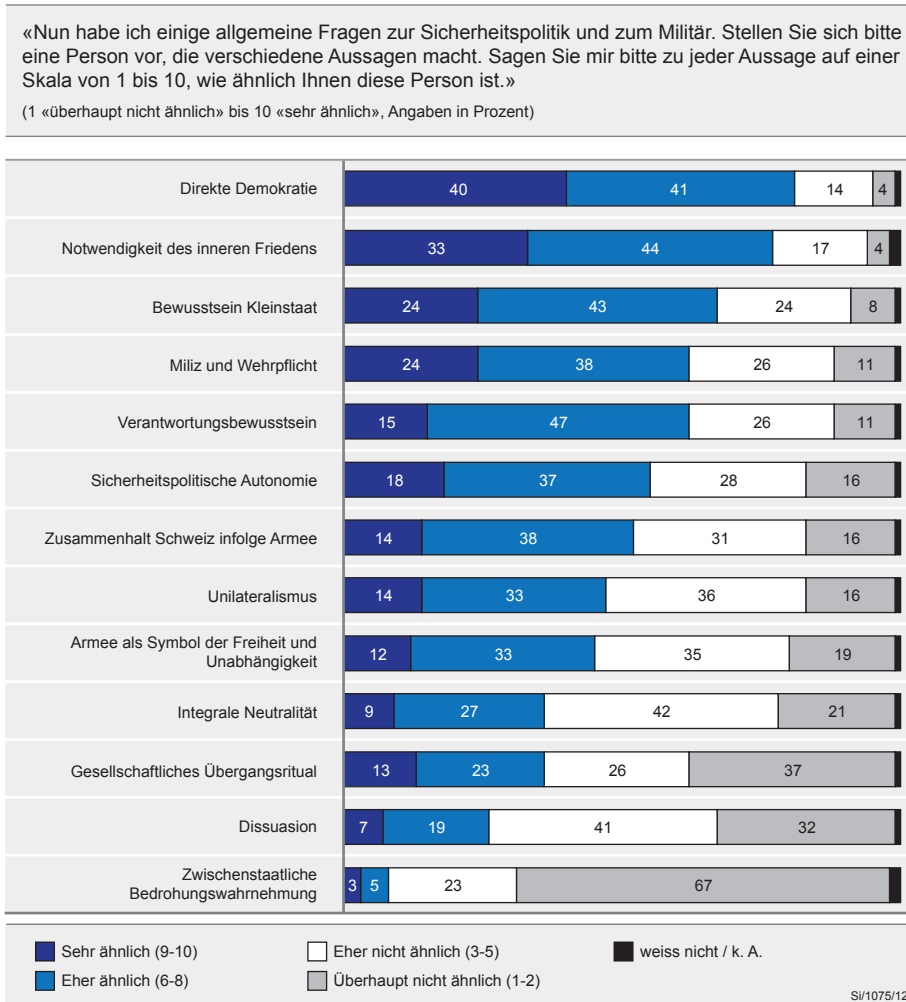
Hinsichtlich der Verankerung der verschiedenen Überzeugungen kann zwischen Auffassungen, welche von einer Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung geteilt werden, solchen, welche die Schweizer Bevölkerung spalten, und Überzeugungen, die keine Mehrheit finden, unterschieden werden.

Zu den Überzeugungen, welche grossmehrheitlich von der Bevölkerung geteilt werden, gehört das Prinzip der Neutralität, welches von 95% der Schweizer Bevölkerung befürwortet wird (vgl. Kapitel 8). Die Erhebungen der Einstellungen der Schweizer Bevölkerung zur Neutralität im Rahmen dieser Studie führen auf, dass die Neutralität nicht nur als Handlungsoption der Schweiz empfunden wird, sondern vielmehr einem tief in der Bevölkerung verankertem Wert entspricht. Eine integrale Neutralitätsinterpretation, wie sie in der Nachkriegszeit vertreten wurde, findet jedoch keine Mehrheitsunterstützung in der Schweizer Bevölkerung. So teilen nur 36% der Befragten die Auffassung, es sei wichtig, «dass wir auf das Geschehen in der Weltpolitik keinen Einfluss nehmen» (siehe Abbildung 9.1). Stattdessen befürwortet eine Mehrheit von 64% der Schweizer Bevölkerung eine differenzielle Neutralitätsauffassung, welche die Neutralität auf militärische Auseinandersetzungen beschränkt sieht und Wirtschaftssanktionen als mit dem Neutralitätsprinzip vereinbar sieht (siehe Abschnitt 8.1).

Die Auffassung, wonach direktdemokratische Prinzipien auch in Bezug auf sicherheitspolitische Fragen relevant sind, wird ebenfalls mehrheitlich von der Bevölkerung geteilt. 81% der Befragten vertreten die Überzeugung, es sei sehr wichtig, «...dass das Schweizer Volk auch bei Militärfragen das letzte Wort» habe, wobei sich 40% der Befragten der fiktiven Person «sehr» ähnlich sehen.

In Bezug auf die Verteidigung nationaler Interessen gegenüber anderen Staaten ist die Auffassung der Notwendigkeit des inneren Friedens sowie das Bewusstsein, ein Kleinstaat zu sein, mehrheitlich in der Schweizer Bevölkerung verankert. 77% können sich mit der Aussage identifizieren, dass wir uns nur gegen aussen verteidigen können, «wenn wir alle am gleichen Strick ziehen.» Zwei von drei Befragten teilen die Überzeugung, dass wir als Kleinstaat «unsere Interessen besonders stark gegenüber den grossen Ländern verteidigen» müssen (67%). Das Milizsystem als Organisationsform der Schweizer Gesellschaft wird mit der Aussage «Ich finde es sehr wichtig, dass die Verteidigung von unserem Land eine Bürgerpflicht ist» erfasst. 62% der Schweizer Bevölkerung teilen diese Auffassung. Ebenso sind 62% der Befragten der Überzeugung, dass der Militärdienst das Verantwortungsbewusstsein der Dienstleistenden für die Schweiz fördere.

Abbildung 9.1
Strategische Kultur der Schweiz¹



1 Die verschiedenen Dimensionen der Strategischen Kultur der Schweiz wurden mit den folgenden Aussagen erhoben: Direkte Demokratie: «Ich finde es sehr wichtig, dass das Schweizer Volk auch bei Militärfragen das letzte Wort hat»; Notwendigkeit des inneren Friedens: «Wir können uns nur gegen aussen verteidigen, wenn wir alle am gleichen Strick ziehen»; Bewusstsein Kleinstaat: «Weil wir ein kleines Land sind, müssen wir unsere Interessen besonders stark gegenüber den grossen Ländern verteidigen»; Miliz und Wehrpflicht: «Ich finde es sehr wichtig, dass die Verteidigung von unserem Land eine Bürgerpflicht ist»; Verantwortungsbewusstsein: «Der Militärdienst fördert bei den Soldaten das Verantwortungsbewusstsein für die Schweiz»; Sicherheitspolitische Autonomie: «Ich finde es sehr wichtig, dass die Schweizer Armee uns alleine und ohne Hilfe von aussen verteidigen kann»; Zusammenhalt Schweiz infolge Armee: «Die Armee dient dem Zusammenhalt unserer vielsprachigen Schweiz»; Unilateralismus: «Ich finde es sehr wichtig, dass wir uns zum Schutz unseres Landes nur auf uns selbst verlassen».

Armee als Symbol der Freiheit und Unabhängigkeit: «Die Armee verkörpert die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz»; Neutralität: «Ich finde es sehr wichtig, dass wir auf das Geschehen in der Weltpolitik keinen Einfluss nehmen»; Gesellschaftliches Übergangsritual: «Erst in der Rekrutenschule werden Männer zu richtigen Männern»; Dissuasion: «Dank der Schweizer Armee wird die Schweiz nicht von anderen Staaten angegriffen»; Zwischenstaatliche Bedrohungswahrnehmung: «Ich halte es für wahrscheinlich, dass in den nächsten 10 Jahren die Schweiz von einem anderen Staat angegriffen wird».

Eine knappe Mehrheit von 55% identifiziert sich mit der Aussage der fiktiven Person, es sei sehr wichtig, «dass die Schweizer Armee uns alleine und ohne Hilfe von aussen verteidigen kann» und teilt damit die Überzeugung, dass die Schweiz sicherheitspolitisch autonom sein solle.

Zu den Auffassungen, welche die Schweizer Bevölkerung spalten,² gehört die Überzeugung, dass die Schweiz eine unilaterale Handlungsmaxime vertreten soll. Die Auffassung, es sei sehr wichtig, «dass wir uns zum Schutz unseres Landes nur auf uns selbst verlassen», wird von einer Minderheit von 47% geteilt. 52% können sich mit der Aussage der fiktiven Person nicht identifizieren. Ebenfalls spaltet sich die Schweizer Bevölkerung an der Überzeugung, wonach die Armee dem Zusammenhalt der vielsprachigen Schweiz diene (45% «ähnlich» bzw. 54% «nicht ähnlich»).

Keine Mehrheit in der Schweizer Bevölkerung lässt sich hinsichtlich der Rekrutenschule als gesellschaftliches Übergangsritual (36%) und der Dissuasionsfunktion der Armee (26%) finden. Der bescheidene gesellschaftliche Rückhalt der militärischen Abschreckungsfunktion muss auch unter dem Blickwinkel der geringen Bedrohungswahrnehmung eines zwischenstaatlichen Krieges gesehen werden. Lediglich 8% sind der Überzeugung, dass es wahrscheinlich ist, «dass in den nächsten 10 Jahren die Schweiz von einem anderen Staat angegriffen wird».

9.2 Überzeugungen der Strategischen Kultur nach soziodemographischen Merkmalen

Inwiefern soziodemographische Merkmale die Verbreitung der Überzeugungen beeinflussen, kann mittels einer logistischen Regressionsanalyse erfasst werden. Es fällt auf, dass mit Ausnahme der Sprachregion sämtliche der in dieser Studie aufgeführten soziodemographischen Variablen wie das Alter, das Bildungs- und Einkommensniveau oder die politische Orientierung keinen Einfluss auf die Überzeugung haben, «dass das Schweizer Volk auch bei Militärfragen das letzte Wort hat».

2 Zu den Überzeugungen, welche die Bevölkerung spalten, zählen Auffassungen, deren Grad der Zustimmung bzw. der Ablehnung sich um weniger als 10% unterscheiden.

WestschweizerInnen (88%) vertreten diese Auffassung jedoch statistisch signifikant häufiger als DeutschweizerInnen (80%) und Personen aus der italienischen Schweiz (77%). Die breite Geltungskraft des direktdemokratischen Prinzips ist somit – abgesehen von der Zugehörigkeit zu einer der drei Sprachregionen – unabhängig von soziodemographischen Eigenschaften der Befragten.

Die unterschiedliche Verbreitung der anderen zwölf Auffassungen der Strategischen Kultur der Schweiz lässt sich vor allem durch die politische Selbsteinstufung der Befragten erklären. Tendenziell gilt für sämtliche Überzeugungen: Je weiter politisch rechts sich jemand einstuft, desto eher teilt er/sie die Auffassung der fiktiven Person. Hinsichtlich einer unilateralen Handlungsmaxime, der sicherheitspolitischen Autonomie, der Notwendigkeit des Inneren Friedens sowie einem integralen Neutralitätsverständnis vertreten Personen der politischen Mitte jedoch diese Überzeugungen genauso oft wie solche, die politisch rechts stehen. Im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung kann sich unter den politisch Linken nur eine Minderheit mit der Überzeugung der Miliz und Wehrpflicht (40%), der sicherheitspolitischen Autonomie (32%), der Förderung des Verantwortungsbewusstseins bei Bürgern (39%) und des nationalen Zusammenhalts dank der Armee (33%) identifizieren. Hingegen teilt eine Mehrheit der politischen Mitte und rechts davon die Meinung, die Armee symbolisiere die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz (Mitte 52%, rechts 59%). Im Gegensatz zur restlichen Schweizer Stimmbevölkerung identifiziert sich eine Mehrheit der politisch rechts Stehenden mit einer unilateralen Handlungsmaxime (58%).

Je älter eine Person ist, desto häufiger teilt sie im Allgemeinen die hier erhobenen Auffassungen der Strategischen Kultur. Die Überzeugung, wonach die Rekrutenschule ein gesellschaftliches Übergangsritual für die jungen Männer darstellt, ist unter den 30–59-Jährigen weniger häufig verbreitet (27%) als unter den 18–29-Jährigen (35%) sowie unter den ab 60-Jährigen (50%). Ebenso verzeichnet die Wahrnehmung einer zwischenstaatlichen Bedrohung bei den 30–59-Jährigen (7%) geringere Zustimmungswerte als bei den ab 60- bzw. den 18–29-Jährigen (je 10%). Weitere Differenzen zeigen sich darin, dass nur die ab 60-Jährigen mehrheitlich die Forderung nach einer unilateralen Handlungsmaxime «sehr» oder «eher» teilen (58%).

Frauen vertreten häufiger die Überzeugung, dass ein zwischenstaatlicher Konflikt zwischen der Schweiz und einem anderen Land in den nächsten zehn Jahren wahrscheinlich sei (Frauen 10%, Männer 6%). Sie teilen indes im Vergleich zu den Männern weniger oft die Auffassung, wonach die Armee dem Zusammenhalt der vielsprachigen Schweiz diene (Frauen 48%, Männer 56%). Ebenso geniesst das Milizsystem als Organisationsform der Schweizer Gesellschaft bei den Männern stärkeren Rückhalt als bei den Frauen (Frauen 58%, Männer 66%).

Befragte aus der Südschweiz (68%) unterstützen häufiger ein auf dem Milizsystem basierendes gesellschaftliches Organisationsprinzip als Personen aus der Deutsch- sowie der Westschweiz (je 62%). Dasselbe gilt auch für die unilaterale Handlungsmaxime, die in der italienischen Schweiz ebenfalls häufiger als sehr wichtig erachtet wird im Vergleich zur Deutschschweiz (I-CH 51%, D-CH 46%, F-CH 51%). Die Überzeugung, dass sicherheitspolitische Autonomie wichtig sei, teilen DeutschschweizerInnen (57%) und SüdschweizerInnen (53%) häufiger als WestschweizerInnen (49%), währenddessen das Prinzip der integralen Neutralität in der Deutschschweiz (34%) weniger Rückhalt findet als in den anderen beiden Sprachregionen (F-CH 40%, I-CH 47%). Weitere sprachregionale Wertunterschiede lassen sich bezüglich des Bewusstseins der Kleinstaatlichkeit, das in der Westschweiz häufiger geteilt wird (F-CH 77%, D-CH 64%, I-CH 68%), und dem gesellschaftlichen Übergangsritual, das vor allem in der Deutschschweiz als wichtig erachtet wird, beobachten (D-CH 40%, F-CH 26%, I-CH 34%).

Schliesslich variiert die Zustimmung zu den einzelnen Vorgaben auch mit dem Bildungsniveau. So wird die Forderung nach sicherheitspolitischer Autonomie, welche von der gesamtschweizerischen Bevölkerung mehrheitlich geteilt wird, in der höheren Bildungsschicht nur von einer Minderheit vertreten (43%). Hingegen finden Überzeugungen wie die Bedeutung der Armee als ein Symbol für die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz (55%), eine integrale Neutralitätsauffassung (48%) sowie das gesellschaftliche Übergangsritual (48%) in den tieferen Bildungsschichten überdurchschnittliche Zustimmung.

10 Die Schweizer Armee und ihr Stellenwert in der heutigen Gesellschaft

In dieser Studienreihe gilt der Schweizer Armee als eines der Sicherheitsinstrumente der Schweiz jeweils grosses Interesse. Die militärpolitische Einstellung der Schweizer Bevölkerung wird in dieser Studie anhand von mehreren Dimensionen erfasst: (1) nach der Wahrnehmung der Notwendigkeit der Armee, (2) nach dem gewünschten Ausbildungs- und Ausrüstungsstand der Armee, (3) nach der Zustimmung zu den Verteidigungsausgaben, (4) nach dem gesellschaftlichen Stellenwert der Armee, (5) nach dem Vertrauen in die Armee (vgl. auch Kapitel 5), (6) nach der Zufriedenheit mit den Leistungen der Armee und (7) nach der Rekrutierungs- und Mobilisierungsform (vgl. Abschnitt 11.1). Dieses Jahr wurden zudem Fragen zur Ausrichtung der Schweizer Armee (nur Landesverteidigung oder multifunktionale Armee) aus dem Jahr 2007 wieder aufgenommen.

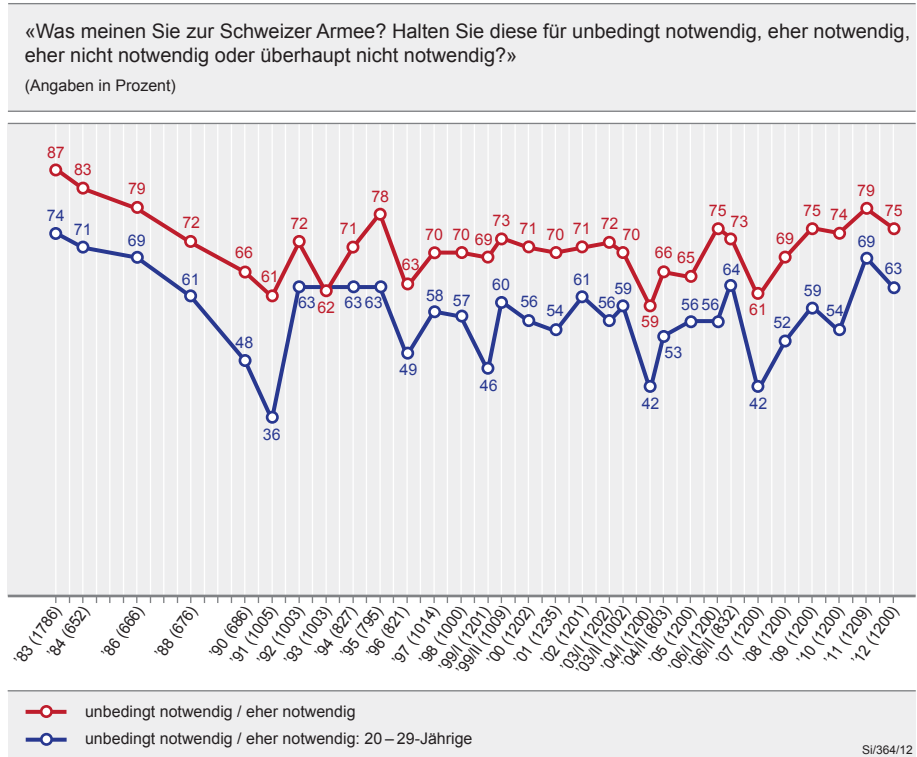
10.1 Notwendigkeit der Armee

Ein wichtiges Merkmal zur Umschreibung der Beziehung der Gesellschaft zur Schweizer Armee ist die generelle Legitimation des staatlichen Gewaltinstruments durch die Zivilbevölkerung. Die Frage nach der Notwendigkeit der Schweizer Armee dient als Indikator für die Akzeptanz und die Legitimation der schweizerischen Landesverteidigung. Sie wurde zwischen 1983 und 1990 in unregelmässigen, seit 1990 schliesslich in regelmässigen Abständen gestellt.

Im Januar 2012 wird die Armee mehrheitlich akzeptiert: 75% (+4%; siehe Abbildung 10.1) der SchweizerInnen halten die Armee für «unbedingt» (20%, +7%) oder

«eher» notwendig (55%, +2%).¹ Jede/Jeder fünfte Befragte stellt die Legitimation der Armee in Frage: 18% (+4%) halten sie für «eher» und 7% (+1%) für «überhaupt» nicht notwendig. Die Zustimmung zur Notwendigkeit der Schweizer Armee ist im Vergleich zum Wert des Vorjahres signifikant gesunken, bewegt sich aber weiterhin auf durchschnittlich hohem Niveau.

Abbildung 10.1
Notwendigkeit der Armee



1 2009 wurde innerhalb dieser Studienreihe die Notwendigkeitsfrage validiert, indem nachgefragt wurde, weshalb die Befragten die Armee für notwendig oder für nicht notwendig hielten. Die Analyse der offenen Antworten zeigte, dass die Armee in der Schweiz vor allem durch die Gewährleistung der Sicherheit im Inneren (44% der ArmeebefürworterInnen) und gegen aussen (34%) legitimiert wird. Dabei denken die SchweizerInnen in erster Linie spontan an die Katastrophenhilfe (30%) bzw. an die Landesverteidigung (21%). Eine weitere grosse Gruppe der Befragten vermag ihre Meinung zur Armeenotwendigkeit nur sehr allgemein zu begründen, indem sie angibt, die Armee sei allgemein für die Sicherheit und wegen Bedrohungen notwendig (22%). Häufig wird die Notwendigkeit auch als eine Selbstverständlichkeit hingenommen (20%) oder als eine Vorkehrung gesehen (13%). Die Notwendigkeit der Armee wird höchst selten spontan mit den nicht traditionellen Aufgaben der Terrorismusbekämpfung (3%) oder der Friedenseinsätze (4%) erklärt. Befragte, die im Jahr 2009 die Armee nicht für notwendig hielten, begründeten ihre Meinung mit Zweifeln an deren Effektivität (38%), mit ihrer Unzufriedenheit mit der aktuellen Armee (32%) und mit fehlenden, geringen oder neuen Bedrohungsformen (30%). Nur jede/jeder fünfte ArmeegegnerIn sprach sich allgemein gegen die Armee aus (19%) (Szvircev Tresch et al. 2009, 139–143).

Trotz dieser mehrheitlichen Akzeptanz der Armee fällt seit zwei Jahren auf, dass immer mehr Befragte nur noch angeben, die Schweizer Armee sei «eher» notwendig. Einen ähnlich tiefen Anteil an überzeugten ArmeebefürworterInnen wie 2012 (20%) wurde nur noch 1991 (23%) sowie in den Jahren 2004 und 2007 (je 21%) gemessen, das heisst in Jahren einer allgemein tiefen Armeekzeptanzrate (siehe Abbildung 10.1). Die Intensität der Zustimmung hat sich im Vergleich zu 1983 gedreht. Während 1983 rund die Hälfte der Befragten die Schweizer Armee für «unbedingt» notwendig hielt, nimmt sie im Jahr 2012 jede/jeder Zweite nur noch für «eher» notwendig wahr. Dies erklärt auch, weshalb trotz der relativ hohen allgemeinen Zustimmung zur Armeenotwendigkeit die Akzeptanz 2012 unter Berücksichtigung der Zustimmungintensität nur im langjährigen Mittel seit 1991 liegt.

Die Analyse der Zustimmungswerte («unbedingt» und «eher» notwendig gemeinsam) über die Zeit zeigt weiter, dass die Zustimmungskurve zur Armee nicht einem klaren Trend folgt. Die Zustimmung nahm in den achtziger Jahren kontinuierlich ab, erreichte im Jahr 1991 einen Tiefpunkt, stieg danach jedoch rasch wieder an, ohne jedoch das Niveau zu Beginn der achtziger Jahre zu erreichen (für eine detaillierte Analyse der Zustimmungswerte über die Zeit vgl. Szvircsev Tresch et al. 2011, 142f.).

Abbildung 10.1 ist weiter zu entnehmen, dass die 20–29-Jährigen gegenüber der Schweizer Armee kritischer eingestellt sind als die älteren Generationen. Dabei fällt im langjährigen Vergleich auf, dass sich die Differenzen zwischen den Altersgruppen vor allem in Relation zu den neunziger Jahren seit zwei Jahren abschwächen. Wie weiterführende Analysen aus dem Jahr 2011 gezeigt haben, kann die kritischere Haltung der jüngsten Alterskohorte nicht allein durch einen allgemeinen sozialen Wandel, gekennzeichnet durch eine zunehmende zivil-militärische Entfremdung erklärt werden, die sich bei der jüngsten Alterskohorte am deutlichsten manifestiert. Im Gegenteil fällt auf, dass ehemals kritische 20–29-Jährige mit der Zeit und dem Alter dazu neigen, die Schweizer Armee wieder stärker zu legitimieren (vgl. hierzu Szvircsev Tresch et al. 2011, 145f.). Dass – wie abgebildet – die Einstellung der Altersgruppe der 20–29-Jährigen im Vergleich zum Bevölkerungsschnitt über die Zeit stärker schwankt, ist unter anderem auf die geringere Stichprobenzahl zurückzuführen. Aufgrund dessen ist der aktuelle Akzeptanzrückgang in dieser Altersgruppe zu gering, um statistisch als signifikant ausgewiesen werden zu können (für weitere Analysen nach soziodemographischen Merkmalen vgl. Abschnitt 10.7).²

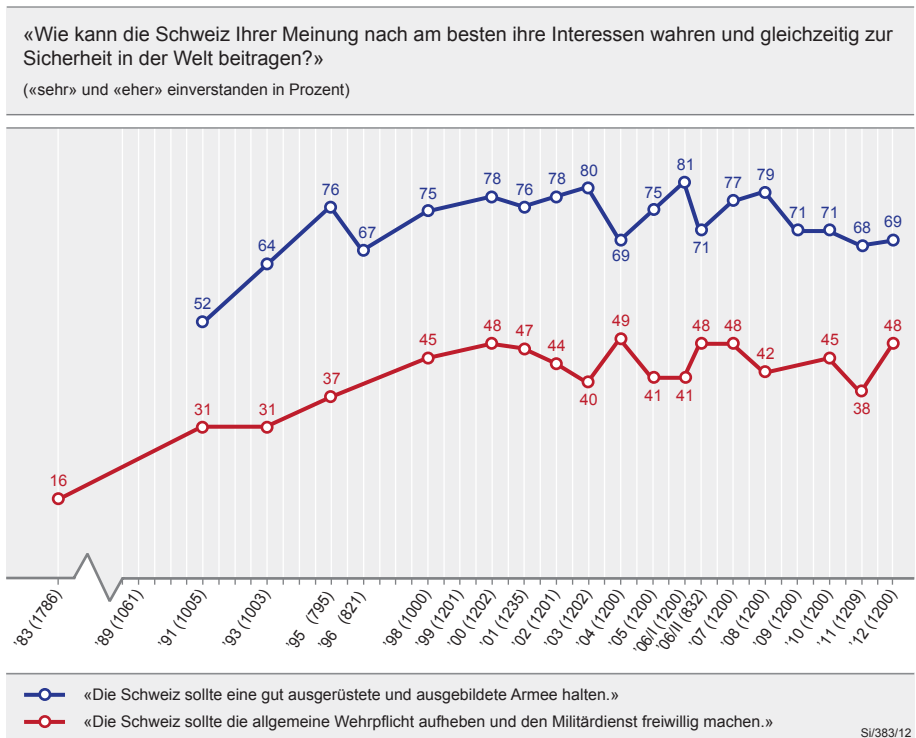
2 Der Stichprobenfehler liegt bei der Stichprobe der 20–29-Jährigen (N=179) im ungünstigsten Fall bei $\pm 7\%$.

10.2 Ausrüstung und Ausbildung

Während die Frage nach der Notwendigkeit die allgemeine Legitimation der Armee misst, gibt die Frage zu Ausrüstung und Ausbildung der Armee Auskunft über die funktionale Relevanz, die der Armee beigemessen wird. Sie misst, inwieweit man die Einsatzbereitschaft der Armee für dringlich hält.

Die Mehrheit der Befragten (69%, +1%; siehe Abbildung 10.2) spricht sich für eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee aus. Dabei unterstützen 26% (−5%) diese Forderung «sehr» und 43% (+6%) «eher». Im Vergleich zum Vorjahr ist die Einstellung diesbezüglich zum dritten Mal in Folge konstant geblieben. Der Mehrjahresvergleich zeigt, dass das Bedürfnis nach einer gut ausgebildeten und ausgerüsteten Armee nach dem Ende des Kalten Krieges weniger ausgeprägt war (1991: 52%). Mitte der neunziger Jahre bis 2003 wurde diese Ansicht mit Werten zwischen 75% und 80% hingegen wiederum häufiger geäußert. Seit 2009 wird sie wieder etwas seltener vertreten.

Abbildung 10.2
Ausrüstung und Ausbildung der Schweizer Armee



Die Befragten halten die Schweizer Armee somit nicht nur für grossmehrheitlich notwendig, sondern auch für relevant: Die Schweiz sollte über eine Armee verfügen und diese sollte gut ausgerüstet und ausgebildet sein. Trotzdem wünschen sich nicht all jene, welche die Armee für notwendig halten, eine einsatzbereite Armee ($p=0.65$). Für 15% der ArmeebefürworterInnen (dies sind 11% aller Befragten) folgt aus der Notwendigkeit der Armee nicht, dass die Armee auch gut ausgerüstet und ausgebildet sein sollte. Unter jenen Befragten, welche die Armee nicht für notwendig halten, finden sich ebenfalls 21% (dies sind 5% aller Befragten), die trotz fehlender Notwendigkeit an einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Armee festhalten möchten.

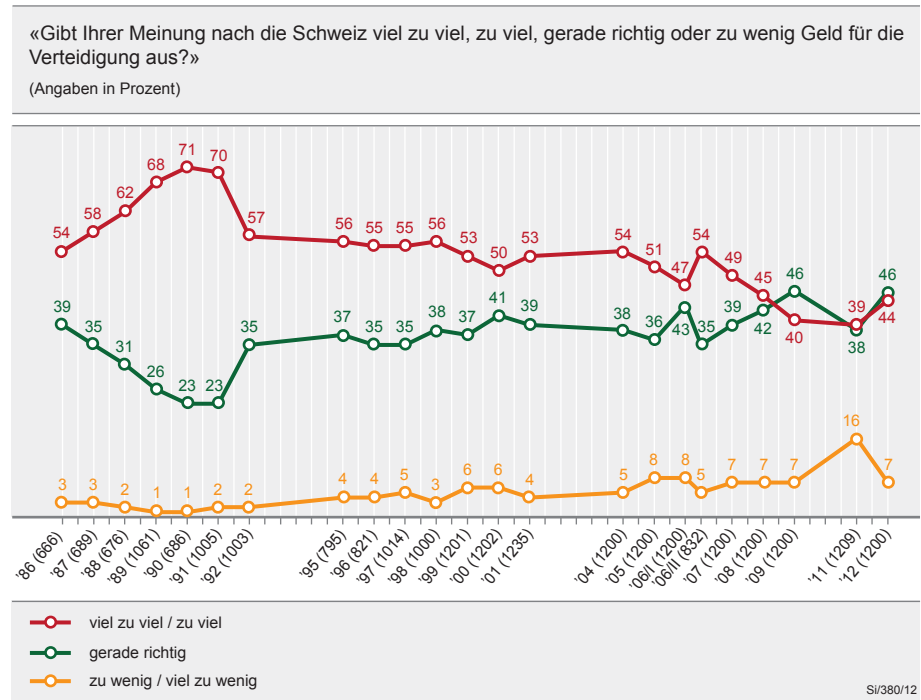
Die in Abbildung 10.2 ebenfalls dargestellte Einstellung zur Aufhebung der Wehrpflicht gilt unter anderem auch als ein Indikator für den gewünschten Armeeeumfang. Diese Variable wird gemeinsam mit der Einstellung zum Milizsystem in Abschnitt 11.1 beschrieben.

10.3 Verteidigungsausgaben

Ein weiterer Indikator für die Beziehung der Gesellschaft zur Armee ist die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben. Er zeigt, inwiefern die Stimmbevölkerung bereit ist, Ressourcen für die Verteidigung bereitzustellen.

2012 sind 44% (+5%) für eine Kürzung des Verteidigungsbudgets und 46% (+8%; siehe Abbildung 10.3) der SchweizerInnen halten die Ausgaben für «gerade richtig». Weitere 7% sprechen sich für eine Erhöhung der Ausgaben aus. Dies sind 9% weniger als im Vorjahr. Damit hat sich im Vergleich zu 2011 die Bereitschaft, dem Militär mehr Ressourcen zur Verfügung zu stellen, signifikant abgeschwächt. Dabei müssen aber zwei Einschränkungen genannt werden: Die diesbezügliche Einstellung 2011 sticht erstens im langjährigen Vergleich hervor. Noch nie seit Beginn dieser Erhebungsreihe im Jahr 1986 forderten so viele Befragte eine Aufstockung des Budgets wie vor einem Jahr. Zweitens wurde im Herbst 2011 vom Parlament entschieden, dass die Ausgaben für die Armee zu erhöhen seien. Wahrscheinlich hat dieser Parlamentsentscheid den Meinungswandel dahingehend beeinflusst, dass der Anteil jener, welche die Ausgaben für angemessen halten, gestiegen und der Anteil jener, die mehr Geld für die Verteidigung bereitstellen wollen, gesunken ist.

Abbildung 10.3
Allgemeine Einstellung zu den Verteidigungsausgaben



Die SchweizerInnen sind gegenüber der Höhe der Verteidigungsausgaben allgemein eher kritisch eingestellt. Es lassen sich aber gewisse Trendbrüche feststellen. So stieg die Gruppe der Befragten, die glaubten, es würde «zu viel» für die Verteidigung ausgegeben, zwischen 1986 bis 1991 rasch und stetig an. 1991 hielten 70% der SchweizerInnen die Ausgaben für zu hoch. Dieses Jahr kann als Wendepunkt bezeichnet werden. Denn seit 1992 nimmt unter den Befragten die Auffassung kontinuierlich zu, dass das Verteidigungsbudget «gerade richtig» bemessen sei, und der Anteil der Personen, die angeben, es werde «zu viel» ausgegeben, sinkt zunehmend. Im Januar 2012 können die SchweizerInnen im langjährigen Vergleich seit 1991 bezüglich Verteidigungsausgaben als eher armeefreundlich bezeichnet werden.³

Die Meinung, ob die Verteidigungsausgaben zu hoch oder zu tief sind, hängt unmittelbar mit dem Bild der Armee zusammen. Mit steigendem Vertrauen in die Armee ($\rho=0.43$), mit stärkerem Ruf nach einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten

3 Mittelwert 2012 = 2.49; Mittelwert über die Jahre 1991–2012 = 2.35, wobei 1 = «viel zu viel» Ausgaben, 5 = «viel zu wenig» Ausgaben bedeutet.

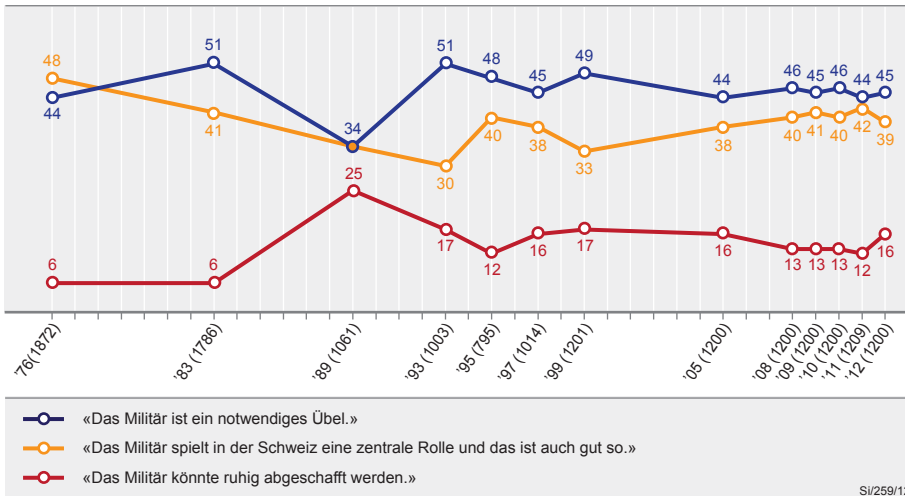
Armee ($\rho=0.55$) und mit der Höhe der Zufriedenheit mit den Leistungen der Armee ($\rho=0.45$) sinkt die Forderung nach Sparmassnahmen bei den Verteidigungsausgaben. Am kritischsten sind Befragte, die die Armee nicht für notwendig halten ($\rho=0.58$).

10.4 Gesellschaftliche Rolle der Armee

Die Armee ist nicht nur ein sicherheitspolitisches Instrument, sondern kann auch für das gesellschaftliche Zusammenleben bedeutungsvoll sein. Die gesellschaftliche Bedeutung der Armee, das heisst die Identifikation mit der Landesverteidigung und die Bewertung des Militärischen in der Schweiz werden seit 1976 in unregelmässigen Abständen anhand einer Frage mit drei Antwortvorgaben, wie sie in Abbildung 10.4 aufgeführt sind, erhoben.

Abbildung 10.4
Die gesellschaftliche Rolle der Armee

«Über die Bedeutung des Militärs für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können?»
(Angaben in Prozent)



Die Schweizer Stimmbevölkerung ist im Jahr 2012 in der Beurteilung der gesellschaftlichen Rolle der Armee gespalten. Während 45% (+1%) die Armee für ein notwendiges Übel halten, geben mit 39% (-3%) beinahe ebenso viele Befragte an, «das Militär spielt in der Schweiz eine zentrale Rolle und das ist auch gut so». Eine Minderheit von 16% (+4%) sieht in der Armee weder ein notwendiges Übel noch eine gesellschaftliche Bezugsgrösse, sondern möchte diese gerne abgeschafft wissen. Erstmals hat sich nach einer konstanten Bewertung der gesellschaftlichen Rolle zwischen 2008 und 2011 die Einstellung hierzu statistisch signifikant verändert. Die leichte Zunahme unter den BefürworterInnen einer Armeeabschaffung und die leichte Abnahme unter den Befragten, welche sich dem Militär emotional nahe fühlen, sind jedoch geringfügig.

Wie der Erhebungsreihe zu entnehmen ist, hat sich die soziale Einbettung der Armee in die schweizerische Gesellschaft im Vergleich zum ersten Messpunkt 1976 statistisch signifikant verändert. Der leichte Zentralitätsverlust gegenüber den siebziger Jahren zeigt sich daran, dass in der Erhebungsreihe nie mehr so viele Befragte das Militär als gesellschaftlich bedeutend ansahen wie 1976. Die Auffassung einer gesellschaftlichen Relevanz der Armee für die Schweiz wird im Jahr 2012 zwar deutlich seltener vertreten, trotzdem kann diesbezüglich nicht von einem markanten Meinungsbruch gesprochen werden, denn sowohl 1976 als auch 2012 teilte keine Mehrheit diese Meinung. Ein weiteres Indiz für den leichten Zentralitätsverlust des Militärs ist die häufiger vertretene Forderung der Armeeabschaffung. Während 1976 und 1983 eine solche nur für 6% denkbar war, variiert dieser Anteil seit 1993 zwischen 12% und 17%. Es lässt sich weiter festhalten, dass – ähnlich wie die Notwendigkeit, die Dringlichkeit eines guten Ausrüstungs- und Ausbildungsstandes und die Forderung eines Ausbaus des Verteidigungsbudgets – auch die gesellschaftliche Bedeutung der Armee Ende der achtziger Jahre für besonders gering gehalten wurde. Das Militär geriet zu diesem Zeitpunkt auch als nationales Identifikationssymbol stark unter Druck. So hielten im Jahr 1989 nur 34% der Bevölkerung die Armee für eine gesellschaftlich zentrale Institution und 25% sprachen sich für die Abschaffung der Armee aus. Das Ende der achtziger bzw. der Anfang der neunziger Jahre kann somit insgesamt als Tiefpunkt im zivil-militärischen Verhältnis der Schweiz bezeichnet werden. Seit Mitte der neunziger Jahre erlebt die Armee tendenziell eine Renaissance.

Aufgrund der Gleichläufigkeit dieser Indikatoren erstaunt es nicht, dass die Beurteilung der gesellschaftlichen Relevanz mit der Einstellung zur Notwendigkeit, zum Ausbildungs- und Ausrüstungsstand, zum Vertrauen und zu den Verteidigungsausgaben korreliert (siehe Tabelle 10.1).

Tabelle 10.1

Bewertung der gesellschaftlichen Bedeutung in Beziehung zu weiteren militärpolitischen Einstellungen

	Zentrale Rolle	Notwendiges Übel	Abschaffung
notwendig	99%	78%	06%
gut ausgerüstet & ausgebildet	92%	67%	18%
Ausgaben gerade richtig	67%	41%	08%
Vertrauen	7.3 Mittelwert	6.0 Mittelwert	4.3 Mittelwert
Zufriedenheit	7.2 Mittelwert	6.1 Mittelwert	4.1 Mittelwert

Lesebeispiel: Befragte, die dem Militär eine zentrale Rolle zuschreiben, halten die Armee zu 99% für notwendig, 92% unter ihnen wünschen sich eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee und sie vergeben der Armee im Schnitt eine Vertrauensnote von 7.3.

Die Haltung zu den verschiedenen Aspekten der Schweizer Armee variiert demnach stark mit der gesellschaftlichen Bewertung des Militärs. So erachten alle, die an die gesellschaftliche Zentralität des Militärs glauben, die Schweizer Armee auch als notwendig, während unter jenen, die das Militär als ein notwendiges Übel bezeichnen, 78% und unter den BefürworterInnen der Armeeabschaffung lediglich 6% diese Meinung teilen.

10.5 Zufriedenheit mit den Leistungen der Schweizer Armee

Zu einem umfassenden Verständnis der Beziehung der Gesellschaft zur Armee gehört auch die Frage nach der Zufriedenheit mit der Armee. Insgesamt sind die SchweizerInnen mit der Leistung der Schweizer Armee zufrieden. Auf einer Skala von 1 «überhaupt nicht zufrieden» bis 10 «sehr zufrieden» geben die Befragten der Armee im Schnitt eine Bewertung von 6.2. Im Vergleich zum erstmals erhobenen Wert im Jahr 2011 ist die Zufriedenheit konstant geblieben. Das Vertrauen in die Schweizer Armee wird vermutlich durch diese positive Bewertung genährt. Die guten Leistungen der Schweizer Armee lassen darauf vertrauen, dass diese auch in Zukunft erbracht werden. Wie bereits 2011 konnte auch für dieses Jahr ein starker Zusammenhang zwischen Zufriedenheit und Vertrauen beobachtet werden ($r=0.68$) (vgl. Szvircev Tresch et al. 2011, 155f.).

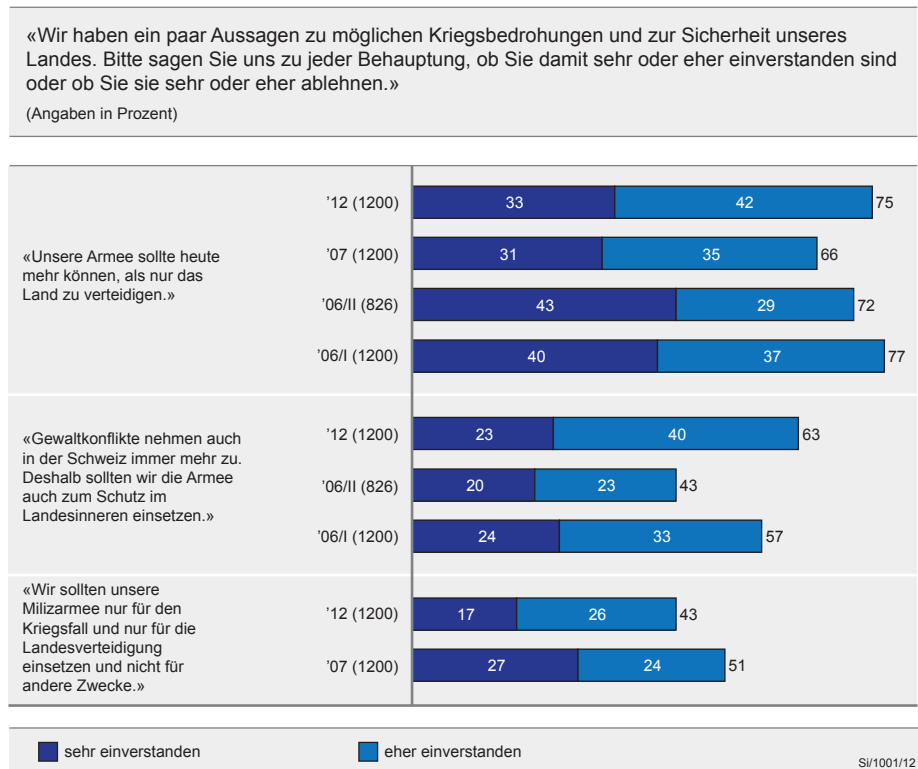
Da die Beurteilung der Leistungen der Armee für Aussenstehende schwierig sein kann, stellt sich auch die Frage, ob Männer, die Militärdienst leisten oder leisteten, die Performance anders bewerten als ihre Mitbürger, die keinen Dienst leiste(te)n. Männer, die Angehörige der Armee sind oder waren, beurteilen – berücksichtigt man auch sämtliche andere soziodemographischen Merkmale wie Alter, politische Selbstbekundung, regionale Herkunft und Bildungsstand – die Gesamtleistung der Armee weder besser noch schlechter als Männer, die die Armee nur von aussen kennen. Weitere Differenzen nach soziodemographischen Merkmalen werden in Abschnitt 10.7 besprochen.

10.6 Aufgabendiversifizierung

Eine multifunktionale Armee, die mehr kann, «als nur das Land zu verteidigen», erhält eine breitere Zustimmung (75%, +9%; siehe Abbildung 10.5) als eine Milizarmee, die «nur für den Kriegsfall und nur für die Landesverteidigung und nicht für andere Zwecke» eingesetzt werden sollte (43%, –8%).

Abbildung 10.5

Einstellungen für und gegen eine multifunktionale Armee



Diese Bevorzugung einer multi- gegenüber einer monofunktionalen Armee liess sich bereits in den Erhebungen 2006 und 2007 beobachten. Allerdings war die Präferenz für eine multifunktionale Armee 2007 statistisch signifikant geringer als 2012. Dieser erneute Trend einer deutlicheren Zustimmung für eine polyvalente Armee erstaunt, denn im Vergleich zu 2007 ist die Zustimmung zu Uno-Friedenstruppen und zu einer autonomen Verteidigungsstrategie stabil geblieben. Unter Umständen könnte dieser Zustimmungsanstieg mit einer gesteigerten Bedrohungs-

wahrnehmung betreffend der Inneren Sicherheit zusammenhängen (siehe hierzu auch Kapitel 6). Ein Indiz hierfür liefert der signifikante Zustimmungsanstieg zur Aussage «Gewaltkonflikte nehmen auch in der Schweiz immer mehr zu. Deshalb sollten wir die Armee auch zum Schutz im Landesinnern einsetzen». Während in der Januarerhebung 2006 57% dieser Aussage zustimmten, sind es nun 63%.

Rund drei von zehn der Befragten zeigen bei diesen Fragen ein widersprüchliches Antwortverhalten. So befürworten 26% beide Streitkräftetypen. Am deutlichsten wird mit einer Zustimmung zur multifunktionalen Armee und einer Ablehnung einer Landesverteidigungsarmee die Aufgabendiversifizierung unterstützt (49%). 17% sprechen sich klar gegen eine solche Entwicklung aus. Weitere 8% lehnen eine klassische sowie eine multifunktionale Armee ab.

10.7 Gesamtbild nach soziodemographischen Variablen

Nebst der allgemeinen Umschreibung der militärpolitischen Meinung der Schweizer Stimmbevölkerung interessieren auch nach soziodemographischen Merkmalen variierende Einstellungsmuster. So ist es für die zivil-militärische Beziehung von zentraler Bedeutung, ob die Schweizer Armee über alle Bevölkerungsgruppen hinweg gleichermaßen akzeptiert wird oder ob sie in gewissen Bevölkerungsschichten weniger unterstützt oder gar abgelehnt wird. Im Folgenden werden die wichtigsten Differenzen skizziert.

Am stärksten variiert die Einstellung gegenüber der Armee mit der selbstdeklarierten politischen Einstellung (siehe Abbildung 10.6). Während sich in der politischen Mitte oder rechts einstuftende Befragte die Schweizer Armee mehrheitlich und in ähnlichem Masse unterstützen, nehmen die politisch links Eingestellten in den meisten hier untersuchten Dimensionen eine diametral konträre Meinung ein. Politisch rechts Orientierte und jene der politischen Mitte unterscheiden sich insofern, als erstere die Armee leicht häufiger als notwendig (88% versus 82%) und die Ausgaben seltener als zu hoch (29% versus 38%) bezeichnen. Unter den politisch rechts Eingestellten und den Befragten der politischen Mitte erachtet eine knappe Mehrheit (51% bzw. 58%) die Ausgaben für gerade richtig. Politisch rechts Orientierte nehmen die Schweizer Armee mehrheitlich als eine gesellschaftlich zentrale Institution wahr (51%), wohingegen Befragte der politischen Mitte diesbezüglich gespalten sind. 42% der politischen Mitte bezeichnen die Armee als ein notwendiges Übel und 45% als eine gesellschaftlich zentrale Institution. Eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee wird in diesen beiden politischen Lagern gleichermaßen gefordert (rechts 80%, Mitte 77%). Auch unterscheiden sie sich in ihrem Vertrauensmass (rechts 6.64, Mitte 6.51) und in ihrer Zufriedenheitsbekun-

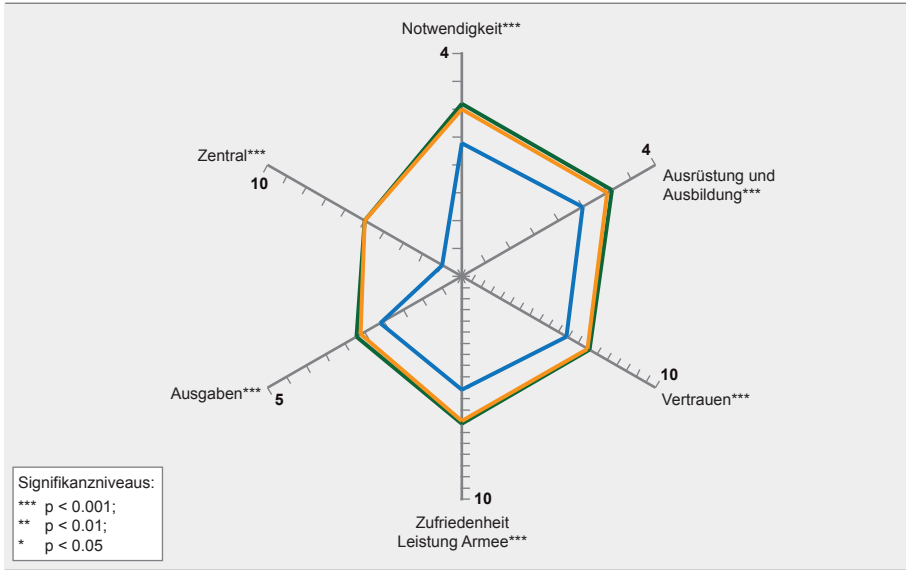
dung (rechts 6.63, Mitte 6.49) nicht. Unter den politisch links Eingestellten finden hingegen nur 49%, die Schweizer Armee sei notwendig. Ebenfalls keine Mehrheit findet bei diesen die Forderung einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Armee (45%). Rund die Hälfte der politisch links Eingestellten bezeichnet die Schweizer Armee als ein notwendiges Übel (53%), drei von zehn sprechen sich gar für deren Abschaffung aus. Es erstaunt demnach nicht, dass diese zu 67% eine Reduktion der Verteidigungsausgaben wünschen. Wahrscheinlich fällt aufgrund ihrer kritischen Einstellung gegenüber der Armee auch die Beurteilung der Leistung der Schweizer Armee deutlich negativer aus als bei ihren MitbürgerInnen (5.10). Dies widerspiegelt sich auch in einem tieferen Vertrauensmass (5.35). Bezüglich der Aufgabendifferenzierung teilen sie dieselbe Meinung wie Befragte der politischen Mitte und rechts davon.

Die Einstellungsunterschiede zwischen den Generationen fallen geringer aus als zwischen den Befragten unterschiedlichen politischen Couleurs. Generell sind ältere Befragte der Schweizer Armee wohlgesinnter. Sie halten sie für überdurchschnittlich notwendig (83%), fordern klar eine gut ausgebildete und ausgerüstete Armee (77%), geben sich zufriedener mit deren Leistung (6.74), vertrauen ihr stärker (6.68) und votieren demnach auch unterdurchschnittlich für die Kürzung der Armeeausgaben (30%). Gut die Hälfte dieser Altersgruppe nimmt die Armee als eine zentrale Institution der Schweiz wahr (49%). Die 18–29-Jährigen und die 30–59-Jährigen sind in Bezug auf die Armee sehr ähnlich eingestellt, unterscheiden sich aber bezüglich der gesellschaftlichen Bedeutungszuweisung und der Aufgabendifferenzierung. Die jüngsten Befragten sprechen sich überdurchschnittlich häufig für die Abschaffung der Armee aus (26%) und wünschen sich unterdurchschnittlich häufig eine multifunktionale Armee (65%). Für gut die Hälfte (48%) der 30–59-Jährigen ist die Schweizer Armee ein notwendiges Übel. Eine klassische Landesverteidigungsarmee findet unter diesen noch weniger Zuspruch als in der allgemeinen Gesamtbevölkerung (38%).

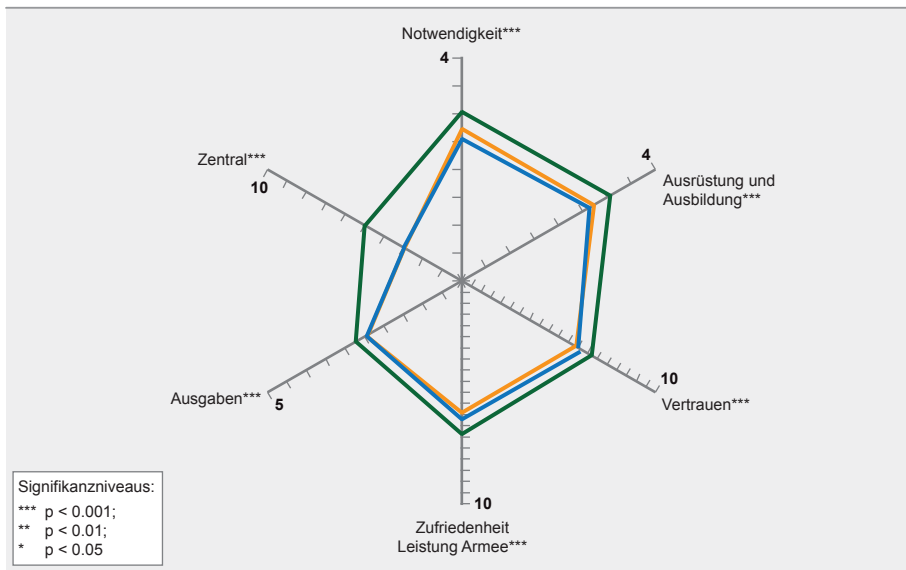
Auch zwischen den beiden grossen Sprachregionen bestehen deutliche Differenzen, allerdings nur in gewissen Punkten. Während die Notwendigkeit und der Armeeumfang ähnlich eingestuft werden, gilt die Schweizer Armee in der Westschweiz überdurchschnittlich häufig als ein notwendiges Übel (53%), wohingegen die DeutschschweizerInnen in dieser Frage eher gespalten sind. Weiter werden die Leistungen (5.72) und die Ausgaben (5.0%) in der Westschweiz kritischer beurteilt. Zudem sprechen sie der Armee auch leicht geringeres Vertrauen aus (5.94). Am eindrücklichsten zeigen sich jedoch Differenzen in der gewünschten Ausrichtung der Schweizer Armee. Während eine klassische Landesverteidigungsarmee in der Westschweiz eine deutliche Mehrheit findet (60%), sprechen sich die DeutschschweizerInnen klar gegen dieses Konzept aus (36%).

Abbildung 10.6

Militärpolitische Einstellung nach politischer Selbstbeurteilung und Alter (Mittelwerte)



— links 0 – 4 (326) — Mitte 5 (427) — rechts 6 – 10 (390)



— 18 – 29-Jährige (173) — 30 – 59-Jährige (625) — 60-Jährige + (402)

SV1071/12

Wiederum geringer sind die Meinungsdivergenzen zwischen den Bildungsschichten. Generell sind Befragte mit hohem Bildungsniveau der Armee gegenüber kritischer eingestellt, halten sie deutlich häufiger für ein notwendiges Übel (53%) oder für eine abschaffungswürdige Institution (20%). Folglich halten sie diese auch für leicht weniger notwendig (68%) und die Forderung einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Armee findet unter ihnen etwas weniger Unterstützung (62%). Im Vergleich zu Befragten der mittleren Bildungsschicht ist ihr Vertrauen in die Armee geringer (5.94). Sie lehnen zudem eine klassische Landesverteidigungsarmee ab (38%). Geschlecht und militärpolitische Meinung hängen kaum zusammen. Es lässt sich einzig beobachten, dass Frauen das Verteidigungsbudget überdurchschnittlich häufig als zu hoch einschätzen (47%), dafür mit den Leistungen der Armee zufriedener sind (6.36). SchweizerInnen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich insofern, als erstere die Schweizer Armee als leicht weniger notwendig wahrnehmen (68%).

Fazit: Die Beziehung der Gesellschaft zur Schweizer Armee kann insgesamt als gut und im Vergleich zum Vorjahr als relativ stabil bezeichnet werden. Die Armee wird grossmehrheitlich akzeptiert; man vertraut ihr und hält sie für bedeutend. Die Akzeptanz nimmt jedoch insbesondere mit der politischen Orientierung stark ab: Wer zu einer politisch linken Einstellung tendiert, lehnt die Armee tendenziell eher ab. Die hohe Armeekzeptanz soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Haltung der Gesellschaft zur Armee nicht nur unterstützend ist. So wird die Armee zwar für ziemlich notwendig gehalten. Allerdings wird die Forderung einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Armee heute etwas weniger häufig vertreten als noch in den neunziger Jahren. Teilweise ist die Beziehung der Gesellschaft zur Armee ambivalent: Man erkennt die Notwendigkeit einer Armee und will diese allein schon aus affektiven Gründen nicht aufgeben. Welche Bedeutung ihr heute noch zugewiesen werden soll, welches ihr funktionaler Nutzen ist und wie viel Ressourcen ihr zu Verfügung gestellt werden soll, bleibt jedoch eine Streitfrage.

Zufriedenheit und Motivation der Rekruten

Die Schweizer Armee kennt das Wehrmodell der Milizarmee. Dieses Modell setzt voraus, dass eine gewisse Motivationsbasis in der Gesellschaft vorhanden ist, sich für das Militär zu engagieren. Die Zufriedenheit der Milizsoldaten und der Milizkader in der Armee ist deshalb für das Milizsystem elementar. Besonders die Einschätzung der Qualität der Ausbildung durch die Rekruten kann sowohl die Bereitschaft, sich militärisch weiter zu engagieren als auch das Bild der Schweizer Armee in der Schweizer Bevölkerung beeinflussen. Im Rahmen eines Projektes der Dozentur für Militärsoziologie der Militärakademie an der ETH wurden deshalb Rekruten schriftlich nach ihrer Zufriedenheit mit der militärischen Grundausbildung, dem Motivationsgrad und -gründen sowie der Bereitschaft im Militär weiterzumachen befragt. Insgesamt wurden die Meinungen von 711 Rekruten aus vier verschiedenen Rekrutenschulen erhoben, wobei auf eine gewisse Varianz in der Ausbildungsart (Durchdiener-Rekruten und Rekruten im Milizsystem), in der Truppengattung als auch hinsichtlich der Sprachregion geachtet wurde. Die Rekruten befanden sich zum Zeitpunkt der Erhebung in der Mitte der allgemeinen Grundausbildung (2.–4. Ausbildungswoche).

22% der befragten Rekruten geben an, hoch motiviert zu sein, Militärdienst zu leisten, 18% sind der Frage gegenüber indifferent eingestellt und 60% bekunden, «wenig» bis «nicht hoch» motiviert zu sein. 58% gaben an, dass die Motivation zum Leisten des Militärdienstes seit Beginn der Rekrutenschule abgenommen habe. Ein guter Teamgeist ist nach Ansicht der befragten Rekruten der grösste Motivationsfaktor. Die Rekruten sind ebenfalls mehrheitlich mit der Qualität der militärischen Grundausbildung und dem Ausbildungsniveau zufrieden, wobei Rekruten, welche mit der Ausbildungssituation zufrieden sind, häufiger angeben motiviert zu sein. Geringer fällt der Einfluss von direkten Vorgesetzten auf die Motivation der Rekruten während der militärischen Grundausbildung aus. Indirekte Vorgesetzte vermögen nach Meinung der Befragten noch weniger zu motivieren. Die Ausbildungsqualität und die Vorgesetzten spielen jedoch eine Rolle hinsichtlich des Entscheids, weiterzumachen. So hat nach Ansicht der Kaderaspiranten die Qualität der Vorgesetzten einen Einfluss auf den Entscheid, im Militär weiterzumachen. Ebenso sind Rekruten mit der Absicht, sich weiter für das Militär zu engagieren, häufiger mit der Ausbildungsqualität zufrieden.

Szvircev Tresch, T., Würmli, S., Merkulova, N. & Craviolini, J. (2011). Zufriedenheit mit der allgemeinen Grundausbildung im Militär. Eine quantitative Untersuchung der Schweizer Rekruten. Interner Forschungsbericht. Dozentur für Militärsoziologie der Militärakademie an der ETH.

11 Wehrpflicht

Im ersten Teil dieses Kapitels wird die Einstellung der SchweizerInnen zur Milizarmee bzw. zu einer Berufsarmee beschrieben. Dabei interessiert auch deren Meinung zur Wehrpflicht. Im zweiten Teil werden die von der Bevölkerung empfundene Vereinbarkeit des Militärdienstes mit dem Arbeitsleben im Allgemeinen und einer Milizkaderfunktion im Speziellen skizziert. Der dritte Teil beschäftigt sich mit der Frage, wie die Meinung gegenüber Militärdienst leistenden Schweizern mit Migrationshintergrund ausfällt.

11.1 Akzeptanz der Wehrstruktur: Miliz- versus Berufsarmee

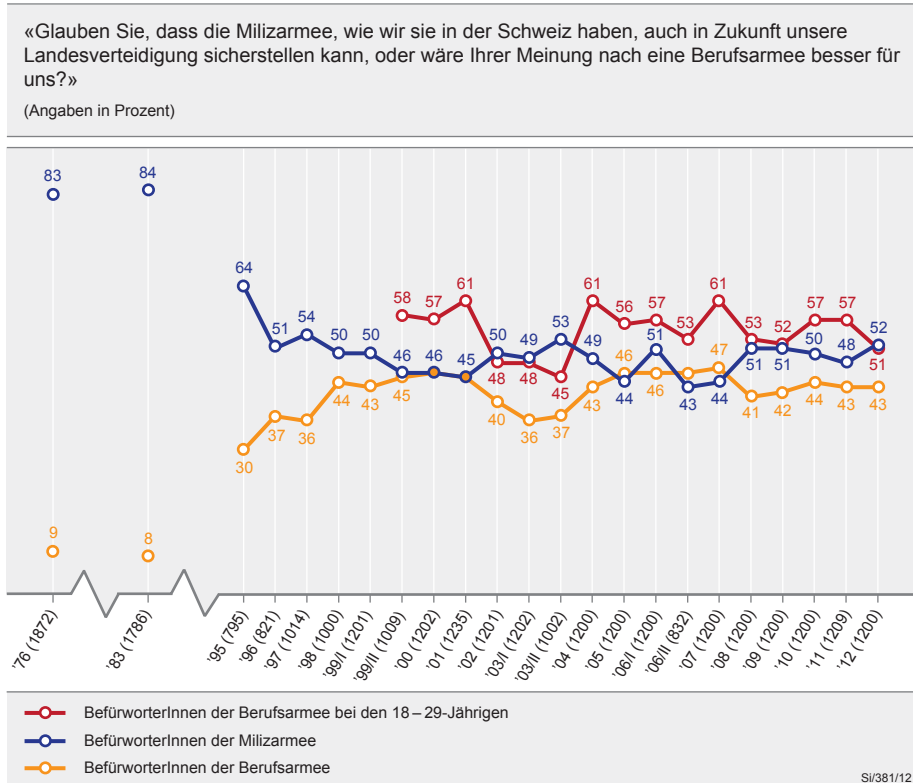
Während die Notwendigkeit der Schweizer Armee für die grosse Mehrheit der Befragten nach wie vor unbestritten ist, trifft dies für die Wehrform nicht zu. In der Frage, wie sich die Armee personell rekrutieren soll, sind sich die SchweizerInnen nicht mehr einig. Im Zentrum steht nicht nur die Frage, wie die Stimmbevölkerung über die Art und Weise der Rekrutierung denkt – Wehrpflicht oder Freiwilligkeit –, sondern auch, welche Streitkräfteform die nationale Sicherheit sowie weitere Aufträge der Armee in Zukunft besser gewährleisten kann. Hier geht es um die Frage nach einer Miliz- oder Berufsarmee. Seit 1976 wird in unserer Erhebung diese Einstellung zum Wehrmodell erfragt (siehe Abbildung 11.1).

2012 heissen 48% (+10%; siehe Abbildung 10.2) eine Abschaffung der Wehrpflicht gut. 50% sprechen sich dagegen aus und 2% äussern keine Meinung. Innerhalb eines Jahres ist der Anteil der Befragten, welcher die Wehrpflicht abschaffen will, signifikant gestiegen. Ob dies mit der durch die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) lancierten Volksinitiative zur Abschaffung der Wehrpflicht zusammenhängt, welche am 5. Januar 2012 eingereicht wurde, kann aus unseren Daten nicht eruiert werden. 52% (+4%; siehe Abbildung 11.1) der SchweizerInnen ziehen eine Miliz- einer Berufsarmee vor. Im Januar 2011 sprachen sich signifikant weniger SchweizerInnen für die Milizarmee aus. Einer Berufsarmee stimmen 43% ($\pm 0\%$) zu. Der Anteil der Befragten ohne Meinung ist dieses Jahr mit 5% im langjährigen Vergleich tief. Vor allem Frauen (8%) äusserten zu dieser Frage keine Präferenzen.

Die 18–29-Jährigen, das heisst die Kohorte der Wehrpflichtigen, befürworten im langjährigen Trend die Berufsarmee jeweils stärker als der Rest der Bevölkerung. Dieses Jahr konnte eine diesbezügliche Angleichung zwischen den 18–29-Jährigen und den 30–59-Jährigen beobachtet werden. Die ab 60-Jährigen bevorzugen im Vergleich zu den anderen Alterskategorien häufiger eine Milizarmee.

Abbildung 11.1

Wehrstruktur: Milizarmee versus Berufsarmee



Die Einstellungen zur Rekrutierungsform und zur Wehrform haben sich im Jahreslauf signifikant verändert. Generell lässt sich festhalten, dass die Zustimmung für eine Berufsarmee und für die Abschaffung der Wehrpflicht seit Erhebungsbeginn im Jahr 1976 respektive 1983 bis Ende der neunziger Jahre stetig wuchs, während der Anteil der BefürworterInnen einer Milizarmee kontinuierlich schrumpfte. Seit der Jahrtausendwende halten sich die beiden Lager mit kleineren Schwankungen in etwa die Waage, wobei die Milizarmee meistens minim stärker favorisiert wird.

Vor allem DeutschschweizerInnen (56%), ältere Personen (62%) und Befragte, welche die Armee als notwendig erachten, stehen signifikant stärker hinter dem Modell der Milizarmee. Ebenfalls unterstützen sie die Wehrpflicht stärker. Politisch rechts Eingestellte bekennen sich ebenfalls öfters zur Milizarmee (60%) und äussern vor allem in der Frage, ob der Militärdienst Freiwilligen überlassen werden sollte, eine klar diametrale Meinung zu politisch links Orientierten (35% versus 70%).

Ferner zeigt die Auswertung der Daten, dass ältere Befragte deutlich unterdurchschnittlich für eine freiwillige Dienstleistung plädieren (35%). Personen, welche eine autonomistische Einstellung haben (vgl. Abschnitt 7.9) sowie SchweizerInnen mit einem konservativen Meinungsbild stehen ebenfalls hinter dem Milizsystem. Ebenfalls besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Befürwortung des Milizsystems und den Neutralitätstypen. «Traditionalisten» (70%) und «Pragmatiker» (55%) befürworten das heutige Milizsystem am stärksten.

Bei den Fragen nach der Art der Rekrutierungsform (freiwillig versus Zwang) und der Armeestruktur (Miliz- versus Berufarmee) lässt sich die Schweizer Bevölkerung in vereinfachter Form in zwei diametral unterschiedliche Gruppen einteilen. Auf der einen Seite stehen die Jungen, die politisch links Eingestellten und Personen aus der Westschweiz, welche das bestehende, auf der Wehrpflicht basierende Milizsystem nicht mehr mehrheitlich unterstützen. Auf der anderen Seite unterstützen ältere Personen, die politische Rechte und die Deutschschweiz das heutige, auf der Wehrpflicht basierende Milizsystem.

Wie festgelegt ist die Einstellung der SchweizerInnen zur Abschaffung der Wehrpflicht und der Milizarmee? Gehen beide Forderungen Hand in Hand oder lassen sich Varianzen in der Meinungsbildung finden? Mit der Kombination der beiden Einstellungsfragen zur Milizarmee und Wehrpflicht können die Präferenzen der Befragten genauer erfasst werden. 38% von ihnen stehen klar hinter dem bestehenden System: Sie sind für die Milizarmee und gegen die Aufhebung der Wehrpflicht (siehe Tabelle 11.1).

Tabelle 11.1
Zustimmung zur Aufhebung der Wehrpflicht und zur Wehrstruktur

Index aus den Items «Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst freiwillig machen» und «Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufarmee besser für uns?»

	1995	1998	2001	2004	2007	2010	2011	2012
Miliz und gegen Aufhebung Wehrpflicht	53%	39%	37%	38%	35%	39%	38%	38%
Miliz, aber für Aufhebung Wehrpflicht	13%	13%	11%	14%	12%	13%	9%	14%
Berufarmee, aber gegen Aufhebung Wehrpflicht	10%	17%	14%	14%	17%	15%	18%	10%
Berufarmee und für Aufhebung Wehrpflicht	18%	26%	29%	26%	28%	27%	24%	32%
Weiss nicht, keine Antwort	6%	5%	9%	8%	8%	6%	11%	6%
Gesamt	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Die gegenteilige Meinung – eine Berufsarmee und die Aufhebung der Wehrpflicht – wird von 32% (+8%) unterstützt. Bei 6% der SchweizerInnen ist keine eindeutige Präferenz erkennbar. Weitere 14% befürworten die Milizarmee, möchten aber die Wehrpflicht abschaffen, was dem Modell der freiwilligen Miliz entsprechen würde. 10% der Befragten antworten in unserem Verständnis widersprüchlich: Sie ziehen die Berufsarmee der Milizarmee vor, sind aber gegen die Aufhebung der Wehrpflicht. Dieses Antwortverhalten könnte so gedeutet werden, dass diese Personen in der Frage des Rekrutierungssystems indifferent eingestellt sind. Oder aber es bedeutet, dass die Befragten die unterschiedlichen Argumente, die für das eine oder andere Wehrsystem sprechen, noch nicht definitiv abgewogen und sich deshalb noch keine Meinung gebildet haben. Möglich ist ferner, dass nicht alle Personen die Unterschiede zwischen Miliz- und Berufsarmee kennen.

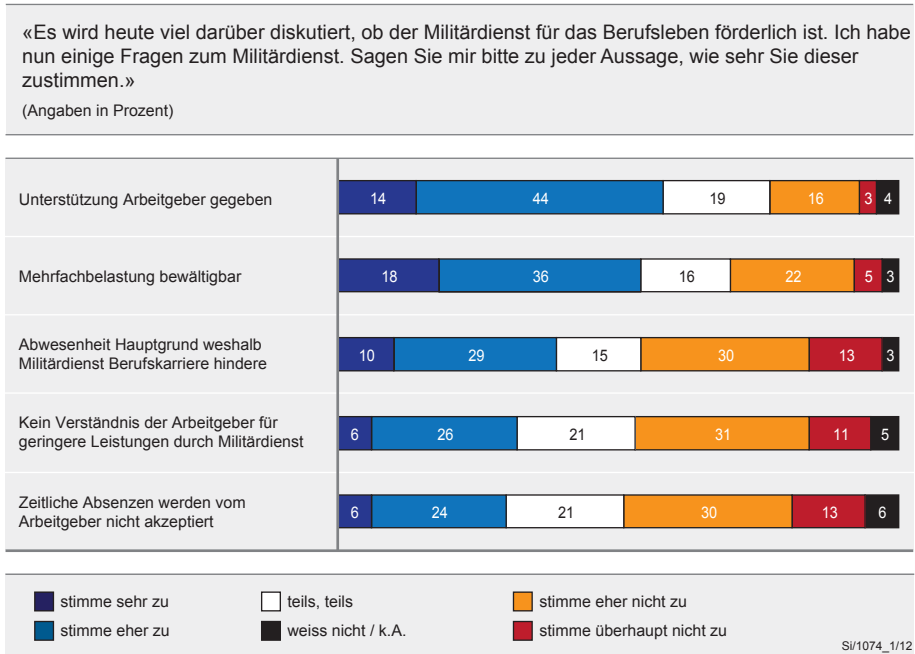
11.2 Strukturelle Milizfähigkeit: Militärdienst und Arbeitsleben

Die Studienreihe «Sicherheit» untersucht in unregelmässigen Abständen die Beziehung zwischen Militärdienst und Arbeitsleben. Dabei stand jeweils die Frage nach dem Wert einer milizmilitärischen Karriere im Vordergrund, da das Schweizer Milizsystem nur aufrechterhalten werden kann, wenn sich genügend Freiwillige für eine Kaderposition finden lassen. Wie aber die Schweizer Stimmbevölkerung generell über die Vereinbarkeit von Militärdienst und Arbeitsleben denkt, war bis anhin nicht Gegenstand der Untersuchung. Die Studie «Sicherheit 2012» erfragt nun das erste Mal auch diese Thematik. Im ersten Teil des Abschnitts 11.2 werden die Antworten zur allgemeinen Vereinbarkeit analysiert. Im zweiten Teil richtet sich der Fokus – wie in den Vorjahren – auf das Verhältnis von Milizkarriere und Beruf.

Zur Beantwortung der erhobenen Auffassungen konnten die Befragten zwischen den Kategorien stimme «sehr», «eher», «teils zu, teils nicht» sowie stimme «eher nicht» und «überhaupt nicht» zu wählen.

Die Kombination von Militärdienst und Arbeitsleben ist in der Wahrnehmung der Stimmbevölkerung bewältigbar, wenn auch mit Schwierigkeiten verbunden. 58% der Befragten stimmen der Aussage zu, wonach Militärdienstleistende auf die Unterstützung der ArbeitgeberInnen zählen können (siehe Abbildung 11.2). Ebenso finden 54%, dass die Mehrfachbelastung durch den Militärdienst bewältigt werden kann, ohne dass diese die Berufskarriere einschränke. Dabei stehen Männer und Personen mit einer politisch links stehenden Auffassung diesen beiden Aussagen kritischer gegenüber. Männer, die im Militär eingeteilt und solche die nicht eingeteilt sind oder waren, unterscheiden sich in der Beurteilung nicht. Am stärksten befürwortet werden die Vorgaben hingegen von Befragten aus dem rechten politischen Spektrum (64% bzw. 63%).

Abbildung 11.2
Vereinbarkeit Militärdienst mit Arbeitsleben



Negative Auswirkungen des Militärdienstes (siehe Abbildung 11.2, untere drei Items) werden weder mehrheitlich dementiert noch bejaht. Sie werden aber häufiger für falsch als für wahr gehalten. Die oft als negatives Argument vorgebrachte temporäre Absenz am Arbeitsplatz betrachten 39% der Befragten als nachteiligen Effekt auf die berufliche Karriere. 43% teilen diese Meinung hingegen nicht. Wiederum sind es Männer, die stärker an eine negative Reaktion glauben (43%, Frauen 35%). 32% glauben, dass Arbeitnehmer nicht mit dem Verständnis der Arbeitgeberin/des Arbeitgebers rechnen können, sofern ihre berufliche Leistung unter dem Militärdienst leidet. 42% nehmen dies nicht so wahr. Es zeigen sich bei der Bewertung dieser Aussage keine nennenswerten Unterschiede nach soziodemographischen Merkmalen. Der Vorgabe, dass die zeitlichen Absenzen, welche durch den Militärdienst entstehen, von den ArbeitgeberInnen nicht mehr akzeptiert werden, stimmen 30% zu und 43% nicht zu. Politisch rechts stehende Befragte und Frauen teilen diese Meinung am wenigsten (je 26% Zustimmung).

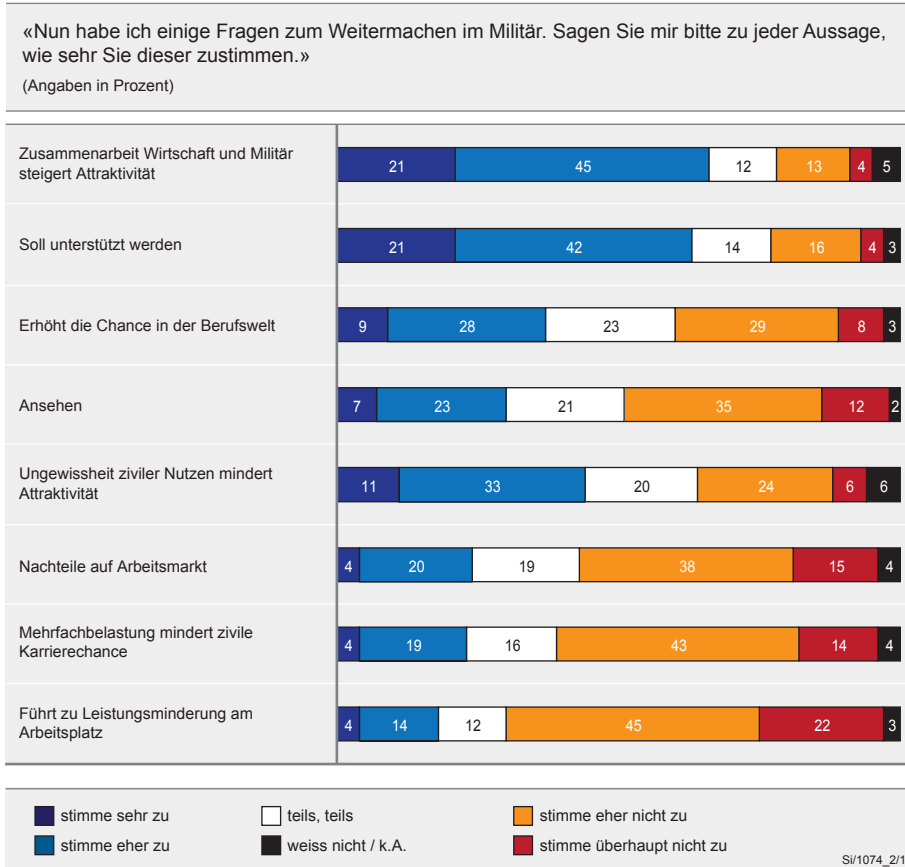
Die zwei positiven Aussagen (siehe Abbildung 11.2, obere zwei Fragen) sowie die drei negativ konnotierten Vorgaben wurden jeweils zu einer Skala zusammengefasst. Dabei zeigt sich, dass 58% aller Befragten den positiven Implikationen der Militärdienstleistung auf die Arbeitswelt zustimmen und 23% zumindest teilweise

diese Meinung vertreten. Demgegenüber teilen 19% die Auffassung nicht, dass Militärdienst und Arbeitswelt miteinander vereinbar seien. Werden die von uns genannten hinderlichen Gründe zusammenfassend analysiert, meinen 38% der SchweizerInnen, dass mit negativen Konsequenzen gerechnet werden muss. 12% haben dazu eine geteilte Meinung und die Hälfte der Befragten (50%) kann den negativen Argumenten nicht zustimmen. Insgesamt kann konstatiert werden, dass die Bevölkerung mehrheitlich die Ansicht vertritt, dass Militär und Beruf nicht in Konflikt zueinander stehen. Dennoch zeigen sich in der Beurteilung der Vereinbarkeit soziodemographische Unterschiede. So unterstreichen vor allem «Autonomisten», Personen mit einer «weichen Öffnungsbereitschaft», «Neutralitätstraditionalisten» und sich politisch rechts Positionierende die positiven Aspekte überdurchschnittlich stark. Konträr dazu heben die «harten Öffnungswilligen», «Neutralitätskritiker», Personen mit einer politisch linken Einstellung, BefürworterInnen einer Berufsmarine und jene, die die Armee für nicht notwendig halten, die negativen Aspekte stärker hervor.

Wie beurteilt nun die Schweizer Stimmbevölkerung die Vereinbarkeit einer Milizkarriere mit dem Arbeitsleben? In der Wahrnehmung der Bevölkerung bleibt eine militärische Milizkarriere unterstützungswürdig und mit dem Arbeitsleben vereinbar. So finden 63% der Befragten, dass ArbeitnehmerInnen, die eine Milizkarriere anstreben, von ihrem/ihrer ArbeitgeberIn unterstützt und bestärkt werden sollten (siehe Abbildung 11.3). 14% teilen diese Meinung nur teilweise und für 20% der SchweizerInnen sollte keine Unterstützung seitens der ArbeitgeberInnen angeboten werden. Männer äussern stärker als Frauen die Auffassung, dass keine Unterstützung erfolgen sollte (26% versus 16%). Auch Befragte mit einem hohen Einkommen teilen häufiger diese Meinung (28%). Eine Unterstützung befürworten insbesondere die ab 60-Jährigen, die politische Rechte, Befragte, welche die Schweizer Armee als notwendig erachten, und Personen mit einem tieferen Bildungsniveau zu je 73%.

Die Auffassung, wonach das Weitermachen die beruflichen Chancen erhöhe, wird nur von einer Minderheit von 37% geteilt. Wiederum wird diese Ansicht überdurchschnittlich stark von älteren Personen (44%), sich politisch rechts Positionierenden (45%), BefürworterInnen des Milizsystems (44%) und SchweizerInnen, welche die Armee als notwendig erachten (43%), geteilt. An die Aussage, dass das Weitermachen im Militär hohes gesellschaftliches Ansehen genießt, glauben nur 30% der Stimmbürgerschaft. Die schon vorher genannten soziodemographischen Gruppen stehen ebenfalls signifikant stärker hinter dieser Aussage.

Abbildung 11.3
Vereinbarkeit Milizkarriere mit Arbeitsleben



Mit diesen drei positiv konnotierten Vorgaben wurde analog zum allgemeinen Militärdienst eine Skala gebildet. Insgesamt 48% der Befragten sehen eine militärische Kaderausbildung als vorteilhaft bzw. als positiv an, 13% nur teilweise und 39% beantworteten alle drei Fragen negativ. Eine klare positive Mehrheit weisen sehr konservative Personen (63%), «Neutralitätsdissonante» (60%) und «Traditionalisten» (58%), Befragte mit tiefer Bildung (59%) und tiefem Einkommen (60%), die ab 60-Jährigen (59%), politisch rechts Orientierte (57%) sowie Personen, welche die Milizarmee befürworten und die Armee als notwendig erachten (je 58%), aus.

Einigkeit herrscht bei der Aussage, dass nur in Zusammenarbeit von Wirtschaft und Schweizer Armee die Attraktivität einer militärischen Milizkarriere gesteigert werden könne (66%; siehe Abbildung 11.3, oberstes Item). Unterschiede bei der

Beurteilung dieser Aussage zeigen sich einzig bei der politischen Einstellung (links 53%, rechts 75%) und der Frage zur Notwendigkeit der Armee (notwendig 73%, nicht notwendig 47%).

Von Interesse war ferner, wie die Bevölkerung negativ formulierte Aussagen zur Vereinbarkeit von militärischer Milizkarriere und Arbeitsleben beurteilt (siehe Abbildung 11.3, die vier untersten Aussagen). Bei der zusammenfassenden Skalenbildung zeigt sich, dass 27% der Befragten die negativen Aussagen unterstützen, 11% diese teilweise befürworten und 62% die Befürchtungen nachteiliger Auswirkungen einer militärischen Milizkarriere nicht teilen.

Allerdings beurteilen nicht alle soziodemographischen Gruppen die negativen Punkte im selben Masse. Am kritischsten eingestellt gegenüber dem Weitermachen sind vor allem Personen aus der italienischsprachigen Schweiz (40%), «harte Öffnungswillige» (38%), «Neutralitätskritiker» (37%), sich politisch links Positionierende (33%), Befragte mit einer tiefen Bildung (41%), BerufsarmeebefürworterInnen (35%) und Personen, welche die Armee für nicht notwendig halten (43%). Trotz dieser Unterschiede kann festgestellt werden, dass bei keiner gesellschaftlichen Gruppe die negativen Aspekte mehrheitliche Unterstützung finden. Im Folgenden werden die Vorgaben detailliert dargestellt und analysiert.

44% denken, dass die Ungewissheit über den zivilen Nutzen einer militärischen Milizkarriere die Attraktivität des Weitermachens mindere. Überdurchschnittlich stark stimmen Männer (48%), die 18–29-Jährigen (56%), «harte Öffnungswillige» (56%), «Neutralitätskritiker» (56%), SchweizerInnen, die eine Berufsarmee befürworten (54%), und insbesondere jene, welche die Armee als nicht notwendig erachten (61%), dieser Aussage zu. Eine Minderheit von 24% votiert für die Vorgabe, wonach bei einer Milizkarriere mit Nachteilen im Arbeitsleben zu rechnen sei. 53% teilen diese Auffassung nicht und 19% nur teilweise. Unterschiede nach soziodemographischen Faktoren sind marginal; hervorzuheben ist einzig die kritische Einstellung von Personen mit einem tieferen Bildungsniveau (35%). Dass die Milizkarriere zu einer Mehrfachbelastung führe und so auch die beruflichen Karrierechancen mindern könne, glauben 23% der Befragten (teils teils: 16%, nein: 57%). Besonders stark ist diese Auffassung in der Südschweiz vorhanden (36%) sowie bei Personen, welche die Notwendigkeit der Armee bezweifeln (35%). 18% der UmfrageteilnehmerInnen sind der Überzeugung, dass eine Milizkarriere zu geringeren Leistungen am Arbeitsplatz führe. Allerdings widerspricht die grosse Mehrheit von 67% dieser Aussage und 12% zeigen sich in dieser Frage unschlüssig. Besonders starke Ablehnung erfährt diese Aussage bei Befragten aus der Deutschschweiz (71%) und jenen mit einer selbstbekundeten politisch rechts stehenden

Meinung (73%). Auch «Autonomisten» (75%) und «Neutralitätstraditionalisten» (79%) verneinen potenziell negative Implikationen einer Milizkarriere auf die berufliche Leistung am Arbeitsplatz.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Schweizer Stimmbewölkerung die Vereinbarkeit von Militärdienst und Arbeitsleben mehrheitlich als gegeben beurteilt. Dies gilt sowohl für reguläre Dienstleistungen im Rahmen von Wiederholungskursen wie auch bei einem Engagement als Milizkader. Gleichzeitig wird allerdings hervorgehoben, dass dies nur bei einem koordinierten Zusammenwirken von Wirtschaft und Armee möglich sei.

Kündigungen bei Schweizer Berufsmilitärs

Im Rahmen seiner Bachelorarbeit an der ETH Zürich ging Oblt Roger Rapp der Frage nach, welches die Auslöser für die Kündigungswelle im Berufskader der Schweizer Armee im Nachgang der Umsetzung der Armee XXI waren. Diese Fragestellung wurde anhand von 77 Leitfadeninterviews mit ehemaligen Berufsunteroffizieren und Berufsoffizieren, welche die Armee als Arbeitgeberin im Zeitraum von 2006 bis 2009 verliessen, untersucht. Erhoben wurden die Daten von der Dozentur Militärsoziologie der *Militärakademie an der ETH Zürich* im Rahmen des Projekts «Frühzeitiges Ausscheiden aus dem Berufskader der Schweizer Armee».

Um die Ursachen analysieren und in einen umfassenden Kontext einbetten zu können, wurden zwei theoretische Modelle als Erklärungshilfen herangezogen. Das erste Modell versteht als Ursachen von Kündigungen sogenannte «kritische Ereignisse», welche ArbeitnehmerInnen persönlich erschüttern, letztere ihr aktuelles Arbeitsverhältnis rekapitulieren lassen und entsprechend dem Bewertungsergebnis zur Kündigung bewegen können. Das zweite Modell basiert auf dem Konzept des psychologischen Vertrags, welches beim Arbeitsverhältnis zwischen der Organisation/Firma und dem/der Arbeitnehmenden nebst formellen Verträgen auch informelle Übereinkommen berücksichtigt. Diese psychologischen Verträge bestehen aus Angeboten und Erwartungen, welche für beide Vertragsparteien reziproker Natur sind. Sollte eine spezifische Erwartung des/der Arbeitnehmenden durch die Organisation nicht erfüllt werden, kann dies zu einer Verletzung des psychologischen Vertrags und letztlich zu einer Kündigung führen.

In den 77 untersuchten Kündigungen von ehemaligen Berufsmilitärs konnten in 69% der Fälle kritische Ereignisse als Auslöser für die Kündigungsentscheidung identifiziert werden. Bei den restlichen 31% war eine Verletzung des psychologischen Vertrags Ursache für den Entschluss, die Armee als Arbeitgeberin zu verlassen. Obwohl die spezifischen Kündigungsursachen im Einzelfall stark variieren, konnten zwei Trends festgestellt werden. Einerseits kann eine generelle Unzufriedenheit mit den Leistungen der Armee als Arbeitgeberin vermehrt dazu führen, dass sich die Berufsmilitärs nach Alternativen auf dem Arbeitsmarkt erkundigen. Andererseits verstehen sich Berufsmilitärs zunehmend als aktive TeilnehmerInnen auf dem Arbeitsmarkt, welche sich gute Chancen auf eine attraktive Stelle in der Verwaltung oder der Privatwirtschaft ausrechnen – wohl nicht zuletzt aufgrund ihrer überdurchschnittlichen und gesellschaftlich anerkannten Ausbildung an der Militärakademie der ETH Zürich oder der Berufsunteroffizierschule.

Rapp, R. (2012). Die Kündigungswelle in der Schweizer Armee? Theoriegeleitete Ursachenforschung. Bachelorarbeit, Bachelor-Studiengang Staatswissenschaften, ETH Zürich.

11.3 Schweizer mit Migrationshintergrund und deren Militärdienstleistung

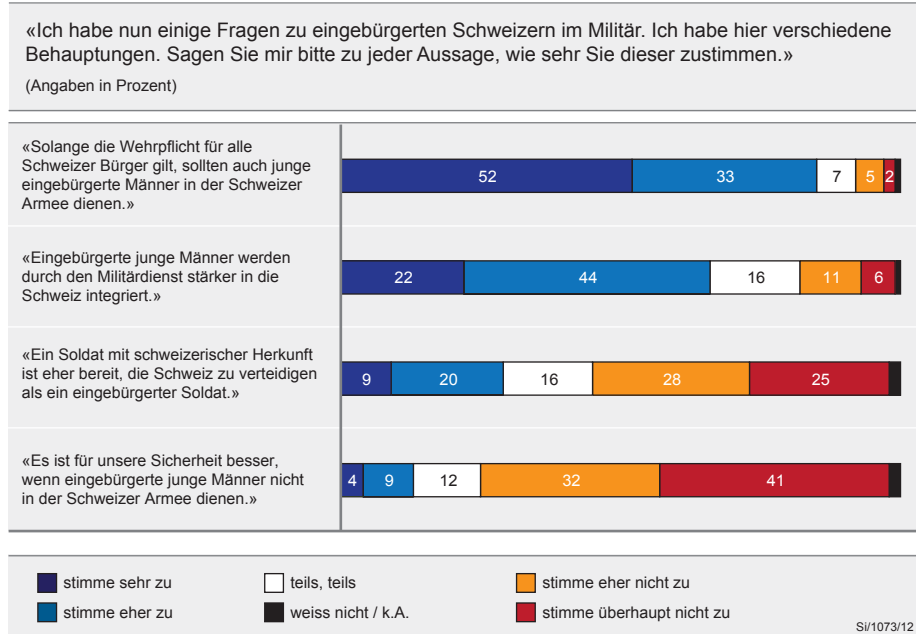
Die Zahl der SchweizerInnen mit Migrationshintergrund nimmt zu. Gemäss Bundesamt für Statistik betrug 2008 der Anteil eingebürgerter Personen an der gesamten ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren 9.1%.¹ Da die Schweiz die allgemeine Wehrpflicht kennt, absolvieren auch zunehmend Personen mit Migrationshintergrund die Rekrutenschule und sind Teil der Schweizer Armee. Von Interesse ist nun, wie die Schweizer Bevölkerung gegenüber der militärischen Dienstleistung von Schweizern mit Migrationshintergrund – in der Umgangssprache oft als «Secodos» bezeichnet – eingestellt ist. Zum ersten Mal wurden dazu in der diesjährigen Sicherheitsstudie Fragen gestellt, die Aspekte der Integration wie auch solche der Sicherheit thematisieren.

Nach Auffassung von 85% der befragten SchweizerInnen sollten auch eingebürgerte junge Männer Wehrdienst leisten, solange in der Schweiz die allgemeine Wehrpflicht gilt (siehe Abbildung 11.4). 7% sind nur teilweise dieser Meinung und ebenfalls 7% stimmen dieser Vorgabe nicht zu. Dabei spielt es keine Rolle, ob die befragte Person selber einen Migrationshintergrund aufweist (von Geburt an SchweizerIn) oder nicht. Das Antwortverhalten ist in beiden Gruppen gleich. Am ehesten sind Personen mit tiefer Bildung und tiefem Einkommen gegen die Einbindung von eingebürgerten Männern in die Schweizer Armee, dies aber ebenfalls auf sehr tiefem Niveau (13% bzw. 11%). Dem Militärdienst wird eine integrative Funktion für Personen mit Migrationshintergrund zugeschrieben. So glauben 66% der Befragten, dass diese durch den Militärdienst besser in die Schweizer Gesellschaft integriert werden. Nur für 17% hat die Armee keine Integrationswirkung. Unentschieden in dieser Frage zeigen sich 16%. Besonders hohe Zustimmung erhält diese Aussage zu je 70% bei Männern, bei den ab 60-Jährigen und Personen mit hohem Bildungsniveau sowie mit 71% bei sich politisch rechts positionierenden Befragten. Konsequenterweise sind jene SchweizerInnen am kritischsten gegenüber der Integrationswirkung eingestellt, welche die Notwendigkeit der Armee hinterfragen (31%).

1 Migration und Integration – Indikatoren. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Bundesamt für Statistik, 23. September 2010. URL: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/07/blank/key/04.html> [05.04.2012].

Abbildung 11.4

Einstellungen zur Militärdienstleistung von Schweizern mit Migrationshintergrund



Neben diesen zwei positiv formulierten Aussagen wurden den UmfrageteilnehmerInnen auch zwei Aussagen vorgelegt, welche negative Wirkungen einer Dienstleistung von Männern mit Migrationshintergrund implizieren. So meinen 29%, dass eingebürgerte Wehrdienstleistende weniger bereit seien, die Schweiz zu verteidigen, als Soldaten mit schweizerischer Herkunft. Für 16% ist dies teilweise der Fall und nur eine knappe Mehrheit von 53% hegt keine Zweifel am Verteidigungswillen eingebürgerter Schweizer. In dieser Frage zeigt die welsche Schweiz deutlich mehr Vertrauen (72%) als die Deutschschweiz, wo nur eine Minderheit von 46% den Verteidigungswillen von Personen mit oder ohne Migrationshintergrund gleich einschätzt. Auch bei den ab 60-Jährigen (44%), der politischen Mitte (48%), sich politisch rechts positionierenden Befragten (41%) und bei Personen mit niedrigerem (39%) bzw. mittlerem Bildungsniveau (47%) wird diese Vorgabe unterdurchschnittlich abgelehnt. SchweizerInnen ohne Migrationshintergrund hegen minim häufiger Zweifel am Kampfeswillen ihrer Mitbürger mit Migrationshintergrund als Personen, die eingebürgert sind. Diese Bedenken führen aber nicht dahin, dass Personen mit Migrationshintergrund vom Wehrdienst ausgeschlossen werden sollten.

Der Meinung, dass es für unsere Sicherheit besser sei, eingebürgerte junge Männer keinen Wehrdienst leisten zu lassen, stimmt eine Minderheit von 13% zu. Mit 73% wird diese Vorlage grossmehrheitlich zurückgewiesen und 12% teilen sie nur teilweise. Nach soziodemographischen Gruppen unterschieden sind es vor allem die ab 60-Jährigen (17%), Personen mit tiefer Bildung (28%) und niederem Einkommen (19%), welche die Meinung vertreten, dass eingebürgerte junge Männer aus Sicherheitsgründen nicht Militärdienst leisten sollten.

Abschliessend lässt sich festhalten, dass die Schweizer Stimmbevölkerung den Militärdienst von eingebürgerten jungen Männern deutlich befürwortet und letztere nicht als Sicherheitsrisiko betrachtet. Auch sehen die Befragten in hohem Mass eine Integrationsfunktion der Armee für Schweizer mit Migrationshintergrund, teilen sie doch die Meinung, dass diese durch den Militärdienst stärker in die Schweizer Gesellschaft integriert werden. Uneins sind sich die UmfrageteilnehmerInnen lediglich, ob der Verteidigungswille gleich hoch sei wie bei nicht eingebürgerten Schweizern.

Literaturhinweise

Verwendete Literatur

- Bacher, J. (1994). Clusteranalyse. München: Oldenbourg.
- Backhaus, K., Erichson, B., Plink, W., Weiber, R. (1990). Multivariate Analysemethoden: Eine anwendungsorientierte Einführung. Berlin: Springer.
- Bennett, J. (2005). Fitting Security into the Swiss Value Landscape. Personal and social Security Concerns in Switzerland. Bern: Peter Lang.
- Biehl, H., Fiebig, R., Giegerich, B., Jacobs, J., Jonas, A. (2011). Strategische Kulturen in Europa: Die Bürger Europas und ihre Streitkräfte. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragungen in acht europäischen Ländern 2010 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. Forschungsbericht 96. Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr. URL: <https://dgap.org/de/article/getFullPDF/20552> [11.04.2012].
- Bortz, J. (1984). Lehrbuch der empirischen Forschung. Berlin: Springer.
- Bortz, J. (1993). Statistik für Sozialwissenschaftler. Berlin: Springer.
- Bortz, J., Döring, N. (2002). Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler (3. überarbeitete Auflage). Berlin: Springer.
- Groves, R.M. (2006). Nonresponse Rates and Nonresponse Bias in Household Surveys. Public Opinion Quarterly, Vol. 70, No.5, 646-675.
- Luhmann, N. (1968). Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart: Ferdinand Enke.
- Meyer, R., Haltiner, K.W., Hofer, R., Iff, H., Rüegg, W. (1982). Fragen an die Zukunft. Die Bedeutung von Beruf, Bildung und Politik für die zwanzigjährigen Schweizerinnen und Schweizer. Aarau und Frankfurt am Main: Sauerländer.
- Rapp, R. (2012). Die Kündigungswelle in der Schweizer Armee? Theoriegeleitete Ursachenforschung. Bachelorarbeit, Bachelor-Studiengang Staatswissenschaften, ETH Zürich.
- Szvircev Tresch, T., Würmli, S., Merkulova, N., Craviolini, J. (2011). Zufriedenheit mit der allgemeinen Grundausbildung im Militär. Eine quantitative Untersuchung der Schweizer Rekruten. Interner Forschungsbericht. Dozentur für Militärsoziologie der Militärakademie an der ETH.

Quellenhinweise zu den Daten der Erhebungsreihe «Sicherheit»

- Buri, Ch., Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1991). Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 18. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1994). Sicherheit '94. Unveröffentlichte Bevölkerungsrepräsentativbefragung. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1995). Sicherheit '95. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr.1. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1996). Sicherheit '96. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 3. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1998). Sicherheit '98. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 4. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Anker, H. (1986). Die Bürger und seine Verteidigung: Sicherheitspolitische Meinungsbilder in der Schweiz. Auswertung einer Repräsentativbefragung. Bern: Institut für Soziologie, Universität Bern.
- Haltiner, K.W., Gut, H. (1990). Nachbefragung zur Abstimmung vom 26.11.1989; Initiative «Schweiz ohne Armee»: Abstimmungsmotive und sicherheitspolitische Meinungstrends – eine erste Auswertung. Unterbözberg: Militärischwissenschaftliche Arbeitsgruppe des Ausbildungschefs Armeestabteil 360.I.
- Haltiner, K.W., Bertossa, L. (1993). Stand der sicherheitspolitischen Information in der Schweizer Bevölkerung: Eine Untersuchung am Beispiel der Wehrpolitischen Initiativen. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1994). Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 32. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.

- Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1996). Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität. Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 38. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1997). Sicherheit '97. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 42. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner K.W., Wenger A., Bennett J., Szvirceev T. (1999). Sicherheit 1999 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvirceev, T. (2000). Sicherheit 2000 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvirceev, T. (2001). Sicherheit 2001 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvirceev, T. (2002). Sicherheit 2002 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvirceev Tresch, T. (2003). Sicherheit 2003 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvirceev Tresch, T. (2004). Sicherheit 2004 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Szvirceev Tresch, T., Würmli, S. (2005). Sicherheit 2005 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.

- Haltiner, K.W., Wenger, A., Szvircev Tresch, T., Würmli, S. (2006). Sicherheit 2006 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Würmli, S., Wenger, U. (2007). Sicherheit 2007 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Würmli, S., Wenger, U., Lipowicz, A. (2008). Sicherheit 2008 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Birmensdorf: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Meyer, R. (1976). Befragung über Werte und Wertordnungen in der Schweizer Bevölkerung. Unveröffentlichte Randauszählung. Bern: Soziologisches Institut der Universität Bern.
- Riklin, A., Frei, Ch. (1986). Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung». Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Riklin, A., Laggner, B. (1988). Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung». Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Riklin, A., Hafen, Th. (1990). Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung». Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Pletscher M., Wenger U. (2009). Sicherheit 2009 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Birmensdorf: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Bisig, E. (2010). Sicherheit 2010 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Bisig, E. (2011). Sicherheit 2011 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.

Anhang I

I Die Qualität der Variablen¹

Eine Menge von Objekten, die mittels einer Zahl dargestellt werden können, wird als Skala bezeichnet. Je nachdem, welche Eigenschaften und Beziehungen der Zahlen auf die Menge der Objekte sinnvoll übertragbar sind, werden Skalen nach unterschiedlichen Niveaus gebildet. In der Statistik wird vom Skalenniveau der Variablen oder der Merkmale gesprochen.

Eine Skala, die nur Identifikationen, nicht aber eine Zählung zulässt, heisst *Nominalskala* (z.B. Automarke, Beruf); eine, deren Zahlen lediglich «grösser-kleiner»-Relationen abbilden, *Ordinalskala* (z.B. militärische Grade, Bildungsgrade). Eine Skala, bei der gleiche Zahlendifferenzen auch gleiche Merkmalsdifferenzen repräsentieren, wird als *Intervallskala* bezeichnet (z.B. Körpertemperatur, Metermass).

II Korrelationen und Koeffizienten²

Zusammenhangsmaße sind wichtige Instrumente der beschreibenden Statistik. Als geeignete Maße haben sich so genannte Korrelationskoeffizienten erwiesen, die Werte zwischen 0 und 1 annehmen können, wobei Werte nahe bei 0 auf einen geringen, Werte nahe bei 1 auf einen engen Zusammenhang hinweisen.

Viele Korrelationskoeffizienten geben zusätzlich noch die Richtung des Zusammenhangs an, indem sie positive Werte annehmen, wenn sich die beteiligten Variablen gleichläufig verhalten, oder negative, wenn sich die Variablen gegenläufig verhalten. Stimmt also beispielsweise die Mehrheit der Befragten, die der Frage A zustimmt, auch der Frage B zu, und lehnen gleichzeitig diejenigen, die Frage A ablehnen, auch Frage B mehrheitlich ab, spricht man von einem positiven Zusammenhang. Eine negative Korrelation ergäbe sich dann, wenn die Personen, die A zustimmen, B mehrheitlich ablehnen und umgekehrt.

Es gibt eine ganze Reihe von unterschiedlichen Korrelationskoeffizienten, die sich für unterschiedliche Arten der Fragestellung und Beschaffenheit der Daten eignen. In dieser Studie werden als Maße für nominalskalierte Variablen (Merkmale,

1 Nach Bortz (1984) und Bortz & Döring (2002).

2 Nach Bortz (1984), Bortz & Döring (2002), Meyer et al. (1982).

die sich nur qualitativ voneinander unterscheiden lassen, wie z.B. die Staatszugehörigkeit, die Religion oder der Beruf) und ordinalskalierte Variablen (d.h. solche mit Rangcharakter, wie z.B. «grösser als...» oder «wichtiger als...») der so genannte Kontingenzkoeffizient (CC), der Gamma-Koeffizient (γ) und der Spearmans-Koeffizient (ρ) verwendet.

Der *Kontingenzkoeffizient*, abgekürzt CC, erfasst den Zusammenhang (die Assoziation) zweier nominalskalierter Merkmale. Der Wertebereich von CC variiert zwischen 0 und 1 (nur positive Koeffizienten). Dabei bedeutet 0 völlige Unabhängigkeit und 1 einen absoluten Zusammenhang zwischen den Merkmalen.

Der *Gamma-Koeffizient* (γ) und *Spearmans-Koeffizient* (ρ) gelangen zur Anwendung, wenn die zu analysierenden Variablen Ordinalcharakter aufweisen. Der Wertebereich des Gamma-Koeffizienten variiert zwischen -1 und $+1$.

Die *Produkt-Moment-Korrelation* (r), auch Pearsonscher-Koeffizient genannt, wird für Korrelationen intervallskalierter Variablen verwendet. Der Wertebereich variiert ebenfalls zwischen -1 und $+1$.

Signifikanz: Korrelationskoeffizienten sind ein Mass für den Zusammenhang zweier oder mehrerer Variablen. Dieser kann aber manchmal bloss zufälligen Charakter haben. Eine festgestellte Korrelation ist also in der Stichprobe gegeben, kann aber nicht auf die Grundgesamtheit übertragen werden. Anders ausgedrückt: Der Schluss von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit ist statistisch nicht gesichert. Konkret würde dies in unserem Fall bedeuten, dass eine Verallgemeinerung eines zwischen zwei Variablen gegebenen Zusammenhangs von unserer 1200-Personen-Stichprobe auf die Gesamtheit der schweizerischen Stimmbevölkerung unsicher ist. Ist die Verallgemeinerung von Merkmalen einer Untergruppe (Stichprobe) auf die Grundgesamtheit hingegen möglich, so ist der festgestellte Zusammenhang zwischen den Variablen signifikant. Dies wird in der Regel mit $p < 0.05$ (signifikanter Zusammenhang), $p < 0.01$ (sehr signifikanter Zusammenhang) oder $p < 0.001$ (hochsignifikanter Zusammenhang) ausgedrückt. Bei $p > 0.05$ ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Zusammenhang bloss zufällig ist, nicht mehr als gering zu veranschlagen.

III Das Testen von Zusammenhangshypothesen mittels χ^2 -Test

Der im Rahmen dieses Berichtes ebenfalls verwendete χ^2 -Test beruht auf dem $k \times l$ - χ^2 -Verfahren zur Überprüfung von Zusammenhangshypothesen, wobei k die Zahl der zu vergleichenden Stichproben und l die Zahl der Ausprägungen des zu untersuchenden Merkmals bezeichnen (Bortz 1993, 160). Es wird geprüft, ob sich k voneinander unabhängige Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B in unterschiedlicher Weise verteilen. Ein signifikantes Ergebnis bedeutet, dass die Unterschiede in der Verteilung von k unabhängigen Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B mit einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit (in der Regel höchstens 5%) nicht durch Zufall zu Stande gekommen sind.

IV Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels t-Test

Anhand des t-Tests wird untersucht, ob die Differenz im Mittelwert zweier Stichproben zufällig für diesen Anteil der Grundgesamtheit zu Stande gekommen ist oder ob aus der Differenz in der Stichprobe auf eine Differenz in der Grundgesamtheit geschlossen werden kann. Der Mittelwert ist der Durchschnittswert aller Nennungen und errechnet sich durch die Summe aller genannten Werte, geteilt durch die Anzahl Nennungen.

V Die Clusteranalyse³

Die Clusteranalyse ist ein statistisches Datenreduktionsverfahren zur systematischen Klassifizierung von Objekten einer gegebenen Menge. Die durch eine bestimmte Anzahl von Merkmalen beschriebenen Objekte werden nach Massgabe ihrer Ähnlichkeit in Gruppen (Cluster) zusammengefasst, wobei die Cluster untereinander möglichst homogen und extern möglichst gut voneinander unterscheidbar sein sollen. Mit anderen Worten: Die Elemente eines Clusters sollen möglichst ähnlich sein, und jedes Element eines Clusters soll sich möglichst stark von den Objekten anderer Cluster unterscheiden. Ziel der Clusteranalyse ist es also, Gruppen so zu bestimmen, dass die Korrelationen der Variablen einer Gruppe zu den Variablen aller anderen Gruppen möglichst niedrig sind.

Es gibt zwei grosse Familien von clusteranalytischen Verfahren: die optimierenden und die hierarchischen. In der Regel muss bei den Ersteren eine Startgruppierung vorgegeben werden, d.h. das erste Objekt jedes Clusters (Startwert) und

3 Nach Bortz (1984) und Bacher (1994).

die Anzahl der gewünschten Cluster werden vorgegeben. Es wird dann versucht, diese Startgruppierung durch schrittweise Verschiebung jedes neu in Betracht gezogenen Objekts von einem Cluster zu einem anderen zu verbessern; man verfährt so lange, bis keine Verbesserung mehr möglich ist. Die ständige Verbesserung der Elementeverteilung ist der Vorteil der optimierenden gegenüber den hierarchischen Verfahren, bei welchen keine Startgruppierung notwendig ist.

Für unsere Berechnungen haben wir ein optimierendes Verfahren gewählt. Die Prozedur QUICK CLUSTER, welche auf dem K-Means-Verfahren basiert, eignet sich besonders bei grossen Fallzahlen. Es wird dabei wie folgt vorgegangen: In einem ersten Schritt werden die Startwerte für die Clusterzentren bestimmt. Im zweiten Schritt wird bei nur einem Durchgang durch die Daten nacheinander jeder Fall dem nächstgelegenen Clusterzentrum zugeordnet. Nach jeder Zuordnung wird die Lage des Clusterzentrums so neu berechnet und korrigiert, dass es zum Schwerpunkt der zugehörigen Fälle wird. Im dritten Schritt schliesslich werden die Fälle wiederum dem (verschobenen) Zentrum zugeordnet, das nunmehr am nächsten liegt. Unter einem Clusterzentrum hat man sich aber nicht ein konkretes, sondern nur ein künstliches Objekt vorzustellen. Die Clusteranalyse erzeugt zwei wichtige Informationen: Jedem einzelnen Clusterzentrum wird ein Wert zugeordnet, und jedes Objekt wird einem Cluster zugeteilt. Daraus ergibt sich die Clusterzugehörigkeit, die als eine neue Variable betrachtet werden kann, mit der sich arbeiten lässt.

VI Einfache und multivariate Regressionsanalyse⁴

Die Regressionsanalyse dient zwei statistischen Fragestellungen: Einerseits wird sie zur Vorhersage einer erklärten Variable (abhängige Variable) durch erklärende Variablen (unabhängige Variable) angewandt. Es kann zum Beispiel untersucht werden, wie stark sich der Verkauf eines Produktes verändern wird, wenn die Ausgaben für die Werbung verdoppelt werden.

Andererseits werden anhand der Regressionsgleichung die theoretisch begründeten Ursache-Wirkung-Beziehungen untersucht. Es wird berechnet, wie gut sich die erklärte Variable durch die erklärenden beobachten lässt, d.h. welche Varianz durch letztere erklärt werden kann und welchen Beitrag die erklärenden Variablen zur Varianzaufdeckung der erklärten Variable beitragen. Wenn man also zum Beispiel wissen will, ob und wie gut sich die politische Partizipation durch die Bildung, durch das Elternhaus und durch das Vertrauen in die Politik erklären lässt, dann bedient man sich der Regressionsanalyse.

4 Vgl. Backhaus et al. (1990).

Wird zur Vorhersage einer erklärten Variable nur eine erklärende Variable ins Modell aufgenommen, wird von einer einfachen oder bivariaten Regression gesprochen. Werden hingegen mehrere erklärende Variablen beigezogen, dann handelt es sich um eine multiple oder multivariate Regression.

Bei der Regressionsanalyse geht man i.d.R. von einem linearen Zusammenhang aus (je-desto-Beziehung) und im Gegensatz zur Korrelation, die einen ungerichteten Zusammenhang untersucht, wird bei der Regressionsanalyse aufgrund theoretischer Vorkenntnisse eine Richtung der Beziehung vorbestimmt.

Die Variablen der Regressionsgleichung müssen metrisch, d.h. mindestens intervallskaliert sein. Ist die erklärte Variable nominal- oder ordinalskaliert, wird eine logistische oder probit-Regression durchgeführt.

Anhang II

I Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung

Ein Verfahren zur Typenbildung von Personen mit verwandten Eigenschaften bietet die Clusteranalyse. Sie erlaubt es, Befragte mit einem weitgehend ähnlichen Einstellungsprofil zu Typen zusammenzufassen. Der eine Typ soll dabei zu Typen mit anderen Einstellungsprofilen möglichst wenig Ähnlichkeit aufweisen. Die Typenbildung erfolgt in einem Optimierungsprozess, d.h. es gibt mehr oder weniger optimale Lösungen (vgl. Anhang I, Abschnitt V).

Die hier vorgelegten Typenbildungen wurden erstmals mit den Daten des Jahres 1993 vorgenommen. Sie dienen seither als Grundlage für die Ermittlung dominanter Einstellungsmuster mit Blick auf die internationale Kooperationsbereitschaft und die Neutralitätsauffassung in der schweizerischen Bevölkerung.¹

Im Folgenden sind die Zentren der berechneten Cluster der Typologien «internationale Kooperationsbereitschaft» und «Neutralitätsauffassung» für die Daten 2012 numerisch wiedergegeben (Tabellen I und III) und durch die Abbildungen A und B grafisch verdeutlicht. Für Vergleichszwecke werden ebenso die numerischen Clusterzentren der Daten 2011 abgebildet (Tabellen II und IV).

1 Wer sich für das theoretische Konzept der Typologie näher interessiert, sei auf den Jahresband «Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend» verwiesen (Haltiner & Spillmann 1994, 15ff.).

Tabelle I

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2012 (Mittelwerte)

«Die Schweiz sollte...	Zentrum Cluster 1 («Harte Öffnung»)	Zentrum Cluster 2 («Weiche Öffnung»)	Zentrum Cluster 3 («Autonomisten»)
sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten.»	2.34	3.59	3.66
sich der Nato annähern.»	2.48	2.65	3.05
sich aktiv für die Anliegen der Uno einsetzen.»	1.76	1.91	2.77
mehr in Konflikten vermitteln.»	1.78	1.78	2.67
mehr Entwicklungshilfe leisten.»	1.71	2.05	2.84
der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.»	2.23	1.47	1.99
politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben.»	2.12	1.74	2.80
die Neutralität beibehalten.»	1.82	1.13	1.19
wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.»	2.47	1.58	1.57

1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Tabelle II

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2011 (Mittelwerte)

«Die Schweiz sollte...	Zentrum Cluster 1 («Harte Öffnung»)	Zentrum Cluster 2 («Weiche Öffnung»)	Zentrum Cluster 3 («Autonomisten»)
sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten.»	2.03	3.50	3.77
sich der Nato annähern.»	2.34	2.53	3.27
sich aktiv für die Anliegen der Uno einsetzen.»	1.80	1.97	3.15
mehr in Konflikten vermitteln.»	1.80	1.79	2.78
mehr Entwicklungshilfe leisten.»	1.76	2.13	2.98
der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.»	2.40	1.46	2.13
politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben.»	1.95	1.98	2.60
die Neutralität beibehalten.»	1.93	1.24	1.15
wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.»	2.57	1.65	1.56

1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Abbildung A

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2012 (Mittelwerte)

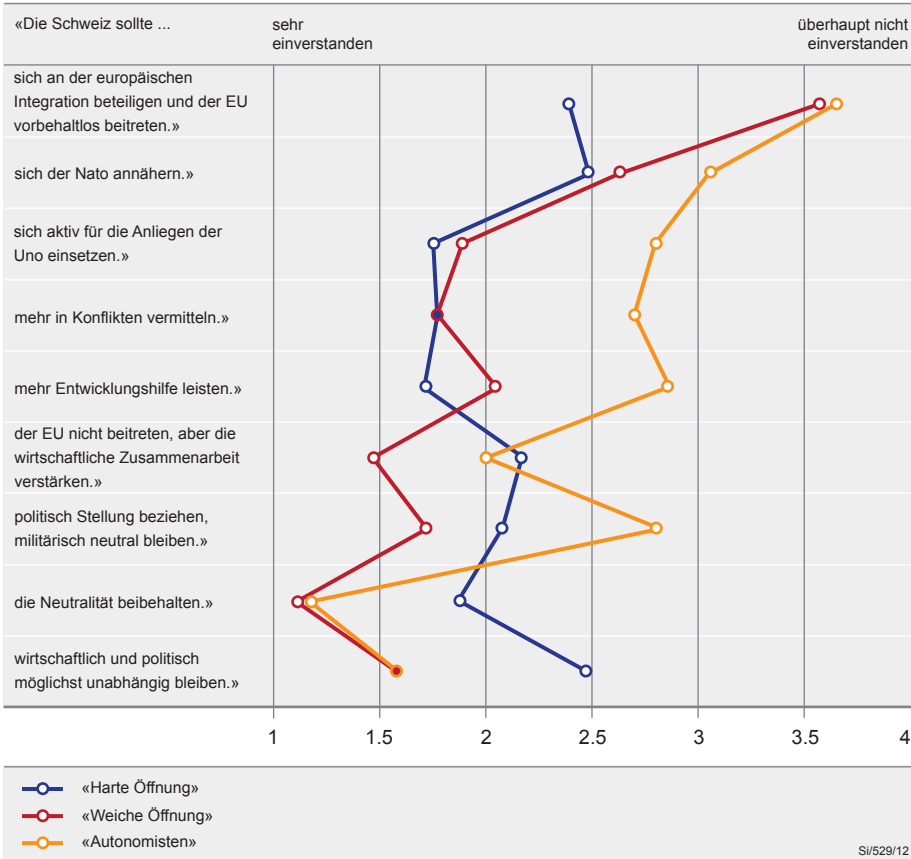


Tabelle III

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2012 (Mittelwerte)

	Zentrum Cluster 1 («Kritiker»)	Zentrum Cluster 2 («Pragmatiker»)	Zentrum Cluster 3 («Dissonante»)	Zentrum Cluster 4 («Traditionalisten»)
«Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten.»	2.07	1.58	1.59	1.25
«Die Neutralität ist untrennbar mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden.»	2.52	1.62	1.66	1.34
«Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte einbezogen.»	2.85	2.62	1.74	1.58
«Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.»	2.99	3.00	2.07	1.73
«Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.»	1.95	2.62	2.40	3.20
«Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.»	2.29	3.50	2.99	3.74
«Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.»	2.26	3.13	2.46	3.47
«Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.»	2.23	3.22	2.37	3.53

1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

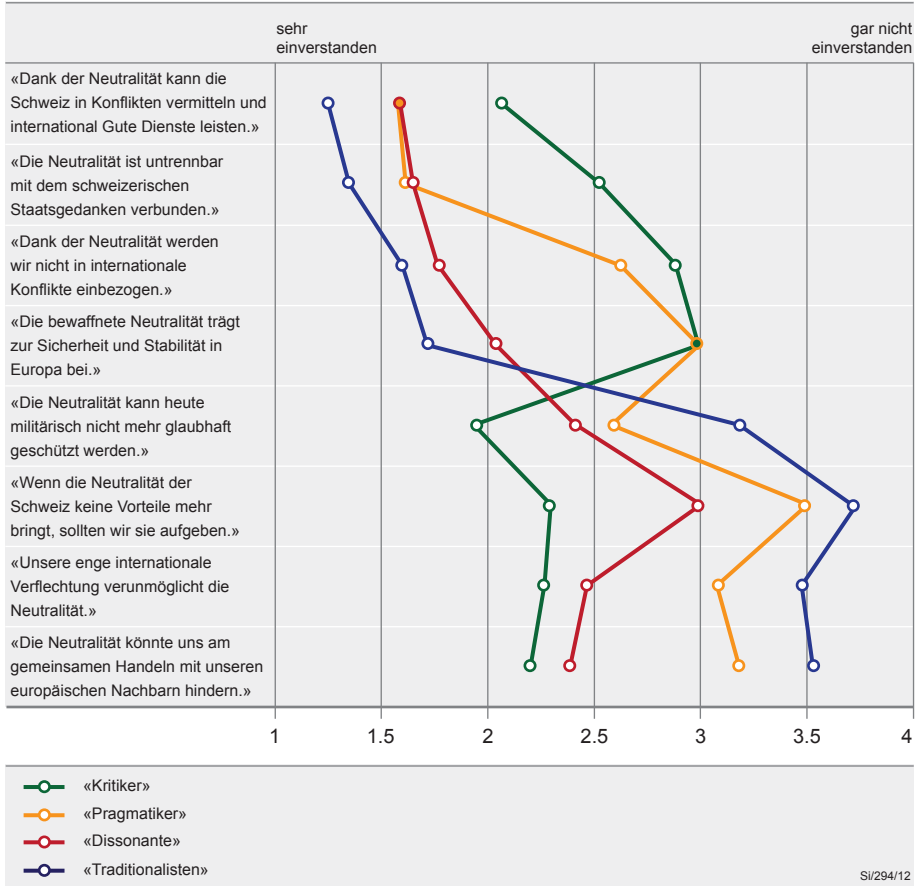
Tabelle IV

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2011 (Mittelwerte)

	Zentrum Cluster 1 («Kritiker»)	Zentrum Cluster 2 («Pragmatiker»)	Zentrum Cluster 3 («Dissonante»)	Zentrum Cluster 4 («Traditionalisten»)
«Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten.»	2.28	1.64	1.64	1.21
«Die Neutralität ist untrennbar mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden.»	2.68	1.87	1.77	1.19
«Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte einbezogen.»	3.02	2.71	1.92	1.62
«Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.»	3.13	2.88	2.01	1.64
«Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.»	1.9	2.40	2.49	3.24
«Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.»	2.19	3.55	2.91	3.66
«Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.»	2.34	3.20	2.44	3.59
«Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.»	2.31	3.12	2.40	3.43

1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Abbildung B
 Typologie der Neutralitätsauffassungen 2012 (Mittelwerte)



Anhang III

Fragebogen

Stichprobe: 12. Januar – 06. Februar 2012, Random-Quota-Verfahren, N=1200
Deutsche, französische und italienische Schweiz

Befragungsinstitut: ISOPUBLIC, Schwerzenbach

Mein Name ist ... von Isopublic

Wir führen im Auftrag vom Bund eine Befragung bei Stimmberechtigten durch zum Thema Sicherheit in der Schweiz, und ich möchte Sie fragen, ob Sie bereit wären, dazu einige Fragen zu beantworten? Das Interview dauert rund 30 Minuten.

Zunächst einige Fragen für die Statistik.

S 1.

Wie viele in der Schweiz stimmberechtigte Personen (also Schweizer Bürgerinnen oder Bürger über 18 Jahre) leben normalerweise in Ihrem Haushalt? Rechnen Sie sich mit ein.

... Personen

[INT: Untermieter, Pensionäre, Au Pair, Hausangestellte gelten auch als Haushaltsmitglieder, sofern sie:

- 1. bei Ihnen in Ihrem Haus / Ihrer Wohnung wohnen UND*
 - 2. mindestens eine Hauptmahlzeit pro Tag bei Ihnen zu Hause einnehmen*
- UND*
- 3. keinen eigenen Telefonanschluss haben.*

Kinder, die zu Studienzwecken anderswo wohnen und nur am Wochenende zurückkehren, werden hingegen nicht dazu gezählt.]

S 2.

Darf ich Sie fragen, wie alt Sie sind?

... Jahre

S 3.

[INT: Geschlecht der befragten Person eingeben (nur im Zweifelsfalle fragen).]

Mann 1

Frau 2

S 4.

Sind Sie in der Schweiz stimm- und wahlberechtigt?

ja..... 1

nein..... 2

---> *bei nein Abbruch!*

Als Erstes stelle ich Ihnen jetzt einige allgemeine Fragen zum Thema Sicherheit.

Q 1.

Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?

Fühlen Sie sich:

sehr sicher 1

eher sicher 2

eher unsicher..... 3

ganz unsicher 4

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht..... 8

keine Antwort..... 9

Q 2.

Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniesst, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen bekommt. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten.

[Nur 1 Antwort pro Zeile]

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
überhaupt kein Vertrauen								volles Vertrauen	

[INT. nicht vorlesen]

keine Antwort.....99

[Reihenfolge A - H zufallsvariieren]

Inwieweit genießt/geniessen ... Ihr Vertrauen?

- A. der Bundesrat
- B. das Parlament in Bern
- C. die Gerichte
- D. die Polizei
- E. die Armee
- F. die Medien
- G. die Schweizer Wirtschaft
- H. die politischen Parteien

Q 3.

Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird? Oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?

- eher besser und entspannter..... 1
- bleibt etwa so wie heute.....2
- eher düsterer und gespannter.....3

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht..... 8*
- keine Antwort.....9*

Q 4.

Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

- sehr einverstanden 1
- eher einverstanden..... 2
- eher nicht einverstanden..... 3
- gar nicht einverstanden 4

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht..... 8*
- keine Antwort..... 9*

[Reihenfolge A - P zufallsvariieren]

Für unsere Sicherheit ist es wichtig...

- A. ...dass wir den Ausländeranteil in der Schweiz unter Kontrolle halten.
- B. ...dass wir den Rechtsextremismus stärker als bisher bekämpfen.
- C. ...dass wir den Terrorismus mit allen Mitteln bekämpfen, auch wenn dabei unsere persönliche Freiheit eingeschränkt werden muss.
- D. ...dass wir den Linksextremismus stärker als bisher bekämpfen.
- E. ...dass die Polizeipräsenz in Wohnquartieren und einzelnen Stadtgegen- den erhöht wird.
- F. ...dass auf öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Verkehrsmitteln vermehrt Überwachungen per Video stattfinden.
- G. ...dass bei allen öffentlichen Gebäuden die Eingangskontrolle deutlich verschärft wird.
- H. ...dass es der Polizei erlaubt ist, vermehrt Telefonate abzuhören.
- I. ...dass es der Polizei erlaubt ist, private Computer zu überwachen.
- J. ...dass der Staat über verdächtige Personen Daten sammeln kann.
- K. ...dass Personen auch auf den blossen Verdacht hin, dass sie eine Tat planen, verhaftet und vorsorglich eingesperrt werden können.
- L. ...dass Ausschreitungen bei Sportveranstaltungen vehement bekämpft und die Randalierer mit einer langen Haftstrafe bestraft werden.
- M. ...dass die Polizei eine nicht bewilligte Demonstration gewaltsam auflösen darf.
- N. ...dass die Armee zur Sicherung von Ruhe und Ordnung eingesetzt werden kann, wenn die Polizei überfordert ist.

- O. ...dass die Polizei bestimmten Personen das Betreten eines Gebietes verbieten und von dort wegschicken kann.
- P. ...dass für Jugendliche der Ausgang nach Mitternacht verboten ist.

Q 5.

Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

- sehr optimistisch 1
- eher optimistisch 2
- eher pessimistisch 3
- sehr pessimistisch 4

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht*..... 8
- keine Antwort*..... 9

Q 6.

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?

Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

- sehr einverstanden 1
- eher einverstanden..... 2
- eher nicht einverstanden..... 3
- gar nicht einverstanden 4

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht*..... 8
- keine Antwort*..... 9

[Reihenfolge A – L zufallsvariieren]

- A. Die Schweiz sollte sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EU ohne Vorbehalte beitreten.
- B. Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern.
- C. Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.
- D. Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.

- E. Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.
- F. Die Schweiz sollte auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.
- G. Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.
- H. Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben.
- I. Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat, dem Führungsgremium von der Uno, anstreben.
- J. Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen von der Uno einsetzen.
- K. Die Zukunft unseres Landes hängt hauptsächlich von der Schweizer Bevölkerung und der Schweizer Politik ab.
- L. Auf die Zukunft unseres Landes haben wir keinen Einfluss, diese hängt vor allem von der Entwicklung anderer Länder ab.

Q7.

Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden.....	1
eher einverstanden.....	2
eher nicht einverstanden.....	3
gar nicht einverstanden	4
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>	
<i>weiss nicht</i>	8
<i>keine Antwort</i>	9

[Reihenfolge A – L zufallsvariieren]

- A. Die Schweiz sollte der Uno Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen.
- B. Die Schweiz sollte eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten.
- C. Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.
- D. Die Schweiz sollte sich der Nato annähern.

- E. Die Schweiz sollte der Nato beitreten.
- F. Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.
- G. Die Schweiz sollte mehr eine aktive Rolle spielen bei internationalen Konferenzen.
- H. Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.
- I. Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen

Nun kommen wir zu einem neuen Thema, der Schweizer Armee

Q 8.

Über die Bedeutung des Militärs für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können:

[INT vorlesen]

- Das Militär spielt im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle und dies ist auch gut so..... 1
- Das Militär ist ein notwendiges Übel..... 2
- Das Militär könnte ruhig abgeschafft werden..... 3

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht*..... 8
- keine Antwort*..... 9

Q 9.

Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?

- Milizarmee auch in Zukunft genügend..... 1
- wir würden eine Berufsarmee brauchen 2

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht*..... 8
- keine Antwort*..... 9

Q 10.

Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?

- viel zu viel 1
- zu viel 2
- gerade richtig 3
- zu wenig 4
- viel zu wenig 5

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht* 8
- keine Antwort* 9

Q 11.

Alles in allem, wie zufrieden sind Sie mit der Leistung von der Schweizer Armee? Bitte geben Sie mir auf einer Skala von 1 bis 10 an, wie zufrieden Sie sind. 1 bedeutet, dass Sie überhaupt nicht zufrieden sind, 10 bedeutet, dass Sie sehr zufrieden sind.

- überhaupt nicht zufrieden 1
-
- Sehr zufrieden 10

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht* 8
- keine Antwort* 9

Q 12.

Ich habe nun einige Fragen zu eingebürgerten Schweizern im Militär. Ich habe hier verschiedene Aussagen. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen. Stimmen Sie ihr sehr zu, eher zu, teils, teils zu, eher nicht zu oder überhaupt nicht zu?

- stimme sehr zu 1
- stimme eher zu 2
- teils, teils 3
- stimme eher nicht zu 4
- stimme überhaupt nicht zu 5

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht* 8
- keine Antwort* 9

[Reihenfolge A – D zufallsvariieren]

- A. Eingebürgerte junge Männer werden durch den Militärdienst stärker in die Schweiz integriert.
- B. Es ist für unsere Sicherheit besser, wenn eingebürgerte junge Männer nicht in der Schweizer Armee dienen.
- C. Solange die Wehrpflicht für alle Schweizer Bürger gilt, sollten auch junge eingebürgerte Männer in der Schweizer Armee dienen.
- D. Ein Soldat mit schweizerischer Herkunft ist eher bereit die Schweiz zu verteidigen als ein eingebürgerter Soldat.

Q 13.

Halten Sie die Schweizer Armee für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?

- unbedingt notwendig 1
- eher notwendig 2
- eher nicht notwendig..... 3
- überhaupt nicht notwendig 4

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht..... 8
- keine Antwort..... 9

Q 14.

Abschliessend haben wir noch ein paar Aussagen zu möglichen Kriegsbedrohungen und zur Sicherheit unseres Landes. Bitte sagen Sie uns zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind oder ob Sie sie sehr oder eher ablehnen.

- sehr einverstanden 1
- eher einverstanden..... 2
- eher nicht einverstanden..... 3
- gar nicht einverstanden 4

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht..... 8
- keine Antwort..... 9

[Reihenfolge A – C beibehalten aber nicht immer mit gleichem Item beginnen]

- A. Wir sollten unsere Milizarmee nur für den Kriegsfall und nur für die Landesverteidigung einsetzen und nicht für andere Zwecke.
- B. Unsere Armee sollte heute mehr können, als nur das Land zu verteidigen.
- C. Gewaltkonflikte nehmen auch in der Schweiz immer mehr zu. Deshalb sollten wir die Armee auch zum Schutz im Landesinnern einsetzen.

Nun habe ich noch einige Fragen zur Schweizer Politik und zur Schweizer Wirtschaft an Sie.

Q 15.

Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Zur Neutralität gibt es unterschiedliche Meinungen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden.....	1
eher einverstanden.....	2
eher nicht einverstanden.....	3
gar nicht einverstanden	4
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>	
<i>weiss nicht.....</i>	<i>8</i>
<i>keine Antwort.....</i>	<i>9</i>

[Aussagen A bis I zufallsvariieren]

- A. Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.
- B. Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.
- C. Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.
- D. Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten.
- E. Die bewaffnete Neutralität von der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.
- F. Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.
- G. Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.
- H. Sobald die Neutralität für die Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.
- I. Die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis würde uns mehr Sicherheit bringen als die Beibehaltung von der Neutralität.

Q 16.

Es wird heute viel darüber diskutiert, ob der Militärdienst für das Berufsleben förderlich ist. Ich habe nun einige Frage zum Militärdienst. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen. Stimmen Sie ihr sehr zu, eher zu, teils, teils zu, eher nicht zu oder überhaupt nicht zu?

- stimme zu 1
- stimme eher zu 2
- stimme teils zu teils nicht 3
- stimme eher nicht zu 4
- stimme nicht zu 5

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht*..... 8
- keine Antwort*..... 9

[Aussagen A bis E zufallsvariieren]

- A. Die **zeitlichen Absenzen**, welche durch den Militärdienst entstehen, werden von den Arbeitgebern nicht mehr akzeptiert.
- B. Im Allgemeinen kann eine Person, die Militärdienst leistet, auf die **Unterstützung** seines Arbeitgebers zählen.
- C. Kann ein Mitarbeiter wegen des Militärdienstes seine Leistung nicht erbringen, so kann er nicht mit **Verständnis** von seinem Arbeitgeber rechnen.
- D. Die **Abwesenheit am Arbeitsplatz** ist ein Hauptgrund, weshalb der Militärdienst für eine berufliche Karriere hinderlich ist.
- E. Nach meiner Meinung kann die Mehrfachbelastung durch den Militärdienst bewältigt werden, **ohne** dass die berufliche Karriere darunter leidet.

Q 17.

Nun habe ich einige Fragen zum Weitermachen im Militär. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen. Stimmen Sie ihr sehr zu, eher zu, teils, teils zu, eher nicht zu oder überhaupt nicht zu?

- stimme zu 1
- stimme eher zu 2
- stimme teils zu teils nicht 3
- stimme eher nicht zu 4
- stimme nicht zu 5

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht*..... 8
- keine Antwort*..... 9

[Aussagen A bis H zufallsvariieren]

- A. Wer heute im Militär weitermacht, muss im Berufsleben und auf dem Arbeitsmarkt mit **Nachteilen** rechnen.
- B. Wer im Militär weitermacht, **erhöht** seine Chancen in der Berufswelt.
- C. Wer im Militär weitermacht, ist **mehrfachbelastet**, weshalb seine Chance auf eine berufliche Karriere erheblich sinkt.
- D. Wenn jemand im Militär weitermacht, **sinkt seine Leistung** am Arbeitsplatz.
- E. Eine Person, welche im Militär weitermacht, sollte von seinem Unternehmen darin **unterstützt und bestärkt** werden.
- F. Wer im Militär weitermacht, hat auch heute noch ein hohes **Ansehen** in der Gesellschaft.
- G. Weil man **nicht weiss**, ob das Weitermachen im Militär im Beruf Vorteile bringt, ist es nicht attraktiv weiterzumachen.
- H. Nur wenn das Militär und die Wirtschaft **zusammenspannen**, wird das Weitermachen wieder attraktiv.

Q 18.

Nun habe ich einige allgemeine Fragen zur Sicherheitspolitik und zum Militär.

Stellen Sie sich bitte eine Person vor, wo verschiedene Aussagen macht.

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage auf einer Skala von 1 bis 10, wie ähnlich diese Person zu Ihnen ist. 1 bedeutet «diese Person ist mir überhaupt nicht ähnlich» und 10 «diese Person ist mir sehr ähnlich». Mit den Zahlen dazwischen können Sie den Grad von der Ähnlichkeit abstufen.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
überhaupt nicht ähnlich								sehr ähnlich	

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht..... 8
keine Antwort..... 9

[Aussagen A bis M zufallsvariieren]

- A. Ich finde es sehr wichtig, dass wir uns zum Schutz unseres Landes nur auf uns selbst verlassen.
- B. Ich finde es sehr wichtig, dass die Verteidigung von unserem Land eine Bürgerpflicht ist.

- C. Ich finde es sehr wichtig, dass die Schweizer Armee uns alleine und ohne Hilfe von aussen verteidigen kann.
- D. Ich halte es für wahrscheinlich, dass in den nächsten 10 Jahren die Schweiz von einem anderen Staat angegriffen wird.
- E. Wir können uns nur gegen aussen verteidigen, wenn wir alle am gleichen Strick ziehen.
- F. Weil wir ein kleines Land sind, müssen wir unsere Interessen besonders stark gegenüber den grossen Ländern verteidigen.
- G. Ich finde es sehr wichtig, dass das Schweizer Volk auch bei Militärfragen das letzte Wort hat.
- H. Ich finde es sehr wichtig, dass wir auf das Geschehen in der Weltpolitik keinen Einfluss nehmen.
- I. Die Armee dient dem Zusammenhalt unserer vielsprachigen Schweiz.
- J. Der Militärdienst fördert bei den Soldaten das Verantwortungsbewusstsein für die Schweiz.
- K. Erst in der Rekrutenschule werden Männer zu richtigen Männern.
- L. Dank der Schweizer Armee wird die Schweiz nicht von anderen Staaten angegriffen.
- M. Die Armee verkörpert die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz.

Zuletzt noch ein paar Fragen zu Ihrer Person.

Q 19.

Welches ist die höchste Schule, die Sie besucht haben oder die Sie zur Zeit besuchen?

- Primarschule 1
- Sekundar-/Real-/Bezirksschule 2
- Berufsschule/Gewerbeschule/KV/Handelsschule 3
- Mittelschule/Gymnasium/DMS/Berufsmatura/WMS 4
- Technikum/Fachhochschule/Seminar/PH/ HWV 5
- Uni, Poly/ETH/Hochschule..... 6
- andere 7
- [INT. nicht vorlesen]*
- weiss nicht*..... 8
- keine Antwort*..... 9

Q 20.

Welches ist Ihre Muttersprache, d.h. die Sprache, in der Sie normalerweise denken?

Deutsch	1
Französisch.....	2
Italienisch.....	3
Rätoromanisch.....	4
andere Sprache	5
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>	
<i>weiss nicht.....</i>	<i>8</i>
<i>keine Antwort.....</i>	<i>9</i>

Q 21.

Sind Sie von Geburt an Schweizer/Schweizerin?

Ja	1
Nein.....	0
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>	
<i>keine Antwort.....</i>	<i>9</i>

Q 22.

Sind Sie in der Schweizer Armee eingeteilt oder eingeteilt gewesen?

INT: Nur auf Nachfragen: Wer Zivilschutz oder Zivildienst leistet, ist nicht im Militär eingeteilt

INT: Vorlesen

Ja, bin im Militär eingeteilt (ohne Zivilschutz, Zivildienst).....	1
Ja, bin im Militär eingeteilt gewesen und habe die ganze Dienstpflicht geleistet.....	2
Ja, bin im Militär eingeteilt gewesen, habe aber nicht die ganze Dienstpflicht geleistet	3
Nein, nicht im Militär eingeteilt (gewesen)	4
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>	
<i>keine Antwort.....</i>	<i>9</i>

Q 25.

Wie hoch ist das gesamte monatliche Netto-Einkommen Ihres Haushaltes, also das, was alle Mitglieder Ihres Haushaltes zusammen pro Monat ausbezahlt erhalten? Ist es...

0 bis 2000.-	1
2001 bis 4000	2
4001 bis 6000	3
6001 bis 8000	4
8001 bis 10000	5
10000 bis 12000	6
12001 bis 14000	7
14001 bis 16000	8
mehr als 16000	9

[INT. nicht vorlesen]

<i>weiss nicht.....</i>	<i>8</i>
<i>keine Antwort.....</i>	<i>9</i>

Besten Dank für das Interview!

SICHERHEITSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-16.02.2012

Tabelle 1

S1: Wie viele in der Schweiz stimmberichtigte Personen (also Schweizer Bürger oder Bürgerinnen über 18 Jahre) leben normalerweise in Ihrem Haushalt? Rechnen Sie sich mit ein: Untermieter, Pensionäre, Au Pair, Hausangestellte gelten auch als Haushaltsmitglieder, sofern sie 1. bei Ihnen (in Ihrem Haus) Ihrer Wohnung wohnen UND 2. mindestens eine Hauptmahlzeit pro Tag bei Ihnen zu Hause einnehmen, UND 3. keinen eigenen Telefonanschluss haben. Kinder, die zu Studierzwecken anderswo wohnen und nur am Wochenende zurückkehren, werden hingegen nicht dazu gezählt. 98 = Weiss nicht 99 = Keine Antwort Anzahl stimmberichtigte Personen:

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1	25.5	24.2	28.7	28.3	19.2*	31.1*	6.9*	22.7*	37.8*	26.7	30.2*	19.5*	27.3	27.4	22.1*	
2	53.7	55.1	50.5	47.2	59.1*	48.8*	24.9*	60.0*	56.2	51.2	52.0	56.9	53.5	50.1*	58.8*	
3+	20.8	20.6	20.8	24.5	21.7	20.1	68.2*	17.3*	6.0*	22.1	17.8*	23.6	19.2	22.5	19.1	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabella 2
S2. Darf ich Sie fragen, wie alt Sie sind?

Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau				
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
18-29	14.4	15.2	11.8	17.0	14.4	14.4	100.0*	.*	.*	14.7	10.5*	17.7*	12.1	15.9	12.8
30-59	52.1	51.4	54.3	50.9	54.5	49.9	.*	100.0*	.*	61.0*	49.4	47.4*	33.3*	48.0*	62.6*
60+	33.5	33.4	33.9	32.1	31.1	35.6	.*	.*	100.0*	24.2*	40.0*	34.9	54.5*	36.2*	24.7*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 3
S3.Geschlecht

	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
Mann	46.9	47.6	45.0	47.2	100.0*	46.8	49.1	43.5	47.5	41.0*	54.4*	33.3*	43.0*	56.3*
Frau	53.1	52.4	55.0	52.8	*	53.2	50.9	56.5	52.5	59.0*	45.6*	66.7*	57.0*	43.7*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

SICHERHEITSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 4
S4. Sind Sie in der Schweiz stimm- und wahlberechtigt?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
Ja	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Nein	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 5

Als Erstes stelle ich Ihnen jetzt einige allgemeine Fragen zum Thema Sicherheit. Q.1. Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?
Fühlen Sie sich

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		D-CH		F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
		858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = sehr sicher	31.8	34.7*	25.3*	18.9*	37.3*	26.8*	34.7	33.9	27.1*	41.1*	31.4	24.4*	29.3	28.9*	36.7*	
2 = eher sicher	57.7	55.8*	61.2	67.9	53.6*	61.2*	61.3	58.9	54.2	54.3	56.7	62.6*	52.5	59.0	56.7	
3 = eher unsicher	8.7	7.6*	11.4	11.3	7.8	9.4	2.3*	7.0*	13.9*	4.0*	10.8	9.7	12.1	10.1*	5.8*	
4 = ganz unsicher	1.7	1.6	1.7	1.9	1.1	2.2	1.7	*	4.2*	0.6*	0.9	2.8	6.1*	1.7	0.5*	
Top-Two-Boxes	89.4	90.6	86.5	86.8	90.9	88.1	96.0*	92.8*	81.3*	95.4*	88.1	86.9	81.8*	87.9	93.5*	
Bottom-Two-Boxes	10.3	9.2	13.1	13.2	8.9	11.6	4.0*	7.0*	18.2*	4.6*	11.7	12.6	18.2*	11.8	6.3*	
weiss nicht / keine Angabe	0.3	0.2	0.3	-	0.2	0.3	-	0.2	0.5	-	0.2	0.5	-	0.3	0.2	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	1.80	1.76	1.90	1.96	1.73	1.87	1.71	1.73	1.95	1.64	1.81	1.91	1.95	1.85	1.70	

SICHERHEITSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 6
OZ: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen genessen.
Der Bundesrat

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	868	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = Überhaupt kein Vertrauen	2.0	2.1	1.7	1.9	2.5	1.6	1.2	2.4	1.7	0.3*	2.3	2.8	4.0	2.1	1.4
2	1.3	1.4	1.0	*-	1.4	1.1	0.6	1.8	0.7	*-	0.7	2.3	1.0	1.5	0.7
3	3.6	3.3	4.8	1.9	4.4	2.8	1.7	4.2	3.5	2.8	3.5	4.4	6.1	4.1	2.3
4	3.7	3.8	3.5	1.9	5.0*	2.5*	5.2	3.5	3.2	2.8	2.8	5.1	7.1	3.5	3.3
5	11.8	11.2	12.5	18.9	10.5	13.0	13.9	11.5	11.4	8.9*	11.9	12.8	16.2	12.9	9.5
6	14.5	15.5	12.1	11.3	13.3	15.5	20.2*	13.4	13.7	12.3	16.9	14.4	13.1	15.7	12.8
7	22.3	22.0	23.2	20.8	21.8	22.6	24.3	23.7	19.2	26.4*	20.8	21.5	22.2	20.1	25.6*
8	26.4	26.7	27.0	18.9	27.5	25.4	19.1*	27.5	27.9	31.0*	24.8	24.9	17.2*	25.3	30.0*
9	10.1	9.8	9.7	17.0	9.9	10.2	10.4	9.6	10.7	12.9	10.5	7.4*	9.1	8.3*	13.3*
10 = Volles Vertrauen	4.3	4.1	4.5	7.5	3.4	5.2	3.5	2.4*	7.7*	2.8	5.6	4.1	4.0	6.4*	1.2*
Bottom-Three-Boxes	6.8	6.8	7.6	3.8	8.3	5.5	3.5*	8.3*	6.0	3.1*	6.6	9.5*	11.1	7.7	4.4*
Top-Three-Boxes	40.8	40.6	41.2	43.4	40.9	40.8	32.9*	39.5	46.3*	46.6*	41.0	36.4*	30.3*	39.9	44.4
weiss nicht / keine Angabe	0.1	0.1	-	-	0.2	-	-	-	0.2	-	-	0.3	-	0.2	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	6.78	6.76	6.78	7.02	6.69	6.86	6.70	6.67	6.98	7.14	6.82	6.51	6.27	6.72	6.97

SICHERHEITSTUDIIE 2012

ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 7

Q2: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen genießen. Das Parlament in Bern

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = Überhaupt kein Vertrauen	1.8	1.9	1.7	1.9	3.0*	0.8*	1.2	2.1	1.7	0.3*	2.6	1.5	2.0	2.0	1.6
2	1.7	1.6	1.7	1.9	2.1	1.3	1.2	1.9	1.5	0.9	2.1	1.5	2.0	1.7	1.4
3	4.7	4.8	4.2	5.7	5.2	4.2	2.3*	5.6	4.2	3.4	5.2	5.6	4.0	4.8	4.7
4	6.0	6.4	5.5	1.9*	7.3	4.9	1.7*	6.6	7.0	4.3	6.6	6.4	9.1	6.4	4.9
5	16.9	17.5	15.6	15.1	16.5	17.3	15.6	15.0	20.4*	15.6	20.4*	14.6	24.2	18.0	13.7*
6	19.6	19.6	21.1	11.3	20.1	19.2	17.3	20.0	19.9	20.6	18.5	20.0	18.2	19.7	20.2
7	22.2	23.2	18.3	26.4	21.5	22.8	27.7	22.2	19.7	21.8	20.1	25.1	12.1*	21.9	24.7
8	19.8	18.9	23.5	15.1	19.0	20.6	24.3	19.8	17.9	26.1*	18.7	16.9	15.2	18.6	22.3
9	4.3	4.3	2.4*	13.2*	3.4	5.0	6.9	3.7	4.0	4.6	3.5	4.6	6.1	3.6	4.9
10 = Volles Vertrauen	2.2	1.5*	3.1	7.5	1.6	2.7	0.6*	1.9	3.2	1.5	1.6	2.8	3.0	2.6	1.4
Bottom-Three-Boxes	8.2	8.3	7.6	9.4	10.3*	6.3*	4.6*	9.6	7.5	4.6*	9.8	8.7	8.1	8.5	7.7
Top-Three-Boxes	26.3	24.7	29.1	35.8	24.0	28.3	31.8	25.4	25.1	32.2*	23.9	24.4	24.2	24.8	28.6
weiss nicht / keine Angabe	0.9	0.3*	2.8*	-*	0.4*	1.4*	1.2	1.1	0.5	0.9	0.7	0.8	4.0	0.8	0.2*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	6.25	6.20	6.31	6.74	6.06	6.42	6.64	6.18	6.19	6.55	6.04	6.26	6.00	6.19	6.38

SICHERHEITSTUDIIE 2012

ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 8

Q2: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen genessen.
Die Gerichte

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	868	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = Überhaupt kein Vertrauen	1.3	0.9	2.4	.*	2.0*	0.6*	.*	1.1	2.0	0.6	1.4	1.3	5.1	0.9	0.9
2	1.2	0.9	1.7	1.9	1.6	0.8	1.2	1.0	1.5	0.3*	0.7	2.3*	2.0	1.4	0.7
3	3.1	2.9	4.2	.*	4.3*	2.0*	1.7	3.5	3.0	0.9*	4.2	3.8	6.1	3.5	1.9*
4	3.1	2.8	4.2	1.9	3.2	3.0	1.2*	3.2	3.7	1.8	3.3	4.4	4.0	3.3	2.6
5	11.2	10.4	12.5	17.0	9.8	12.4	8.7	10.4	13.4	6.4*	14.5*	10.5	11.1	12.9*	8.6*
6	11.2	10.8	13.5	3.8*	11.2	11.1	8.1	9.6	14.9*	9.5	12.9	11.5	15.2	11.2	10.5
7	19.8	21.1	15.9*	20.8	17.2*	22.1*	19.7	18.6	21.9	19.3	19.0	21.0	24.2	19.2	19.8
8	27.9	27.9	27.7	30.2	27.2	28.6	34.7*	30.4*	21.1*	32.5*	24.4*	29.0	18.2*	29.0	28.1
9	14.2	15.0	11.1	17.0	16.5*	12.1*	18.5	16.2*	9.2*	20.6*	11.9	11.0*	6.1*	11.8*	19.5*
10 = Volles Vertrauen	5.5	5.6	5.2	5.7	5.7	5.3	4.6	5.3	6.2	6.1	5.6	4.6	5.1	5.3	5.8
Bottom-Three-Boxes	5.5	4.8	8.3*	1.9	7.8*	3.5*	2.9*	5.6	6.5	1.8*	6.3	7.4	13.1*	5.7	3.5*
Top-Three-Boxes	47.6	48.5	43.9	52.8	49.4	46.0	57.8*	51.8*	36.6*	59.2*	41.9*	44.6	29.3*	46.1	53.5*
weiss nicht / keine Angabe	1.7	1.6	1.7	1.9	1.4	1.9	1.7	0.8*	3.0*	1.8	2.1	0.5*	3.0	1.5	1.6
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	7.04	7.13	6.74	7.29	7.00	7.08	7.45	7.13	6.73	7.56	6.84	6.85	6.29	6.95	7.33

SICHERHEITSTUDIIE 2012

ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 9

Q2: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen genießen.

Die Polizei

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau	
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	868	289	53	563	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = Überhaupt kein Vertrauen	0.8	0.7	1.0	.*	1.1	0.5	1.2	0.6	0.7	.*	0.5	1.8*	2.0	0.6
2	0.7	0.7	0.7	.*	1.1	0.3	1.2	0.5	0.7	0.9	0.9	0.3	1.0	0.9
3	1.7	1.2	3.1	1.9	2.3	1.1	2.3	1.9	1.0	1.2	1.8	3.0	1.7	1.4
4	1.3	0.7*	2.8	3.8	1.6	1.1	2.9	1.4	0.5*	1.8	0.5*	.*	1.2	1.9
5	7.5	6.4*	10.7*	7.5	8.2	6.9	8.7	7.8	6.5	7.7	8.2	5.9	7.1	7.0
6	9.3	8.3	12.5*	7.5	8.3	10.0	8.1	8.6	10.7	12.0	9.4	7.4	8.1	10.7
7	18.0	17.4	20.4	15.1	17.4	18.5	20.8	16.6	18.9	18.4	18.0	17.7	16.2	16.9
8	31.3	32.1	29.1	32.1	31.4	31.2	25.4	33.3	30.8	33.1	29.5	33.1	26.3	31.6
9	18.5	20.9*	10.7*	22.6	19.2	17.9	24.9*	18.2	16.2	18.1	19.4	17.9	16.2	19.2
10 = Volles Vertrauen	10.9	11.7	9.0	9.4	9.4	12.2	4.6*	10.7	13.9*	11.5	11.8	20.2*	11.3	7.9*
Bottom-Three-Boxes	3.1	2.6	4.8	1.9	4.4*	1.9*	4.6	3.0	2.5	2.1	3.5	3.8	6.1	3.2
Top-Three-Boxes	60.8	64.6*	48.8*	64.2	60.0	61.4	54.9	62.2	60.9	58.0	60.4	62.8	62.6	57.9
weiss nicht / keine Angabe	0.1	0.1	-	-	-	0.2	-	0.2	-	-	-	0.3	-	0.2
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	7.58	7.73	7.13	7.64	7.48	7.68	7.33	7.59	7.68	7.47	7.60	7.60	7.61	7.51

SICHERHEITSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 10
Q2: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen genessen.
Die Armee

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	868	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = Überhaupt kein Vertrauen	4.0	2.4*	8.0*	7.5	4.6	3.5	4.6	4.5	3.0	7.4*	1.9*	3.8	5.1	3.6	4.4
2	4.3	4.5	3.5	3.8	4.6	3.9	6.9	4.8	2.2*	7.1*	3.7	2.6*	7.1	3.5	4.7
3	4.5	4.1	6.2	1.9	5.5	3.6	5.2	4.5	4.2	7.4*	4.0	2.6*	4.0	3.2*	6.5*
4	6.2	5.9	7.6	1.9*	6.0	6.3	5.8	7.4	4.5	9.5*	4.9	5.1	1.0*	5.3	8.8*
5	16.9	17.1	15.2	22.6	15.3	18.4	19.1	18.1	14.2	19.3	17.8	13.6*	19.2	16.9	16.5
6	12.3	12.0	12.5	15.1	11.5	12.9	10.4	13.3	11.4	12.6	12.9	12.1	10.1	12.9	12.1
7	16.3	17.7*	12.5*	13.2	17.2	15.4	11.6*	17.3	16.7	15.3	15.5	16.9	17.2	15.7	16.7
8	21.3	21.6	21.1	18.9	20.6	22.0	21.4	19.0*	24.9*	14.4*	23.4	26.4*	15.2	23.8*	19.1
9	6.7	7.0	5.2	9.4	7.3	6.1	10.4	5.8	6.5	3.1*	8.2	7.9	4.0	7.6	6.0
10 = Volles Vertrauen	6.4	6.4	6.6	5.7	6.4	6.4	4.0	4.6*	10.2*	2.1*	6.8	7.7	15.2*	6.4	4.0*
Bottom-Three-Boxes	12.8	11.1*	17.6*	13.2	14.7	11.0	16.8	13.8	9.5*	21.8*	9.6*	9.0*	16.2	10.3*	15.6*
Top-Three-Boxes	34.4	35.0	32.9	34.0	34.3	34.5	35.8	29.4*	41.5*	19.6*	38.4*	42.1*	34.3	37.7*	29.1*
weiss nicht / keine Angabe	1.3	1.2	1.7	-*	0.9	1.6	0.6	0.8	2.2	1.8	0.9	1.3	2.0	1.2	1.2
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	6.25	6.36	5.94	6.17	6.21	6.29	6.05	6.03	6.68	5.35	6.51	6.64	6.34	6.43	5.94

SICHERHEITSTUDIIE 2012

ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 11

Q2: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen genießen.

Die Medien

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau				
		D-CH		I-CH		Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
		F-CH	F-CH	F-CH	M-CH	M-CH	F-CH	M-CH	F-CH	M-CH	F-CH	M-CH	F-CH	M-CH	F-CH	M-CH
TOTAL INTERVIEWS	1200	868	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = Überhaupt kein Vertrauen	3.9	3.7	4.8	1.9	4.6	3.3	3.5	4.2	3.7	3.1	3.0	5.6	5.1	3.9	3.7	
2	5.5	5.0	7.3	3.8	5.9	5.2	4.6	5.8	5.5	4.6	5.4	5.9	2.0*	5.3	6.7	
3	8.3	9.1	6.9	3.8	9.9	6.9	10.4	7.7	8.5	6.7	8.2	9.5	9.1	9.1	7.0	
4	15.3	15.6	13.5	18.9	15.8	14.8	16.2	16.6	12.7	17.2	14.3	14.9	8.1*	15.3	16.7	
5	25.4	24.2	30.8*	15.1*	22.4*	28.1*	22.0	25.8	26.4	23.0	29.3*	24.1	28.3	25.1	25.6	
6	18.8	19.1	16.6	26.4	18.3	19.3	18.5	18.9	18.9	19.0	18.0	19.0	19.2	19.1	18.1	
7	12.4	13.6*	8.7*	13.2	12.8	12.1	13.3	11.7	13.2	16.0*	11.0	11.5	16.2	11.2	13.5	
8	7.7	7.0	9.0	11.3	6.6	8.6	8.1	8.0	7.0	7.7	8.9	6.4	9.1	8.0	6.5	
9	1.6	1.4	1.7	3.8	2.3	0.9	2.9	0.8*	2.2	2.1	1.2	1.5	3.0	2.0	0.7*	
10 = Volles Vertrauen	0.9	0.9	0.7	1.9	1.1	0.8	0.6	0.5	1.7	0.3	0.5	1.5	.*	1.1	0.9	
Bottom-Three-Boxes	17.8	17.8	19.0	9.4*	20.4*	15.4*	18.5	17.6	17.7	14.4	16.6	21.0*	16.2	18.3	17.4	
Top-Three-Boxes	10.2	9.3	11.4	17.0	9.9	10.4	11.6	9.3	10.9	10.1	10.5	9.5	12.1	11.0	8.1	
weiss nicht / keine Angabe	0.2	0.2	-	-	0.4	-	-	0.2	0.2	0.3	0.2	-	-	-	0.5	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	5.14	5.14	5.03	5.66	5.06	5.20	5.19	5.06	5.23	5.27	5.15	5.01	5.38	5.14	5.06	

SICHERHEITSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 12
Q2: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen genessen.
Die Schweizer Wirtschaft

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = Überhaupt kein Vertrauen	1.0	0.9	1.0	1.9	1.4	0.6	1.2	1.1	0.7	1.8	0.9	0.3*	2.0	0.8	1.2
2	1.2	0.7	2.8*	-*	1.6	0.8	0.6	1.0	1.7	1.2	1.2	0.8	2.0	1.4	0.7
3	1.9	2.1	1.4	1.9	2.3	1.6	0.6*	1.9	2.5	2.8	1.4	1.5	1.0	1.8	2.3
4	6.1	5.8	6.9	5.7	4.1*	7.8*	6.9	6.2	5.5	8.6*	5.6	5.1	2.0*	5.1	8.4*
5	15.1	15.0	14.5	18.9	10.7*	19.0*	10.4*	16.2	15.4	14.1	18.7*	11.8*	22.2	15.3	13.5
6	16.1	17.6*	12.5*	11.3	14.9	17.1	19.7	18.1*	11.4*	19.6	14.8	15.1	13.1	16.5	15.6
7	23.6	22.3	26.3	30.2	24.5	22.8	22.5	24.3	22.9	25.5	21.8	23.1	24.2	23.4	23.5
8	23.5	24.2	23.5	11.3*	26.3*	21.0*	22.0	22.4	25.9	19.6*	25.5	26.7	23.2	22.7	25.1
9	8.0	8.0	7.3	11.3	10.1*	6.1*	12.1	6.4*	8.7	4.6*	6.6	11.3*	6.1	8.3	7.9
10 = Volles Vertrauen	3.1	2.7	3.5	7.5	3.7	2.5	4.0	2.2	4.0	1.8	2.8	4.1	3.0	3.9	1.9*
Bottom-Three-Boxes	4.1	3.7	5.2	3.8	5.3*	3.0*	2.3	4.0	5.0	5.8	3.5	2.6*	5.1	3.9	4.2
Top-Three-Boxes	34.6	35.0	34.3	30.2	40.1*	29.7*	38.2	31.0*	38.6*	26.1*	34.9	42.1*	32.3	34.9	34.9
weiss nicht / keine Angabe	0.5	0.6	0.3	-*	0.4	0.6	-*	0.2	1.2*	0.3	0.7	0.3	1.0	0.8	-*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	6.65	6.66	6.60	6.72	6.83	6.48	6.85	6.54	6.73	6.32	6.61	6.96	6.54	6.70	6.59

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 13
Q2: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, inwieweit diese Ihr Vertrauen genießen.
Die politischen Parteien

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	868	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = Überhaupt kein Vertrauen	5.0	3.6*	8.0*	11.3	6.4*	3.8*	2.9	5.3	5.5	3.4	5.9	4.6	4.0	5.9	4.0
2	3.9	3.7	5.2	-*	4.6	3.3	1.7*	4.3	4.2	4.3	3.7	3.6	5.1	4.1	3.5
3	7.8	7.9	8.3	3.8	8.5	7.2	5.8	8.8	7.2	8.3	8.2	6.9	9.1	7.7	7.9
4	13.8	14.7	12.5	7.5	15.6	12.2	8.7*	15.4	13.7	9.5*	18.7*	13.1	12.1	12.9	15.8
5	28.8	28.1	30.1	32.1	28.8	30.5	23.7	27.7	32.6*	31.6	30.0	26.4	33.3	27.8	29.1
6	17.5	18.2	14.5	22.6	17.1	17.9	22.0	17.3	15.9	17.8	14.3*	20.5	17.2	17.2	18.1
7	13.8	14.6	13.1	5.7*	13.0	14.6	22.5*	13.4	10.7*	15.6	11.2*	15.4	9.1	13.8	14.9
8	6.1	5.7	5.9	13.2	5.5	6.6	9.2	4.5*	7.2	6.1	5.2	6.4	6.1	7.0	4.7
9	1.1	1.4*	-*	1.9	1.1	1.1	1.2	1.3	0.7	1.5	0.5	1.5	-*	1.2	0.9
10 = Volles Vertrauen	0.8	0.8	0.3	1.9	0.2*	1.3*	0.6	0.5	1.2	0.6	0.9	0.3	1.0	1.1	0.2
Bottom-Three-Boxes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Top-Three-Boxes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
weiss nicht / keine Angabe	1.4	1.3	2.1	-*	1.2	1.6	1.7	1.6	1.0	1.2	1.4	1.3	3.0	1.4	0.9
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	5.10	5.18	4.83	5.30	4.92	5.26	5.66	4.98	5.06	5.25	4.89	5.22	4.97	5.12	5.09

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 14

Q3.Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird? Oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH		F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niegig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
eher besser und entspannter	7.8	7.6	9.0	3.8	7.8	7.7	8.7	7.7	7.5	8.0	7.0	7.4	7.1	7.7	7.7	
bleibt etwa so wie heute	38.3	41.3*	27.3*	49.1	35.9	40.3	34.1	38.1	40.3	42.3	39.1	35.4	35.4	37.2	40.5	
eher düsterer und gespannter	53.2	50.7*	61.6*	47.2	56.0	50.7	56.6	53.8	50.7	48.8	52.7	57.2	57.6	54.2	50.9	
weiss nicht/ keine Angabe	0.8	0.5	2.1	0.4	0.4	1.3	0.6	0.5	1.5	0.9	1.2	0.9	0.9	0.9	0.9	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	

SICHERHEITSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 15
Q4: Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig...
A. ...dass wir den Ausländeranteil in der Schweiz unter Kontrolle halten.

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	Total	Region		Mann	Frau	Alter			links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch			
		D-CH	F-CH			I-CH	18-29	30-59							60+		
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430			
1 = sehr einverstanden	38.5	43.0*	24.9*	39.6	39.6	31.2*	33.9*	48.8*	12.9*	42.9*	54.6*	55.6*	44.6*	24.2*			
2 = eher einverstanden	38.7	38.2	41.2	32.1	38.0	39.9	39.5	36.8	40.2	42.4	34.6*	33.3	39.8	38.8			
3 = eher nicht einverstanden	15.8	14.1*	20.4*	17.0	15.4	19.7	18.7*	9.5*	30.1*	10.5*	9.5*	3.0*	11.6*	25.3*			
4 = gar nicht einverstanden	6.1	4.0*	11.8*	9.4	6.2	8.7	6.6	4.2*	15.6*	3.0*	1.0*	7.1	2.9*	10.7*			
Top-Two-Boxes	77.2	81.2*	66.1*	71.7	77.6	71.1	73.4*	85.6*	53.1*	85.2*	89.2*	88.9*	84.4*	63.0*			
Bottom-Two-Boxes	21.8	18.1*	32.2*	26.4	21.4	28.3*	25.3*	13.7*	45.7*	13.6*	10.5*	10.1*	14.5*	36.0*			
weiss nicht / keine Angabe	1.0	0.7	1.7	1.9	1.1	0.6	1.3	0.7	1.2	1.2	0.3*	1.0	1.1	0.9			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	1.89	1.79	2.19	1.96	1.88	2.06	1.98	1.69	2.49	1.73	1.57	1.61	1.72	2.23			

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 16

Q4: Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig...
B...dass wir den Rechtsextremismus stärker als bisher bekämpfen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = sehr einverstanden	39.8	44.6*	24.9*	41.5	38.7	40.7	25.4*	38.6	47.8*	39.9	43.8*	35.6*	46.5	36.3*	42.8
2 = eher einverstanden	41.1	40.3	47.1*	20.8*	42.3	40.0	52.0*	41.4	35.8*	42.9	40.7	40.8	35.4	43.3	39.3
3 = eher nicht einverstanden	12.4	11.0*	15.9	17.0	13.7	11.3	12.7	14.1	9.7*	12.0	9.6*	16.2*	11.1	13.2	11.9
4 = gar nicht einverstanden	4.3	2.3*	8.0*	17.0*	4.6	4.1	6.4	4.5	3.2	4.0	3.0	5.9	2.0	4.7	4.4
Top-Two-Boxes	80.8	85.0*	72.0*	62.3*	81.0	80.7	77.5	80.0	83.6	82.8	84.5*	76.4*	81.8	79.6	82.1
Bottom-Two-Boxes	16.8	13.3*	23.9*	34.0*	18.3	15.4	19.1	18.6	12.9*	16.0	12.6*	22.1*	13.1	17.9	16.3
weiss nicht / keine Angabe	2.4	1.7*	4.2	3.8	0.7*	3.9*	3.5	1.4*	3.5	1.2*	2.8	1.5	5.1	2.6	1.6
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.81	1.70	2.07	2.10	1.84	1.78	2.00	1.84	1.67	1.80	1.71	1.92	1.67	1.86	1.78

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-16.02.2012

Tabelle 17

Q4: Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig...
C...dass wir den Terrorismus mit allen Mitteln bekämpfen, auch wenn dabei unsere persönliche Freiheit eingeschränkt werden muss.

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	Total	Region		Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch			
		D-CH	F-CH												I-CH		
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430			
1 = sehr einverstanden	29.8	31.2	26.0	28.3	27.9	15.0*	25.8*	42.5*	14.4*	33.7*	36.7*	39.4*	32.2*	23.3*			
2 = eher einverstanden	38.3	38.1	40.5	28.3	39.9	39.9	39.2	36.1	35.0	38.2	43.6*	40.4	41.3*	33.3*			
3 = eher nicht einverstanden	22.7	23.3	20.1	26.4	24.3	29.5*	24.8	16.4*	32.8*	21.5	14.6*	14.1*	20.1*	28.8*			
4 = gar nicht einverstanden	8.0	6.6*	10.7	15.1	6.3*	13.3*	9.3	3.7*	16.0*	5.9*	3.8*	4.0*	5.3*	13.3*			
Top-Two-Boxes	68.1	69.3	66.4	56.6	67.8	54.9*	65.0*	78.6*	49.4*	71.9*	80.3*	79.8*	73.5*	56.5*			
Bottom-Two-Boxes	30.7	30.0	30.8	41.5	30.7	42.8*	34.1*	20.1*	48.8*	27.4	18.5*	18.2*	25.4*	42.1*			
weiss nicht / keine Angabe	1.3	0.7*	2.8*	1.9	1.6	2.3	1.0	1.2	1.8	0.7	1.3	2.0	1.1	1.4			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	2.09	2.05	2.16	2.29	2.09	2.42	2.18	1.81	2.51	2.00	1.85	1.82	1.98	2.33			

SICHERHEITSSTUDIE 2012
 ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 18

Q4: Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig...
 D...dass wir den Linksextremismus stärker als bisher bekämpfen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau	
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = sehr einverstanden	25.1	13.8*	24.5	26.1	24.2	16.2*	21.9*	33.8*	11.0*	28.1	32.6*	33.3	26.5	20.5*
2 = eher einverstanden	41.8	42.8	28.3*	40.7	42.7	49.1*	41.8	38.6	33.1*	44.7	46.4*	44.4	42.2	40.7
3 = eher nicht einverstanden	23.0	21.2*	27.0	22.9	23.1	21.4	26.2*	18.7*	40.2*	18.3*	15.1*	12.1*	21.8	27.7*
4 = gar nicht einverstanden	7.3	5.0*	13.2	9.1*	5.7*	9.2	7.7	5.7	14.1*	5.2*	4.1*	4.0	6.7	8.8
Top-Two-Boxes	66.8	71.7*	55.0*	66.8	66.9	65.3	63.7*	72.4*	44.2*	72.8*	79.0*	77.8*	68.7	61.2*
Bottom-Two-Boxes	30.3	26.2*	39.8*	32.0	28.7	30.6	33.9*	24.4*	54.3*	23.4*	19.2*	16.2*	28.4	36.5*
weiss nicht / keine Angabe	2.9	2.1*	3.8	1.2*	4.4*	4.0	2.4	3.2	1.5*	3.7	1.8	6.1	2.9	2.3
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.13	2.02	2.41	2.33	2.11	2.25	2.20	1.96	2.58	2.00	1.91	1.86	2.09	2.25

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-16.02.2012

Tabelle 19

Q4: Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig...
E...dass die Polizeipräsenz in Wohnquartieren und einzelnen Stadtgebieten erhöht wird.

	Total				Region				Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH		F-CH		I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch			
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430				
1 = sehr einverstanden	35.3	33.7	39.4	37.7	34.1	36.3	23.7*	32.3*	44.8*	19.0*	39.1*	42.8*	42.4	38.7*	27.9*				
2 = eher einverstanden	47.7	46.6	52.2	39.6	47.6	47.7	56.1*	48.5	42.8*	51.5	46.8	46.7	46.5	46.4	49.8				
3 = eher nicht einverstanden	14.5	17.4*	5.5*	17.0	15.5	13.7	16.2	17.0*	10.0*	24.2*	12.2	10.0*	9.1	12.6*	19.1*				
4 = gar nicht einverstanden	1.7	1.5	1.4	5.7	2.0	1.4	3.5	1.4	1.2	3.7*	0.9	0.5*	1.0	1.4	2.3				
Top-Two-Boxes	82.9	80.3*	91.7*	77.4	81.7	84.0	79.8	80.8*	87.6*	70.6*	85.9*	89.5*	88.9	85.2*	77.7*				
Bottom-Two-Boxes	16.2	18.9*	6.9*	22.6	17.4	15.1	19.7	18.4*	11.2*	27.9*	13.1*	10.5*	10.1*	13.9*	21.4*				
weiss nicht / keine Angabe	0.9	0.8	1.4	.*	0.9	0.9	0.6	0.8	1.2	1.5	0.9	.*	1.0	0.9	0.9				
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0				
Mittelwert	1.82	1.87	1.68	1.91	1.85	1.80	1.99	1.87	1.67	2.13	1.75	1.68	1.68	1.76	1.96				

SICHERHEITSSTUDIE 2012
 ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 20

Q4: Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie sehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig...
 F...dass auf öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Verkehrsmitteln vermehrt Überwachungen per Video stattfinden.

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = sehr einverstanden	35.8	36.2	33.6	41.5	34.3	37.2	32.4	30.4*	45.8*	17.8*	40.5*	44.4*	45.5*	38.7*	28.4*	
2 = eher einverstanden	40.1	37.8*	48.1*	34.0	39.1	41.0	43.9	41.9	35.6*	43.3	38.2	40.0	37.4	40.7	40.2	
3 = eher nicht einverstanden	17.3	18.8*	12.5*	18.9	18.3	16.3	13.9	20.3*	13.9*	25.8*	15.5	13.1*	11.1*	15.1*	22.1*	
4 = gar nicht einverstanden	6.8	7.2	5.5	5.7	8.3*	5.3*	9.2	7.4	4.7*	13.2*	5.6	2.6*	6.1	5.3*	9.3*	
Top-Two-Boxes	75.9	74.0*	81.7*	75.5	73.4	78.2	76.3	72.3*	81.3*	61.0*	78.7	84.4*	82.8	79.4*	68.6*	
Bottom-Two-Boxes	24.0	26.0*	18.0*	24.5	26.6*	21.7*	23.1	27.7*	18.7*	39.0*	21.1	15.6*	17.2	20.4*	31.4*	
weiss nicht / keine Angabe	0.1	-	0.3	-	-	0.2	0.6	-	-	-	0.2	-	-	0.2	-	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	1.95	1.97	1.90	1.89	2.01	1.90	2.00	2.05	1.78	2.34	1.86	1.74	1.78	1.87	2.12	

SICHERHEITSTUDIIE 2012

ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 21

Q4: Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig...
G ...dass bei allen öffentlichen Gebäuden die Eingangskontrolle deutlich verschärft wird.

	Total		Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	Bildungsniveau	
															niedrig	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430		
1 = sehr einverstanden	17.9	17.7	16.6	28.3	21.2*	11.0*	13.9*	27.1*	8.0*	20.8	20.3	31.3*	21.3*	9.3*		
2 = eher einverstanden	37.3	36.0	40.8	37.7	38.6	36.4	36.0	39.6	27.9*	42.4*	40.8	47.5*	39.0	31.6*		
3 = eher nicht einverstanden	35.4	38.1*	30.1*	20.8*	37.3	40.5	39.7*	26.6*	47.9*	29.7*	33.1	14.1*	31.9*	46.3*		
4 = gar nicht einverstanden	8.3	7.2	10.7	11.3	11.7*	9.8	9.1	6.2	14.7*	5.9*	5.1*	7.1	6.4*	11.6*		
Top-Two-Boxes	55.2	53.7	57.4	66.0	49.9*	47.4*	49.9*	66.7*	35.9*	63.2*	61.0*	78.8*	60.4*	40.9*		
Bottom-Two-Boxes	43.7	45.3	40.8	32.1	49.0*	50.3	48.8*	32.8*	62.6*	35.6*	38.2*	21.2*	38.3*	57.9*		
weiss nicht / keine Angabe	1.2	0.9	1.7	1.9	1.1	2.3	1.3	0.5	1.5	1.2	0.8	.*	1.4	1.2		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	2.34	2.35	2.36	2.15	2.47	2.50	2.45	2.12	2.70	2.21	2.23	1.97	2.24	2.61		

SICHERHEITSSTUDIE 2012
 ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 22

Q4: Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig...
 H...dass es der Polizei erlaubt ist, vermerkt Telefonate abzuhören.

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	173	625	402	326	427	390	99	661	430		
1 = sehr einverstanden	12.8	11.9	12.1	30.2*	13.3	5.2*	9.6*	20.9*	9.2*	11.0	15.4	24.2*	13.5	8.4*		
2 = eher einverstanden	31.0	30.9	30.4	35.8	27.7*	23.1*	33.8*	30.1	21.8*	34.4	34.9*	35.4	32.5	27.0*		
3 = eher nicht einverstanden	35.8	38.8*	29.4*	20.8*	35.3	43.9*	36.0	31.8*	38.7	34.9	36.7	27.3	34.3	40.7*		
4 = gar nicht einverstanden	19.3	17.4*	26.3*	13.2	22.9*	27.2*	19.5	15.7*	29.8*	17.8	12.6*	12.1*	18.5	22.8*		
Top-Two-Boxes	43.8	42.8	42.6	66.0*	41.0	28.3*	43.4	51.0*	31.0*	45.4	50.3*	59.6*	46.0	35.3*		
Bottom-Two-Boxes	55.1	56.2	55.7	34.0*	58.3*	71.1*	55.5	47.5*	68.4*	52.7	49.2*	39.4*	52.8	63.5*		
weiss nicht / keine Angabe	1.2	1.0	1.7	*	0.7	0.6	1.1	1.5	0.6	1.9	0.5	1.0	1.2	1.2		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	2.62	2.62	2.71	2.17	2.68	2.94	2.66	2.43	2.90	2.61	2.47	2.28	2.58	2.79		

SICHERHEITSTUDIIE 2012

ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 23

Q4: Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig...
 1...dass es der Polizei erlaubt ist, private Computer zu überwachen.

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	niedrig	mittel	hoch	
																		858
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430			
1 = sehr einverstanden	12.8	13.5	11.4	9.4	11.7	13.8	2.3*	10.1*	21.6*	5.8*	13.3	16.9*	24.2*	13.5	8.8*			
2 = eher einverstanden	29.5	31.0	23.9*	35.8	28.4	30.5	22.5*	30.4	31.1	24.2*	35.1*	29.7	34.3	31.3	25.1*			
3 = eher nicht einverstanden	33.4	33.8	33.6	26.4	31.4	35.2	35.8	34.6	30.6	39.6*	29.0*	33.8	23.2*	32.7	37.4*			
4 = gar nicht einverstanden	23.3	21.0*	29.4*	28.3	27.7*	19.5*	38.7*	24.3	15.2*	29.8*	21.3	18.7*	15.2*	21.8	27.9*			
Top-Two-Boxes	42.3	44.5*	35.3*	45.3	40.1	44.3	24.9*	40.5	52.7*	30.1*	48.5*	46.7*	58.6*	44.8	34.0*			
Bottom-Two-Boxes	56.8	54.8*	63.0*	54.7	59.1	54.6	74.6*	58.9	45.8*	69.3*	50.4*	52.6*	38.4*	54.5	65.3*			
weiss nicht / keine Angabe	0.9	0.7	1.7	0.7	1.1	0.6	0.6	0.6	1.5	0.6	1.2	0.8	3.0	0.8	0.7			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	2.68	2.63	2.82	2.74	2.76	2.61	3.12	2.74	2.40	2.94	2.59	2.55	2.30	2.63	2.85			

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 24

Q4: Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig...
J...dass der Staat über verdächtige Personen Daten sammeln kann.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = sehr einverstanden	31.1	32.3	24.2*	49.1*	29.5	32.5	27.7	27.7*	37.8*	16.6*	34.9*	38.2*	33.3	36.3*	22.1*
2 = eher einverstanden	48.9	47.8	54.3*	37.7	48.0	49.8	53.2	52.2*	42.0*	48.8	48.0	50.8	49.5	48.0	50.2
3 = eher nicht einverstanden	13.8	14.2	13.1	11.3	15.1	12.7	12.7	13.1	15.4	23.6*	11.2*	9.0*	9.1	10.7*	20.0*
4 = gar nicht einverstanden	4.9	4.5	6.6	1.9	6.0	3.9	5.8	5.8	3.2*	10.1*	4.2	1.8*	7.1	3.8*	6.3
Top-Two-Boxes	80.0	80.1	78.5	86.8	77.4*	82.3*	80.9	79.8	79.9	65.3*	82.9	89.0*	82.8	84.3*	72.3*
Bottom-Two-Boxes	18.8	18.8	19.7	13.2	21.1*	16.6*	18.5	18.9	18.7	33.7*	15.5*	10.8*	16.2	14.5*	26.3*
weiss nicht / keine Angabe	1.3	1.2	1.7	*	1.4	1.1	0.6	1.3	1.5	0.9	1.6	0.3*	1.0	1.2	1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.92	1.91	2.02	1.66	1.98	1.88	1.97	1.97	1.84	2.28	1.85	1.74	1.90	1.82	2.11

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 25

Q4: Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig...
K...dass Personen auch auf den blossen Verdacht hin, dass sie eine Tat planen, verhaftet und vorsorglich eingesperrt werden können.

	Total			Region			Geschlecht			Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	niedrig	mittel	hoch	
																		858
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430			
1 = sehr einverstanden	16.0	13.1*	22.5*	28.3*	16.5	15.5	8.7*	16.5	18.4	7.1*	19.0*	19.0	26.3*	18.8*	8.8*			
2 = eher einverstanden	38.0	35.8*	44.6*	37.7	36.4	39.4	46.2*	37.6	35.1	30.1*	38.4	43.6*	45.5	37.4	37.0			
3 = eher nicht einverstanden	32.6	37.3*	20.8*	20.8*	30.6	34.4	31.8	31.4	34.8	40.2*	30.7	29.7	17.2*	33.1	35.8			
4 = gar nicht einverstanden	12.0	12.7	9.7	13.2	15.8*	8.6*	12.7	13.8*	9.0*	21.5*	9.6*	7.4*	9.1	9.5*	16.7*			
Top-Two-Boxes	54.0	48.8*	67.1*	66.0	52.9	54.9	54.9	54.1	53.5	37.1*	57.4	62.6*	71.7*	56.1	45.8*			
Bottom-Two-Boxes	44.6	50.0*	30.4*	34.0	46.4	43.0	44.5	45.1	43.8	61.7*	40.3*	37.2*	26.3*	42.7	52.6*			
weiss nicht / keine Angabe	1.4	1.2	2.4	*	0.7*	2.0*	0.6	0.8	2.7*	1.2	2.3	0.3*	2.0	1.2	1.6			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	2.41	2.50	2.18	2.19	2.46	2.37	2.49	2.43	2.35	2.77	2.32	2.26	2.09	2.34	2.61			

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 26

Q4: Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig...
L...dass Ausschreitungen bei Sportveranstaltungen vehement bekämpft und die Randalierer mit einer langen Haftstrafe bestraft werden.

	Total			Region			Geschlecht			Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch				
															289	53	563	637
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430			
1 = sehr einverstanden	56.0	59.8*	45.0*	54.7	58.8	46.8*	53.6	63.7*	38.7*	61.6*	64.9*	64.9*	62.6	60.1*	47.9*			
2 = eher einverstanden	32.8	30.2*	39.4*	37.7	30.4	34.9	35.8	28.6*	42.6*	30.2	27.4*	27.4*	28.3	30.3*	37.7*			
3 = eher nicht einverstanden	9.1	8.3	12.1	5.7	8.2	9.9	13.9*	6.0*	15.3*	6.3*	6.2*	6.2*	7.1	8.0	11.4*			
4 = gar nicht einverstanden	1.3	1.3	1.4	1.9	1.8	0.9	3.5	1.1	0.7	1.8	0.9	1.3	2.0	1.4	1.2			
Top-Two-Boxes	88.8	90.0*	84.4*	92.5	89.2	82.7*	88.2	92.3*	81.3*	91.8*	92.3*	92.3*	90.9	90.3	85.6*			
Bottom-Two-Boxes	10.4	9.6	13.5	7.5	9.9	10.8	17.3*	6.7*	17.2*	7.3*	7.4*	7.4*	9.1	9.4	12.6			
weiss nicht / keine Angabe	0.8	0.5	2.1	0.9	0.9	0.8	0.9	1.0	1.0	1.5	0.9	0.3	0.3	0.3*	1.9*			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	1.55	1.51	1.69	1.55	1.53	1.58	1.74	1.58	1.43	1.80	1.46	1.44	1.48	1.51	1.65			

SICHERHEITSTUDIIE 2012
 ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 27

 Q4: Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig...
 M: ...dass die Polizei eine nicht bewilligte Demonstration gewaltsam auflösen darf.

	Total		Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	Total	Region		Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
		D-CH	F-CH												I-CH	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430		
1 = sehr einverstanden	23.1	25.8*	14.5*	26.4	21.5	12.1*	17.1*	37.1*	7.7*	26.5*	31.3*	42.4*	23.9	16.5*		
2 = eher einverstanden	33.1	33.0	31.5	43.4	36.6*	30.1	33.1	34.3	22.1*	34.0	41.3*	29.3	34.5	31.9		
3 = eher nicht einverstanden	30.7	30.8	32.5	18.9*	24.7*	39.3*	34.1*	21.6*	47.2*	28.1	20.5*	17.2*	30.7	34.4*		
4 = gar nicht einverstanden	11.9	9.4*	19.7*	9.4	12.4	18.5*	13.6	6.5*	22.1*	10.1	5.6*	11.1	9.8*	15.3*		
Top-Two-Boxes	56.2	56.7*	46.0*	69.8*	61.5*	42.2*	50.2*	71.4*	29.8*	60.4*	72.6*	71.7*	58.4	48.4*		
Bottom-Two-Boxes	42.6	40.2*	52.2*	28.3*	37.1*	57.8*	47.7*	28.1*	69.3*	38.2*	26.2*	28.3*	40.5	49.8*		
weiss nicht/ keine Angabe	1.3	1.0	1.7	1.9	1.1	*	2.1*	0.5*	0.9	1.4	1.3	*	1.1	1.9		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	2.32	2.24	2.58	2.12	2.38	2.64	2.45	1.98	2.85	2.22	2.01	1.97	2.27	2.50		

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 28

Q4: Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig...
N ...dass die Armee zur Sicherung von Ruhe und Ordnung eingesetzt werden kann, wenn die Polizei überfordert ist.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = sehr einverstanden	38.8	40.8*	31.8*	43.4	41.1	33.5	32.2*	51.2*	16.3*	46.8*	46.7*	49.5*	42.5*	30.0*	
2 = eher einverstanden	40.6	37.5*	50.2*	37.7	44.6*	45.7	43.5*	33.8*	47.2*	37.2	39.5	36.4	40.8	41.6	
3 = eher nicht einverstanden	12.8	14.6*	8.3*	9.4	16.5*	15.6	14.4	9.2*	21.2*	9.1*	10.8	8.1	11.0*	17.0*	
4 = gar nicht einverstanden	7.1	6.6	8.0	9.4	11.0*	5.2	9.3*	4.5*	14.4*	5.9	2.6*	4.0	5.1*	10.5*	
Top-Two-Boxes	79.3	78.3	82.0	81.1	72.1*	79.2	75.7*	85.1*	63.5*	84.1*	86.2*	85.9	83.4*	71.6*	
Bottom-Two-Boxes	19.9	21.2	16.3	18.9	27.5*	20.8	23.7*	13.7*	35.6*	15.0*	13.3*	12.1*	16.2*	27.4*	
weiss nicht / keine Angabe	0.8	0.5	1.7	—*	0.4	—*	0.6	1.2	0.9	0.9	0.5	2.0	0.5	0.9	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	1.88	1.87	1.92	1.85	2.02	1.92	2.01	1.66	2.34	1.74	1.69	1.66	1.79	2.08	

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 29

Q4: Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig...
O ...dass die Polizei bestimmten Personen das Betreten eines Gebietes verbietet und von dort wegschicken kann.

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	TOTAL INTERVIEWS	Region		Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH												I-CH	niedrig	mittel
1 = sehr einverstanden	35.3	38.6*	24.6*	39.6	35.0	25.4*	33.0	43.0*	21.8*	36.5	44.1*	41.4	36.9	30.5*			
2 = eher einverstanden	44.7	43.9	47.1	43.4	46.0	44.5	48.0*	39.6*	47.2	44.3	45.4	47.5	45.2	43.5			
3 = eher nicht einverstanden	12.8	12.7	14.2	7.5	13.9	19.7*	12.5	10.4	19.3*	13.8	6.4*	5.1*	11.8	16.5*			
4 = gar nicht einverstanden	4.7	3.6*	8.3*	1.9	4.8	8.1	4.8	3.0*	7.7*	3.0*	3.1*	6.1	3.9	5.6			
Top-Two-Boxes	79.9	82.5*	71.6*	83.0	78.7	69.9*	81.0	82.6	69.0*	80.8	89.5*	88.9*	82.1*	74.0*			
Bottom-Two-Boxes	17.5	16.3	22.5*	9.4*	18.7	27.7*	17.3	13.4*	27.0*	16.9	9.5*	11.1*	15.7	22.1*			
weiss nicht / keine Angabe	2.6	1.2*	5.9*	7.5	2.7	2.3	1.8	4.0	4.0	2.3	1.0*	.*	2.1	4.0*			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	1.87	1.81	2.07	1.69	1.88	2.11	1.89	1.72	2.13	1.83	1.68	1.76	1.82	1.97			

SICHERHEITSSTUDIE 2012

ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 30

Q4: Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig...
P...dass für Jugendliche der Ausgang nach Mitternacht verboten ist.

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430		
1 = sehr einverstanden	13.4	13.9	10.7	20.8	15.7*	8.1*	10.1*	20.9*	6.4*	15.7	15.9	26.3*	14.7	7.9*		
2 = eher einverstanden	19.4	17.8*	23.2	24.5	22.4*	18.5	19.4	19.9	15.6*	21.1	20.5	20.2	20.6	17.7		
3 = eher nicht einverstanden	33.8	35.3	30.8	24.5	34.1	24.9*	34.4	36.6	30.1	36.8	35.9	29.3	35.2	32.3		
4 = gar nicht einverstanden	31.8	32.1	32.2	24.5	26.1*	48.0*	34.6*	20.4*	45.7*	24.8*	26.7*	23.2*	27.8*	40.5*		
Top-Two-Boxes	32.8	31.7	33.9	45.3	38.1*	26.6*	29.4*	40.8*	22.1*	36.8*	36.4	46.5*	35.2*	25.6*		
Bottom-Two-Boxes	65.5	67.4*	63.0	49.1*	60.1*	72.8*	69.0*	57.0*	75.8*	61.6*	62.6	52.5*	63.1	72.8*		
weiss nicht / keine Angabe	1.7	0.9*	3.1	5.7	1.7	0.6	1.6	2.2	2.1	1.6	1.0	1.0	1.7	1.6		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	2.85	2.86	2.87	2.56	2.72	3.13	2.95	2.58	3.18	2.72	2.74	2.50	2.78	3.07		

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 31

Q5. Wie sehen Sie die nähere Zukunft - etwa die nächsten fünf Jahre - für die Schweiz? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau				
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = sehr optimistisch	5.7	6.4	4.2	1.9*	6.6	4.9	6.4	5.6	5.5	4.3	5.2	6.2	6.1	6.1	4.4
2 = eher optimistisch	71.8	71.3	73.0	71.7	70.5	72.8	72.3	74.6*	67.2*	77.0*	71.0	69.7	64.6	72.0	73.5
3 = eher pessimistisch	20.7	20.9	19.7	22.6	20.8	20.6	20.8	17.9*	24.9*	16.9*	23.0	21.5	25.3	20.0	20.9
4 = sehr pessimistisch	1.6	1.2	2.4	3.8	2.0	1.3	*	1.4	2.5	1.2	0.9	2.3	4.0	1.7	0.7*
Top-Two-Boxes	77.4	77.7	77.2	73.6	77.1	77.7	78.6	80.2*	72.6*	81.3*	76.1	75.9	70.7	78.1	77.9
Bottom-Two-Boxes	22.3	22.0	22.1	26.4	22.7	21.8	20.8	19.4*	27.4*	18.1*	23.9	23.8	29.3	21.6	21.6
weiss nicht / keine Angabe	0.3	0.2	0.7	*	0.2	0.5	0.6	0.5	*	0.6	*	0.3	*	0.3	0.5
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.18	2.17	2.21	2.28	2.18	2.18	2.15	2.15	2.24	2.15	2.20	2.20	2.27	2.17	2.18

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 32

Ob: Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?
A: Die Schweiz sollte sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EU ohne Vorbehalte beitreten.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = sehr einverstanden	3.6	2.4*	5.5	11.3	4.1	3.1	4.0	3.5	4.3	3.3	2.8	3.0	4.2	2.8	
2 = eher einverstanden	13.0	10.6*	18.7*	20.8	12.4	13.5	8.7*	12.5	23.3*	9.6*	6.4*	19.2	10.9*	14.9	
3 = eher nicht einverstanden	35.0	36.2	33.6	22.6*	30.6*	32.9	37.3	32.3	42.9*	36.5	27.7*	29.3	34.8	35.8	
4 = gar nicht einverstanden	47.0	50.5*	37.7*	41.5	52.0*	52.6	45.1	47.5	28.2*	49.4	62.6*	46.5	48.9	44.9	
Top-Two-Boxes	16.6	13.1*	24.2*	32.1*	16.5	16.6	12.7	19.2	27.6*	12.9*	9.2*	22.2	15.1	17.7	
Bottom-Two-Boxes	82.0	86.7*	71.3*	64.2*	82.6	81.5	85.5	79.9	71.2*	85.9*	90.3*	75.8	83.7	80.7	
weiss nicht / keine Angabe	1.4	0.2*	4.5*	3.8	0.9	1.9	1.7	1.0	1.2	1.2	0.5*	2.0	1.2	1.6	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	3.27	3.35	3.08	2.98	3.32	3.23	3.36	3.25	2.96	3.34	3.51	3.22	3.30	3.25	

SICHERHEITSTUDIIE 2012
 ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 33

 Q6: Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?
 B Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern.

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	Total	Region		Mann	Frau	Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau					
		D-CH	F-CH			I-CH	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430			
1 = sehr einverstanden	6.4	5.5	9.0	7.5	6.0	5.2	5.4	8.5	12.0*	4.9	3.6*	4.0	5.3	8.4			
2 = eher einverstanden	31.0	27.4*	40.1*	39.6	31.2	23.7*	34.9*	28.1	47.2*	28.3	19.7*	26.3	28.3*	36.0*			
3 = eher nicht einverstanden	39.5	43.8*	30.4*	18.9*	40.3	46.2	38.4	38.3	32.5*	41.9	44.6*	36.4	42.5*	35.8*			
4 = gar nicht einverstanden	21.3	22.1	17.0*	32.1	19.6	22.5	20.0	22.9	7.4*	22.7	31.0*	30.3*	22.2	18.1*			
Top-Two-Boxes	37.4	32.9*	49.1*	47.2	37.2	28.9*	40.3*	36.6	59.2*	33.3*	23.3*	30.3	33.6*	44.4*			
Bottom-Two-Boxes	60.8	66.0*	47.4*	50.9	60.0	68.8*	58.4	61.2	39.9*	64.6*	75.6*	66.7	64.8*	54.0*			
weiss nicht / keine Angabe	1.8	1.2*	3.5*	1.9	2.8*	2.3	1.3	2.2	0.9	2.1	1.0	3.0	1.7	1.6			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	2.77	2.84	2.57	2.77	2.76	2.88	2.74	2.77	2.36	2.84	3.04	2.96	2.83	2.65			

SICHERHEITSSTUDIE 2012
 ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 34

Ob: Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?

C Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = sehr einverstanden	34.2	36.0*	28.7*	34.0	37.8*	30.9*	29.5	33.1	37.8	24.8*	37.5	39.7*	26.3	35.1	35.1	
2 = eher einverstanden	46.9	47.7	46.0	39.6	43.9*	49.6*	47.4	48.5	44.3	51.2	46.4	44.1	52.5	47.8	44.2	
3 = eher nicht einverstanden	12.4	11.5	13.8	18.9	11.9	12.9	17.9*	11.2	11.9	15.6	10.8	11.5	13.1	11.0	14.0	
4 = gar nicht einverstanden	4.8	3.5*	8.7*	3.8	5.5	4.1	4.6	5.3	4.0	6.7	3.7	3.8	7.1	4.1	5.1	
Top-Two-Boxes	81.1	83.7*	74.7*	73.6	81.7	80.5	76.9	81.6	82.1	76.1*	83.8	83.8	78.8	82.9	79.3	
Bottom-Two-Boxes	17.2	15.0*	22.5*	22.6	17.4	17.0	22.5	16.5	15.9	22.4*	14.5	15.4	20.2	15.1*	19.1	
weiss nicht / keine Angabe	1.8	1.3	2.8	3.8	0.9*	2.5*	0.6	1.9	2.0	1.5	1.6	0.8*	1.0	2.0	1.6	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	1.88	1.82	2.02	1.92	1.85	1.90	1.98	1.88	1.82	2.04	1.80	1.79	2.01	1.84	1.89	

SICHERHEITSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 35

06. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?
D Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430			
1 = sehr einverstanden	22.6	21.3	26.6	25.2*	20.3*	12.1*	22.2	27.6*	32.8*	19.9	16.2*	17.2	19.7*	28.1*			
2 = eher einverstanden	48.2	48.1	49.1	48.3	48.0	48.6	51.8*	42.3*	52.8	45.9	46.7	40.4	46.9	51.6			
3 = eher nicht einverstanden	22.7	25.1*	15.9*	20.4	24.6	31.8*	21.1	21.1	10.4*	26.9*	29.5*	28.3	26.5*	15.8*			
4 = gar nicht einverstanden	5.6	4.9	6.6	5.9	5.3	6.9	3.8*	7.7*	2.8*	6.3	7.2	11.1	6.2	3.5*			
Top-Two-Boxes	70.8	69.5	75.8*	73.5*	68.3*	60.7*	74.1*	69.9	85.6*	65.8*	62.8*	57.6*	66.6*	79.8*			
Bottom-Two-Boxes	28.3	30.0*	22.5*	26.3	30.0	38.7*	25.0*	28.9	13.2*	33.3*	36.7*	39.4*	32.7*	19.3*			
weiss nicht / keine Angabe	1.0	0.6	1.7	0.2*	1.7*	0.6	1.0	1.2	1.2	0.9	0.5	3.0	0.8	0.9			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	2.11	2.14	2.02	2.07	2.15	2.34	2.07	2.09	1.83	2.20	2.28	2.34	2.19	1.95			

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 36

Ob: Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?
E: Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = sehr einverstanden	22.7	23.3	18.7	34.0	24.2	21.4	15.0*	20.3*	29.6*	23.6	20.4	23.8	27.3	22.7	21.9
2 = eher einverstanden	41.7	42.5	39.4	39.6	40.3	42.9	45.7	42.1	39.3	44.2	43.8	37.9	43.4	41.8	40.5
3 = eher nicht einverstanden	23.7	24.8	22.8	9.4*	23.1	24.2	28.9	25.3	18.9*	22.1	23.7	27.2	16.2*	23.3	26.0
4 = gar nicht einverstanden	10.5	8.6*	16.3*	9.4	10.8	10.2	10.4	10.7	10.2	7.7*	10.8	10.8	13.1	10.7	9.8
Top-Two-Boxes	64.3	65.9	58.1*	73.6	64.5	64.2	60.7	62.4	68.9*	67.8	64.2	61.8	70.7	64.4	62.3
Bottom-Two-Boxes	34.2	33.4	39.1*	18.9*	33.9	34.4	39.3	36.0	29.1*	29.8*	34.4	37.9	29.3	34.0	35.8
weiss nicht / keine Angabe	1.5	0.7*	2.8	7.5	1.6	1.4	*	1.6	2.0	2.5	1.4	0.3*	*	1.5	1.9
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.22	2.19	2.38	1.94	2.21	2.24	2.35	2.27	2.10	2.14	2.25	2.25	2.15	2.22	2.24

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 37

Ob: Wie kann die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?
F: Die Schweiz sollte auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430			
1 = sehr einverstanden	5.2	6.2*	2.1*	5.5	4.9	5.8	4.5	6.0	6.7	4.2	3.6	9.1	5.0	4.4			
2 = eher einverstanden	19.6	20.3	16.6	20.2	19.0	23.7	20.3	16.7	23.9*	19.0	16.9	20.2	18.5	21.2			
3 = eher nicht einverstanden	40.3	41.5	39.1	26.4*	40.2	36.4	41.1	40.5	44.8	37.0	42.1	30.3*	41.5	40.5			
4 = gar nicht einverstanden	33.8	31.4*	39.8*	33.4	34.2	32.4	33.1	35.6	23.6*	38.4*	36.9	39.4	34.0	32.6			
Top-Two-Boxes	24.8	26.5*	18.7*	25.8	23.9	29.5	24.8	22.6	30.7*	23.2	20.5*	29.3	23.4	25.6			
Bottom-Two-Boxes	74.1	72.8	78.9*	73.7	74.4	68.8	74.2	76.1	68.4*	75.4	79.0*	69.7	75.5	73.0			
weiss nicht / keine Angabe	1.2	0.7	2.4	1.9	0.5*	1.7	1.0	1.2	0.9	1.4	0.5	1.0	1.1	1.4			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	3.04	2.99	3.20	3.06	3.06	2.97	3.04	3.07	2.86	3.11	3.13	3.01	3.06	3.03			

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 38

Ob: Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?
G Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = sehr einverstanden	19.7	15.4*	29.8*	34.0*	19.7	19.6	24.3	19.5	17.9	35.0*	16.2*	11.3*	10.1*	16.0*	27.9*
2 = eher einverstanden	42.8	40.1*	50.9*	41.5	42.3	43.2	52.6*	42.7	38.6*	48.5*	42.6	36.4*	55.6*	41.6	41.6
3 = eher nicht einverstanden	28.8	34.7*	13.8*	15.1*	28.1	29.5	19.7*	30.6	30.1	13.8*	32.6*	39.0*	22.2	33.4*	22.6*
4 = gar nicht einverstanden	7.9	9.2*	4.2*	7.5	9.4	6.6	3.5*	6.4*	12.2*	1.8*	8.2	12.3*	12.1	8.3	6.5
Top-Two-Boxes	62.4	55.5*	80.6*	75.5*	62.0	62.8	76.9*	62.2	56.5*	83.4*	58.8	47.7*	65.7	57.6*	69.5*
Bottom-Two-Boxes	36.8	43.9*	18.0*	22.6*	37.5	36.1	23.1*	37.0	42.3*	15.6*	40.7*	51.3*	34.3	41.8*	29.1*
weiss nicht / keine Angabe	0.8	0.6	1.4	1.9	0.5	1.1	*	0.8	1.2	0.9	0.5	1.0	*	0.6	1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.25	2.38	1.92	1.96	2.27	2.23	2.02	2.24	2.37	1.82	2.33	2.53	2.36	2.34	2.08

SICHERHEITSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 39

Q6: Wie kann die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?
H: Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben.

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	Total	Region		Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch			
		D-CH	F-CH												I-CH		
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430			
1 = sehr einverstanden	38.3	39.5	33.2*	45.3	35.6*	41.6	34.9*	42.0	19.6*	42.9*	46.7*	46.5	43.6*	27.7*			
2 = eher einverstanden	41.6	42.5	39.8	35.8	44.0	42.2	43.4	38.6	43.9	42.9	40.0	41.4	40.2	44.0			
3 = eher nicht einverstanden	16.3	14.9	20.4*	15.1	17.0	13.9	17.4	15.4	30.7*	10.3*	11.8*	9.1*	12.7*	23.5*			
4 = gar nicht einverstanden	2.7	2.1	4.8*	.*	3.7*	2.3	3.0	2.2	4.6*	2.3	1.3*	3.0	2.6	2.8			
Top-Two-Boxes	79.8	82.1*	73.0*	81.1	79.6	83.8	78.2	80.6	63.5*	85.7*	86.7*	87.9*	83.8*	71.6*			
Bottom-Two-Boxes	18.9	17.0*	25.3*	15.1	18.7	16.2	20.5	17.7	35.3*	12.6*	13.1*	12.1*	15.3*	26.3*			
weiss nicht / keine Angabe	1.3	0.9	1.7	3.8	0.7	.*	1.3	1.7	1.2	1.6	0.3*	.*	0.9	2.1			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	1.83	1.79	1.97	1.69	1.85	1.77	1.88	1.77	2.20	1.72	1.68	1.69	1.74	2.01			

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 40

Ob: Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?
I Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat, dem Führungsgremium von der Uno, anstreben.

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
															200	289
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	173	625	402	326	427	390	99	661	430		
1 = sehr einverstanden	20.0	19.2	21.5	24.5	21.3	15.6	17.0*	26.6*	25.5*	18.7	17.7	21.2	19.1	20.9		
2 = eher einverstanden	45.3	45.1	46.0	43.4	42.5	52.6*	48.3*	37.3*	49.1	47.3	40.0*	40.4	45.8	45.8		
3 = eher nicht einverstanden	23.1	25.6*	16.6*	17.0	24.9	22.5	23.7	22.4	19.0*	23.7	27.4*	21.2	24.2	21.6		
4 = gar nicht einverstanden	6.7	6.2	7.6	9.4	9.6*	6.9	6.1	7.5	3.4*	5.6	10.5*	8.1	6.4	7.0		
Top-Two-Boxes	65.3	64.3	67.5	67.9	63.8	68.2	65.3	63.9	74.5*	66.0	57.7*	61.6	64.9	66.7		
Bottom-Two-Boxes	29.8	31.8*	24.2*	26.4	34.5*	29.5	29.8	29.9	22.4*	29.3	37.9*	29.3	30.6	28.6		
weiss nicht / keine Angabe	5.0	3.8*	8.3*	5.7	1.8*	2.3*	5.0	6.2	3.1*	4.7	4.4	9.1	4.5	4.7		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	2.17	2.20	2.11	2.12	2.23	2.12	2.20	2.11	2.00	2.17	2.32	2.18	2.19	2.15		

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 41

Q6: Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?
J Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen von der Uno einsetzen.

	Total		Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	Total	Region		Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
		D-CH	F-CH												I-CH	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430		
1 = sehr einverstanden	18.3	17.8	20.1	17.0	16.3	13.9	16.5	23.1*	31.3*	14.1*	13.6*	13.1	16.5	22.6*		
2 = eher einverstanden	50.0	49.0	52.9	50.9	50.7	54.9	52.5	44.0*	54.3	50.8	45.9*	47.5	50.7	49.8		
3 = eher nicht einverstanden	22.1	25.2*	13.8*	17.0	23.5	24.9	22.6	20.1	11.7*	24.8	28.5*	19.2	23.4	20.0		
4 = gar nicht einverstanden	6.4	6.3	5.9	11.3	8.3*	4.6	5.8	8.2	0.6*	7.5	9.5*	10.1	7.0	4.9		
Top-Two-Boxes	68.3	66.8	73.0*	67.9	67.0	68.8	69.0	67.2	85.6*	64.9	59.5*	60.6	67.2	72.3*		
Bottom-Two-Boxes	28.5	31.5*	19.7*	28.3	28.3	29.5	28.3	28.4	12.3*	32.3*	37.9*	29.3	30.4	24.9*		
weiss nicht / keine Angabe	3.2	1.7*	7.3*	3.8	4.7*	1.7	2.7	4.5	2.1	2.8	2.6	10.1*	2.4	2.8		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	2.17	2.20	2.06	2.24	2.17	2.21	2.18	2.14	1.81	2.27	2.35	2.29	2.21	2.07		

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 42

Ob: Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?
K Die Zukunft unseres Landes hängt hauptsächlich von der Schweizer Bevölkerung und der Schweizer Politik ab.

	Total		Region		Geschlecht		Alter		Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = sehr einverstanden	28.5	29.4	24.6	35.8	29.3	27.8	29.5	23.7*	35.6*	20.9*	27.6	34.1*	26.3	29.5	27.2
2 = eher einverstanden	51.7	52.8	48.4	50.9	51.7	51.6	51.4	53.4	49.0	49.4	56.0*	49.7	53.5	53.0	49.1
3 = eher nicht einverstanden	16.0	14.8	21.1*	7.5*	15.5	16.5	17.3	17.8	12.7*	24.2*	11.9*	14.1	15.2	14.1*	19.5*
4 = gar nicht einverstanden	2.6	2.1	3.8	3.8	3.4	1.9	1.2	3.5*	1.7	3.7	3.0	1.5	3.0	2.4	2.8
Top-Two-Boxes	80.2	82.2*	73.0*	86.8	81.0	79.4	80.9	77.1*	84.6*	70.2*	83.6*	83.8*	79.8	82.5*	76.3*
Bottom-Two-Boxes	18.6	16.9*	24.9*	11.3	18.8	18.4	18.5	21.3*	14.4*	27.9*	15.0*	15.6	18.2	16.5*	22.3*
weiss nicht / keine Angabe	1.3	0.9	2.1	1.9	0.2*	2.2*	0.6	1.6	1.0	1.8	1.4	0.5	2.0	1.1	1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.93	1.90	2.04	1.79	1.93	1.92	1.90	2.01	1.80	2.11	1.90	1.83	1.95	1.89	1.98

SICHERHEITSTUDIE 2012
 ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 43

Q6: Wie kann die Schweiz ihre Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?
 L: Auf die Zukunft unseres Landes haben wir keinen Einfluss, diese hängt vor allem von der Entwicklung anderer Länder ab.

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430			
1 = sehr einverstanden	5.5	5.1	6.9	3.8	7.8*	3.5	5.0	7.2	4.3	7.5*	3.8	10.1	6.1	3.7*			
2 = eher einverstanden	30.4	30.4	28.4	41.5	30.7	27.2	28.5	34.8*	31.6	33.7	25.9*	34.3	31.3	27.7			
3 = eher nicht einverstanden	42.6	45.3*	37.7	24.5*	40.3	48.0	44.0	38.1*	43.9	40.0	46.9*	43.4	39.8*	47.0*			
4 = gar nicht einverstanden	19.4	18.4	21.8	22.6	19.9	20.2	21.4	15.9*	19.0	16.6	21.5	12.1*	19.8	20.5			
Top-Two-Boxes	35.9	35.5	35.3	45.3	38.5	30.6	33.4	42.0*	35.9	41.2*	29.7*	44.4	37.4	31.4*			
Bottom-Two-Boxes	62.0	63.8	59.5	47.2*	60.2	68.2	65.4*	54.0*	62.9	56.7*	68.5*	55.6	59.6	67.4*			
weiss nicht / keine Angabe	2.1	0.7*	5.2*	7.5	1.2*	1.2	1.1*	4.0*	1.2	2.1	1.8	.*	3.0*	1.2			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	2.78	2.78	2.78	2.71	2.81	2.86	2.83	2.65	2.79	2.67	2.88	2.88	2.76	2.85			

SICHERHEITSSTUDIE 2012
 ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 44

Q1: Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte.
 A: Die Schweiz sollte der Uno Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen.

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = sehr einverstanden	11.0	9.4*	13.5	22.6*	13.5*	8.8*	13.9	10.6	10.4	15.6*	9.1	8.5*	10.1	10.0	12.8	
2 = eher einverstanden	42.1	41.5	44.3	39.6	38.9*	44.9*	45.7	43.5	38.3	47.2*	38.9	40.5	42.4	38.9*	47.2*	
3 = eher nicht einverstanden	30.2	32.6*	23.9*	24.5	29.3	30.9	30.6	30.6	29.4	25.8*	33.0	33.1	26.3	33.4*	25.6*	
4 = gar nicht einverstanden	14.4	14.8	14.2	9.4	17.6*	11.6*	9.2*	13.1	18.7*	9.2*	15.9	17.4*	19.2	15.1	12.6	
Top-Two-Boxes	53.1	50.9*	57.8	62.3	52.4	53.7	59.5	54.1	48.8*	62.9*	48.0*	49.0*	52.5	48.9*	60.0*	
Bottom-Two-Boxes	44.6	47.4*	38.1*	34.0	46.9	42.5	39.9	43.7	48.0	35.0*	48.9*	50.5*	45.5	48.6*	38.1*	
weiss nicht / keine Angabe	2.3	1.6*	4.2	3.8	0.7*	3.8*	0.6*	2.2	3.2	2.1	3.0	0.5*	2.0	2.6	1.9	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.49	2.54	2.40	2.22	2.51	2.47	2.35	2.47	2.58	2.29	2.57	2.60	2.56	2.55	2.39	

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 45

Q7. Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte.
B Die Schweiz sollte eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten.

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	Total	Region		Mann	Frau	Alter			links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch			
		D-CH	F-CH			I-CH	18-29	30-59							60+		
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430			
1 = sehr einverstanden	26.2	26.3	24.6	32.1	22.9*	17.3*	20.3*	39.1*	13.2*	26.9	34.9*	34.3	28.4*	20.5*			
2 = eher einverstanden	42.7	42.8	43.3	37.7	41.4	43.9	45.4*	37.8*	32.2*	49.9*	45.1	40.4	44.2	41.2			
3 = eher nicht einverstanden	22.7	24.1*	19.7	15.1	19.9*	29.5*	24.2	17.4*	39.3*	17.3*	15.4*	18.2	20.4*	27.4*			
4 = gar nicht einverstanden	7.0	6.3	8.0	13.2	6.4	9.2	8.2	4.2*	13.5*	4.7*	3.6*	7.1	5.7	8.6			
Top-Two-Boxes	68.8	69.1	67.8	69.8	66.7	61.3*	65.8*	76.9*	45.4*	76.8*	80.0*	74.7	72.6*	61.6*			
Bottom-Two-Boxes	29.7	30.4	27.7	28.3	31.6	38.7*	32.3*	21.6*	52.8*	22.0*	19.0*	25.3	26.2*	36.0*			
weiss nicht / keine Angabe	1.5	0.5*	4.5*	1.9	1.7	*	1.9	1.5	1.8	1.2	1.0	*	1.2	2.3			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	2.11	2.10	2.12	2.10	2.05	2.15	2.21	1.87	2.54	2.00	1.88	1.98	2.04	2.25			

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 46

Q: Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte.
C: Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = sehr einverstanden	70.0	73.3*	60.6*	67.9	70.0	70.0	65.3	68.2	74.9*	53.1*	76.8*	77.2*	64.6	74.9*	63.7*
2 = eher einverstanden	24.9	22.5*	32.5*	22.6	24.9	25.0	27.2	26.6	21.4*	36.2*	20.6*	20.3*	30.3	21.2*	29.3*
3 = eher nicht einverstanden	3.4	3.1	3.8	5.7	4.3	2.7	5.2	3.7	2.2	8.3*	1.2*	1.8*	2.0	2.6	5.1*
4 = gar nicht einverstanden	0.9	0.6	1.7	1.9	0.5	1.3	2.3	0.6	0.7	1.8	0.5	0.3*	3.0	0.8	0.7
Top-Two-Boxes	94.9	95.8*	93.1	90.6	94.8	95.0	92.5	94.7	96.3	89.3*	97.4*	97.4*	94.9	96.1*	93.0*
Bottom-Two-Boxes	4.3	3.7	5.5	7.5	4.8	3.9	7.5	4.3	3.0	10.1*	1.6*	2.1*	5.1	3.3	5.8
weiss nicht / keine Angabe	0.8	0.5	1.4	1.9	0.4	1.1	*	1.0	0.7	0.6	0.9	0.5	*	0.6	1.2
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.35	1.31	1.46	1.40	1.35	1.34	1.45	1.36	1.28	1.59	1.25	1.25	1.43	1.29	1.42

SICHERHEITSTUDIIE 2012

ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 47

Q7: Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahrnen und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. D Die Schweiz sollte sich der Nato annähern.

	Total		Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	Total	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
																289
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = sehr einverstanden	3.3	3.0	3.8	3.8	3.6	3.0	3.5	3.2	3.2	4.3	2.3	3.1	4.0	3.3	3.0	
2 = eher einverstanden	34.1	34.0	34.9	30.2	31.8	36.1	36.4	33.9	33.3	35.3	36.8	30.5	29.3	33.9	34.9	
3 = eher nicht einverstanden	37.9	41.6*	27.3*	35.8	40.9*	35.3*	38.7	39.2	35.6	39.6	34.9	41.8	35.4	38.4	37.7	
4 = gar nicht einverstanden	17.5	16.8	19.4	18.9	22.2*	13.3*	13.3	17.1	19.9	15.0	18.0	19.5	17.2	16.3	19.8	
Top-Two-Boxes	37.3	37.1	38.8	34.0	35.3	39.1	39.9	37.1	36.6	39.6	39.1	33.6	33.3	37.2	37.9	
Bottom-Two-Boxes	55.4	58.4*	46.7*	54.7	63.1*	48.7*	52.0	56.3	55.5	54.6	52.9	61.3*	52.5	54.8	57.4	
weiss nicht / keine Angabe	7.3	4.5*	14.5*	11.3	1.6*	12.2*	8.1	6.6	8.0	5.8	8.0	5.1*	14.1*	8.0	4.7*	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.75	2.76	2.73	2.79	2.83	2.67	2.67	2.75	2.78	2.69	2.75	2.82	2.76	2.74	2.78	

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 48

Q1: Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte.
E: Die Schweiz sollte der Nato beitreten.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
															289
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = sehr einverstanden	2.1	2.2	1.4	3.8	2.1	2.0	4.0	1.4	2.2	2.5	1.9	2.1	3.0	1.7	2.3
2 = eher einverstanden	17.3	15.7*	21.8*	18.9	14.4*	19.9*	25.4*	16.8	14.7	20.2	15.9	15.1	18.2	18.6	14.9
3 = eher nicht einverstanden	39.0	43.4*	27.0*	34.0	36.9	40.8	41.6	39.7	36.8	37.4	40.0	40.8	33.3	40.8	37.4
4 = gar nicht einverstanden	34.8	34.1	36.7	35.8	44.8*	26.2*	22.0*	36.5	37.8	34.0	33.7	37.9	35.4	31.8*	39.8*
Top-Two-Boxes	19.4	17.9	23.2	22.6	16.5*	22.0*	29.5*	18.2	16.9	22.7	17.8	17.2	21.2	20.3	17.2
Bottom-Two-Boxes	73.8	77.5*	63.7*	69.8	81.5*	67.0*	63.6*	76.2	74.6	71.5	73.8	78.7*	68.7	72.6	77.2*
weiss nicht / keine Angabe	6.8	4.5*	13.1*	7.5	2.0*	11.0*	6.9	5.6	8.5	5.8	8.4	4.1*	10.1	7.1	5.6
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.14	3.15	3.14	3.10	3.26	3.02	2.88	3.18	3.20	3.09	3.15	3.20	3.12	3.11	3.21

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 49

Q7. Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte.
F. Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430			
1 = sehr einverstanden	17.8	19.0	13.1*	24.5	15.4*	8.7*	14.9*	26.4*	9.2*	24.1*	18.2	28.3*	19.7	12.6*			
2 = eher einverstanden	31.1	31.1	29.8	37.7	33.6*	35.3	29.9	31.1	17.5*	35.8*	39.0*	37.4	34.2*	24.9*			
3 = eher nicht einverstanden	34.9	35.8	34.6	22.6*	34.3	39.9	36.5	30.3*	44.8*	29.0*	31.8	22.2*	33.7	39.5*			
4 = gar nicht einverstanden	13.7	12.8	16.6	11.3	15.8*	15.6	16.5*	8.5*	25.5*	8.2*	9.7*	9.1	10.3*	20.0*			
Top-Two-Boxes	48.9	50.1	42.9*	62.3*	48.8	43.9	44.8*	57.5*	26.7*	60.0*	57.2*	65.7*	53.9*	37.4*			
Bottom-Two-Boxes	48.6	48.6	51.2	34.0*	50.1	55.5*	53.0*	38.8*	70.2*	37.2*	41.5*	31.3*	44.0*	59.5*			
weiss nicht / keine Angabe	2.5	1.3*	5.9*	3.8	1.1*	0.6*	2.2	3.7	3.1	2.8	1.3*	3.0	2.1	3.0			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	2.46	2.43	2.58	2.22	2.46	2.63	2.56	2.22	2.89	2.22	2.34	2.13	2.35	2.69			

SICHERHEITSSTUDIE 2012

ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 50

Q7: Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahrnimmt und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Die Schweiz sollte mehr eine aktive Rolle spielen bei internationalen Konferenzen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = sehr einverstanden	21.3	19.2*	26.0*	30.2	24.0*	14.5*	20.2	26.1*	29.4*	19.4	16.4*	13.1*	19.5	25.8*	
2 = eher einverstanden	54.4	52.6*	59.9*	54.7	52.2	60.7	52.8	54.2	54.9	57.1	52.1	64.6*	53.7	53.3	
3 = eher nicht einverstanden	18.5	22.7*	8.0*	7.5*	18.3	22.0	20.6*	13.7*	12.0*	18.0	25.1*	10.1*	21.2*	16.5	
4 = gar nicht einverstanden	3.0	3.1	2.4	3.8	4.3*	1.7	3.4	3.0	2.1	2.8	4.1	9.1*	2.1	2.8	
Top-Two-Boxes	75.8	71.8*	85.8*	84.9	76.2	75.4	73.0*	80.3*	84.4*	76.6	68.5*	77.8	73.2*	79.1*	
Bottom-Two-Boxes	21.5	25.9*	10.4*	11.3*	22.6	20.6	24.0*	16.7*	14.1*	20.8	29.2*	19.2	23.3	19.3	
weiss nicht / keine Angabe	2.8	2.3	3.8	3.8	1.2*	4.1*	3.0	3.0	1.5	2.6	2.3	3.0	3.5	1.6	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.03	2.10	1.86	1.84	2.03	2.04	2.07	1.93	1.87	2.04	2.17	2.16	2.06	1.96	

SICHERHEITSTUDIIE 2012

ad hoc Befragung vom 12.01.-16.02.2012

Tabelle 51

Q7. Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahrnen und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. H Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	Total	Region		Mann	Frau	Alter			links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch			
		D-CH	F-CH			I-CH	18-29	30-59							60+		
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430			
1 = sehr einverstanden	10.2	10.8	6.2*	20.8	9.6	5.8*	9.1	13.7*	4.6*	12.9*	11.3	10.1	12.0*	7.7*			
2 = eher einverstanden	24.2	26.0*	17.0*	34.0	25.1	27.7	21.3*	27.1	14.7*	27.9*	28.5*	30.3	26.6*	17.9*			
3 = eher nicht einverstanden	43.8	45.8*	39.8	32.1	43.9	50.3	45.8	37.8*	50.6*	39.8*	43.6	38.4	43.7	45.6			
4 = gar nicht einverstanden	18.0	14.7*	29.4*	9.4*	19.7	14.5	20.6*	15.4	27.6*	14.5*	14.1*	12.1	15.0*	24.2*			
Top-Two-Boxes	34.3	36.8*	23.2*	54.7*	33.9	34.7	30.4*	40.8*	19.3*	40.7*	39.7*	40.4	38.6*	25.6*			
Bottom-Two-Boxes	61.8	60.5	69.2*	41.5*	63.6	60.1	66.4*	53.2*	78.2*	54.3*	57.7*	50.5*	58.7*	69.8*			
weiss nicht / keine Angabe	3.9	2.7*	7.6*	3.8	2.5*	1.7*	3.2	6.0*	2.5	4.9	2.6	9.1	2.7*	4.7			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	2.72	2.66	3.00	2.31	2.74	2.71	2.80	2.58	3.04	2.59	2.62	2.88	2.63	2.90			

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle E2

Q1: Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. I Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	173	625	402	326	427	390	99	661	430		
1 = sehr einverstanden	20.5	18.2*	24.2	37.7*	21.1	30.1*	22.7*	12.9*	33.7*	17.6	11.5*	20.2	17.7*	24.7*		
2 = eher einverstanden	27.9	26.5	33.6*	20.8	24.3*	27.2	31.8*	22.1*	36.2*	25.1	23.8*	29.3	27.1	29.3		
3 = eher nicht einverstanden	26.6	29.5*	19.0*	20.8	25.6	25.4	25.3	29.1	19.3*	29.5	31.0*	21.2	27.4	26.3		
4 = gar nicht einverstanden	23.1	24.8*	18.3*	20.8	27.7*	17.3*	18.7*	32.3*	8.3*	25.5	32.6*	27.3	26.0*	17.7*		
Top-Two-Boxes	48.4	44.6*	57.8*	58.5	45.5	57.2*	54.6*	35.1*	69.9*	42.6*	35.4*	49.5	44.8*	54.0*		
Bottom-Two-Boxes	49.7	54.3*	37.4*	41.5	53.3*	42.8*	44.0*	61.4*	27.6*	55.0*	63.6*	48.5	53.4*	44.0*		
weiss nicht / keine Angabe	1.9	1.0*	4.8*	1.2	2.5	*	1.4	3.5*	2.5	2.3	1.0	2.0	1.8	2.1		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	2.53	2.62	2.33	2.25	2.61	2.30	2.41	2.84	2.02	2.65	2.85	2.57	2.63	2.38		

Tabelle 53
Q8: Über die Bedeutung des Militärs für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können.

	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
Das Militär spielt im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle und dies ist auch gut so.	38.6	41.8*	28.4*	41.5	39.4	37.8	30.6*	33.9*	49.3*	14.4*	45.4*	51.3*	41.4	45.5*	26.7*
Das Militär ist ein notwendiges Übel.	44.8	42.8*	52.9*	34.0	44.2	45.4	42.2	48.2*	40.8*	53.4*	41.7	42.3	43.4	39.9*	53.3*
Das Militär könnte ruhig abgeschafft werden.	15.8	15.0	16.6	24.5	15.6	16.0	26.0*	17.1	9.5*	31.3*	11.9*	6.4*	15.2	13.5*	19.5*
weiss nicht / keine Angabe	0.8	0.3	2.1*	.*	0.7	0.8	1.2	0.8	0.5	0.9	0.9	.*	.*	1.1	0.5
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

SICHERHEITSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 54
CS: Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
Milizarmee auch in Zukunft genügend	51.8	56.4*	40.8*	35.8*	54.2	49.6	45.7	47.0*	61.7*	37.4*	56.7*	60.0*	47.5	56.6*	45.1*
wir würden eine Berufsarmee brauchen	42.7	38.7*	51.9*	56.6*	43.2	42.2	50.9*	47.4*	31.8*	55.5*	37.9*	35.9*	47.5	37.7*	49.3*
weiss nicht/ keine Angabe	5.6	4.9	7.3	7.5	2.7*	8.2*	3.5	5.6	6.5	7.1	5.4	4.1	5.1	5.7	5.6
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 55

Q10.GHt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?

	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = viel zu viel	14.0	12.5*	18.3*	15.1	12.6	15.2	19.7*	15.2	9.7*	23.6*	11.9	8.2*	18.2	11.8*	16.3
2 = zu viel	29.5	28.4	31.8	34.0	26.6*	32.0*	30.6	35.0*	20.4*	43.3*	26.5	21.0*	21.2*	28.6	33.5*
3 = gerade richtig	45.8	47.1	41.5	49.1	48.7	43.3	39.9	39.4*	58.5*	26.1*	50.8*	57.9*	47.5	50.1*	38.6*
4 = zu wenig	6.5	7.9*	3.5*	-*	9.1*	4.2*	5.8	6.2	7.2	1.8*	6.6	10.3*	9.1	5.7	7.2
5 = viel zu wenig	0.8	0.9	0.3	1.9	1.2	0.5	1.2	0.8	0.7	0.9	0.7	1.0	1.0	0.6	1.2
Top-Two-Boxes	43.5	40.9*	50.2*	49.1	39.3*	47.3*	50.3	50.2*	30.1*	66.9*	38.4*	29.2*	39.4	40.4*	49.8*
Bottom-Two-Boxes	7.3	8.9*	3.8*	1.9*	10.3*	4.7*	6.9	7.0	8.0	2.8*	7.3	11.3*	10.1	6.4	8.4
weiss nicht / keine Angabe	3.3	3.1	4.5	-*	1.8*	4.7*	2.9	3.4	3.5	4.3	3.5	1.5*	3.0	3.2	3.3
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.49	2.55	2.33	2.40	2.59	2.40	2.36	2.40	2.68	2.09	2.56	2.74	2.52	2.53	2.42

SICHERHEITSTUDIE 2012

ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 56

Q11. Alles in allem, wie zufrieden sind Sie mit der Leistung von der Schweizer Armee?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
															289
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = überhaupt nicht zufrieden	3.4	2.1*	6.9*	5.7	4.8*	2.2*	3.5	4.5*	1.7*	7.4*	2.1*	1.3*	3.0	2.4*	4.7
2	2.5	2.2	3.5	1.9	2.8	2.2	4.0	2.7	1.5	4.6*	1.9	1.5	3.0	2.1	3.0
3	4.0	3.7	4.5	5.7	5.2	3.0	5.8	4.8	2.0*	7.4*	2.8	3.1	3.0	3.0	5.8*
4	5.3	4.9	7.3	1.9	7.3*	3.6*	5.2	6.4	3.7	8.9*	4.0	4.4	6.1	3.5*	8.1*
5	18.5	19.2	17.0	15.1	17.2	19.6	15.6	21.6*	14.9*	25.2*	18.7	12.6*	16.2	15.7*	23.3*
6	13.8	13.6	14.5	13.2	13.5	14.1	10.4	15.8*	12.2	15.0	12.9	14.6	13.1	13.2	15.3
7	22.8	24.5*	18.0*	22.6	23.4	22.3	25.4	21.0	24.6	12.3*	25.8	29.0*	20.2	25.7*	19.3*
8	17.0	18.1	13.1*	20.8	16.9	17.1	20.8	13.1*	21.4*	9.5*	19.0	20.8*	18.2	20.3*	11.4*
9	2.8	2.8	2.8	1.9	2.3	3.1	4.0	1.9	3.5	0.9*	2.8	4.6*	4.0	3.3	1.6
10 = sehr zufrieden	4.9	5.4	3.8	3.8	3.9	5.8	2.3*	3.2*	8.7*	0.9*	7.0*	4.9	12.1*	5.3	2.6*
Bottom-Three-Boxes	9.9	8.0*	14.9*	13.2	12.8*	7.4*	13.3	12.0*	5.2*	19.3*	6.8*	5.9*	9.1	7.6*	13.5*
Top-Three-Boxes	24.7	26.2*	19.7*	26.4	23.1	26.1	27.2	18.2*	33.6*	11.3*	28.8*	30.3*	34.3*	28.9*	15.6*
weiss nicht / keine Angabe	4.9	3.5*	8.7*	7.5	2.7*	6.9*	2.9	5.0	5.7	8.0*	3.0*	3.3	1.0*	5.4	4.9
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	6.17	6.32	5.72	6.14	5.97	6.36	6.12	5.83	6.74	5.10	6.49	6.63	6.53	6.48	5.63

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 57

Q12.Ich habe nun einige Fragen zu eingebürgerten Schweizern im Militär.
A Eingebürgerte junge Männer werden durch den Militärdienst stärker in die Schweiz integriert.

	Total		Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430		
1 = stimme sehr zu	21.5	23.4*	16.3*	18.9	18.5*	15.0*	18.9*	28.4*	18.4	21.3	24.9	17.2	20.4	24.4		
2 = stimme eher zu	44.3	43.7	47.1	37.7	44.6	46.2	45.3	41.8	45.1	43.3	45.9	39.4	44.2	45.6		
3 = teils, teils	15.8	16.8	13.8	9.4	13.5*	16.8	16.6	13.9	14.4	19.2*	13.3	19.2	15.1	15.8		
4 = stimme eher nicht zu	11.1	10.8	11.4	13.2	9.8	16.2*	11.4	8.5*	12.0	10.3	11.3	15.2	12.3	8.1*		
5 = stimme überhaupt nicht zu	5.8	4.1*	9.0*	17.0*	6.0	4.6	6.7	5.0	8.9*	4.0*	4.1	6.1	6.2	5.3		
Top-Two-Boxes	65.8	67.1	63.3	56.6	69.4*	61.3	64.2	70.1*	63.5	64.6	70.8*	56.6	64.6	70.0*		
Bottom-Two-Boxes	16.9	14.9*	20.4	30.2*	15.8	20.8	18.1	13.4*	20.9*	14.3	15.4	21.2	18.5	13.5*		
weiss nicht / keine Angabe	1.6	1.2	2.4	3.8	1.2	1.2	1.1	2.5	1.2	1.9	0.5*	3.0	1.8	0.7*		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	2.34	2.28	2.49	2.71	2.27	2.49	2.41	2.18	2.47	2.31	2.23	2.52	2.39	2.24		

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 59

Q12 Ich habe nun einige Fragen zu eingebürgerten Schweizern im Militär.
B Es ist für unsere Sicherheit besser, wenn eingebürgerte junge Männer nicht in der Schweizer Armee dienen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = stimme sehr zu	4.1	4.7	2.1*	5.7	4.4	3.8	2.3	3.4	6.0*	2.1*	4.9	4.1	7.1	5.4*	1.2*
2 = stimme eher zu	8.3	9.3*	4.5*	13.2	8.0	8.6	8.1	6.9	10.7*	5.5*	9.1	10.0	21.2*	8.5	4.7*
3 = teils, teils	12.2	15.2*	4.8*	3.8*	8.5*	15.4*	13.9	9.9*	14.9*	4.6*	15.9*	13.6	18.2	15.7*	5.1*
4 = stimme eher nicht zu	32.1	34.5*	27.3*	18.9*	34.1	30.3	37.0	32.3	29.6	29.4	31.9	36.7*	26.3	32.5	32.8
5 = stimme überhaupt nicht zu	41.1	34.3*	58.8*	54.7*	43.7	38.8	37.0	45.6*	35.8*	56.4*	35.6*	34.4*	25.3*	35.4*	54.2*
Top-Two-Boxes	12.4	14.0*	6.6*	18.9	12.4	12.4	10.4	10.2*	16.7*	7.7*	14.1	14.1	28.3*	13.9	5.8*
Bottom-Two-Boxes	73.2	68.8*	86.2*	73.6	77.8*	69.1*	74.0	77.9*	65.4*	85.9*	67.4*	71.0	51.5*	67.9*	87.0*
weiss nicht / keine Angabe	2.3	2.1	2.4	3.8	1.2*	3.1*	1.7	1.9	3.0	1.8	2.6	1.3	2.0	2.4	2.1
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	4.00	3.86	4.40	4.08	4.06	3.95	4.00	4.12	3.81	4.35	3.86	3.88	3.42	3.86	4.37

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 59

Q12.Ich habe nun einige Fragen zu eingebürgerten Schweizern im Militär.

C So lange die Wehrpflicht für alle Schweizer Bürger gilt, sollten auch junge eingebürgerte Männer in der Schweizer Armee dienen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = stimme sehr zu	51.6	50.2	55.4	55.8*	47.9*	48.6	51.4	53.2	54.9	46.1*	54.9	39.4*	50.2	57.2*	
2 = stimme eher zu	33.4	32.5	35.6	31.3	35.3	38.7	33.4	31.1	33.7	35.1	31.8	41.4	33.3	32.1	
3 = teils, teils	6.8	8.4*	3.1*	4.8*	8.6*	5.2	6.9	7.5	5.5	9.4*	5.1	6.1	8.0	4.7*	
4 = stimme eher nicht zu	5.5	6.2	3.1*	6.0	5.0	5.8	5.4	5.5	3.4*	6.6	6.4	10.1	5.1	4.7	
5 = stimme überhaupt nicht zu	1.9	2.0	1.7	1.6	2.2	1.7	2.1	1.7	1.8	1.9	1.5	3.0	2.7*	0.5*	
Top-Two-Boxes	85.0	82.8*	91.0*	87.0	83.2	87.3	84.8	84.3	88.7*	81.3*	86.7	80.8	83.5	89.3*	
Bottom-Two-Boxes	7.4	8.2	4.8*	7.6	7.2	7.5	7.5	7.2	5.2	8.4	7.9	13.1	7.9	5.1*	
weiss nicht / keine Angabe	0.8	0.7	1.0	0.5	0.9	0.8	0.8	1.0	0.6	0.9	0.3	0.6	0.6	0.9	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	1.72	1.76	1.59	1.66	1.77	1.73	1.72	1.70	1.63	1.82	1.68	1.96	1.76	1.58	

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 60

Q12. Ich habe nun einige Fragen zu eingebürgerten Schweizern im Militär.

D Ein Soldat mit schweizerischer Herkunft ist eher bereit die Schweiz zu verteidigen als ein eingebürgerter Soldat.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		D-CH		F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = stimme sehr zu	8.8	10.4*	3.8*	11.3	7.5	10.0	10.4	6.6*	11.7*	3.7*	8.9	12.3*	14.1	10.4*	4.9*	
2 = stimme eher zu	19.5	22.4*	11.4*	17.0	20.8	18.4	17.9	16.6*	24.6*	12.0*	19.0	26.9*	28.3*	22.5*	13.0*	
3 = teils, teils	16.3	19.0*	9.3*	9.4	14.0*	18.2*	18.5	15.8	15.9	8.9*	21.3*	17.9	17.2	17.7	12.8*	
4 = stimme eher nicht zu	28.1	27.4	28.7	35.8	28.4	27.8	28.9	30.2	24.4*	35.9*	25.8	24.6	22.2	26.2	32.8*	
5 = stimme überhaupt nicht zu	24.8	18.9*	42.9*	22.6	26.6	23.2	23.1	28.8*	19.4*	37.4*	22.0	16.2*	17.2*	20.7*	33.5*	
Top-Two-Boxes	28.3	32.8*	15.2*	28.3	28.2	28.4	28.3	23.2*	36.3*	15.6*	27.9	39.2*	42.4*	33.0*	17.9*	
Bottom-Two-Boxes	52.9	46.3*	71.6*	58.5	55.1	51.0	52.0	59.0*	43.8*	73.3*	47.8*	40.8*	39.4*	46.9*	66.3*	
weiss nicht / keine Angabe	2.5	2.0	3.8	3.8	2.7	2.4	1.2	1.9	4.0*	2.1	3.0	2.1	1.0	2.4	3.0	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	3.42	3.22	3.99	3.43	3.47	3.37	3.37	3.59	3.16	3.93	3.34	3.05	3.00	3.25	3.79	

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 61

Q13 Halten Sie die Schweizer Armee für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	Total	Region		Mann	Frau	Alter			links	mitte		rechts	niedrig	mittel		hoch	
		D-CH	F-CH			I-CH	18-29	30-59		60+	mitte			rechts			
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430			
1 = unbedingt notwendig	19.9	21.8*	14.5*	18.9	22.2	7.5*	17.8	28.6*	7.7*	20.6	28.2*	20.2	21.5	16.7*			
2 = eher notwendig	54.7	54.0	58.1	47.2	53.3	58.4	54.1	54.0	41.4*	61.8*	59.7*	54.5	57.5*	50.9			
3 = eher nicht notwendig	17.5	17.2	18.0	18.9	15.5	23.1	20.3*	10.7*	34.4*	12.4*	9.0*	19.2	14.2*	22.6*			
4 = überhaupt nicht notwendig	7.4	6.8	8.0	15.1	8.3	11.0	7.4	6.0	16.6*	4.2*	2.8*	6.1	6.4	9.1			
Top-Two-Boxes	74.6	75.8	72.7	66.0	75.5	65.9*	71.8*	82.6*	49.1*	82.4*	87.9*	74.7	79.0*	67.7*			
Bottom-Two-Boxes	24.9	24.0	26.0	34.0	23.8	34.1*	27.7*	16.7*	50.9*	16.6*	11.8*	25.3	20.6*	31.6*			
weiss nicht / keine Angabe	0.5	0.2	1.4	-.*	0.7	-.*	0.5	0.7	-.*	0.9	0.3	-.*	0.5	0.7			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	2.12	2.09	2.20	2.30	2.10	2.38	2.17	1.94	2.60	2.00	1.86	2.11	2.05	2.24			

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 62

Q14. Nun haben wir noch ein paar Aussagen zu möglichen Kriegsbedrohungen und zur Sicherheit unseres Landes.
A. Wir sollten unsere Milizarmee nur für den Kriegsfall und nur für die Landesverteidigung einsetzen und nicht für andere Zwecke.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = sehr einverstanden	17.0	12.9*	28.0*	22.6	13.8*	13.9	13.8*	23.4*	19.6	16.2	15.1	21.2	16.8	16.5	
2 = eher einverstanden	26.0	23.3*	32.2*	35.8	26.7	32.9*	24.2	25.9	24.8	26.7	25.6	35.4*	27.1	21.4*	
3 = eher nicht einverstanden	34.0	37.3*	24.9*	30.2	36.4	34.7	35.8	30.8	31.0	35.6	35.6	29.3	32.5	37.7*	
4 = gar nicht einverstanden	21.6	25.9*	11.1*	9.4*	22.0	18.5	25.0*	17.7*	22.7	19.9	23.1	11.1*	22.5	22.8	
Top-Two-Boxes	43.0	36.2*	60.2*	58.5*	45.8	46.8	37.9*	49.3*	44.5	42.9	40.8	56.6*	43.9	37.9*	
Bottom-Two-Boxes	55.6	63.2*	36.0*	39.6*	53.3	53.2	60.8*	48.5*	53.7	55.5	58.7	40.4*	55.1	60.5*	
weiss nicht / keine Angabe	1.4	0.6*	3.8*	1.9	0.9	*	1.3	2.2	1.8	1.6	0.5*	3.0	1.1	1.6	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.61	2.77	2.20	2.27	2.66	2.58	2.73	2.44	2.58	2.60	2.67	2.31	2.61	2.68	

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 63

Q14. Nun haben wir noch ein paar Aussagen zu möglichen Kriegsbedrohungen und zur Sicherheit unseres Landes.
B. Unsere Armee sollte heute mehr können, als nur das Land zu verteidigen.

	Total		Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	Total	Region		Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
		D-CH	F-CH												I-CH	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = sehr einverstanden	32.8	34.8*	25.6*	37.7	34.8	30.9	23.1*	34.6	34.1	31.3	31.6	35.1	27.3	32.5	34.4	
2 = eher einverstanden	41.8	42.3	40.8	39.6	37.5*	45.7*	42.2	42.6	40.5	38.7	44.7	41.3	47.5	41.3	41.2	
3 = eher nicht einverstanden	16.8	16.9	17.0	15.1	17.1	16.6	27.2*	15.8	13.9*	18.7	16.6	15.6	17.2	18.0	15.1	
4 = gar nicht einverstanden	7.1	5.1*	13.1*	5.7	9.8*	4.7*	6.4	6.4	8.5	10.1*	5.2*	6.9	5.1	6.8	7.9	
Top-Two-Boxes	74.6	77.2*	66.4*	77.4	72.3	76.6	65.3*	77.1*	74.6	69.9*	76.3	76.4	74.7	73.8	75.6	
Bottom-Two-Boxes	23.9	22.0*	30.1*	20.8	26.8*	21.4*	33.5*	22.2	22.4	28.8*	21.8	22.6	22.2	24.8	23.0	
weiss nicht / keine Angabe	1.5	0.8*	3.5*	1.9	0.9	2.0	1.2	0.6*	3.0*	1.2	1.9	1.0	3.0	1.4	1.4	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	1.98	1.92	2.18	1.88	2.02	1.95	2.17	1.94	1.97	2.08	1.95	1.94	2.00	1.99	1.96	

SICHERHEITSSTUDIE 2012

ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 64

Q14. Nun haben wir noch ein paar Aussagen zu möglichen Kriegsbedrohungen und zur Sicherheit unseres Landes.

C. Gewaltkonflikte nehmen auch in der Schweiz immer mehr zu. Deshalb sollten wir die Armee auch zum Schutz im Landesinneren einsetzen.

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch			
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430			
1 = sehr einverstanden	22.8	24.6*	17.0*	26.4	19.7*	19.1	19.0*	30.3*	13.5*	22.5	30.8*	25.3	25.4*	17.9*			
2 = eher einverstanden	40.4	39.9	42.2	39.6	44.4*	44.5	39.2	40.5	26.7*	46.1*	44.9*	52.5*	44.9*	30.9*			
3 = eher nicht einverstanden	23.0	23.2	22.8	20.8	21.2	23.7	25.9*	18.2*	32.5*	20.1	19.0*	18.2	18.5*	31.4*			
4 = gar nicht einverstanden	12.8	11.8	15.9	13.2	7.7*	12.1	14.9*	10.0*	26.4*	10.1*	4.9*	4.0*	10.4*	18.4*			
Top-Two-Boxes	63.3	64.5	59.2	66.0	70.0*	63.6	58.2*	70.9*	40.2*	68.6*	75.6*	77.8*	70.3*	48.8*			
Bottom-Two-Boxes	35.8	35.0	38.8	34.0	28.9*	35.8	40.8*	28.1*	58.9*	30.2*	23.8*	22.2*	28.9*	49.8*			
weiss nicht / keine Angabe	0.9	0.6	2.1	*	0.7	0.6	1.0	1.0	0.9	1.2	0.5	*	0.8	1.4			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	2.26	2.22	2.39	2.21	2.11	2.29	2.37	2.08	2.72	2.18	1.98	2.01	2.14	2.51			

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 65

Q15: Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

A: Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
															289
TOTAL INTERVIEWS	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = sehr einverstanden	5.4	5.1	7.5	6.2	4.7	5.8	4.6	6.5	7.4	4.7	4.4	5.1	5.7	4.9	
2 = eher einverstanden	27.3	27.0	34.0	25.0	29.4	32.9	26.1	26.9	30.7	27.4	23.6*	35.4	26.6	26.3	
3 = eher nicht einverstanden	41.7	45.0*	32.1	39.3	43.8	43.4	42.6	39.6	41.4	41.2	43.3	37.4	43.1	40.9	
4 = gar nicht einverstanden	23.3	21.0*	26.4	28.2*	18.8*	17.3*	25.1	22.9	18.7*	23.7	27.2*	14.1*	22.8	26.0	
Top-Two-Boxes	32.8	32.2	41.5	31.3	34.1	38.7	30.7	33.3	38.0*	32.1	27.9*	40.4	32.4	31.2	
Bottom-Two-Boxes	64.9	66.0	58.5	67.5	62.6	60.7	67.7*	62.4	60.1*	64.9	70.5*	51.5*	66.0	67.0	
weiss nicht / keine Angabe	2.3	1.9	4.2	1.2*	3.3*	0.6*	1.6	4.2*	1.8	3.0	1.5	8.1*	1.7	1.9	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.85	2.83	2.90	2.77	2.79	2.73	2.90	2.82	2.73	2.86	2.95	2.66	2.84	2.90	

SICHERHEITSSTUDIE 2012
 ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 66

 Q15. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?
 B Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = sehr einverstanden	42.8	43.6	39.6	45.1	40.7	32.9*	40.2	51.0*	33.7*	43.6	49.2*	30.3*	45.5*	41.4	
2 = eher einverstanden	40.4	39.0	41.5	37.5	43.0	52.0*	41.6	33.6*	42.0	42.9	37.7	55.6*	39.3	38.1	
3 = eher nicht einverstanden	12.2	13.6*	11.3	13.1	11.3	9.8	13.8	10.7	18.7*	9.4*	10.5	8.1	11.2	14.9*	
4 = gar nicht einverstanden	2.4	2.2	1.9	3.6*	1.4*	3.5	2.6	1.7	4.0	2.3	0.8*	1.0	1.8	3.7*	
Top-Two-Boxes	83.2	82.6	81.1	82.6	83.7	85.0	81.8	84.6	75.8*	86.4*	86.9*	85.9	84.9	79.5*	
Bottom-Two-Boxes	14.6	15.9*	13.2	16.7	12.7	13.3	16.3	12.4	22.7*	11.7*	11.3*	9.1	13.0	18.6*	
weiss nicht / keine Angabe	2.3	1.5*	5.7	0.7*	3.6*	1.7	1.9	3.0	1.5	1.9	1.8	5.1	2.1	1.9	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	1.74	1.74	1.72	1.75	1.72	1.84	1.78	1.62	1.93	1.70	1.62	1.79	1.69	1.81	

SICHERHEITSTUDIIE 2012

ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 67

Q15: Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

C: Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	niedrig	mittel	hoch	
																		858
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430			
1 = sehr einverstanden	6.0	4.4*	10.4*	7.5	6.4	5.7	9.2	4.2*	7.5	7.1	6.1	3.8*	6.1	6.1	6.0			
2 = eher einverstanden	25.8	24.9	26.6	34.0	25.8	25.7	34.1*	25.9	21.9*	31.0*	22.2*	25.6	25.3	24.2	27.7			
3 = eher nicht einverstanden	42.7	46.2*	33.6*	35.8	40.7	44.4	43.9	43.4	41.0	39.3	43.6	45.1	41.4	45.4*	38.8*			
4 = gar nicht einverstanden	22.2	22.0	23.2	18.9	26.1*	18.7*	9.8*	23.8	24.9	19.9	24.6	23.6	20.2	21.2	24.4			
Top-Two-Boxes	31.8	29.4*	37.0*	41.5	32.1	31.4	43.4*	30.1	29.4	38.0*	28.3	29.5	31.3	30.3	33.7			
Bottom-Two-Boxes	64.8	68.2*	56.7*	54.7	66.8	63.1	53.8*	67.2	65.9	59.2*	68.1	68.7*	61.6	66.6	63.3			
weiss nicht / keine Angabe	3.4	2.4*	6.2*	3.8	1.1*	5.5*	2.9	2.7	4.7	2.8	3.5	1.8*	7.1	3.2	3.0			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	2.84	2.88	2.74	2.69	2.87	2.81	2.56	2.89	2.87	2.74	2.90	2.90	2.82	2.84	2.84			

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 68

Q15. Weichen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?
D Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten.

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	Total	Region		Mann	Frau	18-29	30-59		60+	links	mitte		rechts	niedrig	mittel		hoch
		D-CH	F-CH				I-CH	F-CH			M-CH						
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	173	625	402	326	427	390	99	661	430			
1 = sehr einverstanden	47.9	47.7	49.5	43.4	45.7	34.1*	46.9	55.5*	46.6	48.0	49.7	42.4	45.7	52.6*			
2 = eher einverstanden	44.8	45.1	42.9	49.1	42.5	56.6*	44.8	39.6*	45.7	43.8	44.9	44.4	46.9	41.6			
3 = eher nicht einverstanden	5.4	5.6	5.2	3.8	4.8	8.7	6.2	2.7*	7.1	5.4	4.1	7.1	5.7	4.7			
4 = gar nicht einverstanden	1.2	1.0	1.4	1.9	2.1*	0.6	1.3	1.2	0.6	1.6	0.5	3.0	1.1	0.7			
Top-Two-Boxes	92.7	92.8	92.4	92.5	92.9	90.8	91.7	95.0*	92.3	91.8	94.6	86.9	92.6	94.2			
Bottom-Two-Boxes	6.6	6.6	6.6	5.7	6.9	9.2	7.5	4.0*	7.7	7.0	4.8*	10.1	6.8	5.3			
weiss nicht / keine Angabe	0.8	0.6	1.0	1.9	0.2*	*	0.8	1.0	*	1.2	0.8	3.0	0.6	0.5			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	1.60	1.60	1.58	1.63	1.59	1.76	1.62	1.49	1.62	1.60	1.55	1.70	1.62	1.53			

SICHERHEITSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 69

Q15:Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

E Die bewährte Neutralität von der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	Total	Region		Mann	Frau	Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau					
		D-CH	F-CH			I-CH	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430			
1 = sehr einverstanden	15.0	15.4	14.2	13.2	13.7	11.0	10.6*	23.6*	10.1*	16.2	17.9	22.2	15.0	13.5			
2 = eher einverstanden	37.4	39.0	32.9	35.8	37.2	45.7*	36.2	35.8	30.4*	41.0	39.2	43.4	38.9	33.5*			
3 = eher nicht einverstanden	32.8	34.6*	29.4	22.6	34.2	32.4	37.8*	25.4*	40.8*	27.9*	32.8	17.2*	32.2	37.4*			
4 = gar nicht einverstanden	9.9	7.9*	14.2*	18.9	7.1*	8.7	10.6	9.5	14.1*	9.6	6.7*	8.1	9.1	11.6			
Top-Two-Boxes	52.4	54.4*	47.1*	49.1	50.9	56.6	46.7*	59.5*	40.5*	57.1*	57.2*	65.7*	53.9	47.0*			
Bottom-Two-Boxes	42.8	42.5	43.6	41.5	44.4	41.0	48.3*	34.8*	54.9*	37.5*	39.5	25.3*	41.3	49.1*			
weiss nicht / keine Angabe	4.8	3.0*	9.3*	9.4	7.8*	2.3*	5.0	5.7	4.6	5.4	3.3	9.1	4.8	4.0			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	2.40	2.36	2.48	2.52	2.38	2.40	2.51	2.22	2.62	2.33	2.29	2.12	2.37	2.49			

SICHERHEITSSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 70
Q15. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?
F. Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = sehr einverstanden	23.6	25.3*	16.6*	34.0	25.4	22.0	24.9	18.9*	30.3*	13.5*	26.7	29.0*	21.2	28.4*	16.5*
2 = eher einverstanden	42.5	44.1	37.0*	47.2	41.7	43.2	43.4	47.5*	34.3*	41.1	42.4	43.1	39.4	42.1	43.7
3 = eher nicht einverstanden	24.9	24.2	28.7	15.1*	23.6	26.1	25.4	25.1	24.4	32.2*	22.7	21.5	26.3	21.5*	30.0*
4 = gar nicht einverstanden	7.3	5.5*	13.5*	3.8	8.9	6.0	6.4	7.4	7.7	11.7*	6.3	5.1*	9.1	6.2	8.8
Top-Two-Boxes	66.1	69.3*	53.6*	81.1*	67.1	65.1	68.2	66.4	64.7	54.6*	69.1	72.1*	60.6	70.5*	60.2*
Bottom-Two-Boxes	32.3	29.7*	42.2*	18.9*	32.5	32.0	31.8	32.5	32.1	43.9*	29.0	26.7*	35.4	27.7*	38.8*
weiss nicht / keine Angabe	1.7	0.9*	4.2*	-*	0.4*	2.8*	-*	1.1	3.2*	1.5	1.9	1.3	4.0	1.8	0.9
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.16	2.10	2.41	1.89	2.16	2.16	2.13	2.21	2.10	2.43	2.09	2.03	2.24	2.06	2.31

SICHERHEITSTUDIIE 2012

ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 71

Q15: Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?
 G Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	Total	Region		Mann	Frau	Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau					
		D-CH	F-CH			I-CH	60+	30-59	18-29	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430			
1 = sehr einverstanden	9.7	8.7	11.4	15.1	7.8*	5.8*	10.1	10.7	14.7*	8.2	6.9*	5.1*	9.1	11.6			
2 = eher einverstanden	34.8	34.7	35.3	34.0	35.9	36.4	33.8	35.8	35.0	38.2	31.0	40.4	33.9	34.4			
3 = eher nicht einverstanden	36.4	39.2*	28.0*	37.7	36.4	49.1*	36.0	31.6*	34.0	34.2	42.8*	38.4	39.0*	32.3*			
4 = gar nicht einverstanden	12.7	12.7	13.8	5.7*	15.8*	5.8*	14.2	13.2	8.9*	13.1	15.6*	6.1*	12.4	14.7			
Top-Two-Boxes	44.5	43.5	46.7	49.1	43.8	42.2	43.8	46.5	49.7*	46.4	37.9*	45.5	43.0	46.0			
Bottom-Two-Boxes	49.1	51.9*	41.9*	43.4	52.2*	54.9	50.2	44.8*	42.9*	47.3	58.5*	44.4	51.4	47.0			
weiss nicht / keine Angabe	6.4	4.7*	11.4*	7.5	9.9*	2.9*	5.9	8.7*	7.4	6.3	3.6*	10.1	5.6	7.0			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	2.56	2.59	2.50	2.37	2.54	2.57	2.58	2.52	2.40	2.56	2.70	2.51	2.58	2.54			

SICHERHEITSSTUDIE 2012

ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 72

Q15. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?
 H Sobald die Neutralität für die Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
															F-CH
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = sehr einverstanden	5.0	5.1	4.5	5.7	5.5	4.6	8.1	4.6	4.2	6.7	3.7	4.6	4.0	5.4	4.7
2 = eher einverstanden	13.5	13.3	12.5	22.6	13.7	13.3	19.7*	12.3	12.7	16.6	11.2	12.6	22.2*	11.5*	14.4
3 = eher nicht einverstanden	38.8	40.4	35.6	28.3	36.4	40.8	39.3	41.4*	34.3*	42.6	39.1	36.7	38.4	40.2	36.3
4 = gar nicht einverstanden	40.7	39.6	43.6	41.5	43.2	38.5	32.4*	39.7	45.8*	31.9*	44.0	45.1*	32.3	40.7	42.8
Top-Two-Boxes	18.5	18.4	17.0	28.3	19.2	17.9	27.7*	17.0	16.9	23.3*	15.0*	17.2	26.3	16.9	19.1
Bottom-Two-Boxes	79.4	80.1	79.2	69.8	79.6	79.3	71.7*	81.1	80.1	74.5*	83.1*	81.8	70.7*	80.9	79.1
weiss nicht / keine Angabe	2.1	1.5	3.8	1.9	1.2*	2.8*	0.6*	1.9	3.0	2.1	1.9	1.0*	3.0	2.1	1.9
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.18	3.16	3.23	3.08	3.19	3.16	2.97	3.18	3.25	3.02	3.26	3.24	3.02	3.19	3.19

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 73

Q15: Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

1 Die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis würde uns mehr Sicherheit bringen als die Beibehaltung von der Neutralität.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	Total	Region		Mann	Frau	18-29	Alter		links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
		D-CH	F-CH				I-CH	30-59							60+
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = sehr einverstanden	4.2	3.7	5.2	5.7	5.3	3.1	2.9	3.8	5.2	6.4*	2.8	3.6	3.0	3.3	5.8*
2 = eher einverstanden	18.4	17.1	21.5	22.6	20.8*	16.3*	20.8	17.9	18.2	22.4*	15.9	16.9	22.2	17.2	19.1
3 = eher nicht einverstanden	47.3	51.2*	38.1*	34.0*	44.2*	49.9*	52.6	48.6	42.8*	47.9	45.9	50.8	45.5	49.8	44.2
4 = gar nicht einverstanden	23.9	23.0	26.0	28.3	27.4*	20.9*	20.8	23.7	25.6	18.1*	28.1*	24.9	16.2*	24.2	25.1
Top-Two-Boxes	22.6	20.9*	26.6	28.3	26.1*	19.5*	23.7	21.8	23.4	28.8*	18.7*	20.5	25.3	20.6	24.9
Bottom-Two-Boxes	71.2	74.1*	64.0*	62.3	71.6	70.8	73.4	72.3	68.4	66.0*	74.0	75.6*	61.6*	74.0*	69.3
weiss nicht / keine Angabe	6.3	5.0*	9.3*	9.4	2.3*	9.7*	2.9*	5.9	8.2	5.2	7.3	3.8*	13.1*	5.4	5.8
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.97	2.98	2.94	2.94	2.96	2.88	2.94	2.98	2.97	2.82	3.07	3.01	2.86	3.00	2.94

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 74

Q16: Ich habe nun einige Fragen zum Militärdienst. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen.
A: Die ZEITLICHEN ABSENZEN, welche durch den Militärdienst entstehen, werden von den Arbeitgebern nicht mehr akzeptiert

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
															289
TOTAL INTERVIEWS	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = stimme sehr zu	5.8	5.5	6.9	3.8	7.5*	4.2*	4.6	6.1	6.7	6.6	4.1	7.1	4.8	6.7	
2 = stimme eher zu	24.2	24.2	25.3	17.0	26.8*	21.8*	20.2	27.2*	28.8*	22.5	21.8	24.2	23.6	25.3	
3 = teils, teils	21.3	23.4*	17.0*	11.3*	19.9	22.6	18.5	21.6	20.6	22.7	22.1	21.2	19.5	23.7	
4 = stimme eher nicht zu	30.0	32.1*	23.5*	32.1	30.7	29.4	39.3*	29.4	27.3	29.7	33.8*	22.2	32.4*	28.4	
5 = stimme überhaupt nicht zu	12.8	10.3*	18.3*	12.6	13.0	12.7	11.4	15.2	11.3	12.4	13.6	14.1	13.9	10.9	
Top-Two-Boxes	29.9	29.7	32.2	20.8	34.3*	26.1*	24.9	33.3*	35.6*	29.0	25.9*	31.3	28.4	32.1	
Bottom-Two-Boxes	42.8	42.3	41.9	56.6*	43.3	42.4	52.0*	40.8	38.7	42.2	47.4*	36.4	46.3*	39.3	
weiss nicht/ keine Angabe	5.9	4.5*	9.0*	11.3	2.5*	8.9*	4.6	4.3*	5.2	6.1	4.6	11.1	5.7	4.9	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	3.21	3.18	3.23	3.64	3.15	3.28	3.13	3.27	3.08	3.20	3.33	3.14	3.29	3.12	

SICHERHEITSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-16.02.2012

Tabelle 75

Q16: Ich habe nun einige Fragen zum Militärdienst. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen. B im Allgemeinen kann eine Person, die UNTERSTÜTZUNG seines Arbeitgebers zählen.

	Total		Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	661	430		
1 = stimme sehr zu	14.3	14.0	13.1	26.4*	14.7	14.0	15.0	13.0	16.2	8.3*	14.5	18.2*	12.1	17.1*		
2 = stimme eher zu	43.6	45.8*	38.1*	37.7	42.1	44.9	48.0	44.8	39.8	42.0	43.8	45.9	43.4	43.0		
3 = teils, teils	19.2	21.3*	14.9*	7.5*	17.6	20.6	19.1	20.0	17.9	19.3	19.9	18.2	18.2	21.9		
4 = stimme eher nicht zu	15.6	14.6	18.7	15.1	18.3*	13.2*	11.6	16.5	15.9	20.9*	15.9	11.0*	19.2	13.8		
5 = stimme überhaupt nicht zu	3.5	2.2*	6.9*	5.7	5.2*	2.0*	3.5	2.6	5.0	4.9	2.8	3.3	4.0	3.3		
Top-Two-Boxes	57.9	59.8*	51.2*	64.2	56.8	58.9	63.0	57.8	56.0	50.3*	58.3	64.1*	55.6	61.3*		
Bottom-Two-Boxes	19.1	16.8*	25.6*	20.8	23.4*	15.2*	15.0	19.0	20.9	25.8*	18.7	14.4*	23.2	17.4		
weiss nicht / keine Angabe	3.8	2.1*	8.3*	7.5	2.1*	5.3*	2.9	3.2	5.2	4.6	3.0	3.3	3.0	4.0		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	2.48	2.44	2.65	2.31	2.56	2.41	2.39	2.49	2.51	2.71	2.47	2.33	2.58	2.40		

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 76

Q16 Ich habe nun einige Fragen zum Militärdienst. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen.
C Kann ein Mitarbeiter wegen des Militärdienstes seine Leistung nicht erbringen, so kann er nicht mit VERSTÄNDNIS von seinem Arbeitgeber rechnen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
															289
TOTAL INTERVIEWS	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = stimme sehr zu	5.8	4.4*	5.7	7.1	4.7	5.8	4.5*	8.0*	6.4	6.8	4.1	6.1	6.1	5.6	
2 = stimme eher zu	25.5	25.3	20.8	29.1*	22.3*	24.9	26.1	24.9	28.2	24.1	25.9	30.3	25.1	24.7	
3 = teils, teils	21.4	23.1*	19.4	5.7*	16.9*	18.5	22.1	21.6	19.3	23.9	20.8	24.2	20.3	22.3	
4 = stimme eher nicht zu	30.8	33.2*	34.0	31.8	29.8	37.6*	32.6	24.9*	31.3	26.9*	35.1*	23.2	30.7	33.0	
5 = stimme überhaupt nicht zu	11.3	9.9*	12.8	26.4*	12.6	11.0	10.4	12.9	9.8	13.6	10.3	11.1	12.3	10.0	
Top-Two-Boxes	31.3	30.3	35.3	36.2*	27.0*	30.6	30.6	32.8	34.7	30.9	30.0	36.4	31.2	30.2	
Bottom-Two-Boxes	42.1	43.1	35.6*	44.4	40.0	48.6	43.0	37.8*	41.1	40.5	45.4	34.3	43.0	43.0	
weiss nicht / keine Angabe	5.2	3.5*	7.5	2.5*	7.5*	2.3*	4.3	7.7*	4.9	4.7	3.8	5.1	5.6	4.4	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	3.17	3.19	3.03	3.14	3.20	3.24	3.19	3.11	3.10	3.17	3.22	3.03	3.19	3.18	

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 77

Q16 Ich habe nun einige Fragen zum Militärdienst. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen.
D Die ABWESENHEIT AM ARBEITSPLATZ ist ein Hauptgrund, weshalb der Militärdienst für eine berufliche Karriere hinderlich ist.

	Total		Region				Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau												
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	3,07	3,17	3,31	3,00	3,13	3,01	3,06	3,11	3,18	2,98	3,08	3,07	
																											858
TOTAL INTERVIEWS	1200	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430													
1 = stimme sehr zu	10.4	11.1	8.7	9.4	11.5	9.4	11.6	10.1	9.2	11.2	10.0	10.1	9.8	11.2													
2 = stimme eher zu	28.5	28.7	28.4	26.4	31.8*	25.6*	32.4	29.1	34.0*	25.8	25.4	32.3	28.3	28.6													
3 = teils, teils	14.8	16.7*	10.7*	5.7*	13.0	16.3	9.2*	15.8	12.9	16.9	15.4	14.1	16.6*	11.6*													
4 = stimme eher nicht zu	30.2	30.5	28.4	34.0	29.3	30.9	35.8	30.3	32.2	28.6	31.5	26.3	28.0	34.4*													
5 = stimme überhaupt nicht zu	12.9	11.2*	16.6*	20.8	12.6	13.2	10.4	13.1	7.7*	15.0	15.9*	12.1	13.8	11.9													
Top-Two-Boxes	38.9	39.7	37.0	35.8	43.3*	35.0*	43.9	39.2	43.3	37.0	35.4	42.4	38.1	39.8													
Bottom-Two-Boxes	43.1	41.7	45.0	54.7	41.9	44.1	46.2	41.6	39.9	43.6	47.4*	38.4	41.8	46.3													
weiss nicht / keine Angabe	3.3	1.9*	7.3*	3.8	1.8*	4.6*	0.6*	3.4	4.2	2.6	1.8*	5.1	3.5	2.3													
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0													
Mittelwert	3.07	3.02	3.17	3.31	3.00	3.13	3.01	3.06	3.11	3.11	3.18	2.98	3.08	3.07													

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 78

Q16 Ich habe nun einige Fragen zum Militärdienst. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen.

E Nach meiner Meinung kann die Mehrfachbelastung durch den Militärdienst bewältigt werden, OHNE dass die berufliche Karriere darunter leidet.

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch			
															289	17.6	34.6
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	173	625	402	326	427	390	99	661	430			
1 = stimme sehr zu	17.6	17.2	17.6	22.6	18.8	15.6	16.6	19.9	11.0*	19.0	21.0*	16.2	19.5*	14.9			
2 = stimme eher zu	36.3	35.9	34.6	50.9*	36.9	42.2	35.8	34.3	32.5	34.7	41.8*	34.3	35.7	37.4			
3 = teils, teils	16.4	17.8*	14.5	3.8*	12.4*	13.3	16.3	17.9	15.0	19.9*	14.4	22.2	17.7	13.0*			
4 = stimme eher nicht zu	21.6	22.1	22.1	9.4*	23.1	23.7	22.2	19.7	31.0*	19.9	15.9*	22.2	18.9*	25.6*			
5 = stimme überhaupt nicht zu	4.8	4.7	5.2	3.8	6.7*	4.0	4.8	5.0	6.1	4.4	4.1	3.0	4.1	6.3			
Top-Two-Boxes	53.8	53.1	52.2	73.6*	55.8	57.8	52.5	54.2	43.6*	53.6	62.8*	50.5	55.2	52.3			
Bottom-Two-Boxes	26.3	26.8	27.3	13.2*	29.8*	27.7	27.0	24.6	37.1*	24.4	20.0*	25.3	23.0*	31.9*			
weiss nicht / keine Angabe	3.4	2.2*	5.9*	9.4	2.0*	1.2*	4.2	3.2	4.3	2.1*	2.8	2.0	4.1	2.8			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	2.58	2.60	2.60	2.13	2.61	2.58	2.61	2.54	2.88	2.55	2.39	2.61	2.50	2.70			

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 79

Q17 Num habe ich einige Fragen zum Weitermachen im Militär. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen.
A Wer heute im Militär weitermacht, muss im Berufsleben und auf dem Arbeitsmarkt mit NACHTEILEN rechnen.

	Total		Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430		
1 = stimme sehr zu	4.3	4.5	3.1	5.7	4.3	2.9	3.0*	6.7*	2.1*	4.7	5.4	8.1	3.9	3.7		
2 = stimme eher zu	20.3	18.6*	23.9	26.4	23.6*	17.3*	21.4	16.2*	24.5*	19.2	17.4	27.3	19.2	20.7		
3 = teils, teils	18.8	20.0	16.3	11.3	17.9	15.0	20.5	17.7	18.7	18.5	19.0	8.1*	18.2	21.6		
4 = stimme eher nicht zu	38.3	41.0*	29.4*	41.5	36.9	41.0	38.4	36.8	37.1	36.5	42.6*	40.4	37.4	39.1		
5 = stimme überhaupt nicht zu	14.6	12.7*	21.5*	7.5	15.3	13.9	13.0	17.4	12.6	16.4	14.4	13.1	17.4*	10.7*		
Top-Two-Boxes	24.5	23.2	27.0	32.1	27.9*	21.5*	24.5	22.9	26.7	23.9	22.8	35.4*	23.1	24.4		
Bottom-Two-Boxes	52.8	53.7	50.9	49.1	52.2	54.9	51.4	54.2	49.7	52.9	56.9*	53.5	54.8	49.8		
weiss nicht / keine Angabe	3.9	3.0*	5.9	7.5	2.0*	1.7*	3.7	5.2	4.9	4.7	1.3*	3.0	3.9	4.2		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	3.40	3.40	3.45	3.20	3.36	3.44	3.38	3.44	3.35	3.43	3.44	3.24	3.47	3.34		

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 80

Q17. Nun habe ich einige Fragen zum Weitermachen im Militär. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen.
B: Wer im Militär weitermacht, ERHÖHT seine Chancen in der Berufswelt.

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
															289	289
TOTAL INTERVIEWS	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430		
1 = stimme sehr zu	8.8	9.1	7.6	8.5	9.1	6.4	6.1*	14.2*	5.2*	8.9	11.5*	16.2*	10.7*	4.2*		
2 = stimme eher zu	27.6	28.1	25.6	28.1	27.2	23.7	27.2	29.9	21.5*	28.6	33.1*	22.2	28.9	26.3		
3 = teils, teils	23.4	25.9*	18.7*	21.7	25.0	22.5	25.0	21.4	22.1	27.2*	20.8	24.2	22.7	24.2		
4 = stimme eher nicht zu	29.4	28.8	31.5	30.7	28.3	39.9*	30.1	23.9*	40.2*	24.1*	27.7	26.3	26.3*	35.6*		
5 = stimme überhaupt nicht zu	7.7	6.5*	10.7*	9.4	9.8*	5.2	8.6	7.2	7.7	7.7	6.2	8.1	8.2	6.7		
Top-Two-Boxes	36.4	37.2	33.2	36.6	36.3	30.1	33.3*	44.0*	26.7*	37.5	44.6*	38.4	39.6*	30.5*		
Bottom-Two-Boxes	37.1	35.3*	42.2*	37.7	40.5*	45.1*	38.7	31.1*	47.9*	31.9*	33.8	34.3	34.5*	42.3*		
weiss nicht / keine Angabe	3.1	1.6*	5.9*	11.3	4.7*	2.3	3.0	3.5	3.4	3.5	0.8*	3.0	3.2	3.0		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	2.99	2.95	3.13	3.05	2.94	3.14	3.08	2.79	3.24	2.93	2.84	2.88	2.92	3.15		

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 81

Q17 Num habe ich einige Fragen zum Weitermachen im Militär. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen.
C Wer im Militär weitermacht, ist MEHRFACHBELASTET, weshalb seine Chance auf eine berufliche Karriere erheblich sinkt.

	Total		Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	661	430		
1 = stimme sehr zu	3,8	3,4	4,5	7,5	5,2*	2,7*	3,5	3,8	4,0	2,5	3,3	5,1	3,9	3,3		
2 = stimme eher zu	19,3	17,5*	23,2	28,3	19,9	18,8	23,7	19,0	17,9	24,2*	15,7*	17,9	21,2	20,7		
3 = teils, teils	16,3	16,2*	12,8*	5,7*	12,6*	19,6*	13,9	17,6	15,4	16,9	19,2	13,3*	23,2	13,5*		
4 = stimme eher nicht zu	42,6	45,9*	33,2*	39,6	45,5	40,0	45,7	42,9	40,8	40,2	42,2	47,4*	42,1	45,6		
5 = stimme überhaupt nicht zu	14,0	12,8	17,6	13,2	14,6	13,5	10,4	12,8	17,4*	11,3	16,4	13,6	14,8	14,0		
Top-Two-Boxes	23,2	20,9*	27,7*	35,8*	25,0	21,5	27,2	22,9	21,9	26,7	19,0*	23,1	27,3	24,0		
Bottom-Two-Boxes	56,6	58,7*	50,9*	52,8	60,0*	53,5*	56,1	55,7	58,2	51,5*	58,5	61,0*	42,4*	59,5		
weiss nicht / keine Angabe	3,9	2,2*	8,7*	5,7	2,3*	5,3*	2,9	3,8	4,5	4,9	3,3	2,6	7,1	3,0		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0		
Mittelwert	3,45	3,48	3,40	3,24	3,45	3,45	3,37	3,43	3,52	3,35	3,54	3,48	3,20	3,48		

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle B2

Q17. Nun habe ich einige Fragen zum Weitermachen im Militär. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen.
D Wenn jemand im Militär weitermacht, SINKT SEINE LEISTUNG am Arbeitsplatz.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
															289
TOTAL INTERVIEWS	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = stimme sehr zu	4.1	3.1*	4.8	15.1*	3.7	4.4	4.6	3.4	4.9	2.1*	4.6	5.1	4.1	4.0	
2 = stimme eher zu	14.2	11.5*	21.1*	18.9	13.2	17.9	14.7	11.7	17.5	12.4	12.1	23.2*	12.4	15.1	
3 = teils, teils	11.6	12.5	9.3	9.4	10.3	12.7	12.1	10.2	9.8	14.5*	9.5	13.1	12.1	10.5	
4 = stimme eher nicht zu	44.8	49.3*	31.5*	45.3	43.5	46.0	45.7	42.3	48.8	42.9	45.9	33.3*	44.2	48.1	
5 = stimme überhaupt nicht zu	21.9	21.4	26.0	7.5*	25.0*	19.2*	17.3	20.0	13.5*	25.1	26.9*	22.2	23.9	18.8*	
Top-Two-Boxes	18.3	14.7*	26.0*	19.0	17.6	22.5	18.1	16.7	22.4*	14.5*	16.7	26.3*	16.5	19.1	
Bottom-Two-Boxes	66.8	70.7*	57.4*	68.6	65.1	63.0	66.2	69.2	62.3*	67.9	72.8*	55.6*	68.1	67.0	
weiss nicht / keine Angabe	3.4	2.1*	7.3*	3.8	2.1*	4.6*	2.3	3.4	5.5*	3.0	1.0*	3.0	3.3	3.5	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	3.69	3.76	3.57	3.12	3.72	3.65	3.67	3.77	3.51	3.79	3.79	3.46	3.74	3.65	

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle B3

Q17 Num habe ich einige Fragen zum Weitermachen im Militär. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen.
E Eine Person, welche im Militär weitermacht, sollte von seinem Unternehmen darin UNTERSTÜTZT UND BESTÄRKT werden.

	Total		Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
															858	289
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = stimme sehr zu	21.2	20.9	20.8	28.3	20.1	22.1	20.8	15.5*	30.1*	10.1*	23.2	27.7*	24.2	23.6*	16.3*	
2 = stimme eher zu	41.5	41.7	41.9	35.8	40.5	42.4	41.0	40.6	43.0	34.7*	44.3	45.4	48.5	43.4	37.2*	
3 = teils, teils	14.2	16.3*	10.0*	1.9*	12.3	15.9	16.8	16.8*	9.0*	16.6	14.5	11.8	9.1	13.8	15.8	
4 = stimme eher nicht zu	16.3	16.2	17.0	13.2	20.1*	12.9*	15.6	19.5*	11.4*	26.1*	13.3*	11.8*	13.1	13.8*	21.2*	
5 = stimme überhaupt nicht zu	4.3	3.6	4.5	13.2*	5.7*	3.0*	3.5	5.0	3.5	8.6*	2.6*	2.1*	3.0	3.0*	6.3*	
Top-Two-Boxes	62.7	62.6	62.6	64.2	60.6	64.5	61.8	56.2*	73.1*	44.8*	67.4*	73.1*	72.7*	67.0*	53.5*	
Bottom-Two-Boxes	20.5	19.8	21.5	26.4	25.8*	15.9*	19.1	24.5*	14.9*	34.7*	15.9*	13.8*	16.2	16.8*	27.4*	
weiss nicht / keine Angabe	2.7	1.3*	5.9*	7.5	1.4*	3.8*	2.3	2.6	3.0	4.0	2.1	1.3*	2.0	2.4	3.3	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.39	2.39	2.39	2.43	2.50	2.30	2.38	2.57	2.13	2.88	2.26	2.14	2.21	2.27	2.63	

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 64

Q17. Nun habe ich einige Fragen zum Weitermachen im Militär. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen.
F: Wer im Militär weitermacht, hat auch heute noch ein hohes ANSEHEN in der Gesellschaft.

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	Total	Region		Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
		D-CH	F-CH												I-CH	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = stimme sehr zu	7.4	7.6	6.6	9.4	5.3*	9.3*	4.0*	5.1*	12.4*	4.3*	8.9	7.4	10.1	9.7*	3.3*	
2 = stimme eher zu	22.4	22.0	22.5	28.3	22.7	22.1	20.8	21.0	25.4	17.2*	23.2	26.7*	25.3	24.1	19.5	
3 = teils, teils	20.7	22.5*	15.6*	18.9	19.0	22.1	18.5	21.9	19.7	16.9*	22.0	22.8	23.2	20.3	19.8	
4 = stimme eher nicht zu	35.3	36.1	34.6	24.5	37.3	33.4	41.0	37.3	29.6*	45.1*	32.8	32.1	24.2*	33.3	41.4*	
5 = stimme überhaupt nicht zu	12.1	10.4*	16.6*	15.1	14.0	10.4	15.0	13.0	9.5*	15.6*	10.1	10.5	11.1	11.0	14.0	
Top-Two-Boxes	29.8	29.6	29.1	37.7	28.1	31.4	24.9	26.1*	37.8*	21.5*	32.1	34.1*	35.4	33.7*	22.8*	
Bottom-Two-Boxes	47.3	46.5	51.2	39.6	51.3*	43.8*	56.1*	50.2*	39.1*	60.7*	42.9*	42.6*	35.4*	44.3*	55.3*	
weiss nicht / keine Angabe	2.2	1.4*	4.2*	3.8	1.6	2.7	0.6*	1.8	3.5	0.9*	3.0	0.5*	6.1	1.7	2.1	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	3.23	3.20	3.34	3.08	3.32	3.14	3.42	3.33	2.98	3.51	3.12	3.12	3.01	3.12	3.44	

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 85

Q17 Num habe ich einige Fragen zum Weitermachen im Militär. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen.
G: Weil man NICHT WEISS, ob das Weitermachen im Militär im Beruf Vorteile bringt, ist es nicht attraktiv weiterzumachen.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		D-CH		F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
		858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = stimme sehr zu	10.9	10.5	10.4	20.8	13.5*	8.6*	11.0	11.0	10.7	11.7	9.4	11.3	10.1	9.5	13.5*	
2 = stimme eher zu	33.5	35.4*	29.8	22.6	34.8	32.3	45.1*	33.1	29.1*	37.1	30.0	35.6	37.4	33.0	33.7	
3 = teils, teils	20.1	22.6*	14.9*	7.5*	14.6*	25.0*	15.0*	20.6	21.4	18.1	24.8*	17.4	23.2	20.4	18.1	
4 = stimme eher nicht zu	23.7	23.5	22.8	30.2	28.4*	19.5*	24.3	23.0	24.4	24.2	21.8	26.2	19.2	24.8	23.0	
5 = stimme überhaupt nicht zu	6.3	4.9*	10.0*	9.4	6.4	6.3	4.0	6.1	7.7	4.0*	8.9*	6.2	4.0	6.7	6.3	
Top-Two-Boxes	44.4	45.9	40.1	43.4	48.3*	41.0*	56.1*	44.2	39.8*	48.8	39.3*	46.9	47.5	42.5	47.2	
Bottom-Two-Boxes	30.0	28.4	32.9	39.6	34.8*	25.7*	28.3	29.1	32.1	28.2	30.7	32.3	23.2	31.5	29.3	
weiss nicht / keine Angabe	5.5	3.0*	12.1*	9.4	2.3*	8.3*	0.6*	6.1	6.7	4.9	5.2	3.3*	6.1	5.6	5.3	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.80	2.76	2.91	2.83	2.79	2.81	2.65	2.79	2.89	2.70	2.90	2.80	2.68	2.85	2.73	

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle B6

Q17 Nun habe ich einige Fragen zum Weitermachen im Militär. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, wie sehr Sie dieser zustimmen.
H Nur wenn das Militär und die Wirtschaft ZUSAMMENSPANNEN, wird das Weitermachen wieder attraktiv.

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		D-CH		F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = stimme sehr zu	21.4	21.2	23.9	11.3*	23.6	19.5	14.5*	19.5	27.4*	12.0*	23.2	26.9*	27.3	21.9	19.3	
2 = stimme eher zu	44.7	46.0	39.8	49.1	44.8	44.6	49.7	45.0	42.0	40.5	45.7	47.9	42.4	45.1	44.7	
3 = teils, teils	12.1	12.4	11.1	13.2	8.7*	15.1*	10.4	13.4	10.7	15.0	12.2	10.3	12.1	13.3	10.2	
4 = stimme eher nicht zu	13.3	13.9	12.1	9.4	15.5*	11.3*	20.2*	13.9	9.2*	19.3*	12.9	9.5*	14.1	11.2*	16.5*	
5 = stimme überhaupt nicht zu	3.8	3.6	2.8	11.3	5.0*	2.7*	2.9	3.4	4.7	6.4*	3.0	2.3*	2.0	4.5	2.8	
Top-Two-Boxes	66.1	67.2	63.7	60.4	68.4	64.1	64.2	64.5	69.4	52.5*	68.9	74.9*	69.7	67.0	64.0	
Bottom-Two-Boxes	17.0	17.5	14.9	20.8	20.4*	14.0*	23.1*	17.3	13.9*	25.8*	15.9	11.8*	16.2	15.7	19.3	
weiss nicht / keine Angabe	4.8	2.9*	10.4*	5.7	2.5*	6.9*	2.3*	4.8	6.0	6.7	3.0*	3.1*	2.0	3.9	6.5	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.30	2.31	2.22	2.58	2.32	2.28	2.46	2.33	2.17	2.65	2.25	2.10	2.20	2.29	2.35	

SICHERHEITSTUDIIE 2012

ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 87

Q18. Nun habe ich einige allgemeine Fragen zur Sicherheitspolitik und zum Militär. Stellen Sie sich bitte eine Person vor, wo verschiedene Aussagen macht. A. Ich finde es sehr wichtig, dass wir uns zum Schutz unseres Landes nur auf uns selbst verlassen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	868	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = überhaupt nicht ähnlich	7.6	7.2	9.0	5.7	7.1	8.0	9.2	9.0	4.7*	16.9*	3.7*	3.8*	7.1	5.3*	11.2*
2 =	8.0	8.4	8.3	8.3	8.5	7.5	6.9	9.4	6.2	12.6*	6.6	6.4	3.0*	5.4*	13.0*
3 =	11.3	12.2	8.3*	11.3	13.0	9.7	13.9	13.4*	6.7*	15.0*	11.7	8.2*	11.1	8.5*	15.3*
4 =	9.1	9.6	8.3	5.7	10.5	7.8	14.5*	9.3	6.5*	12.6*	8.0	8.2	8.1	7.0*	12.8*
5 =	16.0	16.3	13.8	22.6	14.6	17.3	15.6	16.0	16.2	15.6	17.8	14.4	16.2	18.5*	12.3*
6 =	10.2	10.0	10.4	11.3	9.4	10.8	10.4	11.0	8.7	6.4*	9.8	13.1*	6.1	11.0	9.8
7 =	9.8	9.2	12.1	7.5	8.7	10.8	9.8	9.4	10.4	6.1*	11.5	10.3	11.1	11.0	7.4*
8 =	12.9	12.9	12.8	13.2	12.3	13.5	11.0	10.6*	17.4*	8.3*	13.3	17.4*	13.1	16.6*	7.4*
9 =	3.6	3.8	2.8	3.8	3.7	3.5	4.0	3.2	4.0	1.2*	4.4	4.6	4.0	4.1	2.8
10 = sehr ähnlich	10.7	9.7	12.8	15.1	11.7	9.7	4.0*	8.3*	17.2*	5.2*	11.9	12.8	19.2*	11.6	7.2*
Bottom-Three-Boxes	26.8	27.9	25.6	17.0	28.6	25.3	30.1	31.8*	17.7*	44.5*	22.0*	18.5*	21.2	19.2*	39.5*
Top-Three-Boxes	27.2	26.5	28.4	32.1	27.7	26.7	19.1*	22.1*	38.6*	14.7*	29.7	34.9*	36.4*	32.4*	17.4*
weiss nicht / keine Angabe	0.9	0.6	1.4	3.8	0.5	1.3	0.6	0.3*	2.0*	.*	1.2	0.8	1.0	0.9	0.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	5.51	5.43	5.63	6.10	5.47	5.54	4.99	5.16	6.29	4.27	5.85	6.10	6.13	5.97	4.67

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 88

Q18. Nun habe ich einige allgemeine Fragen zur Sicherheitspolitik und zum Militär. Stellen Sie sich bitte eine Person vor, wo verschiedene Aussagen macht. B ist für Sie es sehr wichtig, dass die Verteidigung von unserem Land eine Bürgerpflicht ist.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = überhaupt nicht ähnlich	6.8	7.3	5.5	5.7	7.3	6.4	8.7	8.8*	3.0*	14.7*	4.0*	3.1*	4.0	5.4*	9.3*
2 =	4.8	4.3	6.2	5.7	4.3	5.3	6.9	5.6	2.7*	11.3*	3.0*	1.8*	6.1	3.6*	6.5
3 =	6.7	7.0	6.9	*	5.3	7.8	8.7	8.5*	3.0*	10.7*	6.3	3.8*	3.0*	6.1	8.4
4 =	5.0	5.2	4.8	1.9	5.5	4.6	9.8*	5.1	2.7*	7.7*	3.0*	5.1	4.0	3.9	7.0*
5 =	13.9	14.1	12.8	17.0	10.7*	16.8*	14.5	15.2	11.7	15.3	16.2	9.5*	11.1	15.0	13.3
6 =	7.2	7.1	8.0	3.8	6.9	7.4	7.5	8.0	5.7	6.7	8.7	6.4	8.1	6.8	7.4
7 =	11.3	11.4	11.4	9.4	12.3	10.5	12.7	12.5	9.0	9.8	12.9	10.8	9.1	11.6	11.4
8 =	19.3	20.2	17.0	17.0	20.2	18.4	13.3*	18.4	23.1*	14.1*	22.0	21.0	22.2	20.4	17.2
9 =	7.3	6.9	7.6	11.3	7.8	6.8	11.0	5.1*	9.0	3.7*	6.3	11.5*	4.0	8.5	5.8
10 = sehr ähnlich	17.0	16.2	17.6	26.4	19.0	15.2	6.9*	12.3*	28.6*	5.5*	16.6	28.2*	26.3*	18.0	13.0*
Bottom-Three-Boxes	18.3	18.6	18.7	11.3	16.9	19.6	24.3*	22.9*	8.7*	36.8*	13.3*	8.7*	13.1	15.1*	24.2*
Top-Three-Boxes	43.5	43.2	42.2	54.7	47.1*	40.3*	31.2*	35.8*	60.7*	23.3*	45.0	58.7*	52.5	46.9*	36.0*
weiss nicht / keine Angabe	0.8	0.2*	2.1*	1.9	0.7	0.8	*	0.5	1.5	0.3	0.9	0.8	2.0	0.6	0.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	6.42	6.38	6.44	7.13	6.62	6.26	5.69	5.97	7.47	4.89	6.70	7.39	7.00	6.68	5.90

SICHERHEITSTUDIIE 2012

ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 89

Q18. Nun habe ich einige allgemeine Fragen zur Sicherheitspolitik und zum Militär. Stellen Sie sich bitte eine Person vor, wo verschiedene Aussagen macht. C (ich finde es sehr wichtig, dass die Schweizer Armee uns alleine und ohne Hilfe von aussen verteidigen kann).

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
															289
TOTAL INTERVIEWS	868	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = überhaupt nicht ähnlich	9.8	8.7	11.8	10.7	8.9	11.0	12.5*	5.0*	21.8*	4.4*	5.1*	4.0*	6.8*	15.6*	
2 =	6.4	5.7	9.0	3.8	7.1	5.8	6.9	6.5	9.5*	4.9	5.4	6.1	5.4	7.9	
3 =	7.4	7.9	5.9	7.5	7.6	7.2	8.2	5.7	11.3*	5.9	6.2	3.0*	5.6*	11.2*	
4 =	7.1	7.2	7.3	3.8	7.5	6.8	7.2	4.7*	11.7*	5.6	5.6	4.0	6.8	8.4	
5 =	13.3	12.7	14.5	15.1	10.7*	15.5*	13.3	12.2	12.9	16.2*	11.0	12.1	14.2	12.1	
6 =	8.8	9.0	8.7	5.7	8.9	8.6	8.1	7.7	6.7	11.0	8.5	8.1	9.2	8.4	
7 =	11.9	12.5	10.7	9.4	12.8	11.1	10.4	10.9	8.6*	11.5	15.4*	11.1	12.3	11.2	
8 =	16.2	16.7	14.5	17.0	16.3	16.0	16.8	20.6*	7.7*	19.2*	19.7*	22.2	18.6*	11.2*	
9 =	6.0	6.3	4.8	7.5	6.0	6.0	5.8	5.7	4.3	6.3	6.7	7.1	6.7	4.9	
10 = sehr ähnlich	12.1	12.7	10.0	13.2	11.7	12.4	6.9*	19.2*	4.3*	13.6	16.2*	19.2	13.6	7.9*	
Bottom-Three-Boxes	23.6	22.4	26.6	26.4	25.4	22.0	24.3	17.2*	42.6*	15.2*	16.7*	13.1*	17.9*	34.7*	
Top-Three-Boxes	34.3	35.7	29.4*	37.7	34.1	34.4	31.2	45.5*	16.3*	39.1*	42.6*	48.5*	38.9*	24.0*	
weiss nicht / keine Angabe	1.2	0.6*	2.8*	1.9	0.7	1.6	1.0	1.7	1.2	1.4	0.3*	3.0	0.8	1.4	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	5.86	5.98	5.52	5.83	5.92	5.57	5.49	6.57	4.35	6.37	6.52	6.82	6.24	5.07	

SICHERHEITSSTUDIE 2012
 ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 90

Q18. Nun habe ich einige allgemeine Fragen zur Sicherheitspolitik und zum Militär. Stellen Sie sich bitte eine Person vor, wo verschiedene Aussagen macht. D ich halte es für wahrscheinlich, dass in den nächsten 10 Jahren die Schweiz von einem anderen Staat angegriffen wird.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = überhaupt nicht ähnlich	49.3	48.8	51.2	45.3	57.2*	42.2*	42.8	55.5*	42.3*	62.0*	45.9	43.1*	39.4*	45.5*	57.7*
2 =	17.7	18.8	14.5	17.0	19.4	16.2	17.9	17.6	17.7	18.4	16.9	18.7	9.1*	17.9	19.5
3 =	11.5	12.0	9.7	13.2	8.9*	13.8*	14.5	10.1	12.4	7.4*	12.9	13.8	11.1	12.0	10.5
4 =	5.2	4.5	6.6	7.5	4.1	6.1	7.5	4.2	5.7	4.0	5.6	5.4	8.1	6.1	3.3*
5 =	6.5	5.6	8.3	11.3	3.6*	9.1*	7.5	5.0*	8.5	3.7*	7.3	8.2	17.2*	6.8	3.5*
6 =	2.2	2.2	2.1	1.9	1.4	2.8	1.2	1.9	3.0	1.2	1.9	2.8	4.0	2.6	0.9*
7 =	1.5	1.6	1.4	-*	0.7*	2.2*	3.5	1.0	1.5	0.9	1.4	1.8	3.0	1.5	1.2
8 =	1.7	2.0	1.0	-*	1.8	1.6	2.3	1.4	1.7	0.9	1.9	2.3	1.0	2.6*	0.5*
9 =	1.5	1.6	1.0	1.9	0.9	2.0	2.3	1.0	2.0	-*	2.1	2.1	5.1	1.1	1.4
10 = sehr ähnlich	1.5	1.7	0.7	1.9	1.6	1.4	0.6	1.4	2.0	0.9	1.6	1.3	2.0	1.8	0.9
Bottom-Three-Boxes	78.4	79.6	75.4	75.5	85.4*	72.2*	75.1	83.2*	72.4*	87.7*	75.6	75.6	59.6*	75.3*	87.7*
Top-Three-Boxes	4.7	5.4*	2.8*	3.8	4.3	5.0	5.2	3.8	5.7	1.8*	5.6	5.6	8.1	5.4	2.8*
weiss nicht / keine Angabe	1.6	1.0	3.5*	-*	0.5*	2.5*	-*	1.0	3.2*	0.6*	2.6	0.5*	-*	2.3*	0.7*
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.41	2.44	2.32	2.53	2.09	2.70	2.66	2.17	2.69	1.87	2.55	2.65	3.28	2.55	1.99

SICHERHEITSTUDIIE 2012

ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 91

Q18: Nun habe ich einige allgemeine Fragen zur Sicherheitspolitik und zum Militär. Stellen Sie sich bitte eine Person vor, wo verschiedene Aussagen macht. E: Wir können uns nur gegen aussen verteidigen, wenn wir alle am gleichen Strick ziehen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	868	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = überhaupt nicht ähnlich	2.0	1.7	2.4	3.8	1.6	2.4	2.3	2.4	1.2	3.1	1.9	0.8*	1.0	1.4	3.0
2 =	2.4	2.3	2.8	1.9	2.0	2.8	4.0	2.6	1.5	4.6*	2.1	0.8*	1.0	1.8	3.7*
3 =	4.0	4.0	4.5	1.9	4.6	3.5	5.2	4.6	2.5*	8.6*	1.6*	2.6	4.0	3.0	5.6
4 =	3.4	3.7	2.8	1.9	3.6	3.3	5.8	4.3	1.0*	5.8*	2.3	2.8	2.0	2.7	4.9
5 =	9.5	8.5	12.8*	7.5	9.4	9.6	7.5	10.2	9.2	16.0*	6.3*	7.4	11.1	6.8*	13.3*
6 =	6.7	5.7	8.3	13.2	7.5	6.0	6.9	6.7	6.5	7.7	6.8	5.9	7.1	6.5	7.0
7 =	13.7	14.0	12.8	13.2	13.9	13.5	17.3	16.0*	8.5*	15.0	13.6	13.1	10.1	13.5	15.1
8 =	23.7	22.8	25.3	28.3	24.5	22.9	21.4	23.0	25.6	16.3*	28.1*	25.9	25.3	25.7	20.5*
9 =	9.8	11.0*	6.6*	7.5	8.0	11.3	9.8	9.0	10.9	7.4	12.2*	9.5	10.1	11.6*	7.0*
10 = sehr ähnlich	23.0	25.8*	15.9*	17.0	23.8	22.3	18.5	19.0*	31.1*	13.8*	23.0	29.7*	26.3	25.0	18.4*
Bottom-Three-Boxes	8.4	8.0	9.7	7.5	8.2	8.6	11.6	9.6	5.2*	16.3*	5.6*	4.1*	6.1	6.2*	12.3*
Top-Three-Boxes	56.4	59.6*	47.8*	52.8	56.3	56.5	49.7	51.0*	67.7*	37.4*	63.2*	65.1*	61.6	62.3*	45.8*
weiss nicht / keine Angabe	1.9	0.5*	5.9*	3.8	1.2	2.5	1.2	2.1	2.0	1.8	2.1	1.5	2.0	2.0	1.6
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	7.37	7.50	6.97	7.22	7.38	7.36	7.02	7.12	7.90	6.38	7.68	7.88	7.63	7.68	6.82

SICHERHEITSSSTUDIE 2012
 ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 92

Q18: Nun habe ich einige allgemeine Fragen zur Sicherheitspolitik und zum Militär. Stellen Sie sich bitte eine Person vor, wo verschiedene Aussagen macht. F. Weill wir ein kleines Land sind, müssen wir unsere Interessen besonders stark gegenüber den grossen Ländern verteidigen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	868	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = überhaupt nicht ähnlich	3.8	3.5	3.8	7.5	3.9	3.6	4.0	4.0	3.2	6.7*	1.9*	2.1*	1.0*	3.8	4.2
2 =	4.4	4.8	3.1	5.7	4.3	4.6	5.2	5.3	2.7*	6.7*	4.2	3.1	4.0	3.2*	6.5*
3 =	4.9	5.8*	2.8*	1.9	6.4*	3.6*	4.6	6.7*	2.2*	11.7*	2.3*	2.3*	4.0	3.6*	7.2*
4 =	5.8	6.9*	3.1*	3.8	6.9	4.9	8.1	6.4	4.0*	7.4	5.6	4.9	4.0	4.2*	8.8*
5 =	13.0	14.5*	8.7*	13.2	11.4	14.4	14.5	14.6	10.0*	14.4	15.9*	8.7*	10.1	11.5	15.8*
6 =	8.2	7.9	8.3	11.3	6.6	9.6	10.4	8.6	6.5	9.8	7.0	8.2	9.1	8.3	7.7
7 =	13.3	14.3	10.7	11.3	13.9	12.9	20.2*	12.2	12.2	10.1*	13.3	15.6	16.2	14.8	10.5*
8 =	21.4	20.9	24.6	13.2	21.7	21.2	12.7*	18.6*	29.6*	17.8	23.9	23.3	23.2	23.4	18.1*
9 =	7.3	5.8*	10.4*	13.2	6.6	7.8	8.7	6.9	7.2	4.6*	8.2	9.2	8.1	7.7	6.0
10 = sehr ähnlich	17.1	15.0*	22.8*	18.9	17.4	16.8	11.6*	16.5	20.4*	9.8*	16.2	22.6*	19.2	18.3	14.7
Bottom-Three-Boxes	13.1	14.1	9.7*	15.1	14.6	11.8	13.9	16.0*	8.2*	25.2*	8.4*	7.4*	9.1	10.6*	17.9*
Top-Three-Boxes	45.8	41.7*	57.8*	45.3	45.6	45.8	32.9*	41.9*	57.2*	32.2*	48.2	55.1*	50.5	49.5*	38.8*
weiss nicht / keine Angabe	0.8	0.6	1.7	-.*	1.1	0.6	-.*	0.3*	2.0*	0.9	1.4	-.*	1.0	1.1	0.5
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	6.71	6.52	7.30	6.66	6.66	6.75	6.32	6.47	7.25	5.74	6.91	7.32	7.13	6.97	6.21

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 93

Q18: Nun habe ich einige allgemeine Fragen zur Sicherheitspolitik und zum Militär. Stellen Sie sich bitte eine Person vor, wo verschiedene Aussagen macht. G ich finde es sehr wichtig, dass das Schweizer Volk auch bei Militärfragen das letzte Wort hat.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = überhaupt nicht ähnlich	2.2	2.7*	0.7*	1.9	2.1	2.2	1.7	2.7	1.5	2.1	2.1	2.1	3.0	2.0	2.3
2 =	2.0	2.4*	0.3*	3.8	1.6	2.4	3.5	1.6	2.0	2.5	2.1	1.3	2.0	0.8*	4.0*
3 =	2.3	2.4	1.4	3.8	2.7	1.9	4.6	1.9	1.7	3.1	2.1	1.3	1.0	2.0	3.0
4 =	2.8	2.9	2.8	-*	3.0	2.5	4.0	2.1	3.2	2.5	2.8	3.1	3.0	2.7	2.8
5 =	8.6	9.3	5.5*	13.2	7.1	9.9	9.2	8.3	8.7	7.4	9.4	9.0	10.1	9.7	6.3*
6 =	7.0	6.6	8.0	7.5	8.2	6.0	9.8	6.1	7.2	3.7*	7.5	9.0	3.0*	7.6	6.7
7 =	10.4	10.5	11.4	3.8*	10.1	10.7	11.6	10.7	9.5	9.8	10.8	10.5	10.1	9.7	11.6
8 =	23.7	24.5	20.8	26.4	22.9	24.3	20.8	25.0	22.9	22.4	26.2	23.6	18.2	25.4	22.6
9 =	10.1	9.6	11.8	9.4	8.0*	11.9*	13.3	9.3	10.0	11.7	9.6	9.2	12.1	10.1	9.8
10 = sehr ähnlich	30.4	28.6*	36.0*	30.2	33.6*	27.6*	21.4*	32.0	31.8	34.7	26.9*	30.5	35.4	29.5	30.7
Bottom-Three-Boxes	6.4	7.6*	2.4*	9.4	6.4	6.4	9.8	6.2	5.2	7.7	6.3	4.6	6.1	4.7*	9.3*
Top-Three-Boxes	64.2	62.6	68.5	66.0	64.5	63.9	55.5*	66.2	64.7	68.7*	62.8	63.3	65.7	65.1	63.0
weiss nicht / keine Angabe	0.7	0.5	1.4	-*	0.7	0.6	-*	0.3	1.5*	0.3	0.5	0.5	2.0	0.6	0.2
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	7.71	7.57	8.15	7.57	7.77	7.66	7.25	7.79	7.79	7.87	7.60	7.74	7.86	7.76	7.61

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 94

Q18. Nun habe ich einige allgemeine Fragen zur Sicherheitspolitik und zum Militär. Stellen Sie sich bitte eine Person vor, wo verschiedene Aussagen macht. H ich finde es sehr wichtig, dass wir auf das Geschehen in der Weipolitik keinen Einfluss nehmen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = überhaupt nicht ähnlich	11.3	12.2	8.0*	13.2	11.7	10.8	9.8	13.3*	8.7*	19.9*	8.0*	7.4*	5.1*	6.7*	19.5*
2 =	10.2	11.5*	6.2*	9.4	10.1	10.2	12.7	11.2	7.5*	14.7*	9.6	7.9	4.0*	9.7	12.6*
3 =	13.1	14.0	11.4	7.5	16.0*	10.5*	15.6	13.8	10.9	16.3	12.4	11.5	4.0*	11.6	17.4*
4 =	9.1	9.4	9.0	3.8*	8.5	9.6	11.6	9.6	7.2	8.0	8.7	10.3	3.0*	10.0	9.1
5 =	19.3	18.6	21.8	17.0	17.4	21.0	16.8	20.5	18.7	12.9*	23.2*	21.5	33.3*	21.0	13.7*
6 =	7.9	7.8	8.0	9.4	8.7	7.2	13.3*	6.9	7.2	7.7	6.8	9.0	5.1	8.8	6.7
7 =	9.5	9.4	9.0	13.2	9.4	9.6	6.9	9.8	10.2	7.7	9.4	11.5	15.2	10.4	7.0*
8 =	9.6	8.4*	12.1	15.1	8.5	10.5	7.5	7.0*	14.4*	7.4	11.5	9.2	12.1	12.0*	5.3*
9 =	3.4	3.3	4.2	1.9	3.0	3.8	2.9	3.0	4.2	1.8*	2.8	4.6	5.1	3.6	2.6
10 = sehr ähnlich	5.3	4.7	6.9	7.5	6.0	4.7	2.3*	3.8*	9.0*	2.8*	5.6	6.7	11.1	5.1	4.4
Bottom-Three-Boxes	34.5	37.8*	25.6*	30.2	37.8*	31.6*	38.2	38.2*	27.1*	50.9*	30.0*	26.9*	13.1*	28.0*	49.5*
Top-Three-Boxes	18.3	16.3*	23.2*	24.5	17.6	19.0	12.7*	13.9*	27.6*	12.0*	19.9	20.5	28.3*	20.7*	12.3*
weiss nicht / keine Angabe	1.3	0.6*	3.5*	1.9	0.5*	2.0*	0.6	1.1	2.0	0.9	2.1	0.3*	2.0	1.1	1.6
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	4.85	4.67	5.32	5.27	4.78	4.92	4.52	4.55	5.47	4.01	5.05	5.25	6.06	5.17	4.08

SICHERHEITSTUDIIE 2012

ad hoc Befragung vom 12.01.-16.02.2012

Tabelle 95

Q18. Nun habe ich einige allgemeine Fragen zur Sicherheitspolitik und zum Militär. Stellen Sie sich bitte eine Person vor, wo verschiedene Aussagen macht. Die Armee dient dem Zusammenhalt unserer vielsprachigen Schweiz.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	868	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = überhaupt nicht ähnlich	9.3	8.9	8.7	18.9	8.5	9.9	6.9	11.5*	6.7*	17.5*	6.1*	4.9*	10.1	7.4*	11.9*
2 =	6.8	6.8	8.0	1.9*	6.4	7.2	8.7	8.5*	3.5*	12.3*	5.6	4.4*	4.0	6.2	8.6
3 =	7.5	7.9	7.3	1.9*	7.6	7.4	9.2	9.1*	4.2*	10.4*	7.3	5.1*	1.0*	7.4	9.1
4 =	8.3	8.9	7.6	1.9*	6.9	9.4	10.4	8.2	7.5	11.0*	7.5	7.9	4.0*	8.2	9.3
5 =	15.6	14.8	17.3	18.9	14.6	16.5	16.8	15.5	15.2	19.4*	19.4*	10.3*	19.2	17.1	12.6*
6 =	8.8	9.7	6.6	5.7	8.5	8.9	12.7	8.3	7.7	6.4	9.1	10.3	9.1	8.0	9.5
7 =	11.8	11.7	11.4	15.1	13.3	10.4	12.1	12.5	10.4	9.2	11.0	15.9*	15.2	11.5	11.4
8 =	17.4	17.6	16.6	18.9	18.5	16.5	15.0	14.7*	22.6*	10.7*	18.5	22.1*	12.1	20.0*	14.7
9 =	5.7	5.5	6.2	5.7	6.0	5.3	3.5	4.8	8.0*	3.7*	7.3	5.1	8.1	5.4	5.6
10 = sehr ähnlich	7.9	7.8	7.6	11.3	9.2	6.8	4.0*	5.6*	13.2*	3.1*	6.8	12.8*	15.2*	7.9	6.3
Bottom-Three-Boxes	23.6	23.5	23.9	22.6	22.6	24.5	24.9	29.1*	14.4*	40.2*	19.0*	14.4*	15.2*	21.0*	29.5*
Top-Three-Boxes	31.0	30.9	30.4	35.8	33.7	28.6	22.5*	25.1*	43.8*	17.5*	32.6	40.0*	35.4	33.3	26.5*
weiss nicht / keine Angabe	1.1	0.6*	2.8*	-*	0.4*	1.7*	0.6	1.3	1.0	0.6	1.4	1.3	2.0	0.9	1.2
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	5.67	5.67	5.63	5.85	5.86	5.50	5.34	5.27	6.42	4.48	5.88	6.44	6.28	5.82	5.30

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 96

Q18: Nun habe ich einige allgemeine Fragen zur Sicherheitspolitik und zum Militär. Stellen Sie sich bitte eine Person vor, wo verschiedene Aussagen macht. J Der Militärdienst fördert bei den Soldaten das Verantwortungsbewusstsein für die Schweiz.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	868	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = überhaupt nicht ähnlich	5.5	4.7	6.6	13.2	4.4	6.4	4.0	7.5*	3.0*	12.3*	2.6*	2.3*	1.0*	4.4	8.4*
2 =	5.0	4.3	6.9	5.7	7.3*	3.0*	9.8*	5.4	2.2*	10.4*	3.0*	2.8*	3.0	4.4	6.5
3 =	5.7	5.2	8.0	*	6.2	5.2	5.8	6.4	4.5	9.8*	4.4	3.3*	3.0	3.8*	9.1*
4 =	6.7	7.5	4.5	5.7	5.2*	8.0*	9.2	7.7	4.0*	11.3*	6.6	3.1*	5.1	5.4	8.6
5 =	13.8	13.1	16.6	11.3	11.9	15.5	13.9	15.0	11.9	15.3	15.5	10.8*	20.2	13.2	13.7
6 =	12.8	13.9	10.4	9.4	14.7	11.1	12.7	13.6	11.7	12.3	11.7	15.1	12.1	10.1*	17.4*
7 =	15.3	16.4	12.8	9.4	16.0	14.6	15.6	16.3	13.4	12.3	18.5*	15.1	15.2	18.0*	10.9*
8 =	19.3	19.7	16.6	26.4	18.5	19.9	19.1	16.0*	24.4*	8.9*	21.5	26.2*	18.2	22.7*	14.0*
9 =	5.7	5.7	5.2	7.5	5.3	6.0	4.6	5.1	7.0	3.1*	6.1	6.7	8.1	6.2	4.2
10 = sehr ähnlich	9.3	9.0	10.0	11.3	9.8	8.9	4.6*	5.9*	16.7*	3.1*	9.1	14.4*	13.1	11.0*	5.8*
Bottom-Three-Boxes	16.2	14.2*	21.5*	18.9	17.9	14.6	19.7	19.4*	9.7*	32.5*	10.1*	8.5*	7.1*	12.6*	24.0*
Top-Three-Boxes	34.3	34.4	31.8	45.3	33.6	34.9	28.3	27.0*	48.0*	15.0*	36.8	47.2*	39.4	39.9*	24.0*
weiss nicht / keine Angabe	1.0	0.6	2.4*	*	0.7	1.3	0.6	1.0	1.2	1.2	0.9	0.3*	1.0	0.8	1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	6.17	6.25	5.91	6.19	6.16	6.17	5.77	5.78	6.94	4.80	6.50	6.95	6.72	6.52	5.48

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 97

Q18 Nun habe ich einige allgemeine Fragen zur Sicherheitspolitik und zum Militär. Stellen Sie sich bitte eine Person vor, wo verschiedene Aussagen macht. K Erst in der Rekrutenschule werden Männer zu richtigen Männern.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
															289
TOTAL INTERVIEWS	868	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
1 = überhaupt nicht ähnlich	27.3	24.1*	34.0	30.4*	24.5*	26.6	33.6*	17.7*	49.4*	19.7*	15.9*	19.2*	21.2*	39.1*	
2 =	9.5	8.7	11.8	9.4	9.8	9.2	11.2*	7.0*	14.1*	8.0	8.5	8.1	7.7*	12.6*	
3 =	7.6	7.1	9.0	7.5	8.0	7.2	9.1*	4.5*	7.1	7.5	7.9	6.1	6.7	9.1	
4 =	4.8	4.7	4.5	7.5	3.9	5.5	4.6	3.7	4.0	5.4	5.1	1.0*	5.7	4.2	
5 =	14.2	15.0	12.8	7.5	13.7	14.6	13.6	16.4	8.0*	17.3*	14.1	17.2	15.6	11.6	
6 =	6.2	5.8	6.6	9.4	5.2	7.1	4.3*	9.5*	3.4*	7.0	8.2	7.1	6.5	5.3	
7 =	7.0	7.3	6.2	5.7	9.4*	4.9*	6.9	8.2	3.7*	7.0	9.7*	7.1	8.2	5.3	
8 =	10.1	11.4*	6.9*	5.7	8.2*	11.8*	6.7*	14.2*	5.2*	11.9	13.1*	14.1	12.9*	4.7*	
9 =	3.0	3.6*	1.4*	1.9	2.7	3.3	4.0	2.7	1.5*	4.7*	2.3	1.0	3.5	2.3	
10 = sehr ähnlich	10.0	11.7*	4.8*	11.3	8.0*	11.8*	6.7*	15.7*	3.1*	10.8	15.1*	19.2*	11.8*	4.9*	
Bottom-Three-Boxes	44.3	40.0*	56.1*	50.9	48.1*	45.1	53.9*	29.1*	70.6*	35.1*	32.3*	33.3*	35.6*	60.7*	
Top-Three-Boxes	23.1	26.7*	13.1*	18.9	18.8*	25.4	16.3*	32.6*	9.8*	27.4*	30.5*	34.3*	28.1*	11.9*	
weiss nicht / keine Angabe	0.5	0.5	0.7	0.9	0.2	1.2	0.3	0.5	0.6	0.7	0.7	0.6	0.3	0.9	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	4.55	4.86	3.70	4.15	4.28	4.78	3.92	5.54	2.89	5.07	5.42	5.49	5.07	3.46	

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 98

Q18. Nun habe ich einige allgemeine Fragen zur Sicherheitspolitik und zum Militär. Stellen Sie sich bitte eine Person vor, wo verschiedene Aussagen macht. L. Dank der Schweizer Armee wird die Schweiz nicht von anderen Staaten angegriffen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
1 = überhaupt nicht ähnlich	20.1	18.5*	23.2	28.3	21.5	18.8	24.3	23.5*	12.9*	33.1*	17.6	12.3*	16.2	17.1*	25.8*
2 =	11.8	11.3	13.5	9.4	11.7	11.8	12.7	13.6*	8.5*	18.4*	9.1*	9.5	4.0*	9.4*	17.2*
3 =	13.0	14.1	11.4	3.8*	13.9	12.2	16.8	13.8	10.2*	16.6*	12.9	10.5	5.1*	12.6	15.6
4 =	10.4	11.2	7.6*	13.2	10.1	10.7	15.0	10.2	8.7	8.3	10.5	12.3	10.1	10.7	10.0
5 =	17.4	16.3	20.1	20.8	16.2	18.5	15.0	17.9	17.7	11.7*	19.4	19.2	21.2	20.4*	12.1*
6 =	6.4	5.9	8.3	3.8	6.4	6.4	3.5*	6.1	8.2	2.8*	7.7	7.7	8.1	7.0	5.1
7 =	5.6	6.2	3.8	5.7	5.2	6.0	4.0	5.1	7.0	3.7*	4.9	8.5*	7.1	6.4	4.0*
8 =	7.4	7.3	7.6	7.5	7.5	7.4	4.0*	4.6*	13.2*	2.8*	9.8*	9.0	12.1	8.0	5.3*
9 =	2.3	2.6	1.4	3.8	2.7	2.0	2.3	1.8	3.2	0.9*	2.3	3.8*	3.0	2.6	1.9
10 = sehr ähnlich	4.3	5.4*	1.0*	3.8	3.9	4.6	1.7*	2.6*	8.0*	0.9*	3.3	6.9*	12.1*	4.4	1.9*
Bottom-Three-Boxes	44.8	43.9	48.1	41.5	47.1	42.9	53.8*	50.9*	31.6*	68.1*	39.6*	32.3*	25.3*	39.0*	58.6*
Top-Three-Boxes	14.0	15.3*	10.0*	15.1	14.0	14.0	8.1*	9.0*	24.4*	4.6*	15.5	19.7*	27.3*	15.0	9.1*
weiss nicht / keine Angabe	1.3	1.2	2.1	-*	1.1	1.6	0.6	0.8	2.5*	0.9	2.3*	0.3*	1.0	1.5	1.2
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	4.17	4.29	3.83	4.09	4.09	4.24	3.57	3.76	5.08	2.96	4.37	4.90	5.35	4.43	3.48

SICHERHEITSTUDIIE 2012

ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 99

Q18 Nun habe ich einige allgemeine Fragen zur Sicherheitspolitik und zum Militär. Stellen Sie sich bitte eine Person vor, wo verschiedene Aussagen macht.
M Die Armee verkörpert die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau					
	Total	D-CH	F-CH		I-CH	Mann		Frau	18-29	30-59		60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
			F-CH	F-CH		Mann	Frau			30-59	60+							
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430			
1 = überhaupt nicht ähnlich	11.3	9.9*	13.8	20.8	11.2	11.5	16.2	14.2*	4.7*	25.2*	5.9*	4.9*	5.1*	8.9*	16.3*			
2 =	7.3	7.7	7.6	-*	6.6	8.0	7.5	9.3*	4.2*	14.7*	4.2*	4.6*	2.0*	5.3*	11.9*			
3 =	10.2	10.7	8.0	13.2	10.3	10.0	14.5	11.7	6.0*	14.1*	10.1	7.4*	5.1*	9.4	12.8*			
4 =	8.5	9.4*	6.9	1.9*	8.2	8.8	8.7	10.6*	5.2*	8.9	8.4	8.7	10.1	7.1	10.5			
5 =	16.5	16.9	16.6	9.4	17.4	15.7	16.8	16.6	16.2	16.9	18.3	15.1	21.2	17.7	13.7*			
6 =	10.0	9.3	11.8	11.3	9.6	10.4	13.3	8.8	10.4	6.7*	11.7	10.5	7.1	11.6*	7.9			
7 =	10.7	11.5	8.3	9.4	11.5	9.9	9.2	10.7	11.2	4.0*	13.1	13.6*	13.1	11.6	8.6			
8 =	12.4	12.2	12.1	17.0	11.7	13.0	8.1*	9.3*	19.2*	5.8*	12.2	18.2*	13.1	14.4*	9.1*			
9 =	2.8	2.6	3.5	3.8	3.9*	1.9*	2.9	2.4	3.5	1.2*	3.0	3.8	1.0	3.5	2.3			
10 = sehr ähnlich	9.3	9.1	9.7	9.4	9.4	9.1	2.9*	5.4*	17.9*	1.5*	11.7*	12.6*	21.2*	9.5	5.8*			
Bottom-Three-Boxes	28.8	28.3	29.4	34.0	28.1	29.5	38.2*	35.2*	14.9*	54.0*	20.1*	16.9*	12.1*	23.6*	40.9*			
Top-Three-Boxes	24.5	23.9	25.3	30.2	25.0	24.0	13.9*	17.1*	40.5*	8.6*	26.9	34.6*	35.4*	27.4*	17.2*			
weiss nicht / keine Angabe	1.0	0.6	1.7	3.8	0.2*	1.7*	-*	1.0	1.5	0.9	1.4	0.5	1.0	0.9	1.2			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	5.30	5.31	5.26	5.33	5.37	5.24	4.57	4.76	6.47	3.62	5.82	6.14	6.38	5.63	4.53			

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 100
Zuletzt noch ein paar Fragen zu Ihrer Person. Q19: Welches ist die höchste Schule, die Sie besucht haben oder die Sie zur Zeit besuchen?

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch			
															858	289	53
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430			
Primarschule	2.1	1.6	3.5	1.1*	3.0*	1.7	1.0*	4.0*	0.9*	1.4	2.8	25.3*	.*	.*			
Sekundar-/Real-/Bezirksschule	6.2	6.1	6.6	4.8	7.4	5.2	4.3*	9.5*	3.4*	9.6*	5.1	74.7*	.*	.*			
Berufsschule(Gewerbeschule)KV/Han- delschule	45.1	47.2*	39.1*	43.4	47.9*	42.8	41.8*	51.2*	31.0*	50.4*	49.5*	.*	81.8*	.*			
Mittelschule(Gymnasium)DMS/Berufsmat- turalWMS	10.0	9.1	12.5	8.5	11.3	17.9*	9.0	8.2	12.0	8.4	11.0	.*	18.2*	.*			
Technikum/Fachhochschule/Semi- nar(PH)/HWW	19.4	21.7*	14.5*	23.4*	15.9*	13.9*	23.2*	15.9*	23.0	18.7	17.9	.*	.*	54.2*			
Uni, PolyETH/Hochschule	16.4	13.3*	23.9*	19.5*	13.7*	17.9	19.8*	10.4*	29.1*	10.5*	12.8*	.*	.*	45.8*			
andere	0.8	1.0	.*	1.9	0.7	0.6	1.0	0.7	0.6	0.9	0.8	.*	.*	.*			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			

SICHERHEITSTUDIIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 101
Q20. Welches ist Ihre Muttersprache, d.h. die Sprache, in der Sie normalerweise denken?

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
Deutsch	68.7	93.0*	6.9*	11.3*	69.6	67.8	67.6	67.5	70.9	62.9*	73.3*	72.1	65.7	70.0	66.7	
Französisch	21.6	1.2*	86.2*	.*	20.4	22.6	17.9	22.7	21.4	27.9*	17.4*	20.0	26.3	20.7	22.3	
Italienisch	4.5	0.8*	1.0*	83.0*	4.6	4.4	4.6	5.0	3.7	5.2	3.0	4.9	3.0	4.7	4.4	
Rätoromanisch	0.4	0.6*	.*	.*	0.4	0.5	2.3	.*	0.2	.*	0.2	0.5	1.0	0.5	0.2	
andere Sprache	4.8	4.4	5.9	5.7	5.0	4.7	7.5	4.8	3.7	4.0	6.3	2.6*	4.0	4.1	6.3	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	

SICHERHEITSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tab. 102
Q21. Sind Sie von Geburt an Schweizer/Schweizerin?

Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau				
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
Ja	86.4	87.9*	84.8	71.7*	88.8*	84.3*	83.8	85.0	88.8*	84.7	85.5	90.5*	86.9	87.9	83.5*
Nein	13.5	12.1*	14.9	28.3*	11.0*	15.7*	16.2	14.9	10.2*	15.3	14.3	9.5*	11.1	12.1	16.3*
weiss nicht/ keine Angabe	0.1	-	0.3	-	0.2	-	0.2	0.2	-	-	0.2	-	-	-	0.2
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 103

Q22.Sind Sie in der Schweizer Armee eingeteilt oder eingeteilt gewesen? Nur auf Nachfragen: Wer Zivildienst oder Zivildienst leistet, ist nicht im Militär eingeteilt

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch			
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430		
Ja, bin im Militär eingeteilt (ohne Zivildienst)	3.0	2.7	3.5	5.7	6.4*	*	13.3*	1.8*	0.5*	3.7	1.4*	4.4	*	2.7	4.2		
Ja, bin im Militär eingeteilt gewesen und habe die ganze Dienstpflicht geleistet	27.1	27.2	27.3	24.5	56.7*	0.9*	5.2*	30.7*	30.8*	23.6	26.0	33.6*	17.2*	25.1	32.6*		
Ja, bin im Militär eingeteilt gewesen, habe aber nicht die ganze Dienstpflicht geleistet	7.4	8.5*	4.2*	7.5	15.3*	0.5*	8.1	6.7	8.2	9.2	5.9	8.2	10.1	6.8	7.4		
Nein, nicht im Militär eingeteilt (gewesen)	62.5	61.7	65.1	62.3	21.7*	98.6*	73.4*	60.8	60.4	63.5	66.7*	53.8*	72.7*	65.4*	55.8*		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 104
Q23. „Links, Mitte und Rechts“ sind Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie selber auf einer Skala von 0 'ganz links' bis 10 'ganz rechts' etwa stehen?

	Total	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
0 = ganz links	0.6	0.5	0.3	3.8	0.5	0.6	1.2	0.5	0.5	2.1*	.*	.*	.*	0.6	0.7
1	0.7	0.3	0.7	5.7	1.2*	0.2*	1.2	0.5	0.7	2.5*	.*	.*	.*	0.6	0.9
2	2.3	2.3	2.1	3.8	2.3	2.4	4.0	2.7	1.0*	8.6*	.*	.*	.*	1.7	4.0*
3	9.8	9.1	12.1	9.4	9.8	9.9	9.8	12.2*	6.2*	36.2*	.*	.*	3.0*	6.5*	16.7*
4	13.8	12.5	17.6*	13.2	13.7	13.8	11.6	16.0*	11.2	50.6*	.*	.*	11.1	11.8*	17.2*
5	35.6	38.5*	29.8*	20.8*	31.1*	39.6*	26.0*	33.8	42.5*	.*	100.0*	.*	47.5*	38.0	29.1*
6	11.9	12.4	11.4	7.5	12.4	11.5	12.7	12.2	11.2	.*	.*	36.7*	11.1	12.1	11.9
7	11.3	10.6	12.8	15.1	14.4*	8.6*	14.5	11.5	9.7	.*	.*	34.9*	6.1*	13.3*	9.5
8	7.7	8.6*	5.2*	5.7	9.1	6.4	10.4	5.3*	10.2*	.*	.*	23.6*	9.1	8.8	5.6*
9	0.6	0.8*	.*	.*	0.5	0.6	1.2	0.2	1.0	.*	.*	1.8*	1.0	0.6	0.5
10 = ganz rechts	1.0	1.0	0.7	1.9	1.2	0.8	1.2	0.5	1.7	.*	.*	3.1*	4.0	0.9	0.5
keine Angabe	4.8	3.4*	7.3*	13.2	3.7	5.7	6.4	4.8	4.0	.*	.*	.*	7.1	5.1	3.5
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	5.20	5.28	5.04	4.76	5.30	5.11	5.31	5.01	5.44	3.31	5.00	7.00	5.62	5.39	4.81

SICHERHEITSTUDIIE 2012

ad hoc Befragung vom 12.01.-16.02.2012

Tabelle 105

Q24 Um politische Entscheidungen zu treffen, muss die Schweiz manchmal zwischen bisherigen und neuen Lösungen wählen. Finden Sie, die Schweiz sollte sich im Zweifelsfall lieber für bisherige Lösungen entscheiden, auch wenn sie nicht optimal sind ODER finden Sie, die Schweiz sollte sich im Zweifelsfall für neue Lösungen entscheiden, auch wenn die Folgen noch nicht klar sind? Sie können Ihre Einstellung wiederum mit einer Skala von 0 bis 10 abstimmen, wobei 0 bedeutet, dass sie sich eine Schweiz wünschen, wo sich im Zweifelsfall für bisherige Lösungen entscheidet und 10, dass sie sich eine Schweiz wünschen, wo sich im Zweifelsfall für neue Lösungen entscheidet.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
															289
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430
0= Am Bisherigen festhalten	2.3	2.4	2.1	1.9	2.0	2.7	0.6*	1.4*	4.5*	0.3*	3.3	2.6	9.1*	2.4	0.7*
1	0.5	0.7*	*	*	0.7	0.3	0.6	0.3	0.7	*	0.9	0.5	1.0	0.8	*
2	1.7	1.4	1.7	5.7	2.0	1.4	*	2.4*	1.2	1.8	1.2	2.1	*	1.4	2.6
3	3.7	3.3	5.5	*	4.8	2.7	4.6	3.7	3.2	0.9*	2.6	7.7*	4.0	3.8	3.3
4	4.5	4.7	3.8	5.7	5.0	4.1	6.4	5.1	2.7*	4.0	3.7	6.2	2.0	5.4	3.7
5	21.8	22.7	17.6*	28.3	18.7*	24.5*	20.2	21.4	22.9	17.2*	27.4*	17.9*	21.2	21.2	22.8
6	12.0	11.5	14.9	3.8*	11.5	12.4	12.1	12.2	11.7	13.2	9.8	13.8	14.1	12.6	10.7
7	23.0	23.7	22.5	15.1	25.6*	20.7*	27.7	22.9	21.1	28.8*	20.8	22.3	17.2	22.7	24.7
8	19.2	18.3	22.1	17.0	20.2	18.2	19.7	20.3	17.2	22.4	16.4	20.3	15.2	19.1	20.5
9	2.0	2.2	1.0	3.8	2.0	2.0	3.5	1.6	2.0	4.0*	2.1	0.3*	1.0	2.1	2.1
10= neue Lösungen anstreben	7.0	7.1	5.5	13.2	6.2	7.7	4.0*	6.4	9.2*	6.4	8.2	5.4	12.1	6.7	6.3
Bottom-Three-Boxes	4.5	4.5	3.8	7.5	4.6	4.4	1.2*	4.2	6.5*	2.1*	5.4	5.1	10.1*	4.5	3.3
Top-Three-Boxes	28.2	27.6	28.7	34.0	28.4	27.9	27.2	28.3	28.4	32.8*	26.7	25.9	28.3	27.8	28.8
weiss nicht / keine Angabe	2.4	2.0	3.1	5.7	1.4*	3.3*	0.6*	2.2	3.5	0.9*	3.5	1.0*	3.0	2.0	2.8
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	6.31	6.30	6.32	6.42	6.31	6.31	6.41	6.32	6.26	6.75	6.22	6.06	6.02	6.27	6.44

SICHERHEITSSTUDIE 2012
ad hoc Befragung vom 12.01.-06.02.2012

Tabelle 106

Q25. Wie hoch ist das gesamte monatliche Netto-Einkommen Ihres Haushaltes, also das, was alle Mitglieder Ihres Haushaltes zusammen pro Monat ausbezahlt erhalten? Ist es...

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	Total	Region		Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
		D-CH	F-CH												I-CH	
TOTAL INTERVIEWS	1200	858	289	53	563	637	173	625	402	326	427	390	99	661	430	
0 bis 2000,-	1.8	1.9	1.7	1.9	1.2	2.4	0.6*	0.6*	4.2*	2.1	2.3	0.8*	11.1*	1.5	0.2*	
2001 bis 4000	11.9	11.4	12.1	18.9	7.5*	15.9*	3.5*	7.5*	22.4*	9.8	14.5*	9.7	31.3*	12.7	6.0*	
4001 bis 6000	20.2	19.5	20.8	28.3	18.3	21.8	11.6*	16.2*	30.1*	18.4	21.5	20.5	28.3	23.3*	13.0*	
6001 bis 8000	18.3	19.5	15.2	15.1	19.4	17.3	16.2	20.6*	15.4	18.7	18.7	19.0	9.1*	20.0	17.7	
8001 bis 10000	15.3	15.7	15.6	5.7*	16.0	14.6	17.3	19.5*	7.7*	19.6*	13.8	14.1	6.1*	13.8	19.8*	
10001 bis 12000	9.3	9.6	8.7	9.4	12.4*	6.6*	12.7	12.0*	3.7*	10.1	7.5	11.3	4.0*	7.4*	13.7*	
12001 bis 14000	4.3	4.7	3.8	*	5.2	3.5	7.5	5.3	1.2*	5.8	3.3	4.6	1.0*	3.5	6.0*	
14001 bis 16000	3.5	3.8	2.8	1.9	3.9	3.1	7.5*	3.7	1.5*	3.7	3.0	3.8	2.0	2.9	4.9	
mehr als 16000	3.9	4.0	3.1	7.5	6.0*	2.0*	9.2*	3.7	2.0*	3.4	1.9*	6.9*	*	2.9*	6.5*	
weiss nicht	3.5	3.0	5.5	*	1.6*	5.2*	11.0*	1.9*	2.7	2.8	4.2	3.1	3.0	3.8	3.3	
Keine Antwort	8.1	7.0*	10.7	11.3	8.5	7.7	2.9*	9.0	9.0	5.5*	9.1	6.2	4.0*	8.3	8.8	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	

Center for Security Studies

Das Center for Security Studies der ETH Zürich (CSS) wurde 1986 gegründet und befasst sich in Lehre und Forschung mit Fragen der schweizerischen und internationalen Sicherheitspolitik. Im Rahmen des International Relations and Security Network (ISN) entwickelt und betreibt das Center zudem spezialisierte elektronische Informationsdienste. Das Center ist Mitglied des Zentrums für Vergleichende und Internationale Studien (CIS).

Militärakademie

Die Militärakademie an der ETH Zürich (MILAK) ist die Aus- und Weiterbildungsstätte für Berufs-offiziere. Neben der Lehrtätigkeit wird an der MILAK Forschung in den Bereichen Führung und Kommunikation, Militärpädagogik und -psychologie, Militärgeschichte, Strategische Studien, Militärökonomie und Militärsoziologie betrieben. Die Ergebnisse schlagen sich in einer regen Vortrags- und Publikationstätigkeit nieder und bilden eine wichtige Grundlage für die Lehre.

Sicherheit

Die Jahresstudien «Sicherheit», welche die Militärakademie und das Center for Security Studies gemeinsam publizieren, dienen der Ermittlung langfristiger Trends und Tendenzen in der aussen-, sicherheits-, und verteidigungspolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen und beinhalten die Wiederholung von Kernfragen zur Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Erhebungen zu ausgewählten Vertiefungsthemen.